

SECRET

DOPPELNUMMER

17/18

25X1A

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESEN
mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

INHALTSÜBERSICHT

T E I L I

Protokoll der Finanzpolitischen Konferenz

vom 17. bis 19. September 1951

im Hause des Ministeriums der Finanzen

der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin

T E I L II

Otto Grotewohl: Der Weg zur Einheit und zum Frieden	193	Gesetze, Verordnungen, Anordnungen	
Kurt Koch und Kurt Meyer: Der einheitliche Überweisungsverkehr der Kreditinstitute in der Deutschen Demokratischen Republik	276	Anordnung Nr. 120	286
Rudolf Bechmann: Die Ausgabe der Altguthaben - Ablösungs - Anleihe der Deutschen Demokratischen Republik .	281	Anordnung Nr. 152	286
Karl Lauterjung: Wie soll der neue INV-Bogen aussehen?	284	Anordnung Nr. 159	286
		Anordnung Nr. 167	286
		Anordnung Nr. 168	287
		Anordnung Nr. 171	287
		Anordnung Nr. 173	287
		Anordnung Nr. 174	287
		Anordnung Nr. 175	287
		Anordnung Nr. 177	288

SECRET

JAHRGANG 5

1. u. 15. SEPTEMBERHEFT 1951

VERKAUFSPREIS DM 2,-

VERLAG „DIE WIRTSCHAFT“ CMBH



BERLIN W8 · FRANZÖSISCHE STR. 54

INHALTSÜBERSICHT

<i>Dr. Hans Loch:</i> Die Wirtschaftliche Rechnungsführung — ein entscheidendes Stadium in unserer Entwicklung	205	Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft	242
<i>Otto Grotewohl:</i> Die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik	206	<i>Curt Lehmann:</i> Finanzierung und Kontrolle als Hilfsmittel für die Realisierung der großen Investitionsvorhaben	251
<i>Willy Rumpf:</i> Die Finanzwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik	215	<i>Willi Georgino:</i> Die Bewirtschaftung von öffentlichen Geldern durch die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise und die Bürgermeister, Landräte und Fachminister als Mittel der Durchführung und Kontrolle des Volkswirtschaftsplanes	258
<i>Gerhard Ziller:</i> Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Industrie	228	<i>Gerhard Opitz:</i> Die neue Funktion der Hauptbuchhalter — Das Rechnungswesen und der Kontrollbericht als operatives Mittel zur Leitung der Betriebe und Instrument der Planung	265
<i>Bernd Weinberger:</i> Das Vertragssystem und die Organisation und Tätigkeit der staatlichen Arbitrage in der volkseigenen Industrie	234	Literatur	273
<i>Greta Kuckhoff:</i> Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankenkassas durch die			

**Wir weisen unsere Leser darauf hin,
daß die Diskussionsbeiträge der Finanzpolitischen
Konferenz in den nächsten Heften der „Deutschen
Finanzwirtschaft“ veröffentlicht werden.**

Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft Heft 16

Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Finanzausgleich

Gutachten

erstattet dem Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik durch das Institut für Finanzwesen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

32 Seiten, DIN A 4, Preis DM 2,25

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

Verlag **Die Wirtschaft** · Berlin W 8 · Französische Straße 53-55

Der Weg zur Einheit und zum Frieden

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor den Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 15. September 1951 in Berlin

Meine Damen und Herren!

Aus tiefer Sorge um den Frieden für unser Volk und die Völker Europas wendet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik heute an Sie als die gewählten Vertreter des Volkes. In diesen Tagen fand in Washington eine Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs statt. Die Tagesordnung dieser Konferenz läßt deutlich erkennen, daß die Vorbereitung eines neuen furchtbaren Weltkrieges in ein entscheidendes Stadium eintritt. Auf der Washingtoner Konferenz ist nunmehr die Einigung der Regierungen der drei Westmächte über die genauen Bedingungen der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Eingliederung in den kriegsrischen Nordatlantikkpakt erzielt worden. Hier sind nun die drei Hauptpunkte der neuen alliierten Deutschlandpolitik.

1. Die Besetzung der Bundesrepublik durch die alliierten Truppen wird zum Frühjahr 1952 beendet. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien behalten jedoch das Recht, Streitkräfte zum Schutz der Bundesrepublik gegen eine etwaige sowjetische Aggression in Westdeutschland zu stationieren.

2. Deutsche Truppen werden in das atlantische Sicherheitssystem einbezogen. Ihre Stärke wird später von den zuständigen militärischen Stellen — General Eisenhower's Hauptquartier — bestimmt werden. Die deutschen Verbände werden in die von Frankreich vorgeschlagene Europa-Armee eingegliedert.

3. Die Bundesregierung wird in internationalen Fragen gleichberechtigt und in innenpolitischen Angelegenheiten souverän sein. Die Alliierten behalten sich ein Interventionsrecht vor, um zu verhindern, daß irgendein totalitäres Regime in Deutschland an die Macht kommt.

Die Maskierung dieser drei Punkte ist so groß, daß kein Deutscher dadurch zu betrügen ist. Die Besetzung soll im Frühjahr 1952 beendet werden, und die Westmächte erhalten gleichzeitig das Recht, Streitkräfte zum Schutz der Bundesrepublik gegen eine sowjetische Aggression in Westdeutschland zu stationieren. Diese Tarnung und Täuschung der Völker darf nicht gelingen. Die Behauptung, die Sicherheitstruppen dienen der Erhaltung der Sicherheit von Westdeutschland, ist ein zu offensichtlicher Betrug des deutschen Volkes. Fast genau dieselben Worte hat Hitler gebraucht, als er den räuberischen Überfall auf die ganze Welt begann und als seine Truppen bereits tief in Polen standen. Die Einbeziehung deutscher Truppen in das atlantische Sicherheitssystem ist nichts weiter als die Herabdrückung der Deutschen auf die Stufe von Kolonialsoldaten. Die Deutschen sollen lediglich als ein Werkzeug in fremden Händen mißbraucht werden, so ähnlich wie die farbigen Truppen in Frankreich. Es geht um die Ausnutzung des deutschen Volkes und in erster Linie seiner Jugend im Interesse eines neuen Krieges. Die Eingliederung deutscher Truppenverbände in die vorgeschlagene Europa-Armee dient

in ihrer letzten Auswirkung einzig und allein einem Bruderkrieg, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen sollen. Der Weg der deutschen Divisionen führt nicht zu Frieden und Einheit.

Die Wiederherstellung der völligen Souveränität Deutschlands und seiner Freiheit hinsichtlich der Außenpolitik und des Außenhandels ist **unmöglich** ohne die Vereinigung des Landes, **ohne den Abschluß des Friedensvertrages und ohne den Abzug aller Besatzungstruppen**. Ein demokratisches und friedliebendes Deutschland muß die Möglichkeit erhalten, eine selbständige Außenpolitik durchzuführen und den Charakter und den Umfang seines Außenhandels selbst zu bestimmen. Wir brauchen die Gleichberechtigung, aber nicht die „Gleichberechtigung“ zur Teilnahme an der Vorbereitung eines Krieges, um auf den Schlachtfeldern zu sterben. Eine solche „Gleichberechtigung“ kann nur Militaristen und Rachepolitiker interessieren, deren Interessen sich grundsätzlich von den Interessen unseres Volkes unterscheiden. Wir brauchen eine Gleichberechtigung mit anderen Völkern zur friedliebenden Entwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Wir wollen nichts als Frieden und die Möglichkeit haben, unsere Städte in Ruhe aufzubauen, die friedliche Industrie, den Handel und die Landwirtschaft zu entwickeln. Das ist das gute Recht eines jeden Volkes. Wir wollen in dieser Beziehung gleichberechtigt sein und wie alle anderen Völker das Recht haben, unsere Politik des Friedens und der Demokratie selber zu bestimmen.

Was soll man zu einer „Souveränität“ sagen, bei der die Amerikaner sogar den Handel der Deutschen zwischen West- und Ostdeutschland stören. Wir sind jederzeit für den Ost-West-Handel und verlangen zunächst einmal die Beseitigung jener 10-km-Sperrzone, die den Körper unseres Vaterlandes noch weiter zerschneidet und für den europäischen Frieden und die Sicherheit der Völker eine Gefahr schafft.

Es ist für jedermann klar, daß diese Konferenz eine neue, nämlich eine vollendete Etappe in der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und in der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Europa einleiten soll. Es bedarf keines besonderen Beweises, denn die Geschichte hat es mit furchtbarer Beweiskraft bestätigt, daß der deutsche Militarismus eine tödliche Bedrohung der europäischen Völker und besonders des deutschen Volkes selbst darstellt. Da die herrschenden Kreise der USA und unter ihrem Druck auch die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs offenkundig bereit sind, diese Gefahr des deutschen Militarismus über Europa heraufzubeschwören, kommt jetzt alles darauf an, die Völker gegen diese Gefahr zu mobilisieren, vor allem aber das deutsche Volk. Es ist offensichtlich richtig, daß der „Krieg unvermeidlich werden kann, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu be-

trügen und in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen“. Ebenso offensichtlich ist aber auch, „daß der Frieden erhalten und gefestigt wird, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen“. Die größte Verantwortung dabei hat das deutsche Volk, um dessen Schicksal in Washington unmittelbar gehandelt wurde. Im Kriegslager weiß man ganz genau, daß ohne das deutsche Volk, ohne seine Selbstopferung die kriegerischen Pläne in Europa nicht zu verwirklichen sind. Darum ist dem deutschen Volk heute eine so entscheidende Verantwortung auferlegt, der sich kein Deutscher entziehen kann. Kein Deutscher darf einmal wieder sagen können: „Ich habe es nicht gewußt.“ Jeder weiß es und jeder kann es heute noch einmal hören.

Wir rufen zur Verständigung ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich vom ersten Tage ihres Bestehens an der unheilvollen Entwicklung entgegen gestellt, die Europa in einen neuen Krieg und unser Volk in eine Katastrophe von unermeßlichem Ausmaße zu stürzen droht. Nur die demokratische Einigung Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland ist eine sichere Gewähr für die Erhaltung des Friedens. Darum hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unermüdlich daran gearbeitet, eine Verständigung mit den Deutschen im Westen herbeizuführen.

Diese Bemühungen gipfelten in dem bekannten Brief, den ich am 30. November vorigen Jahres an Herrn Dr. Adenauer schrieb und in dem ich vorschlug, Beratungen über die Bildung eines Gesamtdutschen Konstituierenden Rates einzuleiten. Wie Sie sich erinnern, versuchte Dr. Adenauer diesen Brief zunächst zu ignorieren, bis er schließlich nach siebenwöchigem Schweigen unter dem Druck der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz seine Ablehnung mitteilte. Diese Ablehnung Adenauers stellte alle wirklichen und vermeintlichen Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund, die zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestehen oder bestehen könnten.

Beseelt von dem Wunsche, in den großen Schicksalsfragen des deutschen Volkes dennoch eine Verständigung zu erzielen, richtete darauf die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 30. Januar 1951 einen Appell an den Bundestag der Bundesregierung, in dem sie ihre Bereitschaft erklärte, über alle von Herrn Adenauer aufgeworfenen Fragen zu verhandeln und eine Verständigung

zu erzielen. Die Volkskammer erklärte, daß die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in einem Gesamtdutschen Konstituierenden Rat bevollmächtigt sein werden, über eine Reihe von Fragen zu verhandeln. Diese Haltung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in allen von Herrn Adenauer gestellten Fragen hat vor aller Welt bekundet, daß wir von dem aufrichtigen Wunsche geleitet sind, angesichts der drohenden Gefahr für das deutsche Volk eine Verständigung der Deutschen herbeizuführen. Herr Adenauer und der Bundestag haben es vorgezogen, an Stelle einer Verständigung der Deutschen untereinander sich hilfesuchend an die vier Großmächte zu wenden, die damals in Paris versammelt waren. Sie sind dabei von der völlig irrigen Auffassung ausgegangen, daß man die Frage der Vereinigung Deutschlands ohne das deutsche Volk lösen könnte. Es ist ein gefährlicher und völlig falscher Standpunkt, wenn man die Lösung der lebenswichtigen Fragen der deutschen Nation von außen her erwartet. Es ist uns allen bekannt, daß die Hoffnung des Bundestages auf Hilfe von den drei Westmächten sich als fehlerhaft und als irrig erwiesen hat. Die drei Westmächte wollen die Spannung in Europa überhaupt nicht beseitigen. Die Spaltung Deutschlands ist geradezu die Voraussetzung für die Erfüllung der amerikanischen Politik. Auch die Washingtoner Konferenz beseitigt nicht die Spaltung Deutschlands, sondern verstärkt und vertieft sie. Es ist infolgedessen völlig klar, daß die in dem Vierpunkteprogramm des Bundestages beschlossenen Wahlen zu einem Parlament von den Westmächten nicht zugelassen wurden, da die Zulassung solcher Wahlen die Untergrabung ihrer aggressiven Politik in der deutschen Frage bedeuten würde. Ohne die Verständigung der Deutschen selbst ist die Frage der Einheit nicht zu lösen. Unsere Losung „Deutsche an einen Tisch!“ war darum vom Standpunkt der nationalen deutschen Politik aus gesehen richtig, weil sie den Blick der Deutschen nach innen auf ihre eigene Sache richtet, weil sie dem Leben unseres Volkes entspricht. Der Standpunkt des Bundestages vom 9. März 1951 war falsch, weil er das Gesicht der Deutschen aus ihrer eigenen Angelegenheit heraus auf einen fremden Konferenztisch richtete. Die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen wollen keine Verständigung der Deutschen. Sie führen vielmehr eine Politik, die es verhindert, daß sich die Deutschen an einen

Der Wille des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik veranlaßt, dem Bundestag der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag für eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands zu machen. Die gesamtdeutsche Beratung soll folgende Aufgaben erfüllen:

1. Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festlegen.
2. Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland verlangen.

Schluß mit der Spaltung unseres Vaterlandes! Für ein friedliches Leben müssen wir uns auf friedlichem Wege vereinen. Deutschland braucht Frieden, aber keinen neuen Krieg, friedlichen Aufbau, aber keine Bomben und Zerstörungen.

Die Volkskammer wendet sich an alle Deutschen, an alle demokratischen Parteien und Organisationen mit der Bitte, ihren Vorschlag über die Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung zu unterstützen. Es darf Gegnern der Einheit nicht gelingen, die Einheit und die Erringung eines dauerhaften Friedens für Deutschland zu hintertreiben.

Fordert die Einberufung der gesamtdeutschen Beratung!

Kämpft für die Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages!

Es lebe das einheitliche, unabhängige, demokratische und friedliebende Deutschland!

Deutsche an einen Tisch!

Berlin, den 15. September 1951.

Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Tisch setzen und zu einem Einverständnis kommen könnten. Die Politik der Amerikaner besteht lediglich darin, Deutsche gegen Deutsche zu hetzen, um die deutsche Jugend einmal als Kanonenfutter für ihre Interessen zu gewinnen.

... Adenauer trommelt zum Krieg

Die Erklärungen Adenauers erbrachten den eindeutigen Beweis, daß bestimmte Kreise der Bundesregierung das Ziel verfolgen, die von den amerikanisch-englischen Machthabern befohlene und von den deutschen Militaristen und Revanchepolitikern begeistert begrüßte Wiederaufrüstung Westdeutschlands unbedingt durchzuführen.

Das deutsche Volk hat in den hinter uns liegenden Monaten gesehen, daß Herr Adenauer und die zu ihm stehenden Politiker kein Abkommen zwischen deutschen Menschen wünschten, damit sie in ihren Remilitarisierungsplänen nicht gestört wurden. Zu dieser Haltung von Herrn Adenauer kann ich nur mein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß es in Westdeutschland möglich ist, gegen den Willen des Volkes die Interessen der deutschen Nation zu umgehen. Bei der Neigung des Herrn Adenauer zu einer unkontrollierbaren Hintertreppenpolitik ist doch wohl die Frage berechtigt, welche Verpflichtungen Herr Adenauer ohne Wissen des deutschen Volkes sonst noch im Namen Westdeutschlands bei den anglo-amerikanischen Interventionen eingegangen ist.

Noch mehr zeugen von der Absicht der Bonner Bundesregierung die inzwischen vollbrachten Taten. Die Wiederherstellung des Kriegspotentials der westdeutschen Wirtschaft hat inzwischen weitere beträchtliche Fortschritte gemacht. Am selben Tage, als Adenauer seine damalige Erklärung abgab, wurde die kriegswirtschaftliche Rohstofflenkung wieder eingeführt. Kurz darauf wurden sogenannte Rohstoffkommissare für Kohle, Stahl, Eisen, chemische Rohstoffe, Nichteisenmetalle und für Textilien eingeführt. Der gesamte Außenhandel wurde in den Dienst der Aufrüstung gestellt. Die Rüstungsindustrie wurde weiter gefördert und die Friedensindustrie noch mehr gedrosselt.

Hand in Hand damit gehen die Vorbereitungen zur Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht und die Verwandlung Westdeutschlands in das Aufmarsch-

gebiet eines neuen Krieges. Die westdeutschen Polizeieinheiten wurden in reguläre Truppeneinheiten verwandelt, ein Wehrdienstpflichtgesetz ist in Vorbereitung, das „Sicherheitsamt“ bei der Bonner Regierung nimmt immer mehr die Gestalt eines Kriegsministeriums an. Zur See und in der Luft wird die Wiederaufrüstung vorangetrieben. Laufend kommen neue Meldungen über die Verwandlung von Bauernland in Flugplätze, Truppenübungsplätze und Schießplätze. Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat ein „Weißbuch“ über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus herausgegeben. In diesem Buch ist eine solche Fülle authentischen Materials über die Wiederaufrüstung Westdeutschlands dargelegt, daß die kriegstreiberische Politik gewisser Kreise in der Bonner Regierung und ihrer Hintermänner unwiderlegbar bewiesen ist.

Der Wiederaufrüstung dient auch der berühmte Schumanplan, der von Herrn Adenauer ohne Vollmacht unterschrieben wurde und von den Führungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie trotz der Scheinopposition Schumachers gebilligt wird. Durch diesen Plan ist die Verfügung über die Ruhrkohle und die westdeutsche Schwerindustrie in die Hände der amerikanischen Kriegsinteressenten gelegt worden. Die Kohlenknappheit in Westdeutschland und die Ablehnung der deutschen Forderung auf Änderung der Kohlenexportquote zeigen, daß die deutsche Bevölkerung bereits für die Kriegsvorbereitung schwerste Opfer bringen muß. Die Deutschen werden frieren, und die Amerikaner werden verdienen.

Es ist schon jetzt offenkundig, daß die von der Bonner Regierung im Auftrage der amerikanisch-englischen Imperialisten betriebene Aufrüstungspolitik die Bevölkerung Westdeutschlands dem Ruin entgegenführt. Statt dem deutschen Volk den langersehnten Friedensvertrag zu geben und damit eine Grundlage für die Entwicklung des friedlichen Aufbaus zu schaffen, wurde die Komödie der „Beendigung des Kriegszustandes“ durchgeführt. Dadurch soll nicht nur der Abschluß eines Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungstruppen auf unbestimmte Zeit vertagt werden, sondern es werden der Bevölkerung damit zugleich unerträgliche neue Lasten aufgebürdet.

Der Weg des Todes

Für die Beendigung des Kriegszustandes wurde die Anerkennung der alten deutschen Auslandsschulden in Höhe von 11 Milliarden DM zur Bedingung gemacht, die von der Adenauer-Regierung widerstandslos hingenommen wurde. Darauf folgte die Annullierung der alten deutschen Auslandsguthaben zugunsten der imperialistischen Mächte. So hat die westdeutsche Bevölkerung die gewaltige Last von über 30 Milliarden DM Auslandsschulden zu tragen, die Marshallplan-Schulden mitgerechnet. Dazu kommen die infolge der Verstärkung der Interventionstruppen gewaltig gestiegenen Besatzungskosten von mehr als 11 Milliarden DM jährlich sowie die täglich anschwellenden Kosten der Remilitarisierung. Schon jetzt erweist sich, daß die Vorbereitung des neuen Weltkrieges die westdeutsche Bevölkerung in grenzenloses Elend stürzt. Die hartnäckigen Lohnkämpfe der westdeutschen Arbeiterschaft, wie der Bergarbeiter, Metallarbeiter und anderer Berufsgruppen, sind ein Beweis dafür, daß durch die Remilitarisierungspolitik der Adenauer-Regierung für die westdeutsche Bevöl-

kerung unerträgliche Lebensbedingungen geschaffen werden. Die Arbeiter, die Angestellten, die Bauern und die Intelligenz führen in Westdeutschland einen schweren Kampf gegen die steigende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Sie können in ihren Kämpfen unserer Sympathie sicher sein.

Die größte Gefahr besteht aber darin, daß durch die Verhinderung des Abschlusses eines Friedensvertrages und durch die Remilitarisierung ein neuer Krieg vorbereitet wird, der nicht nur die materiellen Lebensgrundlagen der westdeutschen Bevölkerung, sondern ihr Leben selbst bedroht. Nach den Absichten der amerikanisch-englischen Kriegsbrandstifter und ihrer westdeutschen Helfershelfer soll Westdeutschland Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz des neuen Gemetzels werden. Nach den grauenvollen Erfahrungen des letzten Weltkrieges kann sich jeder Deutsche genau vorstellen, was das für unser Volk bedeutet. Nicht nur Hunderttausende in amerikanischen Söldneruniformen gesteckte Jugendliche würden dabei verbluten. Hunderte westdeutscher Städte und Dörfer würden in Schutt und Asche gelegt werden. Millionen Frauen, Kinder und Greise würden unter den Ruinen begraben

werden, und wer das unwahrscheinliche Glück hätte, noch einmal davonzukommen, der würde als Paria in der Trümmerwüste seiner Heimat umheirren. Nach dem furchtbaren Grauen des zweiten Weltkrieges muß

es für jeden denkenden Deutschen klar sein, daß die Vorbereitung oder die Teilnahme an einem dritten Weltkrieg nichts anderes ist als ein fluchwürdiges, selbstmörderisches Verbrechen.

Das deutsche Volk will leben

Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes auch in Westdeutschland hat diese Wahrheit erkannt. Darum hat sie sich nahezu einmütig gegen die Remilitarisierungspolitik Adenauers gewandt. In der Deutschen Demokratischen Republik haben bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 99 Prozent fast 96 Prozent gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 gestimmt. Das zeigt die wahre Stimmung des deutschen Volkes überall da, wo es unbehindert seinen Willen zur Frage der Remilitarisierung zum Ausdruck bringen kann. Die über 12½ Millionen Stimmen in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Remilitarisierung bleiben nicht ohne Einfluß auf die gesamte Entwicklung Deutschlands. Diese 12½ Millionen Stimmen werden auf der Waage Deutschlands noch schwer und bedeutungsvoll wiegen. Diese 12½ Millionen Stimmen, die sich auch für den Friedensvertrag noch im Jahre 1951 entschieden haben, sind keine politischen Kinder, die mit Spielereien oder mit Surrogaten zufriedengestellt werden könnten.

Auch in Westdeutschland haben überall, wo eine Volksabstimmung möglich war, 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme gegen die Remilitarisierung abgegeben. Die Kriegstreiber in der Bonner Regierung wissen ganz genau, daß die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Remilitarisierung nicht will. Darum haben sie ja die Volksbefragung verboten und damit ihre eigene Verfassung, das Bonner Grundgesetz, gebrochen. Die Unrechtmäßigkeit und Verfassungswidrigkeit dieses Verbotes ist von zahlreichen namhaften Juristen und Gerichtsurteilen in Westdeutschland einwandfrei nachgewiesen worden. Aber auch der Bonner Innenminister Lehr selbst hat die Unrechtmäßigkeit seines Verbotes eingestehen müssen. In der Debatte im Bonner Bundesparlament erklärte er am 26. April 1951:

„Die Ermittlung der Volksmeinung durch eine nicht amtliche Befragung ist an sich im demokratischen Staat nichts Außergewöhnliches und als solche unter normalen Verhältnissen nicht zu beanstanden.“

Wenn Herr Lehr sich mit unnormalen Verhältnissen herausreden will, so muß festgestellt werden, daß die unnormalen Verhältnisse in Westdeutschland eben dadurch geschaffen werden, daß die Adenauer-Regierung die Remilitarisierung gegen den Willen von 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung durchführt, daß sie den Willen dieser großen Mehrheit mit Füßen tritt, daß sie dem Volke verbietet, seine Meinung in einer Frage zu äußern, die das Leben jedes einzelnen berührt. Die unnormalen Verhältnisse in Westdeutschland bestehen darin, daß Adenauer und Lehr, Kaiser und Schumacher, die soviel von Demokratie und Freiheit reden, mit faschistischen Unterdrückungsmethoden die gesetzmäßige Befragung des Volkes unterbinden. Man soll endlich Schluß mit der Unterdrückung der Meinung eines Volkes machen.

Die Fundamente des Friedens:

Die Freundschaft mit der Sowjetunion ...

Verbrecherisch ist auch die Hetze gegen die Sowjetunion. Diese Hetze beruht auf der Lüge, die Sowjetunion bedrohe andere Völker. Es ist doch

Man soll doch endlich Lehr und Kaiser das „demokratische“ Narrenkostüm ausziehen, damit sie dem Volk in der nackten Rolle der Unterdrücker sichtbar werden. Das deutsche Volk muß die Möglichkeit haben, seinen Willen zum Frieden und zur Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands frei auszudrücken.

Die westdeutschen Kriegsbrandstifter versuchen die brutale Knebelung des Volkswillens damit zu rechtfertigen, daß sie sagen, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung sei eine kommunistische Angelegenheit. Ganz abgesehen davon, daß es lächerlich ist, kommunistisch gleich schlecht zu setzen, handelt es sich bei dieser Behauptung auch um eine Lüge, die sich gegen die Kommunisten richtet, die sich als die konsequentesten Friedenskämpfer erwiesen haben. Es ist bekannt, daß der Gedanke der Volksbefragung von dem früheren Bundesinnenminister Dr. Heinemann vertreten wurde, der heute noch Mitglied der westdeutschen CDU ist. Es ist bekannt, daß zahlreiche Männer des öffentlichen Lebens Westdeutschlands, die alles andere als Kommunisten sind, sich gegen die Remilitarisierung ausgesprochen haben. Besonders die Kirchen und ihre Vertreter haben aus dem Gefühl ihrer christlichen Verantwortung heraus wiederholt vor der Remilitarisierung gewarnt und zur Festigung des Friedens aufgerufen. Es sei hier an das mutige Auftreten des Pfarrers Niemöller erinnert. Erst vor wenigen Tagen hat der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands auf einer Tagung in Tutzing am Starnberger See an die Friedensresolution erinnert, die von der Gesamtdeutschen Synode im April 1950 in Berlin-Weißensee beschlossen wurde, und zugleich damit die Warnung ausgesprochen:

„Wir beschwören die Regierung und die Vertretung des deutschen Volkes, sich durch keine Macht der Welt von dem Wahn treiben zu lassen, ein weiterer Krieg werde eine Wende unserer Not bringen. Wir begrüßen daher alle Vorschläge, die zu einem Gesetz über die Kriegsdienstverweigerung führen.“

Auch eine Konferenz der katholischen Bischöfe in Fulda hat sich nachdrücklich gegen die Remilitarisierung und für die Erhaltung des Friedens ausgesprochen. Neben geistlichen Würdenträgern haben zahlreiche verantwortungsvolle Politiker aus allen Lagern ihre warnende Stimme gegen die Kriegspolitik Adenauers erhoben.

Alle diese Tatsachen zeigen, wie lächerlich die Behauptung ist, der Kampf gegen die Remilitarisierung sei ausschließlich eine Sache der Kommunisten.

Der Kampf gegen die Remilitarisierung und für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages ist der Not-schrei der deutschen Nation, die sich durch die verderbenbringende Politik der Bonner Regierung in ihrer Existenz bedroht fühlt.

wohl inzwischen bekanntgeworden, daß nicht die Sowjetunion in allen Teilen der Welt militärische Stützpunkte errichtet, sondern die USA, daß nicht Sowjettruppen in fremden Ländern Krieg führen, wohl aber

die Truppen der USA Korea verwüsten, daß nicht die Sowjetregierung die friedliche Regelung aller internationalen Streitfragen ablehnt, sondern die Regierung der USA.

Das deutsche Volk hat gerade in seiner eigenen Angelegenheit immer wieder den Friedenswillen und die Hilfsbereitschaft der Sowjetregierung bestätigt gefunden. Die Regierung der UdSSR hat unermüdlich die Bemühungen des deutschen Volkes um die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages unterstützt. Die Sowjetunion hat ehrlich und offen den Vorschlag gemacht, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und die Besatzungstruppen zurückzuziehen. Warum soll man sich im Interesse Deutschlands dieses Vorschlages nicht bedienen? Wie kann man sich vor einem Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland fürchten? Auch der Friedensappell des Präsidiums der Volkskammer an die Pariser Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister vom 5. März 1951 wurde allein vom sowjetischen Vertreter Gromyko unterstützt, von den Vertretern der drei Westmächte dagegen ignoriert. Wenn die westdeutschen Revanchepolitiker und ihre Auftraggeber trotz dieser klaren Tatsachen die Sowjetunion kriegsrischer Absichten beschuldigen, so erbringen sie damit nur den Beweis, daß sie völlig im Fahrwasser Hitlers segeln. Es ist dem deutschen Volke in guter Erinnerung, daß auch Hitler seinen Eroberungskrieg mit einer großangelegten Lügenhetze gegen die Sowjetunion vorbereitete. Noch frischer aber ist dem deutschen Volke die bittere Lehre des zweiten Weltkrieges in Erinnerung, daß die Feindschaft gegen die Sowjetunion unbedingt zum Verderben des deutschen Volkes führt. Die Kraft der Sowjetunion ist durch die erfolgreiche Erfüllung des Nachkriegsfünfjahresplanes gewaltig vermehrt. Die Sowjetunion hat in den volksdemokratischen Ländern starke Verbündete. Heute können nur haßblinde Narren wie Schumacher davon phantastieren, die Schlacht eines neuen Weltkrieges werde an der Weichsel oder auch nur an der Oder geschlagen. Für jeden, der sich gesundes Urteilsvermögen bewahrt hat, ist es völlig klar, daß Westdeutschland das der Vernichtung preisgegebene Schlachtfeld eines neuen Krieges sein würde. Das wissen auch die amerikanisch-englischen Kriegsbrandstifter, sonst würden sie nicht die Sprengvorbereitungen an Brücken und Felsen für den Augenblick ihres Rückzuges vornehmen.

Das deutsche Volk will aber nicht eine Nation von Selbstmördern sein! Darum muß es endgültig den Weg der Feindschaft gegen die Sowjetunion verlassen und eine aufrichtige und enge Freundschaft mit dem Sowjetvolke anstreben.

... und die deutsch-französische Freundschaft

So wie mit dem Sowjetvolke, wollen wir mit allen anderen Völkern in Frieden und Freundschaft leben. Insbesondere möchte ich unserem Wunsche Ausdruck geben, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem französischen Volke herzustellen. Frankreich ist in der neueren Geschichte dreimal das Opfer des preußisch-deutschen Militarismus geworden. Das französische Volk kennt aus eigener schmerzhafter Erfahrung den aggressiven Charakter und die brutale Grausamkeit der deutschen Militaristen. Es ist daher nur zu verständlich und berechtigt, wenn sich auch das französische Volk durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Politik seiner Machthaber unmittelbar in seiner Sicherheit bedroht fühlt. Es hat bereits im zweiten Welt-

krieg erleben müssen, wie es das Opfer seiner herrschenden Kreise wurde, die in München glaubten, den raubgierigen deutschen Imperialismus von Frankreich ablenken zu können. Was damals München war, das soll heute der Plevanplan sein. Die Väter dieses Planes wollen dem französischen Volke einreden, eine formelle Eingliederung der deutschen Wehrmacht in eine Europaarmee könne die Sicherheit Frankreichs gewähren. Diese Rechnung ist genauso fehlerhaft, wie es die Rechnung von München war. Die deutschen Patrioten begrüßen den Widerstand der Patrioten Frankreichs gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und wissen sich mit ihnen einig im Kampf um die Sicherheit in Europa.

Nicht Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern allein eine Verständigung zwischen den Völkern kann den Frieden sichern. Darum will das deutsche Volk eine Verständigung und friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern, auch mit den Völkern der USA und Großbritanniens.

Japan, ein warnendes Beispiel

Ein alarmierendes Signal für alle friedliebenden Menschen ist der in diesen Tagen abgeschlossene Separatvertrag mit Japan. Es ist doch geradezu grotesk, daß dieser Vertrag, der ein Friedensvertrag sein soll, unter Ausschluß der Völker abgeschlossen wurde, die unmittelbare Nachbarn Japans sind und am Krieg mit Japan maßgeblich beteiligt waren, nämlich der Sowjetunion und Volkschinas.

Auch andere asiatische Länder wie Indien und Burma sind am Abschluß dieses Vertrages nicht beteiligt. Wenn die Regisseure der Konferenz von San Franzisko statt dieser Länder solche Vasallen wie Salvador und Nikaragua am Abschluß des Vertrages beteiligen, so haben sie damit ihre provokatorische Absicht zynisch vor der ganzen Welt enthüllt. Aber auch das japanische Volk wurde nicht gefragt. Die Proteste der demokratischen Organisationen Japans wurden achtlos unter den Tisch geworfen. Der Vertrag wurde von den amerikanisch-englischen Kriegsbrandstiftern mit den Vertretern des japanischen Militarismus abgeschlossen. Er ist kein Friedensvertrag, sondern ein Glied in der Kette der Kriegsvorbereitungen. Darum enthält er auch kein Wort über die Vernichtung des japanischen Militarismus, sondern wurde sofort durch einen „Sicherheitspakt“ mit den USA ergänzt, der nicht den Frieden sichert, sondern mit Sicherheit den Krieg vorbereitet.

An unsere Leser!

Die Volkskammer der DDR hat in ihrer historischen Sitzung vom 15. September 1951 eine gesamtdeutsche Beratung über freie Wahlen in ganz Deutschland gefordert. Jeder deutsche Patriot muß in dieser ersten Stunde unserer Nation dazu beitragen, daß dieser Kampf um Einheit und Frieden erfolgreich ist. Dazu ist es notwendig, die Bevölkerung Westdeutschlands mit der Regierungserklärung und dem Appell der Volkskammer bekannt zu machen.

Sendet deshalb die Regierungserklärung an Freunde und Bekannte nach Westdeutschland. Damit leistet ihr bereits einen wichtigen Beitrag für die Verwirklichung des Volkskammerappells!

Die deutsche Verantwortung

Was in San Franzisko mit Japan geschah, das soll in geänderter Form in Washington mit Deutschland geschehen! Unter Ausschaltung der östlichen Nachbarn Deutschlands und besonders der Sowjetunion sowie unter Mißachtung des eindeutigen Willens des deutschen Volkes selbst werden Vereinbarungen über die Einbeziehung Westdeutschlands in die amerikanisch-englischen Kriegspläne und über die offene ungeschminkte Errichtung des deutschen Militarismus getroffen. In Washington sitzen die Kriegstreiber beisammen und feilschen über die Höhe des Blutzolls, den das deutsche Volk für die amerikanischen Monopole leisten soll. Die Washingtoner Verhandlungen sind eine folgenschwere Bedrohung von Leib und Leben Millionen deutscher Menschen, eine Bedrohung für die gesamte deutsche Nation.

Das heute veröffentlichte Kommuniqué der Washingtoner Konferenz der drei westlichen Außenminister zeigt mit letzter Deutlichkeit, wie verlogen das Gerede von einer Souveränität und Gleichberechtigung Deutschlands ist, wie heimtückisch die Pläne sind, die zur weiteren nationalen Versklavung der friedliebenden Bevölkerung Westdeutschlands ausgeheckt wurden.

Es ist von mir schon gezeigt worden, daß die Washingtoner Beschlüsse dem verderblichen und verbrecherischen Zweck dienen, Westdeutschland dem aggressiven imperialistischen Atlantikpakt-System anzuschließen und damit über unser Volk die Gefahr der Einbeziehung in einen mörderischen, vernichtenden Krieg, der auch ein Krieg Deutscher gegen Deutsche sein wird, heraufzubeschwören.

Darüber hinaus bedeuten aber die Sonderrechte, die sich die westlichen imperialistischen Regierungen anmaßen, tiefstes und schärfstes Eingreifen in die Souveränitäts- und demokratischen Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes.

Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs behalten sich ohne jede zeitliche Beschränkung Sonderrechte vor, die nach dem Wortlaut des Washingtoner Kommuniqués mit der Stationierung von Streitkräften in Deutschland und dem Schutz dieser Streitkräfte in Zusammenhang stehen. Damit nicht genug, enthalten die Washingtoner Beschlüsse ausdrücklich Sonderrechte, die ein brutales Diktat in bezug auf solche Fragen wie Berlin und Gesamtdeutschland, einschließlich der Frage eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands bedeuten.

Diese Sonderrechte sind also nichts anderes als die uneingeschränkte Fortdauer des Besatzungsstatuts, wobei nur das optische Bild geändert, d. h. den Massen der Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins Sand in die Augen gestreut werden soll.

Mit den eben genannten Sonderrechten läßt sich frei nach der Willkür ausländischer imperialistischer Mächte jeder Eingriff in die elementarsten verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins durchführen, und der eigentliche Zweck ist die weitere Verhinderung der Einheit Deutschlands, die Verweigerung eines Friedensvertrages mit Deutschland, bis zur Verwirklichung ihrer schändlichen Pläne, Deutschland in einen neuen Krieg, in die schlimmste Katastrophe zu stürzen.

Eisenhower, dem die Sicherung dieser Sonderrechte in bezug auf die Stationierung der fremden Interventionstruppen auf deutschem Boden und den sogenann-

ten Schutz dieser Streitkräfte übertragen wurde, ist der wirkliche Herr auch über die Innenpolitik der Bonner Regierung.

Ein fremder General und seine Befehle, das wird die wirkliche Verfassung der Bonner Bundesrepublik sein.

Es ist gleichgültig, wie die Versammlung der drei Usurpatoren vom Petersberg sich nennt, ob Hochkommissar oder Botschafferrat. Die Statthalter der USA, Großbritanniens und Frankreichs sollen auch zukünftig die Herren des Protektorats Westdeutschland sein. Die nationale Entwürdigung des deutschen Volkes wird damit auf die Spitze getrieben.

So bestätigt das vor der heutigen historischen Sitzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in der Westpresse veröffentlichte Kommuniqué der Washingtoner Separatkonferenz voll und ganz die Prognose, die ich Ihnen entwickelte, und unterstreicht noch einmal die gebieterische Notwendigkeit, in dieser entscheidenden Stunde zu handeln.

Getragen von unserer Liebe zum deutschen Menschen und unserer Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes erheben wir darum unsere Stimme. Wir sprechen im Namen der 12 1/2 Millionen Wähler der Deutschen Demokratischen Republik, im Namen der Millionen Wähler der Bundesrepublik, die an der Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag teilnahmen oder die gewaltsam an der Teilnahme verhindert wurden. Es ist höchste Zeit, Maßnahmen zur Rettung der deutschen Nation zu ergreifen. Wir können und dürfen uns wegen der Ablehnung unserer früheren Vorschläge durch die Bonner Regierung nicht unserer vaterländischen Aufgabe entziehen. Wir können und dürfen nicht unsere Hände in Unschuld waschen und die Verantwortung jenen überlassen, die bereits mit Schuld am deutschen Volke überlastet sind. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes jetzt um das Schicksal unseres Volkes, um die Zukunft Deutschlands. Bereits am 30. Januar 1951 erklärte ich auf die Ablehnung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates durch Adenauer:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist entschlossen, trotz der Erklärung Herrn Adenauers, ihre Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung fortzusetzen.“

Heute will ich erfüllen, was ich am 30. Januar ankündigte.

Washington erfordert von allen verantwortungsbewußten Deutschen sofortige und grundlegende Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Unheils. Die erste und dringendste Vorbedingung für die Rettung des deutschen Volkes ist nach wie vor die Verständigung unter den Deutschen selbst. Wer auch nur ein Fünkchen Liebe zu seinem Vaterlande besitzt, wer sich auch nur im geringsten seinem Volke gegenüber verantwortlich fühlt, der muß an diesem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte nach Mitteln suchen, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, um zu einer Verständigung zwischen den Deutschen zu gelangen. Von dieser Liebe und Verantwortung ausgehend, auf der Suche nach einem neuen Weg, der eine Verständigung herbeiführen kann, bin ich zu dem Entschluß gelangt, nicht als einzelner neue Vorschläge zu unterbreiten, sondern die Volkskammer als die berufene Vertreterin der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu befragen, welche neuen Schritte wir zur Rettung des deutschen Volkes einleiten können.

Für eine gesamtdeutsche Beratung

Unser Vorschlag auf Beratungen zur Einberufung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates wurde von der Bonner Regierung und dem Bundestag abgelehnt. Dabei wurde das Argument gebraucht, es sei unmöglich, auf paritätischer Grundlage zusammenzukommen, weil die Bundesrepublik zwei Drittel des deutschen Volkes umfasse. Wir ließen uns bei unserem Vorschlag auf paritätische Zusammensetzung von dem Gedanken leiten, daß es bei den Beratungen nicht darum gehen könne, jemand zu überstimmen, sondern einzig und allein darum, eine Verständigung zwischen den Deutschen aus Ost und West herbeizuführen. Die Zahl der Verhandlungsteilnehmer ist also bei solchen Beratungen nicht von grundsätzlicher Bedeutung.

Das andere entscheidende Argument, das gegen unseren Vorschlag angewandt wurde, war die Frage der gesamtdeutschen Wahlen. Bereits in meiner Erklärung vor der Volkskammer am 14. März 1951 habe ich gesagt:

„Die Organe der Deutschen Demokratischen Republik haben keinen Zweifel gelassen, daß sie jederzeit bereit sind, bevollmächtigte Vertreter zu entsenden, um gemeinsam mit Vertretern der Bundesrepublik die Bedingungen für die Durchführung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen in ganz Deutschland zu beraten.“

An diesen Prinzipien einer freien Wahl halten wir nach wie vor fest. Wir halten es für selbstverständlich, daß eine Betätigungsfreiheit für alle demokratischen Parteien in ganz Deutschland geschaffen werden muß und daß die Wahlen in ganz Deutschland unter völlig gleichen Bedingungen durchgeführt werden müssen. Es muß dabei auch für alle Personen, demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen die völlige persönliche und bürgerliche Freiheit und die Gleichberechtigung in allen Teilen Deutschlands gesichert werden. Den demokratischen Organisationen muß das Recht eingeräumt werden, unbehelligt ihre Kandidaten aufzustellen und Wahlgemeinschaften oder Wahlblocks zu bilden. Insbesondere darf vor den Wahlen kein Zeitungsverbot ausgesprochen werden, wie es zum Beispiel regelmäßig mit den kommunistischen Zeitungen in Westdeutschland vor den Wahlen geschehen ist.

Wir sind bereit und bemüht, alle Widerstände zu beseitigen, um eine Verständigung in den entscheidenden Punkten herbeizuführen. Die Punkte sind: Wahrung des Friedens und Verhinderung der Einbeziehung Deutschlands in einen neuen Weltkrieg. Wir sind uns bewußt, daß ein neuer Weltkrieg für Millionen Deutsche, Jugendliche, Männer und Frauen nur den Tod bringen würde. Das ist keine Lösung der für uns Deutschen strittigen Fragen. Es ist der Weg des Todes. Darum müssen alle Fragen der einen großen Aufgabe untergeordnet werden: den Krieg zu verhindern und dem deutschen Volke endlich einen Friedensvertrag zu geben.

Von diesen Erwägungen ausgehend, schlage ich nach erster und reiflicher Überlegung im Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen

Republik vor, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sich an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit einem Appell wendet, eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands einzuberufen zur Besprechung folgender zwei Fragen:

1. Über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands.

2. Über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Wir wenden uns mit Nachdruck und Ernst an alle politischen, demokratischen und gesellschaftlichen Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland, den Aufruf der Volkskammer zur Schaffung einer gesamtdeutschen Beratung nachhaltig zu unterstützen, damit die Forderungen nach Wahlen für Einheit und Frieden schnellstens verwirklicht werden. Die Spaltung Deutschlands ist die Quelle seiner Erniedrigung. Wollen wir wirklich noch lange in einem solchen Zustand weiterleben, der der tiefsten Schmach nach dem Dreißigjährigen Kriege ähnelt, wo deutsche Fürsten an fremde Machthaber deutsche Truppen verkauften? Soll die mittelalterliche Schmach des deutschen Soldatenhandels durch Herrn Adenauer ungehindert in Deutschland wieder eingeführt werden? Das darf nicht sein! Niemals!

Ich höre schon, wie die ewig Gestrigen, die Zurückgebliebenen und die Feinde der Einheit sagen werden, unser Vorschlag sei nur Propaganda. Wir werden ihnen antworten: „Nehmt unseren Vorschlag an, und die Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist keine Propaganda, sondern sie ist morgen Wirklichkeit.“

Die Herbeiführung einer Verständigung über die beiden Grundfragen der deutschen Nation: Einheit und Friedensvertrag wird die drohende Gefahr des Untergangs des deutschen Volkes abwehren und den Grundstein für ein neues Deutschland legen, das sich einig und stark dem friedlichen Aufbau widmet. In kurzer Zeit werden dann die Wunden des Krieges geheilt und die zerstörten Städte wieder aufgebaut werden. Das Elend der Erwerbslosen, der Rentner und der Umsiedler wird rascher beseitigt, und vor allem wird der ganzen deutschen Jugend eine sichere Zukunft gegeben werden. Das deutsche Volk wird in der Lage sein, mit allen Völkern friedliche Beziehungen zu pflegen und im freien Warenaustausch für sein und anderer Völker Wohl zu wirken. Das deutsche Volk wird nach Jahren des nationalen Haders und der Zerstörung, nach Not und Elend durch seine qualifizierte Arbeit und seine kulturellen Leistungen wieder seinen Platz unter den friedliebenden Völkern der Erde einnehmen und seinen Beitrag zur Weltkultur leisten.

Die Stunde drängt. Noch ist es Zeit, auf dem verhängnisvollen Wege, der in den dritten Weltkrieg führt, umzukehren. Die erste Voraussetzung für diese Umkehr ist eine gesamtdeutsche Beratung, in der sich die Deutschen aus West und Ost über freie Wahlen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und über den Abschluß eines Friedensvertrages verständigen.

Wir strecken allen, die guten Willens sind, erneut die Hand zur Verständigung entgegen. Möge die Not unseres Volkes Verständnis finden, damit sich die Deutschen von West und Ost in Einigkeit um die Rettung der deutschen Nation bemühen. Mein Wort soll sich an alle wenden, die bereit sind, den friedlichen Weg Deutschlands zu gehen. Es ist der Weg über gesamtdeutsche Beratungen zu Wahlen für Einheit und Frieden.

Appell an den Bundestag

Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Die Mitglieder der Deutschen Volkskammer billigen die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen außerordentlichen Sitzung und beschließen den nachfolgenden Appell an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland:

Über unsere Heimat ist eine drohende Gefahr heraufgezogen. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die Verweigerung eines Friedensvertrages für Deutschland, die weitere Fortsetzung der Remilitarisierung und die Aufrechterhaltung der Spaltung unseres Vaterlandes zum Kriege führen.

Wird aber Deutschland in einen neuen Krieg hineingezogen, dann wird unsere Heimat zum Schlachtfeld, zu einer grauen Zone der Vernichtung, und Millionen deutscher Menschen, besonders der deutschen Jugend, werden zugrunde gehen. Das würde ein brudermörderischer Krieg Deutscher gegen Deutsche sein. Aber das ganze deutsche Volk, alle deutschen Menschen guten Willens wollen den Frieden und eine friedliche Lösung der Lebensfragen unserer Nation.

Es ist das Recht und der Wille des Volkes, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, den Frieden zu erhalten und den wirtschaftlichen Aufbau zum Wohlergehen des Volkes zu sichern. Die Voraussetzung dazu ist, daß sich die Deutschen an einen Tisch setzen und eine Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland herbeigeführt wird.

Dieser Wille des Volkes muß verwirklicht werden, ehe es zu spät ist, ehe aggressive imperialistische Kräfte unser Vaterland in die schlimmste Katastrophe stürzen.

Die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland kann durch freie demokratische Wahlen zu einer

Deutschen Nationalversammlung

gefördert werden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß Wahlen zu einer Deutschen Nationalversammlung dringend notwendig und möglich sind, daß solche Wahlen unter gleichen Bedingungen für ganz Deutschland durchgeführt werden müssen, wobei für alle Staatsbürger die Freiheit und Gleichheit der Person, für alle demokratischen Parteien und Organisationen die gleiche Betätigungsfreiheit gewährt und gesichert werden müssen. Die demokratischen Parteien und Organisationen müssen das Recht haben, eigene Kandidatenlisten aufzustellen und nach eigenem Ermessen Listenverbindungen einzugehen und Wahlblocks zu bilden.

Ebenso ist es das Recht und der Wille des Volkes, daß baldmöglichst ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wird, der ihm wirkliche Souveränität und nationale Unabhängigkeit sichert und zum Abzug aller Besatzungstruppen führt.

Gemeinsam mit allen deutschen Patrioten sind wir der festen Überzeugung, daß die Verhinderung der Remilitarisierung und eine friedliche und demokratische Entwicklung den Interessen unseres eigenen Volkes wie den Interessen aller friedliebenden Völker Europas entspricht.

Im Interesse des Lebens und der Zukunft der Nation wendet sich daher die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag an den Deutschen Bundestag, eine gemeinsame

gesamtdeutsche Beratung der Vertreter Ost- und Westdeutschlands

durchzuführen, die über zwei Aufgaben zu entscheiden hat.

Erstens

über die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschland,

und zweitens

über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Wir unsererseits sind entschlossen, die Verhandlungen mit Vertretern Westdeutschlands im Geiste ehrlicher Verständigungsbereitschaft zu führen, und halten es für notwendig, die gesamtdeutsche Beratung baldmöglichst in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, durchzuführen

Berlin, den 15. September 1951.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Das Präsidium:

Johannes Dieckmann, Hermann Matern, Ernst Goldenbaum, Vinzenz Müller, Gerald Götting, Friedrich Ebert, Grete Groh-Kummerlöv, Wilhelmine Schirmer-Pröscher

Die Vorsitzenden der Fraktionen der Volkskammer:

SED: Hermann Matern, LDP: Dr. Ralf Liebler, CDU: August Bach, NDFD: Vinzenz Müller, DED: Berthold Rose, FDJ: Heinz Keßler, FDGB: Herbert Warnke, Kulturbund: Erich Wendt, DFD: Erna Schäfer, VVN: Ottomar Geschke, VdgB: Friedrich Wehmer, Genossenschaften: Gerhard Lucht, SPD: Erich Geske.

*Unsere Finanzpolitik
dient dem Frieden!*

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

DOPPELNUMMER 17/18

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE FINANZWESEN
mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

JAHRGANG 5

BERLIN · 1 u. 2. SEPTEMBERHEFT 1951

Protokoll der Finanzpolitischen Konferenz

vom 17. bis 19. September 1951

im Hause des Ministeriums der Finanzen

der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin

TAGESORDNUNG

Montag, den 17. September 1951

- Eröffnung der Finanztagung Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Loch
- Referat: „Die Finanzpolitik der DDR“ . . Ministerpräsident Otto Grotewohl
- Referat: „Die Finanzwirtschaft der DDR“ Staatssekretär für die Koordinierung des gesamten Finanzwesens in der DDR, Willy Rumpf
- Referat: „Fragen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Industrie“ Minister für Maschinenbau, Gerhard Ziller
- Diskussion

Dienstag, den 18. September 1951

- Referat: „Das Vertragssystem und die Organisation und Tätigkeit der staatlichen Arbitrage in der volkseigenen Wirtschaft“ . Leiter des Amtes für Reparationen, Bernd Weinberger
- Referat: „Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankeninkasso durch die Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft“
- Diskussion Präsident der Deutschen Notenbank, Frau Greta Kuckhoff
- Referat: „Finanzierung und Kontrolle als Hilfsmittel für die Realisierung der großen Investitionsvorhaben“ Präsident der Deutschen Investitionsbank, Curt Lehmann
- Diskussion
- Referat: „Die Bewirtschaftung von öffentlichen Geldern durch die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise und die Bürgermeister, Landräte und Fachminister als Mittel der Durchführung und Kontrolle des Volkswirtschaftsplanes“
- Staatssekretär im Ministerium d. Finanzen, Willi Georgino

Mittwoch, den 19. September 1951

- Referat: „Die neue Funktion der Hauptbuchhalter. Das Rechnungswesen und der Kontrollbericht als operatives Mittel zur Leitung der Betriebe und Instrument der Planung“
- Diskussion Instrukteur des Ministeriums d. Finanzen, Gerhard Opitz
- Schlußwort

Entschliebung

der finanzpolitischen Konferenz vom 17. bis 19. September 1951

Die Teilnehmer der finanzpolitischen Konferenz begrüßen den Vorschlag der Volkskammer für eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands. Wir geloben, unsere ganze Kraft einzusetzen zur Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands, den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und dem darauf folgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland.

Wir sehen in der erfolgreichen Durchführung des Fünfjahrplanes den Weg zur Sicherung des friedlichen Aufbaues, der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung und das Beispiel des friedlichen, vom ausländischen Monopolkapital unabhängigen Aufbaues für ganz Deutschland.

I.

Die entscheidende Aufgabe zur erfolgreichen Durchführung des Fünfjahrplanes ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten. Damit wird die Rentabilität aller Teile der volkseigenen Wirtschaft erreicht und gesteigert, die es uns ermöglicht, den Aufbau der Friedenswirtschaft beschleunigt durchzuführen.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die Vorschläge für die Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, des Vertragssystems und der Verstärkung der Kontrolle durch die Deutsche Mark und schlagen folgende Maßnahmen vor:

1. Umwandlung der einzelnen Betriebe in juristisch selbständig wirtschaftende Einheiten; dazu gehört, daß der einzelne Betrieb mit eigenen Grundfonds und Umlaufmittelfonds ausgestattet, selbständig steuerpflichtig wird, die Gewinne und Verluste bei der Vereinigung nicht mehr saldiert werden und der Betrieb selbst Kredit in Anspruch nimmt;
2. daß die Auffüllung der Umlaufmittelfonds und Fonds für Generalreparaturen aus den Gewinnen der Betriebe vorgenommen wird;
3. daß das System der Verrechnungen von Lieferungen und Leistungen zwischen den Betrieben einer Vereinigung und der Vereinigung liquidiert wird;
4. daß das bisherige System der Anzahlungen in der volkseigenen Wirtschaft liquidiert wird und bei langfristigen Produktionen entsprechend dem Herstellungsgrad Teilrechnungen, wie in den Verträgen vorgesehen, ausgestellt und abgerechnet werden dürfen;
5. daß der Direktorfonds nicht mehr zur Finanzierung der Umlaufmittel des Betriebes in Anspruch genommen, sondern auf besonderen Bankkonten gehalten wird, daß die Bildung des Direktorfonds von der erfolgreichen Durchführung der Pläne abhängig gemacht wird;
6. daß das Bankeninkasso eingeführt wird.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen es, daß nach diesen Vorschlägen bei der Vereinigung volkseigener Betriebe Energie- und Kraftmaschinen (EKM) ab 1. Oktober gearbeitet wird, damit die dort gemachten Erfahrungen für die gesamte Volkswirtschaft rechtzeitig ausgewertet werden können.

Um zu verhindern, daß Waren produziert werden, für die kein Bedarf vorhanden ist, zur Verstärkung des Kampfes um die sortimentgerechte Produktion und Qualitätsverbesserung und der Herstellung eines rhythmischen Ablaufes der Produktion müssen zur Erfüllung der Betriebspläne konkrete Verträge mit den Empfängern und mit den Lieferanten abgeschlossen werden.

Die Konferenzteilnehmer sehen in der Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen der volkseigenen Wirtschaft gegenüber dem Staatshaushalt eine sehr ernste Verletzung der Finanzdisziplin. Den Leitern der volkseigenen Betriebe ist vom demokratischen Staat Volkseigentum zur Nutzung und Vermehrung übergeben, damit werden sie zu einer entscheidenden Stütze der Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Die Erfüllung der planmäßigen Haushaltsverpflichtungen ist der Gradmesser für den Erfolg oder Nichterfolg der uns von der neuen demokratischen Ordnung gestellten Aufgaben.

Damit wird die persönliche Verantwortung des Leiters des volkseigenen Betriebes verstärkt, der zur besseren Leitung des Betriebes sich des Rechnungswerkes und der Analyse des Hauptbuchhalters bedienen muß, um die Schwächen in der Arbeit des Betriebes schnell zu erkennen und abzustellen. Zu diesem Zweck muß die Abrechnung kurzfristig vorgenommen werden und mit dem Produktionsprozeß parallel laufen.

Nachdem der Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten in der Industrie mit Erfolg begonnen wurde, muß der Grundsatz der Sparsamkeit in der Industrie verstärkt und auf die übrigen Teile der volkseigenen Wirtschaft — Handel, MAS, VEG usw. — ausgedehnt werden.

Es ist notwendig, alle Formen der Finanzkontrolle zu verstärken, dazu gehört:

- a) die gegenseitige Finanzkontrolle der Betriebe durch Verträge,
- b) daß die Leiter der Vereinigungen, Hauptverwaltungen und die Fachministerien die Bilanzergebnisse und Kontrollberichte analysieren und für die Anleitung der Betriebe benutzen.
- c) daß die Organe der Finanzverwaltung ihre Kontrolltätigkeit verstärken und verbessern, die Ergebnisse der Betriebe an Hand der Erfüllung ihrer Verpflichtungen analysieren und der Regierung und den verantwortlichen Verwaltungsstellen Vorschläge für die Erreichung der Planziele machen,
- d) daß die Kontrolle durch die Deutsche Notenbank verstärkt wird, indem sie die Verwendung der Lohnfonds, Materialfonds, die Einhaltung der Selbstkostensenkungspläne, die Entwicklung des Absatzes und der Bestände und die Verwendung der Umlaufmittelfonds überwacht. Das Ziel ist die höchstmögliche Beschleunigung der Umschlagszeit der Umlaufmittel.

Die Konferenzteilnehmer bemängeln die bisherige Arbeit auf dem Gebiete der Preispolitik und verlangen, daß die Festsetzung der Preise als ökonomischer Hebel für die Senkung der Selbstkosten benutzt wird.

II.

Zur erfolgreichen Durchführung des Fünfjahrplanes werden auf dem Gebiete der Investitionen folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Die termingemäße Verwirklichung des Investitionsplanes 1952 verlangt von allen Plan- und Investitionsträgern, insbesondere von den Räten der Stadt- und Landkreise, die sofortige Erarbeitung von Realisierungsplänen für das IV. Quartal 1951.

25X1

2. Für die Durchführung der Investitionsvorhaben 1952 müssen zu Beginn des Jahres monatliche Pläne der Realisierung für das Jahr erarbeitet werden.
Um auch in den Wintermonaten alle Möglichkeiten des kontinuierlichen Bauens auszuschöpfen, sind die Anlaufbesprechungen schon im Dezember 1951 auf die einzelnen Stadt- und Landkreise auszudehnen und am Ort des Baugeschehens durchzuführen.
3. Die Planträger müssen sich am Wettbewerb aller Entwurfbetriebe zur termingemäßen Erfüllung der Vorprojektierung 1952 beteiligen, indem sie den Entwurfbetrieben rechtzeitig die erforderlichen technologischen Unterlagen zur Verfügung stellen.
4. Die Hauptverwaltung Bauindustrie hat für die beschleunigte Abrechnung der Bauleistungen durch die Einführung der Methode Losinski-Opitz auf breiter Basis Sorge zu tragen.
5. Die volkseigenen Baubetriebe haben im Jahre 1952 die Selbstkostensenkungen an den Baustellen zu organisieren unter besonderer Berücksichtigung technisch begründeter Arbeitsnormen und fortschrittlicher Materialverbrauchsnormen.
6. Die für ihre Durchführung des Investitionsplanes verantwortlichen Mitarbeiter der Wirtschaft und Verwaltung haben einen energischen Kampf um die planmäßige Durchführung des Investitionsplanes zu führen, insbesondere gegen illegale Investitionen und sonstige Überschreitungen.

III.

Die Berichterstattung über den Staatshaushaltsplan zeigt, daß wichtige Teile des Volkswirtschaftsplanes — und zwar nicht nur der Plan der Investitionen, sondern auch der Plan des Gesundheitswesens — der Kultur und der Lehrlings- und Berufsausbildung ungenügend erfüllt sind.

Die Ursache liegt darin, daß die verantwortlichen Fachminister und Verwaltungsleiter es versäumt haben, den Ablauf des Haushaltsplanes zu beobachten und deshalb die Nichterfüllung dieser Teile der Volkswirtschaft nicht erkannten.

Es wird vorgeschlagen:

1. die Fachminister der Republik und der Länder, die Landräte und die Bürgermeister sollten monatlich die Erfüllung des Haushaltes studieren und die Analyse als Instrument der Kontrolle über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes benutzen,
2. mindestens vierteljährlich in den Vertretungskörperschaften über die Erfüllung der Haushaltspläne Bericht zu erstatten und die erforderlichen Maßnahmen für die Erfüllung der Pläne zu beschließen und mehr als bisher auch in den öffentlichen Einwohnerversammlungen über die Erfüllung der Haushaltspläne zu berichten,
3. daß die Abrechnungen nach der Methode Losinski-Opitz kurzfristig vorgenommen werden nach dem Beispiel des Landes Mecklenburg und der Stadt Halle.

Der Ablauf des Haushaltsplanes 1951 zeigt weiter, daß in den meisten Gemeinden, Kreisen und Ländern die örtlichen Einnahmen zu niedrig geplant sind. Auf diese Weise wurden Planübererfüllungen vorgetäuscht.

Es wird weiter festgestellt, daß der Frage der Verwaltungskostensenkung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde, die Verwaltungskosten nicht gesunken sind und in vielen Teilen der Verwaltung bei Nichterfüllung der im Plan gestellten Aufgaben die vollen Verwaltungskosten in Anspruch genommen worden sind.

Es wird daher vorgeschlagen, bei der Aufstellung des Planes 1952

- a) durch die Mitwirkung der Bevölkerung alle örtlichen Reserven aufzudecken,
- b) aus Mitteln des Finanzausgleichs an die örtlichen Organe nur dann Zuschuß zu leisten, wenn auf Grund der Erfahrungen 1951 alle den Gemeinden zufließenden Einnahmen im Plan voll aufgenommen sind,
- c) die Haushalte bis zu den Kreisen und Gemeinden auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes aufgebaut werden.

Die Finanzorgane, Finanzämter, Landesfinanzdirektionen haben den Landräten bzw. Landesregierungen an Hand der Abgabeneingänge monatliche Analysen über die wirtschaftliche Entwicklung in ihren Gebieten zu geben, damit die Verwaltungsorgane diese als Kontrollinstrument für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes benutzen können.

IV.

Die neuen Aufgaben der Finanzorgane bei der Kontrolle des Volkswirtschaftsplanes über die Erfüllung der Haushalts- und Finanzpläne erfordern, daß die in den Finanzorganen beschäftigten Mitarbeiter

1. sich in höherem Maße als bisher ein Mindestmaß an ökonomischen Kenntnissen aneignen,
2. sich der Erfahrungen der Finanzwirtschaft der Sowjetunion bedienen,
3. ihre analytische Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage durchführen.

Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, daß alle Möglichkeiten der Qualifikation und Schulung der Mitarbeiter in den Finanzorganen ausgeschöpft werden durch

- a) Schaffung einer Finanzakademie,
- b) Schaffung eines Fernstudiums für Finanzökonomie,
- c) Erweiterung der Kapazitäten für finanzökonomische Ausbildung an den bestehenden Universitäten und Hochschulen,
- d) lang- und mittelfristige Schulen für Finanzökonomie,
- e) Studienmöglichkeiten ohne Unterbrechung der Arbeit (Abendkurse, Volkshochschule, Seminare, organisiertes Selbststudium),
- f) Aufnahme der Finanzökonomie in den Lehrplan der Verwaltungsschulen,
- g) Schaffung von einheitlichen Lehrplänen, Musterlektionen, Lehrbüchern und weitere Herausgabe von sowjetischen Übersetzungen, Literatur auf dem Gebiete der Finanzökonomie.

V.

Die Leiter und Mitarbeiter des Finanzapparates nehmen die vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in seinem Referat, in den übrigen Referaten und in den Diskussionen geübte berechtigte Kritik an der Arbeit des Finanzapparates zum Anlaß, besonders in Arbeitsbesprechungen die bisherige Arbeit zu überprüfen und zu verbessern. Es wird vorgeschlagen, die Ergebnisse der Finanzpolitischen Konferenz zum Gegenstand einer gründlichen innerbetrieblichen Schulung zu machen.

Die Konferenzteilnehmer sind der Überzeugung, daß mit der Realisierung der von der Konferenz gegebenen Empfehlungen eine weitere Festigung der Finanzwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik erreicht wird. Sie wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des Fünfjahresplanes und zur Erhaltung des Friedens

Die Wirtschaftliche Rechnungsführung — ein entscheidendes Stadium in unserer Entwicklung

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hans Loch:

Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Finanzkonferenz 1951 und freue mich ganz besonders, unseren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße ferner die Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission, die Ministerpräsidenten der Länder, die Minister der Deutschen Demokratischen Republik und der Länder, die Staatssekretäre, die Vertreter der Wissenschaft und der Praxis, insbesondere unsere Kollegen aus der volkseigenen Wirtschaft und Verwaltung. (Beifall.)

Wenn etwas die Bedeutung unserer Konferenz unterstreichen kann, dann ist es die Tatsache, daß der Herr Ministerpräsident trotz seiner Arbeitsüberlastung es sich nicht hat nehmen lassen, das grundlegende finanzpolitische Referat zu halten. Seine Ausführungen werden, davon bin ich überzeugt, in ihren Grundkonzeptionen und in ihrer Kritik wertvolle Anregungen geben, aus denen heraus wir unsere finanzpolitische, aber auch die daraus resultierende finanzwirtschaftliche Arbeit verbessern können.

Wir stehen nämlich in einem entscheidenden Stadium unserer ökonomischen Entwicklung und damit auch unserer gesamten Finanzwirtschaft. Wir haben 1945 ökonomisches Neuland betreten. Wir haben zwar erfahrene Lehrmeister in unseren sowjetischen Freunden gehabt, aber wir haben mit ihrer Hilfe selbständig gehen gelernt, und wir können ohne Überheblichkeit feststellen, daß wir einen guten Teil des Weges zu einem guten wirtschaftlichen und politischen Ziele gegangen sind. Wir verkennen aber nicht, daß wir auf diesem Wege viele Fehler gemacht haben, und wir verschließen uns auch nicht der Erkenntnis, daß wir jetzt im entscheidenden Stadium unserer Entwicklung nüchtern das Fazit aus dem Geleisteten ziehen müssen, um mit verbesserten Methoden dem Gesamtziele der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik näherzukommen, unserer gesamten Bevölkerung einen guten Lebensstandard zu gewähren.

Wenn früher eine Finanzkonferenz tagte, dann traten die Magier der Geheimwissenschaft Finanzen zusammen und verhandelten hinter verschlossenen Türen. Nur ein kleiner Kreis Auserwählter pflegte zusammenzutreten, fern dem Volke und fremd dem Volke; denn ihre ganzen Konzeptionen dienten ja nicht dem Wohle des Volkes und der Verbesserung der Lebenslage des Volkes, sondern waren zweckgebunden an ihre Auftraggeber, an die Drahtzieher hinter den Kulissen, auf deren Interessen und Machtstärkung in Staat und Wirtschaft die gesamte Finanzpolitik und die gesamte Finanzwirtschaft abgestellt waren.

Sicher werden sich einige der Teilnehmer dieser Konferenz gewundert haben, daß sie zu einer finanzpolitischen Tagung eingeladen wurden. Die Leiter der volkseigenen Betriebe, die Leiter der Handelsorganisation, die Leiter der MAS und der volkseigenen Güter, die Vertreter des volkseigenen Verkehrs werden sich fragen, was sie denn eine finanzpolitische Konferenz angehe, und hierin liegt bereits die Bedeutung unserer Konferenz, daß die Fragen, die heute und in den nächsten Tagen hier behandelt werden, nicht nur einen engen Kreis von Finanzspezialisten angehen, sondern

daß diese Finanzfragen ein unentbehrliches Rüstzeug für alle Funktionäre in unserer volkseigenen Wirtschaft sind, weil sie grundlegende wirtschaftspolitische Fragen darstellen.

So wie im Westen unserer deutschen Heimat der aggressive deutsche Imperialismus als Bundesgenosse des USA-Imperialismus Wiederauferstehung feiert und sich dort die Kräfte des Krieges, der Kriegsindustrie und des Militarismus, die Feinde des Volkes wieder regen und ihre volksverderbende Tätigkeit entfalten, wird in der Deutschen Demokratischen Republik nach einem klaren Plan des wirtschaftlichen Wiederaufstieges und der Verbesserung der Lebenslage unserer Werktätigen gearbeitet. Die ganze Arbeit unseres demokratischen Staates ist auf die Verwirklichung dieses Planes gerichtet. Aber die Durchführung des Fünfjahrplans in den ersten Monaten hat gezeigt, daß unsere gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung einen Stand erreicht und das Bewußtsein unserer Werktätigen sich so geformt und gefestigt hat, daß unsere bisherigen Wirtschaftsmethoden damit nicht mehr Schritt halten. Die Hauptaufgabe der Konferenz ist also, darüber zu beraten, welche Mängel aufgetreten sind, wie man sie beseitigen muß und wie die neue Methode der Leitung unserer Volkswirtschaft und der Leitung unserer volkseigenen Betriebe aussehen muß und welche Schritte zu unternehmen sind, um eine neue Methode der Leitung unserer Betriebe einzuführen.

Daß gerade dieses Problem auf einer finanzpolitischen Konferenz behandelt wird, ist ein Beweis dafür, daß die Finanzwirtschaft die Kontrolle der Wirtschaft und des Ablaufs der Pläne durch die Deutsche Mark ist. Die Finanzwirtschaft ist die Grundlage der neuen Methode der Leitung unserer Wirtschaft, des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Bedeutung der Finanzwirtschaft bei der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist ihre Rolle als Barometer der Planerfüllung, das alle Planverstöße, aber auch alle positiven Entwicklungen unverzüglich anzeigt und damit zu einem vollendeten Kontrollorgan wird. Gerade deshalb haben wir die Kollegen Betriebsleiter aus den verschiedenen Teilen der volkseigenen Wirtschaft, die Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen zu dieser Konferenz eingeladen. Ihnen muß vor Augen geführt werden, daß man, um die Aufgaben des Fünfjahrplans zu lösen, als Leiter eines Betriebes oder einer anderen gesellschaftlichen Organisation seine Funktionen nicht mehr erfüllen kann, ohne sich dieses Instrumentes, der Finanzwirtschaft, zu bedienen. Das gilt aber nicht nur für die Leiter der Betriebe und der gesellschaftlichen Organisationen, sondern auch für die Vertreter der Landesregierungen, die Herren Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister. Ihnen soll gezeigt werden, wie sie mit Hilfe des Haushaltsplanes den Ablauf und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in ihrem Lande, in ihrer Stadt, in ihrem Kreise und in ihrer Gemeinde kontrollieren können und in Zukunft kontrollieren müssen.

Ein besonders wichtiger Abschnitt in den Beratungen dieser Tagung wird zum Gegenstand haben die neuen Aufgaben, die der Deutschen Notenbank und ihrer Kontrolle durch Geld und Kredit aus den neuen Methoden der Wirtschaftsführung erwachsen. Um eine Wirtschaft wie die der Deutschen Demokratischen

Republik mit ihrer starken Arbeitsteilung und ihrer weitgehenden Spezialisierung der einzelnen Betriebe richtig leiten zu können, muß man auch die Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben einer klaren Regelung unterwerfen, die den Erfordernissen einer systematischen Plandurchführung und einer größtmöglichen Wirtschaftlichkeit entsprechen. Die Einführung des Vertragssystems und der staatlichen Arbeitsfrage wird somit ebenfalls einen bedeutenden Teil der Beratungen einnehmen müssen.

Eine weitere Frage, die für die Durchführung unseres Fünfjahrplanes und für die Sicherung unserer künftigen Existenz zu einer Hauptfrage geworden ist, ist die Durchführung unserer gewaltigen Investitionen. Wir haben auch auf diesem Gebiete eine Reihe von Lehren zu ziehen und Veränderungen vorzunehmen, um eine sparsame Verwendung und richtige Verwendung der ungeheuren Summen für die Investitionen unserer Volkswirtschaft zu erreichen. Wir müssen aber dabei auch das Bewußtsein in uns festigen, und zwar in uns allen, die wir irgendwie mit Investitionen zu tun haben, daß es sich bei den Investitionen auch um einen Zeitplan handelt, dessen minutiöse Erfüllung eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne ist.

Diese neuen Methoden und diese Fragen unserer Wirtschaft, die Verbesserung und Verstärkung der Kontrolle durch die Deutsche Mark können aber nur gelöst werden, wenn wir der Abrechnung all dieser ökonomischen Vorgänge eine größere Aufmerksamkeit schenken als bisher. Es kommt darauf an, die Stellung der Buchhalter als Kontrollorgane zu festigen und die Abrechnungen unserer Buchhalter den Leitern der Wirtschaft als ein wirkliches Arbeitsinstrument in die Hände zu geben. Ein wirkliches Arbeitsinstrument kann es aber nur dann sein, wenn die Buchhalter die Prinzipien der Bilanzklarheit und der Bilanzwahrheit beachten.

Meine Damen und Herren! Die Konferenz wird an Sie hohe Anforderungen stellen. Die Probleme, die hier behandelt werden, sind zahlreich und schwerwiegender Natur. Wir werden die Aufgaben dieser Konferenz am besten erfüllen, wenn wir vor der Aufzeigung von Fehlern in unserer bisherigen Arbeit nicht haltmachen. Sicher werden unsere Gegner, beispielsweise die Kriegstreiber in Westdeutschland, die hier auf dieser Konferenz aufgezeigten Mängel aufgreifen, und sie werden sagen: Seht an, so schlecht wird in der Deutschen Demokratischen Republik gewirtschaftet! Demgegenüber erklären wir aber eindeutig und vor aller Öffentlichkeit: Daß wir hier vor einem so breiten Forum und vor der Öffentlichkeit unsere Schwächen und unsere Mängel besprechen und die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen, ist kein Zeichen unserer Schwäche, sondern ein Zeichen unserer Stärke. Wir wären Toren, wollten wir aus unseren Fehlern nicht lernen, und wir werden uns auch durch die Ver-

drehungen einer Kriegshetzerpresse daran nicht hindern lassen. Denn uns geht es um unser Volk und um sein besseres Leben, und da darf es an Kritik und an Selbstkritik nicht fehlen, wenn wir die besten Wege und die besten Methoden finden wollen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, einen guten Konferenzverlauf und ein gutes Ergebnis Ihrer Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Wir schlagen Ihnen die Bildung eines Präsidiums vor, das aus folgenden Kolleginnen und Kollegen bestehen soll:

1. *Stellvertreter des Ministerpräsidenten* Dr. Hans Loch
2. *Ministerpräsident des Landes Sachsen* Max Seydewitz
3. *Innenminister von Brandenburg* Letsch
4. *Der Präsident der Deutschen Notenbank* Frau Greta Kuckhoff
5. *Der Präsident der Deutschen Investitionsbank* Curt Lehmann
6. *Der Präsident der Deutschen Bauernbank* Grünberg
7. *Staatssekretär im Min. d. Fin.* .. Willy Rumpf
8. *Staatssekretär im Min. d. Fin.* .. Willi Georgino
9. *Oberbürgermeister von Dresden* Dr. Weidauer
10. *Kaufm. Direktor der EKM Halle* Liebau
11. *Hauptbuchhalter der HO Industriewaren* Pagel
12. *Leiter der DHZ Textil* Frau Domsch
13. *Leiter der Deutschen Notenbank Dresden* Donath
14. *DJB Kombinat Mansfeld* Gödicke
15. *Leiter des Finanzamtes Rathenow* Bienert
16. *Sparkassenverband Brandenburg* Bischof

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß diese Kollegen in das Präsidium delegiert werden, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Wer enthält sich? — Ich stelle fest, daß diese Kollegen einstimmig in das Präsidium delegiert worden sind, und bitte sie, hier oben Platz zu nehmen.

Ich bitte nunmehr unseren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, das Wort zu seinem finanzpolitischen Referat zu ergreifen.

Die Finanzpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Die Verantwortung der Mitarbeiter in der Verwaltung

Ministerpräsident Otto Grotewohl: Verehrte Anwesende! Liebe Freunde! Die Arbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird beherrscht von der politischen Hauptaufgabe unserer Zeit: vom Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Zu dieser großen, zentralen Frage unseres Lebens und der gesamten Politik haben wir in der Sitzung der Volkskammer vom letzten Sonnabend

einiges sicherlich nicht Unbeachtliche gesagt. So sehr, wie auf diesem reinen und ausgesprochen politischen Gebiet die Bedeutung der Finanzpolitik sichtbar wird, muß sie es auch auf wirtschaftlichem Gebiete werden. Wir werden nämlich die Frage der Erhaltung und Sicherung des Friedens um so erfolgreicher lösen können, je mehr die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik immer weitere Kreise unseres Volkes, besonders

aber in Westdeutschland, von der Richtigkeit unseres politischen und wirtschaftlichen Weges überzeugt. Dadurch werden wir immer mehr aktive Kräfte für den Kampf um den Frieden in ganz Deutschland gewinnen und die zentrale Frage der deutschen Nation wirkungsvoller vertreten und formulieren können.

Um diese Entwicklung zu beschleunigen, müssen wir immer mehr unsere Arbeit genauestens überprüfen und feststellen, in welchen Punkten sie verbessert werden kann. Dabei ist vor allem zu beachten, daß die zunehmende Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr zu einer systematischen Lösung aller Probleme drängt. Heute müssen wir endlich davon abkommen, unsere Arbeit zu improvisieren. Spontane Maßnahmen und sporadische Teillösungen entsprechen nicht mehr unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Sie führen zu Spannungen in wichtigen Gebieten des Volkswirtschaftsplanes und müssen deshalb unter allen Umständen vermieden werden. Die Zeit der Arbeit aus dem Handgelenk ist nun endgültig vorbei. Unsere Arbeit unterliegt jetzt dem unabweisbaren und zwingenden Prinzip, zu neuen und besseren Methoden zu gelangen. Jede neue Regelung bedarf einer gründlichen fachlichen und politischen Vorarbeit, damit nicht fehlerhafte Anordnungen oder Regelungen kurzfristig berichtigt, ergänzt oder gar aufgehoben werden müssen. Eine solche Arbeitsmethode schafft nur Wirbel und Durcheinander; denn Order und Kontinuität ergibt immer nur Desorder.

Ich habe in dieser Beziehung manchmal die wunderlichsten Dinge kennengelernt. Vor wenigen Tagen z. B. — was ich jetzt erzähle, richtet sich an unsere Kollegen aus dem Ministerium für Aufbau — erreichte mich ein solcher Vorgang: Ein zuständiger Abteilungsleiter dieses Ministeriums läßt Richtlinien für den Bau von Kindergärten ausarbeiten. Als er darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Richtlinien falsch sind und daß die Pläne und die Angaben zu diesen Richtlinien nicht zutreffen, weil z. B. Maße für Räume angegeben sind, in denen man nicht einmal ein Bett aufstellen kann — dafür werden aber diese Räume geschaffen —, sagt dieser vortreffliche Mann: „Ja, das ist richtig, es ist wirklich falsch; aber wissen Sie, wenn wir das jetzt ändern, dauert es wieder vier Wochen, und die Leute unten warten darauf, daß sie Richtlinien bekommen; besser falsche Richtlinien als überhaupt keine.“ (Heiterkeit.) Ich denke, das ist ein gefährlicher Zustand, ein Zustand, über den man wirklich nicht lachen kann. Er zeigt eine Tendenz in unserer Verwaltung, die unter allen Umständen verschwinden muß. Ein solcher Grad von Verantwortungslosigkeit und falscher Vorstellung von unserer Arbeit muß aus der Verwaltung verschwinden. Die Mitarbeiter in allen Verwaltungen des Staates, unserer staatlichen Organe und in der volkseigenen Wirtschaft müssen sich immer mehr darüber klarwerden, daß sie alle verpflichtet sind, durch ihre Maßnahmen die Grundlagen für die schnelle Aufwärtsentwicklung der gesamten Produktion und für die im Fünfjahrplan vorgesehene Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes zu schaffen. Die Mitarbeiter in allen Teilen unserer Verwaltung tragen die große Verantwortung dafür, daß die sichtbar gewordenen Erfolge unserer Arbeiter, der Aktivisten, der Techniker, der Ingenieure und der Wissenschaftler in den Produktionsbetrieben nicht durch Formalismus und Bürokratismus geschmälert oder gar unwirksam gemacht werden. Jeder Verwaltungsangestellte hat aus dem Bewußtsein seiner großen Verantwortung gegenüber der produzierenden Wirtschaft ein Höchstmaß an politischer Einsicht und

an fachlichem Können zu erwerben, damit durch ein reibungsloses Funktionieren der Erzeugung und Verteilung in der Produktion die erzielten Erfolge gefestigt und erhöht werden können.

Sie werden mir sicher zugeben, daß eine unter diesen Gesichtspunkten vorzunehmende Überprüfung unserer Arbeit sowohl auf dem Gebiete der Finanzplanung als auch der Finanzkontrolle für das Jahr 1950 und auch für das erste Halbjahr 1951 manche Fehlschläge ergibt und uns allen die unabweisbare Verpflichtung auferlegt, das Versäumte schnell nachzuholen und diese Fehlerquellen zu verstopfen. Bis Mitte dieses Jahres beschäftigten sich die zuständigen Stellen der Finanzplanung und der Finanzkontrolle des gesamten Staatshaushaltes und der gesamten Volkswirtschaft im Finanzministerium noch mit wichtigen Bestimmungen für das Jahr 1951. In einigen Fällen sind die richtigen Lösungen auch in den letzten Wochen noch nicht gefunden worden, wie dies z. B. die Behandlung des Gesetzes über den Erlaß der Schulden alter und arbeitsunfähiger Bürger zeigt. Auch auf dem Gebiete der Preise werden immer wieder Einzellösungen gesucht und gefunden, ohne daß unser Preisrecht eine den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende grundsätzliche Regelung erfährt. In der Durchführung des Abrechnungswesens zeigen sich sehr erhebliche Mängel, insbesondere bei den Maschinenausleihstationen und bei den Verwaltungen der volkseigenen Güter. Mehr als in der Vergangenheit müssen die Fachministerien mit dem Finanzministerium durch Bereitstellung geeigneter Kräfte und durch Ausbildung von Buchhaltern dabei helfen, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden, weil sie nachteilig auf die Rentabilität dieser Betriebe zurückwirken.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dieser Situation für die Verwaltung und für die Organe unserer Wirtschaft ergeben, sind Ihnen allen bekannt. Es kommt darauf an, daß nunmehr mit größter Beschleunigung und in der Zusammenarbeit mit allen zuständigen staatlichen Stellen, auch unter Heranziehung des Staatssekretariats für Berufsausbildung und in Zusammenarbeit mit unseren gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und der Volkshochschule, den Finanz- und Verwaltungsschulen alle Wege beschritten werden, die zur Überwindung noch bestehender Schwierigkeiten führen.

Inzwischen müssen die Vorarbeiten für den Volkswirtschaftsplan 1952 und die zugehörigen Finanzpläne mit aller Sorgfalt und unter Einhaltung der Termine durchgeführt werden — der Termine, die der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt hat. Dabei gilt es, die Erfahrungen zu verwerten, die sich aus der Einbeziehung neuer Bereiche der volkseigenen Wirtschaft, wie der Reichsbahn, des volkseigenen Kraftverkehrs, der volkseigenen Schifffahrt, der Post und der örtlichen volkseigenen Industrie in die Finanzplanung seit dem 1. Januar 1951 ergeben haben. Eine gute Lösung der vielseitigen neuen Probleme wird sich aber nur dann ergeben können, wenn erstens alle Vorbereitungsarbeiten in enger Verbindung mit der Staatlichen Plankommission und mit den jeweils zuständigen Finanzministerien durchgeführt werden, und wenn zweitens diese Arbeiten unbedingt zu den festgelegten Terminen abgeschlossen werden, die den planenden Stellen erst ein zuverlässiges Planen ermöglichen.

Die heutige Konferenz des Finanzministeriums ist eine Arbeitstagung, aus der sich für alle hier versammelten verantwortlichen Leiter aus der Wirtschaft und aus der Verwaltung die große Verpflichtung ergibt, politisch und fachlich alle Vorbereitungen für

die weitere Verbesserung planvoller Arbeit auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft mit Ernst und mit Nachdruck zu treffen. Welche Aufgaben hierbei im einzelnen zu lösen sind, geht aus der Tagesordnung hervor, die eine große Anzahl von Spezialreferaten vorsieht. Ich gehe darum hier nicht auf Spezialfragen ein, sondern erwarte, daß die dazu berufenen Experten gründlich und gewissenhaft diese Pflicht hier erfüllen werden. Meine Aufgabe soll es sein, unsere Finanzpolitik als ein entscheidendes Element unserer Gesamtpolitik zu beurteilen. Dabei sehen wir sofort, daß die Durchführung des Fünfjahrplanes in hohem Maße von einer planmäßigen Lenkung und Kontrolle der Finanzen ab-

hängig ist. Der Finanzplan und seine Erfüllung sind die Grundbedingung für die richtige Durchführung des Planes. Die Finanzministerien der Deutschen Demokratischen Republik und der Länder müssen in allererster Linie ihr Augenmerk auf die im Sinne der Planerfüllung wirksamste und sparsamste Verwendung der Mittel in Wirtschaft und Verwaltung lenken und die Ergebnisse laufend kontrollieren. Finanzplan und Produktionsplan bilden eine untrennbare Einheit. Das Ziel für jeden Finanz- und Wirtschaftspolitiker ist es, mit dem geringsten Kostenaufwand den denkbar größten Erfolg zu erreichen.

Zweierlei Finanzpolitik

Finanzpolitik des Todes

Ist dieses Ziel bei uns bereits erreicht? Ich denke, das ist ganz und gar noch nicht der Fall. Die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehende antifaschistisch-demokratische Ordnung hat ihre Grundlage in tiefgreifenden Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Schaffung von Volkseigentum in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel, im Verkehr, im Bank- und Versicherungswesen erfordert eine neue Finanzpolitik, die sich grundlegend von der Finanzpolitik in einem kapitalistischen Staat unterscheidet. Die Hauptfrage der kapitalistischen Finanzpolitik ist die Finanzierung des gesamten staatlichen Machtapparates. Die Finanzorgane des kapitalistischen Staates beschaffen auf dem Wege der Steuereintreibung zu diesem Zweck die Mittel für Militär, Polizei, Justiz und andere Einrichtungen, um auf diesem Wege die Machtinstrumente zu schaffen, die zur Erhaltung des kapitalistischen Staates notwendig sind. Die wirklichen Machthaber in den heutigen kapitalistischen Staaten sind aber nicht die Vertreter des Volkes, sondern die Vertreter jener hinter den Kulissen agierenden internationalen monopolistischen Kapitalistenverbände, die im Zeitalter des Imperialismus die unterdrückten Völker ausbeuten und die die Welt unter sich aufgeteilt haben oder sie aufzuteilen entschlossen sind. In ihrer unersättlichen Profitsucht überfallen sie friedliebende Völker, um deren volkswirtschaftliche Reichtümer an sich zu reißen. Aus der Anzettelung mörderischer Kriege ziehen diese Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten den Blutzoll eigener und fremder unterdrückter Völker.

Das zeigt uns deutlich ein Blick auf die Haushaltspläne solcher imperialistisch-kapitalistisch regierter oder beeinflusster Staaten. Die Gesamtausgaben des Haushalts der USA betragen 1951 für Rüstungen und Militär allein 49 Milliarden Dollar — das waren die gesamten Ausgaben der USA noch im Jahre 1950. Diese Mittel fließen nur in die Taschen der Rüstungsindustriellen. Das sind fürwahr unwiderlegbare Beweise für die Kriegskonjunktur in den USA und für die unerhörte Bereicherung der regierenden kapitalistischen Hierarchie. In Großbritannien sind 1951 die Rüstungsausgaben um 300 Millionen Pfund Sterling erhöht worden. Auch hier werden die Mittel wie in Amerika und in allen Ländern, in denen die Rüstung im Vordergrund steht, durch neue Steuererhöhungen eingetrieben. In Frankreich sind die Rüstungsausgaben so beträchtlich gestiegen, daß das französische Volk nur noch vom „Rüstungsbudget 1951“ zu sprechen pflegt. Aber auch die kleineren kapitalistischen Staaten wie Dänemark, Norwegen und viele andere werden von dem Rüstungswahn nicht verschont. Selbst Schweden, das immer neben der Schweiz am stärksten unter

dem Gesichtspunkt der Neutralität lebte, mußte unter diesem Druck der Rüstungsausgaben seine Steuern wesentlich erhöhen. So führen die Rüstungen der imperialistischen Regierungen und ihrer Satelliten in allen diesen Ländern zur Zerrüttung der Finanzverhältnisse, zu sinkendem Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung und zu einem Kriegsabenteuer, das die Völker mit Not und Tod und mit dauerndem Elend bezahlen müssen.

Wie steht es nun in Westdeutschland? Es ist uns allen bekannt, daß es genauso wie in den vom amerikanischen Imperialismus abhängigen Ländern auch in Westdeutschland steht. In Westdeutschland ergibt sich durch die Einbeziehung in die Kriegspolitik der USA ein ständiges Anwachsen der Besatzungskosten und der Kosten für die Remilitarisierung. Die Kosten der amerikanischen Intervention in Westdeutschland werden im Jahre 1951 13 bis 15 Milliarden erreichen. Das ist mehr, als der gesamte Haushalt Westdeutschlands im Jahre 1950 betrug, der mit 13 Milliarden abschloß. Das ist mehr als das gesamte Aufkommen an Besitz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern und Zöllen in ganz Deutschland. Die Besatzungskosten in Westdeutschland verschlingen jährlich fast 20% des gesamten Volkseinkommens.

Welche Folgen ergeben sich daraus für Westdeutschland? Fast alle wichtigen Steuern in Westdeutschland sind erhöht worden. Die Steuererhöhungen und die Einschränkung der Friedenswirtschaft zugunsten der Rüstungsindustrie haben eine Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter nach sich gezogen. Der Preisindex ist von 198 auf 229 Punkte gestiegen und erhöht sich ständig.

Wie die tatsächliche Auswirkung in Westdeutschland durch den Rüstungswahnsinn und die Adenauersche Remilitarisierungspolitik aussieht, zeigt uns ein Blick in die Zeitungen auch nur eines einzigen Tages. Ich habe hier die gestrigen Ausgaben von drei Zeitungen. Das eine ist die sogenannte „Unabhängige Zeitung für Deutschland“, „Der Tag“. An der Spitze steht als Überschrift: „Einzigster Weg zum Frieden — Aufrüstung großen Stils“. Hier zeige ich Ihnen „Die Welt“ vom gestrigen Tage. An der Spitze steht: „Bundesregierung beschließt: Bahn und Post vom 1. Oktober an teurer“. Hier zeige ich Ihnen eine dritte Zeitung. Da wird über die erste Liste derjenigen Waren berichtet, die einer neuen Besteuerung unterliegen sollen. Zunächst sind 30 Warengruppen genannt, die einer Aufwandsteuer unterworfen werden. Diese Liste umfaßt hauptsächlich folgende Waren: Dauerbackwaren, Süßwaren, Kakaoerzeugnisse, Südfrüchte, Kosmetika, Gummipartikel, Lederwaren, Seiden-erzeugnisse, Waren aus Perlon, Kammgarnerzeugnisse, elektrische Haushaltsgegenstände, Beleuchtungs-

körper, Feuerzeuge, Möbel- und Dekorationsstoffe, Porzellan, Rundfunkgeräte und -röhren, Fotoapparate usw. Alles das ist im Westen Deutschlands in Zukunft „Aufwand“, und dieser Aufwand der Menschen gegenüber ihrer Verpflichtung, die Rüstung zu bezahlen, muß durch Steuern verteuert werden.

Die Gesamtschulden des deutschen Bundes, der Länder und der Bundesbahn ergaben am 31. Dezember 1950 infolge einer solchen Politik 20 Milliarden. In der Zwischenzeit hat Adenauer durch seine Unterschrift die gesamten Vorkriegsschulden des ehemaligen Deutschen Reiches und die gesamte Marshall-Verschuldung anerkannt. Das ist ein Betrag von 30 Milliarden Mark. Aber Adenauer geht noch einen Schritt weiter und verpflichtet sich, einen Zinsendienst für diese Schulden sofort einzusetzen. Eigene Schulden nach 1945 in Höhe von 20 Milliarden und Vorkriegsschulden in Höhe von 30 Milliarden — das bedeutet, daß in Westdeutschland nur für die Verzinsung der Schulden von 50 Milliarden jährlich 2½ Milliarden für Zinsen aufgebracht werden müssen. Nun, eine solche Politik, die sich nicht in der Steuererhebung nach unten bewegen kann, sondern automatisch nach oben drehen muß, muß zum Bankrott eines solchen Staates und zum Zusammenbruch seiner Wirtschaft führen. Das ist das Ergebnis der Finanzpolitik eines kapitalistisch abhängigen Staates.

Die Anerkennung dieser Schulden durch Adenauer verfolgt den Zweck, das westdeutsche Monopolkapital wieder kreditfähig zu machen und durch Aufnahme neuer Anleihen die westdeutsche Kriegsindustrie auf schnellstem Wege und in größtem Umfange wiedererstehen zu lassen. Es ist also klar, daß die Auswirkung einer solchen gesamten Finanzpolitik lediglich die Erhöhung der Riesengewinne der Rüstungsindustrie mit sich bringt, neue Kanonen, neue Vernichtungswerkzeuge schafft, die eines Tages losgehen und das Ende dieses Volkes, das eine solche Finanzpolitik betreibt, herbeiführen werden.

Mit diesen Maßnahmen wird zugleich aber durch die Adenauersche Finanzpolitik die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und das Wiederaufleben des preußisch-deutschen Militarismus erleichtert, vorbereitet und beschleunigt, und zwar auf dem Rücken und auf Kosten des deutschen Volkes, für das durch diese Finanzpolitik die Gefahr des Krieges heraufbeschworen wird. Der staatliche Finanzapparat in Westdeutschland ist wie in allen kapitalistisch regierten Ländern besonders eng mit den Großbanken verbunden. Die großkapitalistischen Interessentengruppen und die mit ihnen verbundenen Banken und Gesellschaften beherrschen heute in allen kapitalistisch regierten Ländern, auch in Westdeutschland, nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den Staatsapparat, die gesamte Innen- und Außenpolitik sowie das Kulturleben. Und darin besteht die große, ernsthafte Gefahr für die friedlichen Völker, die unter das Diktat dieser imperialistischen Politik gedrückt werden. Durch diese direkte oder indirekte Einflußnahme auf den staatlichen Verwaltungsapparat sichern sich die Imperialisten ihre Profite auf Kosten der Massen der Bevölkerung. Bemerkenswert hierfür ist, daß auf dem Wege über kapitalistische Regierungen ein großer Teil staatlicher Haushaltsmittel in Form von Unterstützungen, Sub-

ventionen und Krediten wieder in die Taschen der Monopolkapitalisten und Junker zurückfließt. So hat der von den Amerikanern begnadigte Hauptkriegsverbrecher Krupp bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis von der Regierung Adenauer sofort 40 Millionen zum Wiederaufbau seiner Rüstungsproduktion erhalten. Es gibt genügend Beispiele dafür, daß solche Regierungen aus den Steuergeldern der Werktätigen große industrielle Unternehmungen durch Ankauf von Aktien unterstützen und sanieren. Ich erinnere hier nur an die Vorgänge bei der Kommerzbank, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der ADCA, an die Subventionen für die Vereinigten Stahlwerke, für die Hamburg-Amerika-Linie usw. in der Zeit der Hitlerherrschaft. Genau nach diesem System wird heute eine neue Subventionierung dieser Rüstungsindustrie betrieben.

Finanzpolitik des Lebens

Während in den Haushalten der kapitalistischen Länder die Hauptausgaben der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung dienen, stellen in unserem Haushaltsplan die Ausgaben für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft im Wege der Kapitalinvestierungen unserer volkseigenen Betriebe, die Ausgaben für Ausstattungen unserer volkseigenen Wirtschaft mit Betriebsmitteln im Rahmen der planmäßigen Produktionssteigerung, die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke und die planmäßigen staatlichen Finanzreserven die Hauptkosten auf der Ausgabenseite dar. Für die Erweiterung der Friedenswirtschaft geben wir gegenüber 1950 in diesem Jahre das Doppelte aus. Zur Durchführung des Investitionsplanes sind 2,2 Milliarden bereitgestellt. Die Land- und Forstwirtschaft erhalten 25% mehr als 1950. Die Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke und für das Gesundheitswesen sind gegenüber dem Vorjahre um 28,5% erhöht worden. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts beträgt rund 38%, während im Haushalt der USA nur 1,2% der Gesamtausgaben für dieselben Zwecke geplant sind. Wir haben die Ausgaben zur Förderung unserer Jugend, für Sport und für die Gesundheit unserer Kinder gegenüber 1950 um 70% erhöht. Für die Finanzierung des Aufbaus, des Außenhandels, der volkseigenen Wirtschaft stehen langfristige Kredite von 500 Millionen DM zur Verfügung. Mit diesen Beträgen wird das Neubauernprogramm durchgeführt und der private, genossenschaftliche und öffentliche Wohnungsbau gefördert.

Die Ordnung unserer Finanzwirtschaft ergibt sich auch daraus, daß der Staatshaushalt im Jahre 1951 mit einem planmäßigen Überschuß von 263 Millionen DM abschließt, zu dem aus dem Rechnungsjahr 1950 ein Überschuß von 466 Millionen DM hinzutritt. Diese Überschüsse in Höhe von 729 Millionen DM bilden echte Finanzreserven zur Durchführung besonderer Maßnahmen beim Aufbau unserer Friedenswirtschaft und bei der Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung. Der Haushaltsplan 1951 ist der eindrucksvollste Beweis für die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, und er verwirklicht gegenüber der Finanzpolitik in Westdeutschland, die eine Finanzpolitik des Todes ist, die Finanzpolitik des Lebens. (Beifall.)

Wirtschaftliche Rechnungsführung — eine Voraussetzung für die Erfüllung unseres Fünfjahrplanes

Wenn Sie also die Finanzpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtig und wirksam unterstützen, wenn wir sie zu einem engen Bestandteil unseres gesamten Volkswirtschaftsplans machen und alle gewissenhaft und schnell daran arbeiten, dann steigern wir die Politik des Friedens und unterstützen von dieser Seite in der machtvollsten Weise die Politik der friedlichen Verständigung in

der Deutschen Demokratischen Republik, vor allen Dingen aber schaffen wir durch eine solche Finanz- und Wirtschaftspolitik eine ungeheuer große, überzeugende, magnetische Kraft, die imstande ist, unsere Landsleute im Westen von der schmachvollen Politik der Remilitarisierung zu überzeugen und sie auf die Seite des friedlichen Aufbaus ohne fremde Verschuldung an kapitalistische Staaten zu ziehen. (Beifall.)

Kritische Bemerkungen zu unserer Finanzwirtschaft

Volkseigene Wirtschaft

Da sich in unserer Finanzplanung zum Unterschied von der kapitalistischen Finanzwirtschaft die Haupteinnahmen von der Lohnsteuer auf die Gewinne der volkseigenen Industrie verlagern, müssen unsere Hauptbuchhalter und Direktoren in der volkseigenen Industrie für rechtzeitige und ordnungsgemäße Abführung der planmäßigen Gewinne sorgen. Zur Sicherung eines geordneten Betriebsablaufs und im Interesse der Kapitalbereinigung sind die Leiter der Hauptverwaltungen verpflichtet, überplanmäßige Materialbestände durch geeignete Maßnahmen schnellstens zu beseitigen. Dasselbe trifft für die Beseitigung des Warenstaus in einer Reihe von Betrieben zu. Zur planmäßigen Durchführung der Produktionsaufgaben haben die volkseigenen Betriebe noch mehr als bisher auf die richtige Verwendung des Produktionsmittelfonds und der Umlaufmittel zu achten. Bilanzverschleierungen können in Zukunft unter keinen Umständen mehr geduldet werden. Mit allem Ernst muß den Leitern unserer volkseigenen Betriebe und den für das Rechnungswesen verantwortlichen Personen heute gesagt werden, daß Investitionsaufwendungen klar und eindeutig von den Kosten der laufenden Fabrikation getrennt werden müssen.

Der Direktorfonds dient der Verbesserung der Lebenshaltung der Belegschaft und nicht schwarzen Investitionen. Die Entscheidung über seine Verwendung fällt der Direktor in Gemeinschaft mit der Betriebsgewerkschaftsleitung. Über seine ordnungsmäßige Verwendung hat der Direktor des Betriebes genau Rechenschaft abzulegen wie über alle anderen Teile des ihm zur Verwaltung übertragenen Volkseigentums. Der Direktorfonds spielt eine erhebliche Rolle beim Kampf um die planmäßige Senkung der Selbstkosten.

Preispolitik

Die Senkung der Selbstkosten ist ein wichtiger Hebel zur Preissenkung, die die Grundlage für die Erhöhung des Realeinkommens aller Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik darstellt. Die Preise werden bei uns in hohem Maße durch die Höhe der Produktionskosten bestimmt. Um zu einer Preissenkung zu gelangen, ist der Kampf um die Kostensenkung zu verstärken. Aufgabe unserer Preispolitik wird also die Mitwirkung an der tatsächlichen Senkung der Kosten der Fabrikation sein müssen.

Zur Preispolitik möchte ich hier ein paar Gedanken äußern, von denen ich wünsche, daß sie das Finanzministerium aufgreift und ernstlich überlegt, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Diese Gedanken stammen aus Berichten, die mir von vielen Seiten aus der Verwaltung zugehen.

1. Unsere jetzige Preispolitik fördert die Verschwendung und das unwirtschaftliche Arbeiten, weil sie den Betrieben um so höhere Gewinne garantiert, je teurer sie arbeiten. Das klingt sehr paradox, aber ich bitte Sie, Herr Finanzminister, einmal in der Praxis genau

darüber nachzudenken, und Sie werden sehen, daß in diesem von mir geäußerten Gedanken eine große Wahrheit steckt, die uns Veranlassung geben muß, unsere Preisgestaltung gegenüber den Betrieben auf eine logische und gesunde Grundlage zu stellen.

2. Der Staat subventioniert die durch falsche Kalkulation entstandene überbeuerte Produktion der Betriebe und zahlt ihnen obendrein noch Gewinne als Subventionen aus. Das ist ein völlig absurder wirtschaftlicher Gesichtspunkt, der aus unserer Preispolitik verschwinden muß.

3. Diese falschen und formalistischen Grundsätze für eine Preispolitik, die die Lebensverhältnisse der Bevölkerung nicht verbessern können, müssen darum genau überprüft und geändert werden.

4. Die staatlichen Handelsorganisationen dürfen von den Betrieben Produkte nur zu solchen Preisen abnehmen, die nicht über Weltmarktpreisen liegen. Das gilt auch — das sage ich mit besonderer Betonung — für das Ministerium für Außenhandel, damit wir endlich von den hohen Subventionen, die wir im Laufe des Jahres für diese Auswirkungen gezahlt haben, herunterkommen. (Beifall.)

Wenn ich aber gesagt habe: die Handelsorganisationen dürfen von den Betrieben nur Produkte zu solchen Preisen abnehmen, die nicht über Weltmarktpreisen liegen, so bedeutet das gleichzeitig eine intensive Erziehung unserer Betriebe, sich selbst ernsthaft mit ihrer Preisgestaltung zu befassen. Eine Prüfung und Änderung unseres gesamten Preisgenehmigungswesens halte ich in der Zukunft für dringend erforderlich. (Beifall.) Ich meine, daß es möglich ist, wenn wir von dieser Seite eine sehr ernste und gründliche Überprüfung unserer Wirtschaft vornehmen, erstens einen großen und mächtigen Anreiz zur Verbesserung der Arbeit und zweitens von der Preisseite her eine weitere fühlbare Verbesserung des Lebens aller arbeitenden Menschen zu erreichen.

Darum ist die Beschäftigung mit diesen Fragen von so großer Bedeutung.

Ein wichtiges Merkmal der Kostensituation in unseren volkseigenen Betrieben ist trotz großer Bemühungen in der Vergangenheit immer noch das Mißverhältnis zwischen den reinen Fertigungslöhnen einerseits und den übrigen Lohn- und Gehaltskosten andererseits. Diese Kosten sind in vielen volkseigenen Betrieben im Vergleich zu den Fertigungslöhnen zu hoch. Das bedeutet, daß sich die durch unsere Aktivisten mit größtem Opfermut gesteigerte Arbeitsproduktivität nicht immer in einer wirklichen Senkung der Produktionskosten auswirken kann.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Schaffung neuer technisch begründeter Arbeitsnormen eine bedeutende Rolle. Wenn die Produktionskosten für Gemeinkosten, Löhne und Verwaltung nicht im gleichen Maße reduziert werden, können wir natürlich nicht zu den planmäßig vorgesehenen Selbstkostensenkungen und damit nicht zu Preissenkungen in unseren

volkseigenen Betrieben kommen. Wir müssen aber diese Wirkungen erzielen. Denn in unserem Fünfjahrplan ist für das erste Jahr eine Verbesserung der Lebens- und Lohnverhältnisse um 7% der arbeitenden Bevölkerung zugesichert. Darum sind Sie in der Verwaltung und in der Wirtschaft verpflichtet, von dieser Seite her die nötigen Voraussetzungen für die Durchführung einer realen Lohnverbesserung zu schaffen.

Banken- und Kreditpolitik

Ich möchte einige Ausführungen zu den Fragen der Banken- und Kreditpolitik machen. Der Unterschied zwischen den früheren und unseren heutigen Banken besteht nicht nur darin, daß sie in Volkseigentum übergeführt worden sind. Der Unterschied soll vor allem darin bestehen, daß unsere Banken eine vollkommen neue Kreditpolitik zu machen haben. Noch im Jahre 1950 sahen viele Leiter unserer Banken ihre Aufgabe darin, möglichst viele Kunden zu finden, die ihre überflüssigen Gelder hinterlegten, und auf der anderen Seite diese Gelder anderen Kunden als Kredit zuzuführen. Die Leiter der Banken sahen ihre Aufgabe oft darin, aus der Differenz zwischen den Zinsen der Einlagegelder und den Zinsen der Kredite einen möglichst hohen Gewinn für die Bank zu erzielen. Es interessierte sie in diesem Zusammenhang nicht, für welchen Zweck die Kredite verwandt wurden; und das ist ein großer Fehler unserer Kreditpolitik gewesen. Wichtig war für die Banken nur, daß sie die Zinsen laufend vereinnahmen konnten und daß der Kredit möglichst hoch gesichert war. Eine solche Kreditpolitik war falsch, denn sie führte naturgemäß zu einer Finanzierung der Warenhortung. Die neuen Bestimmungen der Notenbank haben zur Folge, daß die Banken die Betriebe in die Lage versetzen, erforderlichenfalls durch Zuhilfenahme von Krediten die für die Durchführung der Produktionsprogramme erforderlichen Rohstoffe und Halbfabrikate einzukaufen, die für die Produktion notwendigen Lohnsummen bereitzustellen, wobei die Richtsatzpläne der Banken das Ausmaß der zu finanzierenden Bestände und Neueinkäufe vermitteln. Diese Form von Kreditgewährung wirkt der Warenhortung entgegen und dient dazu, den Waren- und Umlauf zu beschleunigen. Eine erhöhte Produktion ohne Beschleunigung des Warenlaufes muß in eine Sackgasse führen. Darum sind die Fragen der Kreditgewährung und die Fragen der Warenhortung von so großer grundsätzlicher Bedeutung.

Steuerpolitik

Ein paar Worte zu der Steuerpolitik: Die Steuerpolitik in den kapitalistischen Staaten ist dadurch gekennzeichnet, daß die erforderlichen Einnahmen für den Haushalt nach Möglichkeit aus der werktätigen Bevölkerung bei möglichst großer Schonung der besitzenden Schichten eingezogen werden. Diese Politik wird obendrein unter dem Stichwort der sogenannten steuerlichen Gerechtigkeit in den kapitalistischen Staaten durchgeführt. Die Einkünfte aus Lohn und Gehalt werden dabei genauso hoch besteuert wie Gewinne aus Kapitalbesitz und aus gewerblichen Unternehmungen. Mit dieser traditionellen Politik einer sogenannten steuerlichen Gerechtigkeit haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik endgültig gebrochen. Die Regierung hat inzwischen Verordnungen erlassen, die für die Werktätigen und für die schaffende Intelligenz Steuerermäßigungen bringen. Darüber hinaus werden auch den Handwerkern sowohl hinsichtlich der Buchhaltung als auch der Steuerhöhe Erleichterungen gewährt. Dem Tarif der Lohn- und Gehaltsempfänger sind die freien Berufe eingegliedert worden, weil ihr

Einkommen genauso wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger aus eigenen Arbeitsleistungen entspringt und sich nicht aus der Ausnutzung fremder Arbeitskräfte oder aus Kapitalbesitz ergibt. Diese Politik einer wirklichen steuerlichen Gerechtigkeit werden wir in dem Maße fortsetzen, wie es die Steigerung der Produktion und die Gesundung unserer Wirtschaft zuläßt.

Ich habe zu diesem Punkte bereits in meiner Regierungserklärung vom 15. November 1950 gesagt, daß alle Erfolge, die wir bisher errungen haben, von bestimmten Voraussetzungen abhängen. Alle diese Erfolge waren — und das muß nachdrücklich betont werden — nur möglich durch die Vor- und Übererfüllung des Zweijahrplanes. Niemand darf glauben, daß uns nach diesen Verbesserungen etwa die gebratenen Tauben nunmehr in den Mund fliegen. Jede weitere Verbesserung der Lebenshaltung ist abhängig von der weiteren Produktionssteigerung und Qualitätssteigerung. Das ist ein Grundsatz, der bei keiner Maßnahme auf dem Gebiete der Finanzpolitik aus dem Auge gelassen werden darf.

Bereits mit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes für 1949 wurde die Struktur unseres Haushaltes gegenüber dem Haushaltsplan kapitalistischer Länder grundsätzlich geändert. In einem geordneten, friedlichen Wirtschaftsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und durch eine sparsame Haushaltsführung wird die Regierung für eine weitere Verbesserung des Lebens der Bevölkerung, für eine Erhöhung des kulturellen Niveaus unseres Volkes und für die Vergrößerung des nationalen Reichtums ganz Deutschlands sorgen. Unsere Erfahrungen seit 1945 haben gezeigt, daß durch die Übergabe der Betriebe der Großmonopolisten und anderer Kriegs- und Nazibetriebe und durch die darauf basierende Planung der Volkswirtschaft eine krisenfreie Entwicklung bei uns gesichert ist. Im Gegensatz zu imperialistischer Anarchie entwickeln sich die Produktionskräfte bei uns harmonisch im Einklang miteinander und in einem richtigen Verhältnis zueinander. Unsere volkseigene Wirtschaft ist frei von der periodischen Vernichtung von Produktionsmitteln, wie sie die kapitalistische Wirtschaft zeigt. Sie zeigt bereits eine stetige, steigende Zunahme der Produktion und eine Zunahme des Volkswohlstandes. Die Produktion der Arbeit steigt in den volkseigenen Betrieben der Industrie, weil die Arbeiter in diesen Betrieben für sich und nicht mehr für die Monopolisten arbeiten. Damit fällt der Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen weg, denn das Wohlergehen der volkseigenen Wirtschaft ist identisch mit den Lebensinteressen des werktätigen Volkes. Die Gewinne, die bis April 1945 den Monopolkapitalisten zufließen, gehen jetzt aus unseren volkseigenen Betrieben unmittelbar in den Staatshaushalt über. Die Steueranteile der Werktätigen können vermindert werden, wie das mit Wirkung vom 1. Juli 1951 ab durch die Verordnung zur Änderung der Besteuerung der Lohnempfänger und der freischaffenden Intelligenz vom 24. Mai 1951 geschehen ist. In gleicher Weise können auch die kulturellen und gesundheitlichen Maßnahmen zum Wohle unseres Volkes, besonders aber unserer Jugend, gesteigert werden.

Liebe Freunde! Das ist im Grunde genommen der Segen unserer volkseigenen Wirtschaft.

Die Förderung der Intelligenz

Zugleich mit der im Vorjahre durchgeführten Haushaltsreform ist die Kontrolle der Haushaltspläne den jeweils übergeordneten Haushaltsorganisationen über-

tragen worden. Mit dieser Kontrolle ist die Anleitung zu besserer und zu sorgfältiger Arbeit eingeleitet und zu verbinden.

Die in der Vergangenheit immer aufs neue aufgetretenen großen Mängel in der Verwaltungsarbeit gaben mir in einer meiner letzten Erklärungen vor der Volkskammer Veranlassung, erneut und sehr nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Verwaltung für das Volk da ist und nicht das Volk für die Verwaltung. Wenn die Regierung den Werktätigen in den Betrieben im Interesse der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und unseres Fünfjahrplanes so hohe Aufgaben stellt, wird auch der Staats- und der Verwaltungsapparat vor neue schwierige Aufgaben gestellt, die er nur bewältigen kann, wenn er sich weiter qualifiziert, wenn er neue und verbesserte Arbeitsmethoden entwickelt.

Hier möchte ich nun ein Wort sagen über die Schätzung und über die Wertung unserer Wissenschaftler, unserer Techniker, unserer Ingenieure, unserer Erfinder. Man kann eine Volkswirtschaft nicht grundsätzlich umstellen und zu großen Erfolgen entwickeln, wenn man nicht einer lebendigen, inneren und entschlossenen Mitarbeit der Wissenschaft und der Technik dabei sicher ist.

Liebe Freunde! Wir haben oft feststellen müssen, daß es in den Betrieben und in den Verwaltungen viele Menschen nicht verstanden haben, mit den Vertretern der Intelligenz richtig und kameradschaftlich zu arbeiten. Wir haben erleben müssen, daß unter der planmäßig geleiteten Arbeit der amerikanischen Agenten viele und bedeutende Geistesarbeiter den Weg nach dem Westen gegangen sind, ohne daß dazu eine zwingende, notwendige Veranlassung vorlag. Viele dieser vorzüglichen Menschen hätten wir gewinnen und bei uns behalten können, wenn wir es verstanden hätten, ihnen mit der Achtung und Hochschätzung zu begegnen, die sie verdient haben. (Beifall.)

Es ist Ihnen bekannt, daß die Regierung eine Reihe von Verordnungen erlassen hat, deren Ziel darin bestand, die Lebensverhältnisse und die Bedeutung der Wissenschaftler und der Techniker entsprechend zu verbessern und in Erscheinung treten zu lassen. Unter all diesen Maßnahmen schafft eine Bestimmung die Möglichkeit, durch Einzelverträge die Vertreter der Intelligenz und der Wissenschaft an unsere dem Volk dienende Arbeit zu binden und ihnen durch diese Verträge das Gefühl zu geben, daß sie geachtet und geehrt werden, und daß es sich lohnt, in einer solchen Republik am friedlichen Aufbau seines Volkes mitzuarbeiten. Es sind in dieser Verordnung über Schaffung der Einzelverträge Bestimmungen erlassen, nach denen diese Einzelverträge in einem zeitlich begrenzten Rahmen abgeschlossen werden sollen. Alle Ministerien haben dem Ministerpräsidenten über die Durchführung dieses Beschlusses bis zum 1. November zu berichten. In vielen Verwaltungen habe ich gesehen, daß man sich über den Ernst dieser Situation anscheinend überhaupt nicht im klaren ist. Durch Gleichgültigkeit, durch Nachlässigkeit, vielleicht sogar an manchen Stellen durch Sabotageabsichten versucht man, diese großen und bedeutenden Maßnahmen der Regierung hinauszuzögern oder durch die Art ihrer

Anwendung die davon Betroffenen zu verärgern. Was soll man dazu sagen, wenn in einer bedeutenden Hochschule, in einer Akademie der Deutschen Demokratischen Republik, solche Vorschläge für Einzelverträge gemacht werden, daß z. B. einem bedeutsamen Leiter, einem wirklich bedeutsamen Mann, der ein großes Atelier leitet, ein Einzelvertrag angeboten wird, in dem man ihm zumutet, daß er an Stelle seines Gehaltes, das 1440 Mark monatlich beträgt, nunmehr als Anerkennung 1500 Mark erhält?! Sind solche Menschen eigentlich von allen guten Geistern verlassen, oder beabsichtigen sie, die ernste und verantwortungsvolle Arbeit der Regierung zunichte zu machen? Eine andere Frage kann man doch dabei wirklich nicht aufwerfen.

Liebe Freunde! Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen allen sehr nachhaltig und eindringlich zu sagen: Kümmern Sie sich schnell um die Durchführung dieser Maßnahmen! Werden diese Maßnahmen nicht in dem vorgesehenen Umfang durchgeführt bis zu den genannten Terminen, dann kündige ich Ihnen schon heute an, daß dann die Regierung mit aller Schärfe gegen diejenigen vorgehen wird, die diese Verzögerung zu verantworten haben. Wir lassen es nicht zu, daß mit einem der wertvollsten Teile unseres Volkes, mit unserer Intelligenz, Schindluder getrieben wird! (Beifall.)

Die Arbeit der Verwaltungen

Ich möchte über diese Fragen der Verwaltung noch einige Ausführungen machen. Die Regierung muß von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen in den Betrieben tagtäglich beweisen. Die Regierung kann es nicht länger zulassen, daß die ehrliche und die aufopferungsvolle Arbeit Tausender von Männern und Frauen in der Verwaltung, die wirklich ihre ganze Kraft einsetzen, durch eine Reihe von Menschen, die Faulenzer sind, die gedankenlos arbeiten und die aus ihrem bürokratischen Trott nicht herauskommen, diskreditiert wird. (Beifall.) Die Kontrollorgane für Haushalts- und für Finanzpläne dürfen sich nicht nur auf die Feststellung der Mängel beschränken, sondern sie sind ebenso verpflichtet, die demokratische Gesetzlichkeit in voller Strenge zur Anwendung zu bringen, damit endlich allen Nachlässigen und Säumigen und allen jenen, die gegen die Grundsätze unserer gesellschaftlichen Ordnung verstoßen, klar wird, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik es ernst meint mit ihrer Forderung nach einer einwandfrei, ordentlich und schnell arbeitenden Verwaltung und daß sie nicht mit sich spielen läßt.

Unser enthusiastisch arbeitendes Volk hat einen Anspruch darauf, daß auch eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung da ist, um diese großen Erfolge unseres Aufbaus auch sicherzustellen und zur richtigen Auswirkung zu bringen. (Starker Beifall.) Ich möchte einen Grundsatz aufstellen und möchte sagen: Verwaltungsmenschen unseres Staates, Verwaltungsmenschen unserer Zeit müssen klug, schnell und kühn die wirklichen Lebensvorgänge hinter dem Aktenpapier erkennen und danach handeln und nicht nach dem toten Buchstaben. (Lebhafter Beifall.)

Kampf gegen die Schädlinge in der Verwaltung

Ich habe hier schon ausgeführt, daß Haushaltspläne und Finanzpläne ein fester Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes sind. Diese koordinierte Planung setzte eine bestimmte Entwicklungsstufe unserer demokratischen Wirtschaft voraus. Diese Entwicklung zeigt sich uns in folgenden Stufen: dem Abschluß der Bodenreform, Bildung des volkseigenen Sektors unserer

Wirtschaft, Schaffung und Eingliederung von Hauptverwaltungen der Wirtschaft in die zuständigen Ministerien. Die Verfeinerung des Planes und die sorgfältige Abstimmung in allen seinen einzelnen Teilen bedingt, daß alle bei der Aufstellung und Durchführung dieses Planes Beteiligten sich leiten lassen von dem Bewußtsein der hohen Aufgaben, die in den

Volkswirtschaftsplänen und im Fünfjahrplan mit seinen Auswirkungen auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands enthalten sind und begründet liegen.

Die im Jahre 1950 durchgeführte Haushaltskontrolle und die Finanzkontrollen haben gezeigt, daß eine große Anzahl von Haushaltsdelikten und Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin vorgekommen sind. Mir liegen in meinem Arbeitszimmer Berichte über die Ergebnisse dieser Finanzkontrollen vor, Berichte unserer Kontrollkommission über die Feststellungen bei diesen Finanzkontrollen, von denen ich sagen möchte, daß sich mir manchmal beim Studium die Haare gestäubt haben. Im Ernst sage ich es. Ich habe auch jetzt wieder solche Zusammenfassungen des Finanzministeriums über die Ergebnisse im zweiten Vierteljahr 1951 vor mir. Die Ergebnisse zeigen mit aller Deutlichkeit, daß bei zahlreichen Verwaltungsstellen noch immer die Grundsätze der Haushaltsdisziplin und einer sparsamen und wirtschaftlichen Mittelverwertung nicht ausreichend beachtet werden.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß die Prüfungsbeanstandungen von den zuständigen Stellen, für die sie eigentlich geschrieben sind, nicht immer mit der erforderlichen Aufmerksamkeit behandelt und daß sie nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt werden. Trotzdem die wichtigsten Berichte den in Frage kommenden Ministerien bzw. den Staatssekretären unmittelbar zugestellt worden sind, haben wir zum Teil feststellen müssen, daß selbst nach mehreren Monaten noch nicht die erbetenen Mitteilungen über die Abstellung der vorhandenen Mängel eingetroffen sind. Meine sehr verehrten Freunde, ich werde Euch einen Vorschlag machen. Wenn auf diesem Gebiete in Zukunft nicht besser gearbeitet wird, dann werden alle Minister und Staatssekretäre, alle Hauptabteilungsleiter und wer sonst für die durch Nichtbeachtung der Haushaltspläne entstandenen Schäden verantwortlich ist, aus ihrem Gehalt die entsprechenden Ausgleichs für die Staatskasse schaffen müssen. (Beifall.) Das ist ernst gemeint. Wir müssen es nämlich wirklich lernen, wenn wir einen neuen Staat aufbauen wollen, daß wir auch verpflichtet sind, das Höhere, das Bedeutsame dieses Staates, nämlich den Gedanken der Gemeinschaft, in unserem Handeln als das entscheidende Moment wirksam werden zu lassen. Wenn man berücksichtigt, daß bei den Prüfungen nur ein Teil der Verwaltungsstellen erfaßt werden konnte, ergibt sich für unsere gesamte Finanzwirtschaft ein ernstes Bild, und alle Verantwortlichen müssen dafür sorgen, daß künftig bereits die Entstehung solcher Haushaltsdelikte und solcher Verstöße vermieden wird.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um für die Durchführung einer solchen Finanzführung und Verwaltungsarbeit ein paar Grundsätze aufzustellen.

Erstens. Die Mitarbeiter der Finanzverwaltung in unserer Volkswirtschaft bei den Ministerien der Republik und der Länder, in den Kreisen und in den Gemeinden müssen sich bewußt als die Hüter des Volksvermögens fühlen. Jeder Angestellte muß wissen, daß er bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln über Volksvermögen verfügt und daß er zur sparsamsten und wirtschaftlichsten Verwendung dieser Mittel im Rahmen der Haushalts- und Finanzpläne verpflichtet ist. Es muß daher gefordert werden, die besten, die fortschrittlichsten und die verantwortungsbewußtesten Verwaltungsangestellten zur Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln heranzuziehen. Hierbei erscheint es

mir vor allem wünschenswert, auch mehr Frauen zu dieser Arbeit heranzuziehen. Wir wissen es alle aus unseren vier Wänden: Frauen sind gute Rechner und geschickte Hausfrauen. Sie haben als Hausfrauen vor allem gelernt, mit dem Pfennig zu rechnen, und dieses Prinzip, mit dem Pfennig rechnen, das wir des öfteren schon bei der Besprechung unseres Fünfjahrplans entwickelt haben, muß ein Prinzip unserer Finanzpolitik werden.

Zweitens. Die Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft müssen — und hier muß ich ein Wort sprechen, das schon so oft gesprochen ist, selbst auf die Gefahr hin, daß es vielleicht dem einen oder anderen schon langweilig erscheint — lernen, lernen und wirklich nochmals lernen. Es geht nicht anders. Jeder, der Anspruch auf Beschäftigung im Finanzapparat oder Wirtschaftsapparat erhebt, muß sich selbst qualifizieren, jeden Tag, durch seine ernste Arbeit. Zahlreiche Verstöße, von denen ich hier gesprochen habe, sind allein auf mangelnde Gesetzeskenntnis und ungenügendes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zurückzuführen. Das zeigt, daß viele Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft und in der Wirtschaft überhaupt noch große Wissenslücken ausfüllen müssen. Deshalb ist zu fordern, an allen Hoch- und Verwaltungsschulen Vorlesungen und Vorträge über staatliche Haushaltswirtschaft zu veranstalten. Es ist auch zu fordern, für das Selbststudium neue Lehrbücher über das Haushaltswesen zu schaffen.

Drittens. Das Recht zur Bearbeitung von Haushaltsfragen ist abhängig zu machen vom Nachweis eines Mindestmaßes an Kenntnissen auf dem Gebiete des Finanzwesens. Die Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter in der Finanzwirtschaft muß vor allen Dingen klar festgelegt werden. Die bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln festgestellte Großzügigkeit und Leichtfertigkeit ist heute die Folge mangelnden Verantwortungsbewußtseins und des Fehlens einer klaren Abgrenzung der Verantwortlichkeit. Es ist deshalb notwendig, daß die Fachminister, die Staatssekretäre und die Hauptabteilungsleiter besondere Beauftragte für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung ihres Haushaltsplanes bestimmen. Die Verantwortung soll sich insbesondere auf die gewissenhafte Verteilung der Mittel und die zweckmäßige Kontrolle einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung erstrecken. Sie haben den rechtzeitigen Eingang der Haushaltseinnahmen zu überwachen und sind persönlich mit ihrem Einkommen, aber auch strafrechtlich haftbar, wenn sie Zahlungen anweisen, die gegen Gesetze verstoßen, oder die eine Verschleuderung von Volksvermögen darstellen. Das wird ein neues Prinzip in unserer Finanzpolitik werden. Ein Prinzip, das wir, wenn es sein muß, auch mit Schmerzen durchführen. Es muß darum noch einmal mit allem Ernst gesagt werden: jeder Beschäftigte in der Finanzverwaltung muß sich qualifizieren. Er muß die Gesetze und die Haushaltsbestimmungen kennen, um nicht in die Gefahr einer solchen Verantwortung gezogen zu werden.

Viertens. Eine planmäßig durchgeführte Dienstaufsicht beugt Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin vor. Die Kontrollen haben ergeben, daß vor allem dort eine Mißwirtschaft festzustellen war, wo die Dienstaufsicht und die Kontrolle innerhalb des Betriebes gefehlt hat. Richtige Kontrollen verbessern die Arbeit; denn richtige Kontrollen dürfen nicht nur kritische Bemerkungen enthalten, sondern sie müssen Anweisun-

Unsere Finanzpolitik dient dem Frieden

gen zum richtigen Handeln und Arbeiten sein. Deshalb müssen die Minister und die Staatssekretäre dafür sorgen, daß im Wege der Dienstaufsicht alle nachgeordneten Stellen im Jahre mindestens einmal auf die Durchführung einer ordentlichen Finanzverwaltung geprüft werden.

Fünftens. Die Demokratisierung der Haushaltskontrolle ist ein wichtiger Hebel zur Verbesserung der Haushaltswirtschaft. Die Kreis- und Gemeindeverwaltungen haben ihre großen Aufgaben bei der Kontrolle der Haushaltsplanerfüllung bisher ungenügend durchgeführt. Es ist deshalb zu fordern, daß die Finanzausschüsse in den Kreisen und Gemeinden die Durchführung des Haushaltsplanes nach den Bestimmungen der Kreis- und Gemeindeordnung genau überwachen. Es genügt nicht, daß sie den Haushaltsplan annehmen, sondern daß sie ihn im Laufe des Jahres genau überwachen. Es muß gefordert werden, daß die Zusammenarbeit der Finanzausschüsse mit den Kontrollorganen der Finanzministerien verbessert wird.

Sechstens. Die Verbesserung der Arbeit der Kontroll- und Revisionsabteilungen ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin. Hier ist neben der politischen und fachlichen Qualifizierung der Prüfer vor allem der Erfahrungsaustausch zwischen allen Kontroll- und Revisionsabteilungen und der Volkskontrolle zu organisieren. Ich spreche absichtlich von der Mitwirkung der Volkskontrolle, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß bisher die operative Mitarbeit und die reichen Erfahrungen dieser für den Aufbau unseres Staates bedeutsamen Organe auch bei der Finanzverwaltung nur ungenügend herangezogen worden sind. Volkskontrolle und staatliche Kontrolle sind zwei Dinge mit verschiedenen Namen, die aber ein und derselben Sache zu dienen haben, nämlich der Schaffung einer demokratischen Staatsdisziplin. Jede staatliche Kontrolle muß, wenn sie überhaupt Sinn haben soll, ihre Wurzeln tief nach unten strecken, in Verbindung mit den Organen der Volkskontrolle die Vorgänge von der unteren Basis des Volkslebens her beobachten, nach oben tragen und oben sichtbar machen. Ohne Volkskontrolle hängt auch die beste staatliche Kontrolle in der Luft. Darum muß eine innige Verbindung zwischen diesen beiden Organen geschaffen werden. Deshalb legt die Regierung aber auch entscheidenden Wert darauf, sich an dieser Stelle einmal an jene Verwaltungsstellen in den Ländern, in den Kreisen und Gemeinden, in den Städten und Dörfern zu wenden, die die Wichtigkeit dieser Volkskontrolle immer noch nicht begriffen haben. Die staatlichen Verwaltungen, die Kreis- und Gemeindeverwaltungen sollen von dieser Stelle einmal hören, daß sie die Verpflichtung haben, ihre Türen für die Organe der Volkskontrolle weit aufzumachen, und daß sie die Verpflichtung haben, die Arbeit dieser Volkskontrollorgane zu unterstützen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Angestellte der Finanzverwaltung die Mitwirkung der Volkskontrollorgane bei einer allgemeinen Lohnsteuerkontrolle ablehnen und ausschalten. Im Gegenteil, die Verwaltungen sind verpflichtet, den Volkskontrollorganen Räume und Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen; sie müssen ihnen Schreibmaterialien, Schreibkräfte, Telefon, Einsicht in die Geschäftsbücher und alles, was dazu gehört, um einen klaren Überblick zu bekommen und arbeiten zu können, geben. Ich stehe nicht an, hier zu erklären: Wenn man die Volkskontrollorgane weiterhin daran hindert, ihre Aufgaben im Interesse des Volkes durchzuführen, wird dafür gesorgt werden, daß in solchen Amtsstuben Fenster und Türen einmal recht weit aufgemacht werden, damit

frische Luft in solche Amtsstuben hineinkommt. Ich glaube, das wird für die Leute, die darin sitzen und immer noch von gestern reden, nur von großem Vorteil sein. (Starker Beifall.) Die Kontrolle ist ein wichtiger Arm der Regierung. Die schönsten Gesetze und die besten Verordnungen bleiben ein Stück wertloses Papier, wenn wir sie nicht lebendig werden lassen. Ich brauche hier nur an jene Fehler zu erinnern, die bei der Durchführung der Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der Umsiedler und bei der Rentenerhöhung für Bergarbeiter zutage getreten sind, bei denen es Verwaltungsbeamte fertiggebracht haben, den Sinn dieser Verordnungen fast in das Gegenteil zu verkehren und so selbstverständlich in den Augen der beteiligten Menschen aus dem Volke das Ansehen der Regierung, ihre Wahrhaftigkeit und ihre Zuverlässigkeit in Staub und Dreck zu ziehen.

Aber was nützen uns alle diese Maßnahmen, wenn sie nur ein Beschluß, nur ein Stück Papier sind, wenn sie sich nachher in der praktischen Durchführung an der Basis, wie ich es eben an zwei Beispielen zeigte, in den Betrieben, in den Gemeinden und überall, wo Menschen leben und arbeiten, nur so auswirken, daß die Bevölkerung durch Unfähigkeit und durch bösen Willen enttäuscht und verärgert wird. Hier kann man ohne eine Volkskontrolle nicht auskommen, die Volkskontrolle muß einsetzen, um die guten Absichten der Regierung zu verwirklichen. Die Verbindung zwischen den beiden Polen, der Regierung, die oben steht und arbeitet, und der Volkskontrolle, die ganz unten mitten im Volk steht und jedes Reagieren des Volkes sofort verspürt, muß sehr lebendig sein. Je lebendiger diese Zusammenarbeit beider Pole mit- und zueinander ist, desto mehr können Fehler beseitigt und ausgeschaltet werden. Die Volkskontrolle ist also keine Einrichtung, gegen die ein Staatsbürger oder ein Verwaltungsangestellter irgendeine Abneigung haben könnte, sondern ganz im Gegenteil, jeder einzelne aus dem Volk muß sagen, daß diese Institution gar nicht gut genug sein kann, um die Lebensverhältnisse der Menschen auch wirklich in der Praxis vor solchen Angriffen von außen zu schützen.

Ich habe schon während meiner Ausführungen die engen Verbindungen der Finanzpolitik und der Wirtschaftspolitik geschildert. Die Verwirklichung der Finanz- und Wirtschaftspolitik geschieht durch die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplanes. Genauso, wie es in dem Abschnitt des Zweijahrplanes gewesen ist, daß wir durch die frühere Erfüllung und durch die Übererfüllung große und einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens durchführen konnten, muß es in der Auswirkung des Fünfjahrplanes und seiner einzelnen Volkswirtschaftspläne werden. Der Fünfjahrplan ist für die Regierung und für unsere gesamte Politik also ein starker Hebel im Kampf um die Wiederherstellung der Einheit eines unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, im Kampf um die Sicherung und die Erhaltung des Friedens. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, durch diese kurze Schilderung der besonderen Struktur der Haushaltspläne in kapitalistischen Staaten und bei uns jene in dieser Struktur wurzelnden politischen Voraussetzungen klarzumachen, jene Voraussetzungen, die auf der einen Seite bedeuten: Krieg, Untergang und Tod, und die auf der anderen Seite bei einer richtigen Anwendung unserer Finanzpolitik und unserer Wirtschaftspolitik den friedlichen Weg des Aufbaues unseres Volkes, den Weg zu einer neuen und glücklicheren Zukunft darstellen. Dieser Kampf, den wir so auf dem Boden der Wirtschaft und auf dem Boden unserer Finanzorgane führen, wird siegreich sein, wenn wir unsere Anstrengungen für den Aufbau

der Friedenswirtschaft verstärken und wenn es uns gelingt, alle friedliebenden Menschen von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Das deutsche Volk steht in diesem Kampf nicht allein. Seite an Seite mit den Völkern der Volksdemokratien und mit allen friedliebenden Menschen der Welt werden wir unter der Führung der großen Sowjetunion auch auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet dafür sorgen, daß das Glück und der Wohlstand der Werktätigen gesichert werden. Möge die heute eröffnete Konferenz diese gemeinsame Arbeit erfolgreich fördern! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Dr. Loch: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen. Das Referat hat so grundlegende Probleme aufgerissen und so klare Wege aufgezeigt, daß es in die Hand eines jeden verantwortlichen Funktionärs gehört. Wir werden die darin aufgezeigten Wege und Probleme zum Gegenstand der Belehrung machen und damit zur praktischen Verwirklichung bringen.

Besonders die Kritik, die der Herr Ministerpräsident an vielen Vorgängen in der Finanzwirtschaft geübt hat, wird uns Anlaß zum Nachdenken und zur Abstellung der Mängel geben. Die Gedanken, die uns der Herr Ministerpräsident insbesondere zu der Preispolitik übermittelt hat, sind eines der wesentlichsten Momente für unseren wirtschaftlichen Aufbau; denn die Preispolitik ist einer der wichtigsten Aufbausteine für unsere Friedenswirtschaft. Man hat manchmal den Eindruck, als wenn sich die Verantwortlichen in der Preispolitik nicht von dem Alten lösen könnten, als wenn sie längst vermoderte Vorstellungen von Preispolitik konservieren wollten und als wenn sie Bedenken hätten, kühn und mutig hineinzustoßen in preisrechtliches Neuland, in ein Neuland, das unserer ökonomischen und politischen Entwicklung entspricht.

Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten vor allen Dingen dafür dankbar, daß er hier ganz klar und ein-

deutig die Verzahnung von Finanzen und Produktion, die enge Bindung von Finanzplan und Wirtschaftsplan aufgezeigt und noch einmal der Maxime unseres Wirtschaftens nachdrücklich Ausdruck verliehen hat, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den größtmöglichen Nutzeffekt zu erzielen.

Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten im jetzigen Augenblick unserer politischen Entwicklung vor allen Dingen sehr dankbar dafür, daß er einmal eine klare und eindeutige Parallele gezogen hat zwischen unserer Finanzpolitik, die der friedlichen Entwicklung dient, und der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die durch die Aufrüstung den Bankrott für die Völker herbeiführt. Wir machen alle Aufwendungen für unser Volk, während die kapitalistische Finanzpolitik ausschließlich und allein die Aufwendungen für die Monopolbourgeoisie macht und damit zu einer Finanzpolitik führt, wie es der Herr Ministerpräsident dargelegt hat. Wir wollen aus unserer Finanzpolitik neues und besseres Leben erwachsen lassen. Damit wird unsere Finanzpolitik gleichzeitig, wie der Herr Ministerpräsident ausgeführt hat, auch zu einem gewaltigen Faktor in unserem Kampf für Einheit und Frieden. (Beifall.)

Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Gelegenheit wahr, den Herrn Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Nuschke, in unserer Mitte zu begrüßen. Ich freue mich, daß auch er an unserer wichtigen, finanzpolitischen Konferenz teilnimmt. (Beifall.)

Dieses Heft erscheint in erhöhter Auflage.
Wir bitten alle Interessenten, Bestellungen
bei den Buchhandlungen oder direkt beim
Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8, Französische
Straße 55, aufzugeben.

Die Finanzwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

Gesamtdisposition

- | | |
|---|---|
| I. Politische Einleitung. | IV. Wirtschaftliche Rechnungsführung. |
| II. Neue Methoden der Wirtschaftsführung. | V. Arbeitsmethoden im Finanzapparat —
Kritik und Selbstkritik. |
| III. Die Erfüllung der Finanzpläne. | VI. Kaderfragen. |

I.

Politische Einleitung

Staatssekretär Willy Rumpf: Kolleginnen und Kollegen!

Alle Fragen, die unsere Konferenz zu behandeln hat, müssen wir betrachten als Probleme der Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands, des Kampfes gegen den wiedererstehenden deutschen Imperialismus, des Kampfes des großen Weltfriedenslagers für die Erhaltung des Friedens.

Es gibt heute keinen Zweifel darüber, daß die Spaltung Deutschlands durch die amerikanischen Monopolisten zum Ziel hatte, wenigstens in einem Teil Deutschlands das Monopolkapital zu retten, das von jeher eng mit dem amerikanischen verbunden war.

Zur Irreführung der breiten Massen wurde zwar von der Entflechtung der Konzerne gesprochen, sie stellte aber nichts anderes dar, als eine Strukturveränderung

der deutschen Monopole zugunsten der amerikanischen. Zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit wurden zwar für eine Zeitlang die Hauptkriegsbrandstifter, wie Krupp und Flick, eingesperrt, aber gleichzeitig wurden alle Maßnahmen sabotiert, die die ökonomische Machtposition des Monopolkapitals antasteten.

Die Durchführung des Potsdamer Abkommens wurde verhindert und die verhafteten Wirtschaftsführer und Generale der Hitlerarmee zu dem Zeitpunkt wieder entlassen, an dem den amerikanischen Monopolherren bewußt wurde, daß der Überfall auf Korea dank der heldenhaft kämpfenden koreanischen Volksarmee und der chinesischen Freiwilligen und des Kampfes aller friedliebenden Menschen mißlingen wird. Zu diesem Zeitpunkt begannen sie, Westdeutschland als Hauptfront zum Kampf gegen die Sowjetunion, die Volks-

demokratien und die demokratischen Kräfte in Deutschland vorzubereiten, das westdeutsche Finanzkapital zu ihrem Hauptverbündeten zu machen und die Räuber- natur des deutschen Imperialismus für amerikanische Zwecke auszunutzen.

Mit seiner wirtschaftlichen Kapazität, seiner gut durchorganisierten Industrie und seinen Menschen- reserven auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit bezüglich der wichtigsten Rohstoffe ist Westdeutschland als besiegt- es Land in Europa der geeignetste Bundesgenosse. Aus diesem Grunde unterstützt der amerikanische Imperia- lismus auf Kosten des eigenen Volkes und der west- europäischen Völker den Expansionsdrang des wieder- erstehenden deutschen Imperialismus.

Vor unseren Augen vollziehen sich in Deutschland zwei vollkommen verschiedene Entwicklungen:

In Westdeutschland

Wiederbelebung des Imperialismus als Hauptverbün- deter des amerikanischen Monopolkapitals, die Wie- derherstellung der Macht der deutschen Rüstungs- industriellen, der Konzernherren und Bankherren, die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Revanche- politik und Kriegshetze gegen das Friedenslager, die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstungswirtschaft, Drösselung des innerdeutschen Handels und Ein- schränkung der Friedenspolitik, Beherrschung des Staatsapparates durch die Monopolisten und terro- ristische Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung,

in der DDR,

in dem Teil Deutschlands, der von der siegreichen Roten Armee befreit wurde, Zerschlagung der Macht- positionen des Imperialismus, der Monopole und Kon- zerne, Liquidierung des Großgrundbesitzes, Zerschla- gung des faschistischen Staatsapparates, Durchfüh- rung der Bodenreform, Aufbau einer vom ausländi- schen Monopolkapital unabhängigen Friedenswirt- schaft im Dienst des friedlichen Aufbaues und des Wohlstandes. Die DDR steht fest als gleichberech- tigter Partner im Lager des Friedens, dessen Kraft sich unter der Führung und in Anwendung der Er- fahrungen der Sowjetunion in der Volksdemokratien und der DDR festigt und stärkt. Die friedliebenden Völker in der ganzen Welt setzen den Kriegstreibern einen organisierten und ständig wachsenden Wider- stand entgegen. Das zeigen die großen Bewegungen und Kämpfe in den kapitalistischen Ländern, ins- besondere in Frankreich und Italien, der Metall- arbeiterstreik in Westdeutschland und die großen Be- wegungen in den Kolonien und halbkolonialen Län- dern. Von der Stärke der Friedenskräfte hatten wir gelegentlich der Weltfestspiele der Jugend und Stu- denten in Berlin einen sichtbaren Beweis vor Augen. Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirt- schaft in der DDR ist der große Plan der Verbesse- rung der Lebenslage der Bevölkerung und ein wich- tiger Beitrag zur Festigung und Erhaltung des Friedens.

II.

Neue Methoden der Wirtschaftsführung

Der stellvertretende Ministerpräsident und Vor- sitzende der Staatlichen Plankommission, Heinrich Rau, ist nach einer gründlichen Analyse der Resultate der ersten Monate des Fünfjahrplanes zu Schlußfolge- rungen gekommen, die für die Entwicklung unserer Republik von weittragender Bedeutung sind. Diesen Schlußfolgerungen sind die reichen Erfahrungen der Sowjetunion in der Anwendung der marxistisch-len- inistischen Prinzipien auf dem Gebiete der Leitung der sozialistischen Wirtschaft zugrunde gelegt. Sie basieren auf den genialen Lehren des Generalissimus Stalin, die er im Verlaufe der großen Fünfjahrpläne der Sowjetunion ausgearbeitet hat.

Veränderungen in der Wirtschaft

Diese Analyse zeigt, daß bei allgemein günstigen Ergebnissen die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in den ersten Monaten des Jahres eine Reihe von Mängeln aufweist, die uns allen zum ernsthaften Nach- denken Anlaß geben müssen.

Die Überprüfung zeigt, daß bei guter Erfüllung des Gesamtplanes eine Reihe wichtiger Positionen nur schlecht erfüllt worden sind, daß die Verwirklichung des Investitionsplanes, insbesondere in den für den Fünfjahrplan entscheidenden Industriezweigen, völlig unbefriedigend ist und daß in unserer Wirtschaft eine Reihe hemmender Momente vorhanden sind, die die weitere Entwicklung störend beeinflussen, und daß die Tendenzen zur Senkung der Selbstkosten nicht in dem erforderlichen Maße zur Entfaltung kommen, wodurch die für die Verwirklichung des großen Planes unum- gängliche Verstärkung der Akkumulation in der In- dustrie gefährdet wird.

Es ist offensichtlich, daß diese schwerwiegenden Mängel in der Erfüllung des Planes keine zufälligen Erscheinungen sein können, daß sie tiefliegende Ur- sachen haben müssen. Der stellvertretende Minister-

präsident und Vorsitzende der Staatlichen Plankom- mission, Heinrich Rau, sagte hierüber:

„Die Gründe sind darin zu suchen, daß in der letzten Zeit in der Sphäre unserer Produktion eine Reihe entscheidender Veränderungen vor sich ge- gangen sind, die neue Methoden der Planung und Leitung und höhere Formen der Organisation un- serer Arbeit sowohl in der Produktion als auch in der Distribution verlangen.“

Worin bestehen diese Veränderungen?

Die wesentlichen Merkmale dieser Veränderungen sind:

1. Die erste Etappe des Wiederaufbaues der Wirt- schaft ist in den Grundzügen beendet und wird im Rahmen des Fünfjahrplanes zu einer höheren Stufe des Wiederaufbaues übergehen, mit der Re- konstruktion unserer Volkswirtschaft beginnen, um hierdurch in erster Reihe die Disproportionen, die infolge der Spaltung Deutschlands durch die west- lichen und deutschen Imperialisten entstanden sind, zu beseitigen.
2. Der Warenhaushalt der ersten Periode hat sich sei- nem Charakter nach geändert, und gegenwärtig kommt es nicht darauf an, schlechthin alles, was wir können, zu produzieren, sondern nur das zu erzeugen, was für die Verwirklichung des Planes unmittelbar gebraucht wird und für die Verbesse- rung des Lebenslage erforderlich ist.
3. Die Frage der erweiterten Reproduktion ist für die Entwicklung der Wirtschaft zu einer brennenden Frage geworden. Es kommt gegenwärtig also nicht darauf an, irgendwie zu produzieren, sondern durch die Produktion eine höchstmögliche Akku- mulation zu erzielen, d. h. mit einem Minimum von Verlusten und einem Maximum von Rentabilität zu arbeiten und neue Akkumulationsquellen zu erschließen.

4. Die größten Schwierigkeiten der Wiederaufbauperiode sind jetzt überwunden, und die Frage der Zusammenarbeit der Betriebe hat eine hervorragend aktuelle Bedeutung erhalten. Hierdurch wird das Problem der Regelung der zwischenbetrieblichen Beziehungen zu einer wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit.
5. Das Bewußtsein der Werktätigen in den Betrieben hat sich grundlegend geändert. Die bisherigen Methoden der Wirtschaftsführung tragen aber dieser Bewußtseinsänderung nicht genügend Rechnung und müssen deshalb zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung werden.

Die 6. Plenartagung der Sozialistischen Einheitspartei hat aus diesen Veränderungen u. a. folgende Schlußfolgerungen gezogen:

„... die bisher angewandten Methoden der Wirtschaftsleitung entsprechen nicht mehr im vollen Umfange den gestellten Aufgaben. Der entscheidende Schritt dazu ist die gründliche Anwendung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb und die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowie die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark.“

III.

Die Erfüllung der Finanzpläne

Der Erfolg oder Nichterfolg unserer wirtschaftlichen Tätigkeit spiegelt sich in der Erfüllung unseres Staatshaushaltsplanes, unserer Finanzpläne und unserer Kreditpläne wider. Deshalb führten die vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission festgestellten Elemente, die gute Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes, zu einer allgemeinen guten Erfüllung der Haushaltseinnahmen. Aber die festgestellte unterschiedliche Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes spiegelt sich auch wider in einer unterschiedlichen Erfüllung der Einzelteile des Staatshaushaltes und der Finanzpläne. Bei einer erfolgreichen Erfüllung des Produktionsprogrammes der Industrie mit 105% im 1. Quartal und 107% im 2. Quartal haben die Industrieministerien ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt nicht erfüllt. Die Abführungen der volkseigenen Industrie an Gewinnen, Körperschaftsteuern und Umlaufmitteln sind für das 1. Halbjahr 1951 nur mit 80% des Solls erfüllt worden. Das Ministerium für Maschinenbau hat nur 47,6%, das Ministerium für Leichtindustrie nur 77,6% und das Staatssekretariat für Nahrungs- und Genußmittelindustrie nur 97% seiner Haushaltsverpflichtungen im 1. Halbjahr erreicht.

In großen Teilen ist eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität eingetreten, sind die Selbstkosten in der Produktion gesenkt worden, da die Produktion mit geringeren Kosten als im Jahre 1950 durchgeführt wurde. Aber dieser Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Selbstkostensenkungen ist in den einzelnen Teilen unserer Industrie mit unterschiedlichem Erfolg geführt worden. In den Betrieben des Ministeriums für Schwerindustrie ist die im Plan vorgesehene Selbstkostensenkung von 6,7% mit 8,7% erfüllt worden. Während die Hauptverwaltungen Kohle, Energie, Chemie ihre Selbstkostensenkungen bereits überplanmäßig durchgeführt haben, haben die Hauptverwaltungen Metallurgie und Steine und Erden ihre planmäßige Selbstkostensenkung nicht erreicht und hat die Hauptverwaltung Bauindustrie ihre Selbstkosten überhaupt nicht gesenkt, sondern mit noch höheren Kosten als im Jahre 1950 gearbeitet. Das Ministerium für Maschinenbau hat seine planmäßige Selbstkostensenkung nicht durchgeführt. Lediglich in den der Hauptverwaltung Elektrotechnik unterstehenden Betrieben wurde die planmäßige Selbstkostensenkung überschritten. Auch das Ministerium für Leichtindustrie hat seine planmäßige Selbstkostensenkung nicht durchgeführt. Das ist besonders der Fall in der Hauptverwaltung Textil. Während in der polygraphischen und Lederindustrie die planmäßige Selbstkostensenkung erreicht wurde, ist sie in der Hauptverwaltung Holz übererfüllt.

Die erfolgreiche Selbstkostensenkung spiegelt die neue Einstellung zur Arbeit, die erfolgreiche Durch-

führung der Wettbewerbe und die Einführung neuer Arbeitsmethoden wider.

Bei einer solchen Erfüllung der Produktionsaufgaben, der Selbstkostensenkung und Erfüllung der Gewinnpläne haben die verantwortlichen Leiter der Betriebe und Vereinigungen ihre Pflichten gegenüber dem Staatshaushalt und die Finanzdisziplin schwer verletzt. Die planmäßig an den Staatshaushalt abzuführenden Umlaufmittel und in den Betrieben erwirtschafteten Gewinne und Körperschaftsteuern haben sie nicht an den Staatshaushalt abgeführt, sondern zur Finanzierung von Überplanbeständen und zur Warenhortung benutzt. In allen Ministerien, in allen Hauptverwaltungen war die Warenproduktion im ersten Halbjahr 1951 höher als der Umsatz, d. h. daß die durch die erfolgreiche Tätigkeit der Arbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure in der Produktion erzielten Erfolge nicht in dem gleichen Tempo demjenigen Teil unserer Wirtschaft und der Bevölkerung zuteil geworden sind, für dessen Bedarf die Produktion durchgeführt wurde. Besonders großes Ausmaß hat diese Erscheinung in dem Ministerium für Maschinenbau angenommen.

Die Handelsorganisation HO und die Deutschen Handelszentralen haben ihren Warenumsatzplan nicht erfüllt und eine weitere Erhöhung der Überplanbestände zugelassen. Ihre planmäßigen Abführungen an Umlaufmitteln, Körperschaftsteuern und Nettogewinnen an den Staatshaushalt haben sie im 1. Halbjahr nicht erfüllt. Da die Bilanzen und Kontrollberichte des volkseigenen Handels zu einem Teil noch nicht vorliegen, läßt sich der Grad der Erfüllung des Kampfes um die Selbstkostensenkung noch nicht im gesamten Handel überschauen. Die bisher vorliegenden Unterlagen zeigen, daß die Erfüllung der Selbstkostensenkung im allgemeinen im Handel wesentlich schlechter ist als in der volkseigenen Industrie. Bei keinem volkseigenen Handelsorgan wurde die im Staatshaushaltsplan und in den Finanzplänen für die einzelnen Handelsorgane festgelegte Selbstkostensenkung erreicht. Bei den Handelszentralen Metallurgie, Maschinen- und Fahrzeugbau wurden zwar die Selbstkosten im 1. und 2. Quartal etwas, aber nicht planmäßig gesenkt. Bei den Handelszentralen Zellstoff und Papier und Textil haben sich im 2. Quartal die Selbstkosten gegenüber dem 1. Quartal erhöht. Bei der DKMZ und der Handelszentrale Leder trat im 2. Quartal eine geringe Senkung der Selbstkosten ein. Bei der Handelszentrale Kohle ist sogar eine erhebliche Steigerung der Selbstkosten gegenüber dem Jahre 1950 eingetreten. Am schlechtesten ist die Arbeit bei der Handelszentrale Steine und Erden, die ihre Selbstkosten nicht einmal aus der Handelsspanne deckt. Bei der HO ist auf

Grund von Prüfungen festgestellt worden, daß sich die Handelskosten für die umgeschlagene Ware bei einer ganzen Reihe von Hauptgeschäftsstellen in den letzten Quartalen laufend erhöht haben. Bei der HO Industriewaren Sachsen-Anhalt beträgt die Steigerung der Kosten pro umgesetzte Warenmenge nahezu 50%. Bezüglich der MAS und volkseigenen Güter verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten.

Insgesamt zeigt die Finanzwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik — genau wie im Jahre 1950 — auch im 1. Halbjahr 1951 eine gesunde Entwicklung. Die geplanten Einnahmen in ihrer Gesamtheit sind übererfüllt worden, alle im Plan vorgesehenen Ausgaben wurden voll finanziert, aber der Ablauf des 1. Halbjahres 1951 zeigt, daß in unserer Wirtschaft Disproportionen vorhanden sind.

IV.

Wirtschaftliche Rechnungsführung

Die Erfüllung der Finanzpläne bestätigt also die Richtigkeit der von dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Heinrich Rau, gemachten Feststellungen, daß die bisherigen Formen der Wirtschaftsführung und der Leitung der volkseigenen Betriebe und die bisherigen Formen der Finanzwirtschaft und Finanzkontrolle nicht genügen.

Eine der entscheidenden Aufgaben für die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplanes, d. h. des Neuaufbaues unserer Wirtschaft, für die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung ist die Durchsetzung einer strengen Finanzdisziplin. Wie die Ergebnisse des 1. Halbjahres zeigen, ist diese Finanzdisziplin von einem erheblichen Teil der Wirtschaftler in der Industrie und von allen Wirtschaftsfunktionären des volkseigenen Handels, aber auch von den Wirtschaftsfunktionären der volkseigenen Güter und MAS nicht geübt worden. Die im Staatshaushaltsplan und den Finanzplänen festgelegten Abführungen an den Staatshaushalt sollen planmäßig für die Finanzierung von Investitionen, von Aufgaben auf dem gesamten Gebiet der Kultur, des Gesundheitswesens usw. verwandt werden. Die Nichtabführung von Haushaltsverpflichtungen durch diese Wirtschaftsfunktionäre muß also zwangsläufig dazu führen, daß im Volkswirtschaftsplan vorgesehene Maßnahmen, Investitionen und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung nicht in dem im Plan vorgesehenen Tempo durchgeführt werden können. Unsere Wirtschaftsfunktionäre, aber auch die Funktionäre und Mitglieder unserer gesellschaftlichen Organisationen, die Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften, der Parteien, die gesamte Bevölkerung müssen wissen, welche Rolle unsere Mark, welche Rolle unser Geld bei der Durchführung unseres Volkswirtschaftsplanes spielt. Jede Summe Geldes gibt ein Anrecht auf eine bestimmte Menge Maschinen, Baustoffe, Kleidung, Lebensmittel und andere Dinge des Bedarfs der Bevölkerung, also Ergebnisse unserer Arbeit. Wenn wir im Investitionsplan dieses Jahres 3,8 Milliarden vorgesehen haben, dann heißt das, daß wir 3,8 Milliarden unserer Mark bereitstellen, um dafür Baustoffe zu kaufen, die Löhne der Bauarbeiter zu bezahlen, Maschinen zu kaufen. Oder wenn wir im Plan nahezu 1 Milliarde unserer Mark bereitstellen für das Gesundheitswesen, dann heißt das, daß für 1 Milliarde unserer Mark Medikamente, Instrumente, Wäsche, Lebensmittel für die Kranken gekauft werden und Gehälter für die Ärzte, Schwestern und das Pflegepersonal bezahlt werden. Mit unserer Mark lenken wir also die Produktion, die Verteilung der produzierten Waren und lenken wir die Investitionen. Darum muß eine intensive, dauernde und zähe Aufklärungsarbeit darüber geleistet werden, welche Rolle bei uns das Geld spielt, müssen insbesondere die Wirtschaftsfunktionäre eine wirkliche Achtung vor der Mark, vor dem Pfennig bekommen.

Wenn also ein Betrieb für die Durchführung seiner Produktion mehr Löhne ausgibt, als im Plan vorgesehen sind, dann erhält dieser Betrieb mehr Anspruch

auf Lebensmittel, Kleidung usw., d. h. Konsumtionsgüter, als er entsprechende Gegenleistungen vollbrachte. Wenn ein Betrieb für die Durchführung seiner Produktion höhere Materialkosten hat, als der Plan vorsieht, dann bedeutet das, daß er zusätzliche Materialmengen für sich in Anspruch nimmt. Wenn unsere Handelszentralen ihren Warenumsatz mit höheren Kosten durchführen, als im Plan vorgesehen ist, dann bedeutet das, daß die Angestellten dieser Handelszentralen einen größeren Anspruch auf Waren bekommen, als ihrer Leistung entspricht. Solche Erscheinungen müssen natürlich unseren Plan durcheinander bringen. Darum ist es notwendig, das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung einzuführen. Dabei ist die wichtigste Aufgabe eine Kontrolle über die Verausgabung der einzelnen Fonds. Diese Kontrolle darf aber nicht erst einsetzen bei der Verausgabung der Fonds, sondern sie muß schon beginnen bei der Aufstellung der Pläne. In jedem Betrieb muß bei Aufstellung der Pläne geprüft werden: die Berechnung der Summe der Löhne, die Menge der Materialien, die Menge der Brennstoffe und des Energieverbrauchs, die Menge der allgemeinen Kosten des Betriebes, und zwar wirklich nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit. Der Lohnfonds muß auf Grund des Produktionsplanes und der technisch begründeten Arbeitsnormen berechnet werden. Der Materialfonds muß auf Grund des Produktionsplanes und strenger Berechnung der Verbrauchsnormen aufgestellt werden.

Die Selbstkosten des Betriebes sind aber nicht nur abhängig vom Lohnfonds und dem Fonds für Material, Brennstoff und Amortisationen, sondern von einer Reihe von Kosten, die zu den Selbstkosten der Produktion gehören. Bisher wurden nur allgemeine Selbstkostensenkungsaufgaben im Plan festgelegt. Die übrigen Selbstkosten der Produktion betragen aber 14% der gesamten Selbstkosten und machten im Jahre 1950 1,5 Milliarden in der zentralverwalteten Industrie aus. Offensichtlich ist, daß in diesem Teil der Selbstkosten der Produktion noch erhebliche Einsparungen gemacht werden können. Gelingt es uns, an diesen Teil, an dem die Verwaltungskosten einen erheblichen Anteil haben, wirklich unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit heranzugehen, können beträchtliche Summen für die Beschleunigung unseres Aufbaus und für die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung freigestellt werden.

Nachdem die Betriebspläne, die Pläne für die einzelnen Hauptverwaltungen und Ministerien nach diesem Gesichtspunkt aufgestellt worden sind, wird es darauf ankommen, eine wirkliche Kontrolle über die planmäßige Verwendung dieser Fonds durchzuführen. Diese Kontrolle muß einmal der Hauptbuchhalter ausüben, indem er von seinem gesetzlichen Recht und seiner gesetzlichen Pflicht Gebrauch macht, nämlich die Mitzeichnung bei Ausgaben nur dann vorzunehmen, wenn diese Ausgaben in dem Maße gemacht werden, wie der Produktionsplan erfüllt wird. Darüber hinaus wird die Deutsche Notenbank ihre Kontrolltätigkeit

jetzt dahingehend erweitern müssen, daß sie nur dann die Auszahlung höherer als im Plan vorgesehener Lohnsummen durchführt, wenn der Betrieb entsprechende höhere Produktionsleistungen nachweist.

Neben der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die Senkung der Selbstkosten nicht nur in der volkseigenen Industrie, sondern auch im volkseigenen Handel, der Landwirtschaft und im Verkehr die wichtigste Aufgabe. In der erforderlichen Ausführung der Selbstkostensenkung spiegelt sich die gesamte Qualität der Arbeit des Betriebes, die ganze Qualität der Wirtschaftsfunktionäre, ihre Einstellung zur Arbeit, ihre Einstellung zu unserer neuen Ordnung wider, d. h. aber nicht nur für die Industrie, sondern insbesondere für den Handel und die Landwirtschaft. Diese Senkung der Selbstkosten kann man jedoch nur in Geld, d. h. in unserer Mark errechnen. Wenn wir berücksichtigen, daß in der volkseigenen Industrie 1% Selbstkostensenkung rund 140 Millionen ausmacht, im volkseigenen Handel 1% Selbstkostensenkung 17 Millionen, im Verkehr und bei der Post 1% Selbstkostensenkung 26 Millionen, bei den volkseigenen Gütern und MAS 7 Millionen, dann können Sie ermessen, welch unerhörte Bedeutung dem Kampf um die Selbstkostensenkung für die Erfüllung unserer Pläne zukommt.

Was ist Wirtschaftliche Rechnungsführung?

Um diese Senkung der Selbstkosten zu erreichen und damit die Rentabilität der Betriebe zu verbessern, ist eine strenge Kalkulation der Kosten und eine sparsame Wirtschaftsführung notwendig, d. h. Wirtschaftliche Rechnungsführung. Die Wirtschaftliche Rechnungsführung ist die Methode der Wirtschaftsführung und Leitung der Betriebe, die in der Sowjetunion aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus als die zweckmäßigste Form der Leitung entwickelt wurde. Sie ist eine Methode der Leitung der Betriebe, die das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Planung der Volkswirtschaft und einen demokratischen Staat voraussetzt. Inwieweit die Formen der Wirtschaftsführung und Leitung der sozialistischen Betriebe in der Sowjetunion für die Wirtschaftsführung unserer volkseigenen Wirtschaft und die Leitung unserer volkseigenen Betriebe anwendbar ist, hat der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht auf dem III. FDGB-Kongreß wie folgt beantwortet:

„Wir haben bei uns keine sozialistische Ordnung, aber bei uns gibt es unter den demokratischen Bedingungen eine volkseigene Wirtschaft, Betriebe volkseigenen Charakters, für die die gleichen Gesetze gelten.“

Wirtschaftliche Rechnungsführung ist ein neues Element der Ökonomie der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Sie entspricht unserer heutigen Entwicklungsstufe, ist ein Mittel für die Erfüllung unseres Planes und ein Mittel für die Weiterführung der Entwicklung. Die Wirtschaftliche Rechnungsführung darf nicht verwechselt werden mit der Rentabilität. Die Wirtschaftliche Rechnungsführung ist ein Mittel, die Betriebe rentabel zu machen und ihre Rentabilität zu steigern. Die Wirtschaftliche Rechnungsführung ist untrennbar verbunden mit dem System der Finanzierung und Kreditierung der Betriebe. Ohne ein solches System ist eine Kontrolle der Arbeit der Betriebe nicht

denkbar. Das bedeutet, daß der Staat über dieses System der Finanzierung und Kreditierung Einfluß nimmt auf die Tätigkeit der Betriebe, d. h. daß er die ökonomischen Hebel des Geldes und der Kredite zur Leitung der Wirtschaft ausnützt. Die Leitung der Betriebe, Handelsorganisationen usw. geschieht nicht mittels administrativer Maßnahmen, die zum Beispiel die während des zweiten Weltkrieges entstandene Zwangswirtschaft kennzeichnen, sondern durch ökonomische Faktoren.

Andererseits müssen aber die verantwortlichen Leiter der Betriebe, Vereinigungen, Hauptverwaltungen und die Minister sich auch von der falschen Auffassung trennen, daß Finanz- und Kreditfragen nicht sie etwas angehen, sondern nur die Buchhalter und Finanzleute.

Genau so wie der Staat vermittelt dieser ökonomischen Elemente — Geld, Kredit — die Wirtschaft leitet, müssen auch zum Beispiel die Leiter der Betriebe den Stand ihrer Geld- und Kreditbeziehungen als Gradmesser und Hilfsmittel ihrer Arbeit ansehen, d. h. als operatives Führungsinstrument benutzen.

Die Wirtschaftliche Rechnungsführung beruht auf einer strengen Berechnung und Planung aller Kosten der Produktion und Zirkulation sowie einer wirkungsvollen Kontrolle über die Einhaltung dieser Kosten.

Dabei erfolgt die Berechnung der Kosten der Produktion und Zirkulation in Geldform.

Indem wir das Geld in seiner Funktion als Maß der Werte zu Hilfe nehmen, ermöglichen wir die Berechnung der Verausgabung von gesellschaftlicher Arbeit.

Somit ist es möglich, den Erfolg der Wirtschaftsführung der Betriebe in ihrem Gewinn oder Verlust sichtbar zu machen.

Der Gewinn oder Verlust eines Betriebes, seine Rentabilität, sind das Resultat und der Gradmesser dafür, ob die Produktion mit den planmäßigen Aufwendungen an gesellschaftlicher Arbeit durchgeführt wurde oder nicht. Die Realisierung der Gewinne ist das Anzeichen dafür, ob gesellschaftlich notwendige Arbeit verausgabt wurde, d. h. ob Waren produziert wurden, für die in ihrer Menge, Qualität und Sortiment ein Bedarf vorhanden ist.

Die Produktion von Waren, für die kein Bedarf vorhanden ist, drückt sich aus in Überplanbeständen. Die Realisierung der Waren in Geld ist also ein sehr wichtiger und bei uns sehr akuter Gradmesser der Arbeit der Betriebe.

Die Wirtschaftliche Rechnungsführung bedeutet, daß die Arbeit des Betriebes vom Gesichtspunkt seiner Einnahmen und Ausgaben betrachtet wird.

Der Betrieb, der wirklich nach den Prinzipien der Wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitet, deckt seine Ausgaben durch eigene Einnahmen und realisiert einen Gewinn. Die verlustlose Arbeit der Betriebe und die Steigerung ihrer Gewinne sind die Hauptquellen der Akkumulation in unserer Volkswirtschaft. Die Bedeutung dieser Quelle geht aus dem Anteil der Einnahmen des Staates aus den Überschüssen der volkseigenen Wirtschaft an den Gesamteinnahmen des Haushalts hervor, der von 9,58% im Jahre 1950 auf 12,97% im Jahre 1951 gestiegen ist und sich im Laufe der nächsten Jahre weiter vergrößern wird.

**Die Erfüllung des Fünfjahrplanes —
ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Friedens**

Die Haupteinnahmen des Betriebes sind die Erlöse aus dem Verkauf seiner Waren zu Preisen, die vom Staat festgesetzt sind. Die Hauptausgaben sind die im Plan festgelegten Kosten der Produktion.

Wenn der Plan erfüllt ist, müssen die Einnahmen die Ausgaben des Betriebes decken. Von der Erfüllung des Planes hängt die Finanzlage des Betriebes ab.

Die Finanzlage des Betriebes wird u. a. beeinflusst durch die Qualität der Erzeugnisse, indem der Betrieb für Waren hoher Qualität auch die höchsten Preise bekommt.

Die Wirtschaftliche Rechnungsführung zielt darauf hin, die Produktionskosten zu senken und so zur Verbesserung der Finanzlage zu kommen.

Die systematische Senkung der Produktionskosten führt aber nicht nur zur Stärkung der Finanzlage der einzelnen Betriebe, sondern gibt die Möglichkeit zu systematischen Preissenkungen, die die Lebenslage der Werktätigen heben.

Das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist das ökonomische Mittel zur Erzielung von Einsparungen bei der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit und deshalb undenkbar ohne den Kampf um die Sparsamkeit. Es ist also nicht nur eine Methode der Berechnung und des Nachweises der Arbeit, sondern eine Methode der Leitung der Betriebe; sie wird wirksam, indem sie die selbständige, eigenverantwortliche Wirtschaftsführung des Betriebes sichert.

Unter welchen Bedingungen arbeitet der Betrieb nach dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung?

1. Die erste Bedingung ist die administrative und wirtschaftliche Selbständigkeit des Betriebes.
Im Rahmen des Planes führt er seine wirtschaftliche Tätigkeit selbständig aus. Es ist Angelegenheit des Betriebes, wie er seinen Plan erfüllt.
2. Dazu gehört aber als zweite Bedingung die volle Verantwortlichkeit des Leiters des Betriebes für die Planerfüllung, die richtige Nutzung, Erhaltung und Vermehrung der dem Betrieb übergebenen Fonds gegenüber dem demokratischen Staat.
3. Die dritte Bedingung der Arbeit des Betriebes nach dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist seine Konstituierung als selbständige juristische Person.
Damit wird die Möglichkeit des selbständigen Wirtschaftens des Betriebes geschaffen.
Der Betrieb wird Rechtsträger des Volkseigentums, d. h. er kann eigene Fonds erhalten und ist damit eine selbständige Einheit des Volkseigentums. Dadurch wird der Betrieb juristisch handlungsfähig durch den Werkdirektor, d. h. er kann selbständig Verträge abschließen und haftet materiell für deren Erfüllung.
Er kann selbständig Kredite in Anspruch nehmen, ist selbst steuerpflichtig und steht unmittelbar mit dem Staatshaushalt in Beziehung.
4. Die vierte Bedingung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist die Zuweisung von eigenen Fonds — Grund- und Umlaufmittelfonds — an den Betrieb, mit denen er selbständig wirtschaftet. Die Höhe dieser Fonds wird jeweils im Plan festgelegt. Aber die Auffüllung dieser Fonds soll nach Möglichkeit aus den eigenen Gewinnen des Betriebes erfolgen, um ihn daran zu interessieren, seine Gewinne rasch zu realisieren.
5. Eine weitere Bedingung für die Arbeit der Betriebe nach der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist die

Verbindung der Interessen der Gesellschaft mit den Interessen des einzelnen Betriebsangehörigen an der Planerfüllung. Das geschieht durch eine materielle Beteiligung der Belegschaft an der Planerfüllung durch den Direktorfonds, der vom Betrieb als Abzweigung aus dem Gewinn gebildet werden darf, wenn alle Plananteile erfüllt sind und der einen Ansporn für überplanmäßige Selbstkostensenkung darstellt.

Vertragssystem

Eng verbunden mit dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist das Vertragssystem. Durch den Abschluß von Lieferverträgen zwischen den Betrieben wird der Plan der Betriebe realisiert und genau festgelegt.

Dabei wird durch Vertragsstrafen bei Nichterfüllung der Verträge — also Nichterfüllung des Plans — der Gewinn des Betriebes geschmälert, was sich auf seine Finanzlage und den Direktorfonds auswirkt.

Finanzkontrolle

Zur Verwirklichung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung gehört die Kontrolle der Wirtschaft durch das Geld (Finanzkontrolle), die in verschiedenen Formen erfolgt.

Eine Form ist die gegenseitige Kontrolle der Betriebe durch das Vertragssystem.

Eine zweite Form ist die Finanzkontrolle durch die Fachministerien und Hauptverwaltungen.

Als Staatsorgane sind diese Einrichtungen verantwortlich für die gesamte Arbeit eines Wirtschaftszweiges. Damit sind sie auch verantwortlich für die richtige Finanzwirtschaft der Betriebe und andererseits durch die Analyse der wirtschaftlichen Tätigkeit verpflichtet, die operativen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Betriebe durchzuführen.

Die dritte Form ist die Kontrolle durch die Finanzorgane, d. h. über die Abführung von Steuern und Gewinnen an den Staatshaushalt und die Zuführung von Mitteln aus dem Staatshaushalt wird die Erfüllung der Produktions-, Selbstkosten-, Gewinn- und Investitionspläne kontrolliert. Das geschieht durch die Abgabenverwaltung und die Deutsche Investitionsbank.

Das Finanzministerium hat die Aufgabe, die Finanzpläne und ihre Erfüllung zu analysieren, alle Quellen der möglichen Einsparung von Mitteln aufzuzeigen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsführung und Finanzdisziplin vorzuschlagen.

Die Kontrolle durch die Notenbank ist schließlich die vierte Form der Finanzkontrolle. Sie wird über den kurzfristigen Kredit ausgeübt, den die Betriebe in Anspruch nehmen müssen. Indem die Bank die Verwendung der Kredite kontrolliert, übt sie auch eine Kontrolle über die Verwendung der eigenen Umlaufmittel der Betriebe aus.

System der Finanzierung und Kreditierung

Ausgehend von diesen Prinzipien möchte ich an einigen Beispielen den gegenwärtigen Zustand erläutern und zu den Maßnahmen kommen, die unmittelbar durchzuführen sind.

Das Kompressorenwerk in Gera hat seinen Produktionsplan, Selbstkostensenkungsplan und Gewinnplan im ersten Halbjahr übererfüllt. Es führt keine Überplanbestände, hat alle Verpflichtungen an den Haushalt erfüllt. Den planmäßigen Kredit für die vorhandenen Warenbestände hat es erhalten, aber auf seinem laufenden Bankkonto hat es lediglich ein Guthaben von DM 5000,— und ist nicht in der Lage, den

gesetzlich gebildeten Direktorfonds in Höhe von DM 21 000,— aus seinem Guthaben bei der Bank in Anspruch zu nehmen.

Dagegen hat ein anderer Betrieb derselben Vereinigung, nämlich Dampfkesselbau Meerane, weder seinen Produktions- noch Selbstkostensenkungsplan erfüllt und an Stelle mit Gewinn mit Verlust gearbeitet. Er hält hohe Überplanbestände, braucht überhaupt keinen Bankkredit in Anspruch zu nehmen und unterhält bei der Deutschen Notenbank ein Guthaben von DM 550 000,—.

Wir sehen also an diesen beiden Beispielen, die den gegenwärtigen Zustand der Finanzierung und Kreditierung charakterisieren, daß der gut arbeitende Betrieb finanzielle Schwierigkeiten hat und der schlecht arbeitende Betrieb im Geld schwimmt.

Der Zweck der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, dem Betrieb finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten, der seinen Plan nicht erfüllt und den Betrieb, der mit Erfolg arbeitet, von finanziellen Schwierigkeiten zu befreien, wird bei uns durchkreuzt. Welches sind die Ursachen?

Eine Durchsicht der Umlaufmittelfinanzierung in dieser Vereinigung zeigt, daß eine Reihe von Betrieben, die ihre Pläne erfüllen, die ihnen laut Plan zustehenden Umlaufmittel von der Vereinigung nicht erhalten haben, dagegen Betriebe, die mit Verlust arbeiten oder ihren Gewinnplan nicht erfüllen, von der Vereinigung höhere Umlaufmittel bekommen haben, als ihnen laut Plan zustehen. Bei einer solchen Finanzwirtschaft wird also der ökonomische Anreiz der Betriebe für die Planerfüllung zerstört und die aus dem Haushalt bereitgestellten Mittel den schlecht arbeitenden Betrieben überplanmäßig und den mit Erfolg arbeitenden Betrieben nicht in der Höhe ihrer Pläne zugeführt. Hinzu kommt bei dieser Vereinigung, daß bei der Verwaltung selbst DM 1,7 Millionen an Umlaufmitteln festgehalten wurden.

Es bestätigt sich also die Richtigkeit der vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission gemachten Vorschläge und die Richtigkeit der in der Sowjetunion geübten Praxis, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Betriebe herzustellen und den Betrieben ihre für die planmäßige Produktion zustehenden Umlaufmittelfonds selbst zuzuteilen.

Eine entscheidende Rolle für die schlechte Finanzwirtschaft in unseren volkseigenen Betrieben spielt der sogenannte Verrechnungsverkehr. In ganzen Wirtschaftszweigen ist es üblich, daß der Betrieb seine Lieferungen nicht direkt über die Bank mit den Kunden abrechnet, sondern diese Verrechnungen durch die Vereinigungen vorgenommen werden. Das führt dazu, daß beispielsweise bei der Kautas die nicht ausgeglichenen Verrechnungen einen Umfang von rund 13 Millionen DM haben, dagegen der Stand der Konten bei der Deutschen Notenbank nur insgesamt 11 Millionen DM beträgt. Bei der EKM ist der Stand der nicht ausgeglichenen Verrechnungen mehr als 15 Millionen DM, dagegen betragen die Verrechnungen aller Betriebe der EKM mit der Deutschen Notenbank nur 6,5 Millionen DM.

Das zeigt, daß die Vereinigungen ihre Aufgaben nicht darin sehen, die Betriebe bei der Erfüllung ihrer Produktion und bei der Senkung der Selbstkosten anzu-

leiten, sondern sich neben der Deutschen Notenbank als ihre eigene Hausbank betätigen.

Als ebenso störend für eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft der einzelnen Betriebe hat sich die Methode der Anzahlung erwiesen.

Die EKM Dampfkesselbau Meerane, der eben erwähnte, mit Verlust arbeitende Betrieb, hat von seinen Kunden Anzahlungen in Höhe von 1,7 Millionen DM vereinnahmt. Dadurch war er in der Lage, auf jeglichen Bankkredit zu verzichten, hohe Bankkonten anzusammeln, wobei festzustellen ist, daß er aus dem Haushalt für Umlaufmittel 1,8 Millionen DM erhalten hat, eine Anzahlung in Höhe von 1,7 Millionen DM kassierte, also für die Finanzierung seiner Produktion 3,5 Millionen DM zur Verfügung hat. Dagegen betragen seine Vorräte an Waren, Rohstoffen, Halbfertigfabrikaten und Fertigwaren nur 2,7 Millionen DM. Die von den Anzählern geleisteten Beträge und der aus dem Haushalt gegebene Umlaufmittelfonds sind durch Vorräte und Leistungen in diesem Betrieb nicht gedeckt. Der Betrieb konnte sich dadurch jeglicher Bankkontrolle entziehen und ohne alle Schwierigkeiten seine Verlustwirtschaft fortsetzen.

Ebenso charakteristisch für die Finanzwirtschaft unserer Betriebe ist der Zustand beim VEB Leipziger Wollkammerei. Er unterhält DM 50 000,— Überplanbestände, hat DM 460 000,— Anzahlung an seine Lieferanten geleistet, hat DM 200 000,— Schwarzinvestitionen durchgeführt und unterhält trotzdem ein Guthaben bei der Bank, das um DM 730 000,— höher ist, als es nach seinem Plan sein dürfte und könnte. Er finanziert also aus eigener Kraft, ohne aus dem Staatshaushalt oder aus Kredit Mittel erhalten zu haben, 1,4 Millionen DM.

Aus welchen Quellen finanziert der Betrieb das?

Aus Direktorfonds	DM 235 000,—
überfällige Abführungen an den Staatshaushalt	DM 280 000,—
realisierter Gewinn, der noch nicht abgeführt wurde	DM 890 000,—
	<u>DM 1 405 000,—</u>

Was zeigt dieses Beispiel?

- Der Werkdirektor verstößt gegen die Finanzdisziplin und ignoriert seine gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt.
- Die Finanzorgane haben nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die gesetzlichen Abführungen des Betriebes durch Zwangsmaßnahmen sicherzustellen.
- Der Betrieb hat ungesetzliche Investitionen durchgeführt, ohne daß der Leiter zur Verantwortung gezogen wurde.
- Die Kreditkontrolle durch die Deutsche Notenbank wurde nicht wirksam.
- Die Ignorierung seiner gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt benutzte der Betrieb gegenüber anderen Betrieben, um die Funktion eines Kreditinstituts auszuüben.

Vorschläge der Hauptbuchhalter:

Eine Gruppe von Haupt- und Oberbuchhaltern, insbesondere der EKM, hat in einer Reihe von Arbeitstagen mit der Leitung des Ministeriums der Finan-

Durch Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion zu einer wissenschaftlich begründeten Arbeit im Finanzapparat

zen erörtert, welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um den Betrieben ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu geben, sie ökonomisch an der Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu interessieren, die Störung der Finanzwirtschaft der gut arbeitenden Betriebe durch die schlecht arbeitenden zu verhindern und das Finanzierungssystem und die Kreditierung und damit die Kontrolle durch die Mark und die Kreditkontrolle der Deutschen Notenbank zu verstärken.

Diese Hauptbuchhalter haben folgende Vorschläge gemacht:

1. Der Verrechnungsverkehr zwischen den Betrieben einerseits und der Vereinigung andererseits sowie zwischen sämtlichen Betrieben des Ministeriums für Maschinenbau wird eingestellt.

2. Die bestehenden Verrechnungssalden zwischen einer Vereinigung und ihren Betrieben werden durch Überweisungen der Betriebe an die Vereinigung und Überweisungen der Vereinigung an die Betriebe ausgeglichen. Dieser Überweisungsverkehr findet über die Deutsche Notenbank statt.

3. Die Berechnung von Lieferungen und Leistungen der Betriebe an die Empfängerbetriebe erfolgt direkt. Die Bezahlung dieser Rechnungen erfolgt direkt von Betrieb zu Betrieb über die Deutsche Notenbank.

Die EKM hat für ihre Vereinigung dafür einen konkreten Plan ausgearbeitet, der folgende Maßnahmen vorsieht:

Der Vorschlag der EKM

1. Die Vereinigung überweist denjenigen Betrieben, die ihre planmäßigen Umlaufmittel von der Vereinigung noch nicht erhalten haben, diese zum 1. Oktober 1951. Sie zieht von denjenigen Betrieben, die über außerplanmäßige Umlaufmittel verfügen, diese in Geldform von deren Konten ab. Diese Überweisungen erfolgen über die Deutsche Notenbank.

2. Bei der Festsetzung der den Betrieben planmäßig zustehenden Umlaufmittel werden die Ständigen Passiven berücksichtigt.

3. Die von den Betrieben der EKM vereinnahmten Anzahlungen werden den Bestellern über die Deutsche Notenbank zurückgezahlt. Die von den Betrieben der EKM geleisteten Anzahlungen werden eingezogen. Anzahlungen werden ab sofort nicht mehr gegeben und nicht mehr angenommen. Bei Produktionsaufträgen mit langfristiger Fertigung kann vertraglich vereinbart werden, daß entsprechend der tatsächlichen Fertigstellung Rechnungen über den fertiggestellten Teil erteilt werden.

4. Der Direktorfonds bei Betrieben und Vereinigungen wird auf Sonderkonto eingezahlt. Er wird nicht zur Finanzierung von Umlaufmitteln verwandt. Er kann entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in Anspruch genommen werden.

5. Ab 1. Oktober 1951 zahlen alle Betriebe der EKM ihre gesetzlichen Verpflichtungen an Steuern, Nettogewinnen usw. selbst an das zuständige örtliche Finanzamt. Eine Saldierung der Gewinne und Verluste bei der Vereinigung findet nicht mehr statt.

6. Die Betriebe, die planmäßig mit Verlust arbeiten, erhalten von ihrem zuständigen Finanzamt nach Vorlage der Bilanz aus Haushaltsmitteln den planmäßigen Verlust erstattet. Da diese Betriebe bis zur Vorlegung der Bilanz keine Mittel zur Finanzierung ihrer planmäßigen Verluste besitzen, erhalten sie vom Finanzamt bis zur Vorlage der Bilanz monatlich die planmäßige Verlustrate ausgezahlt.

7. Eine Zwischenfinanzierung von Verlusten durch die Deutsche Notenbank erfolgt nicht.

8. Alle bei den Werken bis zum 1. Oktober 1951 nicht abgeführten Verpflichtungen an den Staatshaushalt, an die Sozialversicherung und die örtlichen Behörden werden durch Zwangsmaßnahmen eingetrieben.

9. Unbestrittene Forderungen, die die Betriebe der EKM an die Empfängerbetriebe haben, werden von der Deutschen Notenbank von den Konten der Empfängerbetriebe abgebucht und den EKM-Betrieben auf deren Konten gutgebracht.

10. Überfällige Verpflichtungen der EKM-Betriebe an ihre Lieferanten werden zum 1. Oktober 1951 durch die Deutsche Notenbank zu Lasten der Konten der EKM-Betriebe den Konten der Lieferanten gutgebracht.

Am Beispiel der EKM studieren

Die bei den Beratungen im Ministerium der Finanzen anwesenden Hauptbuchhalter, Vertreter der Deutschen Notenbank, der Deutschen Investitionsbank und der Abgabenverwaltung sind der Auffassung, daß durch diese Maßnahmen die Betriebe, die im Rahmen des Planes arbeiten, von ihren finanziellen Schwierigkeiten befreit werden und diejenigen Betriebe, die ihre Pläne nicht einhalten, die also Überplanbestände halten, die ihren Gewinnplan nicht erfüllen, sich um den Einzug ihrer Außenstände nicht kümmern, in finanzielle Schwierigkeiten geraten werden. Das System der Finanzierung und Kreditierung, das ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftlichen Rechnungsführung ist, wird dann also der Planerfüllung dienen. Sie haben vorgeschlagen, diese Maßnahmen bei der EKM mit dem 1. Oktober 1951 durchzuführen, die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten und Probleme, Schwächen und Mängel sowie Erfolge, die sich aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben, zu studieren, um daraus die Schlußfolgerungen für die Anwendung in der gesamten übrigen volkseigenen Wirtschaft zu ziehen.

Vorschlag des Finanzministeriums

Gegenwärtig führen die Betriebe bzw. Vereinigungen den von ihnen erwirtschafteten Bruttogewinn nach Abzug des Direktorfonds in Form von Körperschaftsteuer und Gewinnabführung voll an den Staatshaushalt ab. Auf der anderen Seite bekommen die Betriebe die Mittel für die Ergänzung des Umlaufmittels, die Durchführung der Generalreparaturen aus dem Staatshaushalt voll zugewiesen. Durch dieses System wird das ökonomische Interesse der Betriebe an einer sparsamen Verwendung ihrer Mittel für Zwecke der einfachen und erweiterten Reproduktion nicht gefördert. Das Finanzministerium schlägt daher vor, mit dem Beginn des Planjahres 1952 diese Methode zu ändern.

Die Erhöhung der Umlaufmittel und die Finanzierung der Generalreparaturen sollte in Zukunft zu einem Teil durch im Betrieb selbst akkumulierte Mittel erfolgen, d. h. die Betriebe zahlen einen Teil des erwirtschafteten Bruttogewinnes und der Amortisationen auf ihre eigenen Konten für Generalreparaturen bei der Deutschen Investitionsbank ein und füllen ihre eigenen Umlaufmittelfonds aus einem Teil der erwirtschafteten Gewinne auf.

Hierdurch gewinnen die Betriebe ein ökonomisches Interesse daran, ihre Gewinnpläne zu erfüllen und überzufüllen.

Die Eigenverantwortlichkeit des Betriebsleiters

Durch diese Maßnahmen wird der Betriebsleiter an der schnellen Auffüllung seiner Umlaufmittelfonds, an der schnellen Auffüllung seiner Fonds für Generalreparaturen ökonomisch interessiert. Realisiert er seine planmäßigen Gewinne und führt er die dadurch erwirtschafteten Gewinne in voller Höhe und pünktlich

auf die entsprechenden Konten ab, wird er in der Lage sein, seine Generalreparaturen schneller durchzuführen und dadurch sein Produktionsprogramm schneller und besser zu erfüllen und überzuerfüllen. Auf der anderen Seite wird er nicht mehr abhängig sein von der schlechten Arbeit anderer Betriebe, von der falschen Verteilung der Umlaufmittel in der Verrechnung durch die Vereinigung, von Verzögerungen in der Zuweisung der Umlaufmittel und Mittel für Generalreparaturen aus dem Staatshaushalt, d. h. er wird im Rahmen der ihm gegebenen Pläne in eigener Verantwortung selbstständig wirtschaften können.

Bankeninkasso

Zum richtigen System der Finanzierung und Kreditierung gehört die Regelung der Finanzierung der Ware vom Moment ihrer Fertigstellung im Produktionsbetrieb, besser gesagt ihrer Verladung durch den Produktionsbetrieb bis zum Eintreffen der Ware beim Empfänger zuzüglich der Zeitdauer, die für die Überweisung des Rechnungsbetrages vom Empfänger an den Lieferanten notwendig ist. Da die Entfernungen zwischen den Betrieben unterschiedlich sind, der Weg des Transportes, aber auch der Weg der Geldüberweisung damit eine unterschiedliche Zeitdauer in Anspruch nimmt, die sich nicht genau ermitteln läßt, ist es unzweckmäßig, den Betrieben eigene Umlaufmittel für die Finanzierung der auf Transport befindlichen Waren zuzuteilen. Aus diesem Grunde übergibt in der Sowjetunion der Lieferbetrieb nach Verladung der Ware Rechnung und Verladedokumente seiner Bankfiliale, die die Dokumente der Bankfiliale des Empfängerbetriebes zum Einzug des Rechnungsbetrages zuleitet. Gegen Vorlage dieser Dokumente erhält der Lieferbetrieb einen Kredit auf den Rechnungsbetrag, allerdings unter Abzug des darin enthaltenen Steuer- und Gewinnanteiles. Der Empfängerbetrieb hat für die Bezahlung der von ihm vertraglich bestellten und jetzt erfolgten Lieferung eine Zahlungsfrist von drei Tagen. Bei Eingang der Zahlung vom Empfängerbetrieb wird der Kredit der örtlichen Bank für den Lieferbetrieb abgedeckt. Durch eine solche Methode der Finanzierung der auf Transport befindlichen Waren wird der Produktionsbetrieb, der seine Hauptaufgabe, nämlich die Produktion, durchgeführt hat, weitgehend geschützt. Eine solche Regelung würde für unsere volkseigenen Betriebe eine weitgehende Verbesserung des Zustandes mit sich bringen, der sich darin ausdrückt, daß Betriebe, die ihre Produktion pünktlich und ordnungsgemäß ausgeführt haben, ihre Rechnungsbeträge nicht termingemäß erhalten.

Im einzelnen wird Frau Präsident Kuckhoff die Frage des Bankeninkassos behandeln.

Vertragssystem

Die Beanspruchung von Krediten bei der Deutschen Notenbank, insbesondere aber die Bilanzen zeigen uns, daß in der volkseigenen Industrie in fast allen Wirtschaftszweigen im ersten Halbjahr mehr produziert worden ist, als von ihnen an produzierter Ware abgesetzt wurde. Insbesondere haben die Bestände an Halbfertigfabrikaten und Fertigwaren zugenommen. Die Ursache liegt darin, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben, sowohl im vergangenen Jahr als auch in den ersten Monaten dieses Jahres, Produktionen begonnen, aufgenommen und teilweise vollendet wurden, ohne daß der Bedarf für die produzierten Waren feststand. Die Betriebe haben also auf Verdacht hin produziert, ohne den Abnehmer zu kennen, seinen Bedarf und seine Sortimentswünsche. Eine Reihe von Betrieben

haben ihre Produktion nicht beenden können, da die Zulieferung von Material nicht planmäßig erfolgte.

Um das Produktionsprogramm qualitativ und sortimentsmäßig entsprechend den Bedürfnissen der Abnehmer herstellen zu können, müssen die Produktionspläne der Betriebe durch Verträge mit den Abnehmern und Verträge mit den Lieferanten der Rohstoffe und Halbfertigwaren realisiert werden.

Über alle Fragen des Vertragssystems wird Herr Weinberger in einem speziellen Referat sprechen.

Direktorfonds

Die Bildung des Direktorfonds ist von dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission einer scharfen Kritik unterzogen worden. Er bemängelte, daß die Bildung des Direktorfonds aus der tatsächlich gezahlten Bruttolohnsumme erfolgt, unabhängig davon, ob der Produktionsplan erfüllt ist und auch unabhängig davon, ob der Betrieb mit den im Plan vorgeschriebenen Kosten seine Produktion durchgeführt hat oder nicht. Das hat dazu geführt, daß Betriebe, in denen keine Selbstkostensenkung durchgeführt worden ist oder in denen sie nur ungenügend durchgeführt wurde oder in denen sogar Kostensteigerungen eingetreten sind, Zuführungen aus dem Direktorfonds erhielten und die in den Betrieben eingetretenen außerplanmäßigen Verluste aus dem Staatshaushalt erstattet bekamen und darüber hinaus noch aus dem Staatshaushalt der Direktorfonds finanziert wurde. Diese schlecht arbeitenden Betriebe konnten also ebensogut einen Direktorfonds bilden wie diejenigen Betriebe, die ihren Plan erfüllt und übererfüllt haben. Damit ist natürlich jeder wirtschaftliche Anreiz zur Verbesserung der Arbeit der Betriebe liquidiert. Aus diesem Grunde sollten die Bestimmungen über die Bildung des Direktorfonds geändert werden:

1. Zuweisungen zum Direktorfonds sollten nur erfolgen, wenn

- a) der Produktionsplan,
- b) der Plan der Senkung der Selbstkosten

erfüllt sind, d. h. wenn die Produktion mit den im Plan vorgesehenen Kosten durchgeführt wurde. Bei Betrieben, in denen eine dieser zwei Voraussetzungen fehlt, sollten keine Zuweisungen zum Direktorfonds erfolgen.

2. Eine überplanmäßige Selbstkostensenkung muß sich in der Bilanz des Betriebes als überplanmäßiger Gewinn ausweisen. Eine überplanmäßige Selbstkostensenkung in Betrieben, die planmäßig mit Verlust arbeiten, muß sich als Minderung des im Plan vorgesehenen Verlustes auswirken. Ist das nicht der Fall, dann bedeutet das, daß die im Produktionsprozeß durchgeführte Selbstkostensenkung an anderer Stelle im Betrieb wieder verwirtschaftet worden ist. Die Werkdirektoren sollten daher in Zusammenarbeit mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen dieser Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit ihres Betriebes mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit widmen, damit sich die durchgeführte Selbstkostensenkung auch im Bilanzergebnis als Steigerung des Gewinnes oder bei mit Verlust arbeitenden Betrieben als Senkung des Verlustes darstellt.

3. Bisher erfolgte die Zuweisung zum Direktorfonds in monatlichen Raten auf Grund der Lohn- und Gehaltssumme unabhängig von der durch die Bilanz ausgewiesenen Planerfüllung. Wir müssen dahin kommen, daß die Zuweisung zum Direktorfonds erfolgt, nachdem die Bilanz aufgestellt, geprüft und bestätigt ist und die Planerfüllung in der Bilanz nachgewiesen ist.

Damit wird der Direktorfonds zu einer Form der direkten Beteiligung der Belegschaft an der erfolgreichen Realisierung der Pläne, insbesondere zu einem Instrument der Durchführung der Produktionsaufgaben mit geringeren als im Plan vorgesehenen Kosten und ein Element für die Verstärkung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Rechnungswesen

In den Zeitschriften „Die Wirtschaft“ und „Deutsche Finanzwirtschaft“ ist in den letzten Monaten in einer Reihe von Veröffentlichungen die Forderung erhoben, daß in unseren volkseigenen Betrieben ein völlig neues Rechnungswesen eingeführt werden soll. Die Notwendigkeit der Einführung eines solchen neuen Rechnungswesens wird damit begründet, daß man sagt, das gegenwärtig angewandte Rechnungswesen sei im wesentlichen monopolkapitalistischer Natur und nur etwas reformiert worden. Dabei wird gesagt, daß das monopolkapitalistische Rechnungswesen den Zweck hatte, die Ausbeutung, den Profit und die Akkumulation der Monopole zu verschleiern. Diese Feststellung ist schon vor einigen Jahren getroffen worden. Aber es sind daraus auch einige Konsequenzen gezogen worden; nämlich die, daß man die entscheidenden Methoden der Verschleierung liquidiert hat.

Welches waren diese Methoden?

1. Das Monopolkapital, den Staatsapparat beherrschend, hat durch seine Gesetzgebung über die Bewertung des Anlagevermögens und die Berechnung der Amortisation das Mehrfache der technischen Abnutzung in die Warenpreise einkalkuliert. Damit hat es sich zusätzlichen Profit realisiert. Das schlägt sich in dem uns bekannten Bilanzbild nieder, nach dem das Hunderte von Millionen betragende Anlagevermögen der Konzerne mit einer Mark Wert ausgewiesen wurde.
2. Die Bewertung der Warenvorräte nach dem sogenannten „Niederstwertprinzip“ und des „vorsichtigen Kaufmannes“ verschleierte die tatsächliche Akkumulation.
3. Einen beträchtlichen Teil der monopolkapitalistischen Bilanzierungsmethoden stellten umfangreiche Rückstellungen, „Delkrede“, dar.
4. Einen beträchtlichen Anteil der Profitverschleierung machten aus: Zinsen für Fremdkapital, Risikorückstellungen, Tantiemen und verschleierte Privatausgaben, die als Geschäftskosten ausgewiesen wurden.
5. Darüber hinaus wurde die tatsächliche Akkumulation verschleiert, indem die Aufwendungen für wert erhöhende Großreparaturen, teilweise auch Investitionen, als laufende Kosten der Produktion ausgewiesen wurden.

V.

Arbeitsmethoden im Finanzapparat — Kritik und Selbstkritik

Auf der Konferenz der Staatsfunktionäre in Forst Zinna im Februar dieses Jahres hat der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht die Tätigkeit des Staatsapparates einer eingehenden Kritik unterzogen und die neuen Arbeitsmethoden für den Staatsapparat herausgestellt. Er stellte den Ministern und verantwortlichen Verwaltungsorganen die Aufgabe, über die Durchführung von Gesetzen und Anordnungen an Schwerpunkten Instruktionen zu erteilen und die Durchführung der Beschlüsse an Schwerpunkten zu prüfen. Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine Reorganisation in der volkseigenen

Dies sind die entscheidendsten Momente der buchmäßigen Form der Verschleierung des Profites und der Akkumulation.

Mit der Überführung der Monopole und Kriegsverbrecherbetriebe in gesellschaftliches Eigentum wurden auch durch unseren demokratischen Staat diese monopolistischen Verschleierungsmethoden liquidiert und begann eine Offenlegung der tatsächlichen Produktionskosten und des Vorganges der einfachen und erweiterten Reproduktion.

Insoweit ist also die Fragestellung in den Veröffentlichungen der genannten Zeitschriften, in der Diskussion über ein neues Rechnungswesen falsch. Niemand wird bestreiten, daß unser Rechnungswesen noch der Verbesserung bedarf. Niemand wird behaupten, daß die gegenwärtige Form des Rechnungswesens — worunter wir die Bilanzen, die Ergebnisrechnung und die vielen unserer Buchhalter bekannten Bestandteile der Kontrollberichte und der Betriebsabrechnung, aber auch die gesamte übrige Statistik, die neben der Buchhaltung besteht, verstehen — der Abrechnung über den Ablauf unseres Planes voll auf genügt.

Allen Planern und allen Finanzplanern ist bekannt, daß wir noch nicht die Frage der richtigen Messung der Bruttoproduktion gelöst haben. Allen Planern und Finanzplanern ist darüber hinaus bekannt, daß die Position „Zusammengesetzte Konten“ bei der Errechnung der Selbstkosten noch einer Offenlegung der Lohnbestandteile und der Materialbestandteile bedarf. Die erste Frage ist die einer ersten wissenschaftlichen Untersuchung und die zweite eine technische Frage.

Ist es unter diesem Gesichtspunkt richtig, davon zu sprechen, daß das alte Rechnungswesen liquidiert und ein vollkommen neues geschaffen werden muß? Offensichtlich nicht. Denn eine solche Diskussion unterdrückt alle Überlegungen und Vorschläge, weil man auf etwas „grundsätzlich Neues“ wartet. Wir sehen die Hauptaufgabe in folgendem:

1. Das Rechnungswesen muß zum operativen Führungsinstrument in der volkseigenen Wirtschaft benutzt werden. Die Betriebsleiter müssen sich der unerhörten vielen Erkenntnisse, die aus dem jetzt bestehenden Rechnungswesen ersichtlich sind, bedienen, um die Schwächen der Arbeit der Betriebe zu beseitigen.
2. Dazu muß die Abrechnung schnell gemacht werden. Die Abrechnung über den Produktionsprozeß muß zeitlich mit ihm parallel laufen.
3. Diese schnelle Abrechnung muß auf die einzelnen Betriebsstelle, d. h. die Abteilungen, Brigaden, verfeinert werden, damit deren ökonomisches Arbeiten offengelegt wird.

Im übrigen wird über die Frage des Rechnungswesens und die neuen Aufgaben, auch über die neue gesellschaftliche Stellung der Hauptbuchhalter, der Kollege Opitz sprechen.

Industrie durchgeführt. Für die Auflösung der bisher in Verwaltung der Länder befindlichen Vereinigungen wurden Liquidationskommissionen eingesetzt. Es wurden zwar von den beteiligten Fachministerien und dem Finanzministerium Richtlinien für die Übertragung der Finanzpläne der Vereinigungen auf die neuen Rechtsträger herausgegeben, aber es wurden mit den Liquidationskommissionen keine Beratungen durchgeführt, man kam nicht zu Arbeitsbesprechungen zusammen, und die vor den Liquidationskommissionen stehenden vielen Fragen wurden nicht diskutiert und geklärt. Der tat-

sächliche Verlauf der Abwicklung der alten Landesvereinungen wurde nicht an bestimmten Stellen studiert und beobachtet. Das hatte zur Folge, daß die Haushaltsverpflichtungen derjenigen Betriebe, denen neue Rechtsträger zugeordnet wurden, monatelang nicht abgeführt wurden und die Kontrolle ihrer Abführung verhindert wurde. Es wurden zwar in alter Weise Richtlinien herausgegeben, aber ihre Durchführung nicht beobachtet und nicht an Schwerpunkten studiert und den sich selbst überlassenen Liquidationskommissionen keine konkrete Anleitung gegeben. Die Finanzorgane sahen dieser Entwicklung als stille Beobachter zu, ohne ihre Finanzkontrollpflicht durchzuführen.

Am 1. Januar 1951 übernahmen die Abgabenverwaltung und ihre Finanzämter den Einzug der Sozialversicherungsbeiträge. Bei und unmittelbar nach der Übernahme dieser Arbeit, die zu einer erheblichen Einsparung an Verwaltungskosten führte, machten sich erhebliche Mängel bemerkbar. Die Leitung der Abgabenverwaltung unterschätzte diese schwerwiegende Aufgabe und befaßte sich mit ihr in den ersten Monaten in ungenügendem Maße. Man übertrug die große Verantwortung im wesentlichen einem in jeder Beziehung ungeeigneten Mitarbeiter. Die Landesfinanzdirektionen beobachteten den Ablauf dieser Arbeit zunächst fast überhaupt nicht und unterließen es, die Durchführung dieser Aufgaben zu kontrollieren sowie die sich ergebenden Schwierigkeiten bei den Finanzämtern zu studieren. Es wurde versäumt, auf den stattgefundenen Arbeitsbesprechungen dieses Aufgabengebiet zu behandeln und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der eingetretenen Schwierigkeiten festzulegen. Die Leiter der Finanzämter unterschätzten ebenfalls die große Bedeutung dieser Aufgaben. Sie befaßten sich nur in organisatorischer Hinsicht sehr mangelhaft hiermit, stellten keine klaren Arbeitspläne für die Durchführung dieser Aufgaben auf und diskutierten sie auch nicht mit den Mitarbeitern der Finanzämter durch. Das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB sah sich veranlaßt, zur Einziehung der Sozialversicherungsbeiträge Stellung zu nehmen. Der hierbei gefaßte Beschluß und die in ihm enthaltene Kritik trugen dazu bei, daß der Einzug der Sozialversicherungsbeiträge als Schwerpunkt in der Arbeit der Abgabenverwaltung betrachtet wird.

Ganz besonders muß die Tätigkeit der Landesfinanzdirektion Sachsen kritisiert werden, die über die wahre Arbeitslage in einigen großen Finanzämtern nicht richtig orientiert war. Sie mußte erst auf große Arbeitsrückstände hingewiesen werden, deren Beseitigung schließlich sogar den Einsatz von Aushilfskräften erforderte. Die Leitungen der Landesfinanzdirektionen haben in erster Linie eine operative Aufgabe. Es ist nicht damit getan, daß man Instruktoren entsendet, sondern die Leitungen müssen sich vom Schreibtisch lösen und selbst den Finanzämtern unmittelbare Anleitungen geben. Es genügt auch nicht, daß die Leitungen der Landesfinanzdirektionen den Finanzämtern Höflichkeitsbesuche abstatten, sondern ihre Aufgabe besteht darin, den Ablauf der Arbeitsvorgänge zu prüfen und die den Finanzämtern noch ungeklärten Fragen zu lösen. Sonst werden Fehler zu spät erkannt. Das trug dazu bei, daß die notwendige Neuregelung des Einzuges der Sozialversicherungsbeiträge von den Handwerkern und in der Landwirtschaft verspätet erfolgte.

Bei der Übertragung des Einzugs der Sozialversicherungsbeiträge auf die Abgabenverwaltung wurde für die Erhebung der Unfallumlage von Mitarbeitern der Sozialversicherung dem Finanzministerium ein Vor-

schlag unterbreitet, der eine falsche Berechnungsgrundlage enthielt und nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Die Leitung der Abgabenverwaltung gab die falschen Anweisungen weiter, ohne sich dabei bewußt zu werden, daß dadurch der Sozialversicherung gesetzlich zustehende Einnahmen vorenthalten wurden.

Ein ähnlicher Fehler wurde von der HA Staatshaushalt des Finanzministeriums dadurch begangen, daß Verzicht auf Nacherhebung von Sozialversicherungsbeiträgen auf Grund richtiger Steuererklärungen geleistet werden sollte. Wäre nicht durch die Wachsamkeit fortschrittlicher Mitarbeiter auf diesen Fehler hingewiesen worden, wären der Sozialversicherung erhebliche gesetzlich fundierte Einnahmen verlorengegangen und damit der Haushalt der Sozialversicherung geschädigt worden.

Das Gesetz über den Staatshaushalt 1951 verpflichtete das Ministerium der Finanzen, für die Prüfung der ordnungsmäßigen Abführung von Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen sich ehrenamtlicher Kräfte zu bedienen. Es ist ein ernstzunehmendes Symptom, daß weder von der Leitung der Abgabenverwaltung noch von einer Landesfinanzdirektion, noch von einem Finanzamt Maßnahmen getroffen worden sind, um diese Aufgabe durchzuführen.

Die Leitung der Abgabenverwaltung zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die Zusammenarbeit mit dem FDGB verbessert werden muß. Das ist richtig, aber es genügt nicht. Es kann nicht bestritten werden, daß die Finanzämter und die Abgabenverwaltung, die einen nicht zu unterschätzenden Kampf gegen Steuerhinterziehungen mit beachtlichem Erfolg geführt haben, mit der Durchführung dieser Aufgaben eine wichtige Arbeit zur Umgestaltung unserer ökonomischen Verhältnisse geleistet haben und sich dabei der Anregung und Hilfe der Bevölkerung bedienen konnten. Eine solche Hilfsstellung und Unterstützung wurde aber durch die Bevölkerung nur deswegen geleistet, weil man weiß, daß die gesetzlichen Steuern und Abgaben für unsere Republik nicht — wie früher — zur Finanzierung von Kriegsvorbereitungen, zur Unterdrückung der Arbeiter, Bauern und Angestellten benutzt werden, sondern weil man weiß, daß die Abgaben an unseren Staat Mittel sind, die dem Aufbau unserer Friedenswirtschaft und der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung dienen. Früher mußte sich die Bourgeoisie einer Bürokratie bedienen, die dem Volke feindlich gegenüberstand und die vom Volk auch als Feind betrachtet wurde. Heute aber bestehen für die Finanzämter die politischen Voraussetzungen in der Bevölkerung, daß ihnen bei der Durchführung des Einzugs der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge breite Schichten der Bevölkerung mit Bereitwilligkeit Hilfsstellung leisten werden. Sicher sind in unseren Finanzämtern und in den Landesfinanzdirektionen eine ganze Anzahl von Schulungsvorträgen gehalten worden über die Konferenz der Staatsfunktionäre in Forst Zinna. Auf dieser Konferenz hat der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht herausgearbeitet, daß unsere Gesetze im Zusammenhang mit der Lehre vom Staat erläutert werden müssen, d. h. daß klargemacht wird, daß alle unsere Gesetze der Festigung, der Stärkung und Weiterentwicklung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung dienen. Ein solches Gesetz ist auch der Teil des Haushaltsgesetzes, der den Finanzämtern die Aufgabe stellt, sich beim Einzug der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge ehrenamtlicher Kräfte zu bedienen. Ich stelle aber an die Schulungsleiter des Finanzministeriums, der Abgabenverwaltung und der Finanzämter die Frage: Sind diese Schulungsvorträge über die Rolle unseres fortschritt-

lichen Staates als Instrument der Umgestaltung unserer Verhältnisse in Zusammenhang gebracht worden mit diesen im Gesetz über den Staatshaushalt für die Finanzämter vorgesehenen neuen Arbeitsmethoden?

Einige Worte zur Frage der Durchführung der Haushaltsreform.

Mit der Haushaltsreform wurde die technische Möglichkeit der Finanzierung der einzelnen Aufgabengebiete des Volkswirtschaftsplanes und die Kontrolle der Durchführung der einzelnen Teile des Volkswirtschaftsplanes an Hand der Verwendung der im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel gesichert. Die Abwicklung des Haushaltsplanes spiegelt also jetzt die Abwicklung des Volkswirtschaftsplanes wider. Eine solche Kontrollfunktion konnte der Haushalt bei seiner früheren Gliederung nicht ausüben. Die Vorbereitung dieser Haushaltsreform wurde in unzähligen Arbeitskonferenzen unter Hinzuziehung der Verwaltungsstellen aller Ministerien, der Kreise und Gemeinden geschaffen. Mit dem Gesetz über den Staatshaushalt 1951 wurde diese Haushaltsreform praktisch angewendet. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Staatshaushalt 1951 trat eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsmethoden ein, indem die einzelnen Plantteile in Arbeitskonferenzen mit den Ministerien, mit den Länderregierungen, Kreisen usw. sowie in Arbeitsbesprechungen und Seminaren erläutert wurden. Das Haushaltsgesetz wurde Thema der gesamten innerbetrieblichen Schulung in Verwaltung und Wirtschaft. Es muß aber kritisch festgestellt werden, daß trotzdem die verantwortlichen Verwaltungs- und Staatsfunktionäre sich der Haushaltsabrechnung nicht als operatives Arbeitsinstrument bedienten. Beispielsweise wurden die Ausgaben für Gesundheitswesen und Kultur im 1. Halbjahr 1951 sowohl in der Republik, als auch in den Ländern, Kreisen und Gemeinden nicht voll in Anspruch genommen. Diese Erscheinung signalisiert uns, daß die verantwortlichen Funktionäre unseres Staatsapparates der Förderung des Gesundheitswesens und der Förderung des kulturellen Aufbaues die von der Regierung und der Volkskammer gewünschte Aufmerksamkeit nicht widmeten. Es gibt Einsparungen, auf die wir stolz sind: das sind Einsparungen an Verwaltungskosten und unnötige Verausgabung von Geldern. Aber der Nichtdurchführung unserer Aufgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und der Kultur haben wir uns zu schämen. Die Leiter der Verwaltungen, vom Bürgermeister bis zum Minister, müssen es lernen, aus der Beanspruchung oder Nichtbeanspruchung ihrer Haushaltsmittel die genügende oder ungenügende Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben abzulesen.

Walter Ulbricht zeigte auf der Konferenz der Staatsfunktionäre auf, daß die neuen Gesetze der DDR die konkrete Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat auf die Verhältnisse der DDR darstellen, daß die neuen Gesetze die Bausteine des neuen Staatsrechtes sind, daß aber das Prinzipielle der neuen Gesetze nicht erläutert wird im Zusammenhang mit der Lehre vom Staat. Die Erläuterung des Gesetzes über die Haushaltsreform erfolgte im Zusammenhang mit dem Gesetz über den Staatshaushalt 1951 in der staatlichen Verwaltung und in der volkseigenen Wirtschaft. Dagegen hat sich das damalige Direktorium der Deutschen Notenbank darauf beschränkt, die überführten Haushaltskonten auf die Deutsche Notenbank als eine große Gruppe neuer Kunden zu betrachten. Es wurde von ihr unterlassen, den großen Kreis der Mitarbeiter der Deutschen Notenbank auf das prinzipielle Neue dieses Gesetzes hinzuweisen als eine Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat und

der Arbeit Stalins über die Sprachwissenschaft, in der er Rolle und Funktion des Staates formuliert. Auf dieselben ideologischen Schwächen ist es zurückzuführen, daß die Kreditkontrolle der Deutschen Notenbank bisher ungenügend und formal war. Sie hat ihre Kontrollfunktionen nicht ausgeübt bei den Betrieben, die trotz hoher Bestände keine Kredite in Anspruch genommen haben. Die Kontrollfunktion der Notenbank muß besonders scharf bei denjenigen Betrieben ausgeübt werden, die ihre planmäßigen Kredite nicht ausnutzen. Die Kontrollfunktion der Deutschen Notenbank beschränkt sich aber nicht nur auf die Inanspruchnahme oder Nichtinanspruchnahme der Kredite, die ordnungsmäßige Besicherung und Rückzahlung, sondern muß sich auch erstrecken auf die planmäßige Verwendung der den Betrieben aus Staatshaushaltsmitteln zur Verfügung gestellten Umlaufmittelfonds. Das ist eine der entscheidenden Veränderungen der Funktion der Deutschen Notenbank, daß sie die volkseigenen Betriebe nicht nur als Kreditkunde betrachten darf, sondern daß sie zur Steigerung der Rentabilität jedes Betriebes und der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Haushalt die richtige Verwendung der Lohnfonds, der Materialfonds und der anderen Fonds, die Senkung der Selbstkosten des Warenabsatzes in ihre Kontrolle einzubeziehen hat. Diese neue Funktion ist nicht nur einfach eine neue Aufgabe, sondern bei der Übertragung dieser Funktion auf die Deutsche Notenbank bedient sich unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung der Deutschen Notenbank als eines ihrer Instrumente oder Hilfsmittel zur Umgestaltung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR.

Mit der Schaffung der Zentralbuchhaltungen wurde eine erhebliche Einsparung von Verwaltungskosten erzielt und die kleinen Gemeinden von der Notwendigkeit der Beschäftigung eigener Buchhalter befreit. Es gibt aber in der Öffentlichkeit Klagen darüber, daß durch die Schaffung der Zentralbuchhaltungen die Rechnungen der Gemeinden mit großer Verspätung bezahlt werden. Das Ministerium der Finanzen der DDR und die Ministerien der Länder müssen die Ursachen dafür feststellen.

Als allgemeiner Mangel der Arbeit des Ministeriums der Finanzen muß festgestellt werden, daß eine Reihe von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen über das Rechnungswesen am grünen Tisch erarbeitet worden sind ohne gründliche Berechnung der finanziellen Auswirkungen, insbesondere aber ohne das, was der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht auf der Konferenz der Staatsfunktionäre im Februar 1951 in Forst Zinna gefordert hat, nämlich bei Ausarbeitung der Gesetze vorher Beratungen mit Fachleuten und Massenorganisationen durchzuführen, damit die Auswirkung der Gesetze klar erkannt wird.

Der entscheidende Mangel der Arbeit des Ministeriums der Finanzen der DDR, der Finanzministerien der Länder und der Finanzorgane besteht aber darin, daß sie sich bisher noch nicht zu einem Kontrollinstrument der Regierung über die Erfüllung und Nichterfüllung der Pläne entwickelt haben.

Die Aufgabe der Finanzorgane besteht darin, aufzuzeigen:

- Ist der Plan der Warenproduktion erfüllt und wie?
- Ist der Plan des Bruttoumsatzes erfüllt oder übererfüllt?
- Ist der Plan des Bruttoumsatzes in demselben Maße erfüllt wie der Plan der Warenproduktion?
- Ist die Produktion mit den im Plan vorgesehenen Selbstkosten durchgeführt worden oder nicht?

- e) Sind die Selbstkosten der Produktion und übrigen Ergebnisteile der Bilanz positiv oder negativ beeinflusst worden, durch welche Faktoren?
- f) Ist der Plan der Selbstkostensenkung erfüllt oder nicht?
- g) Wie ist die Entwicklung der einzelnen Kostenelemente?
- h) Wie hat sich die Arbeitsproduktivität entwickelt?
- i) Wie hat sich das Lohneinkommen der Beschäftigten entwickelt?
- j) Ist zur Erfüllung der Pläne der Warenproduktion der Lohnfonds eingehalten oder überschritten worden?
- k) Wie ist die Entwicklung der Bestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten?
- l) Wie ist die Finanzierung der Umlaufmittel?
- m) Wie ist die Entwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten?
- n) Wie hat sich die Umschlagsgeschwindigkeit der Umlaufmittel entwickelt?
- o) Wie haben sich die Grundfonds entwickelt, und wie sind die Grundfonds ausgenutzt worden?
- p) Wie hat sich ihre Ausnutzung entwickelt?
- q) Richtige Berechnung der Preise.

Indem die Finanzorgane diese Vorgänge aufzeigen und analysieren, geben sie der Regierung das Instrument zum operativen Eingreifen bei nicht planmäßigem Ablauf unserer Volkswirtschaft und ihrer einzelnen Teile in die Hand. Die Tatsache, daß diese Aufgabe

durch das Finanzministerium bisher nicht oder nur ungenügend durchgeführt wurde, ist nicht nur eine Frage schlechter oder falscher Arbeitsmethoden, sondern hat seine entscheidende Ursache darin, daß große Teile der Mitarbeiter des Finanzapparates nicht erkannt haben, daß sie als Teil des Staatsapparats durch die Ausübung dieser Funktionen einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zur Umgestaltung unserer ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse leisten.

Das gilt nicht nur bezüglich der Arbeit des Ministeriums der Finanzen der DDR, sondern in gleichem Maße für die Finanzministerien der Länder, gilt aber auch für Landesfinanzdirektionen, die ihren Landesregierungen Berichte über die Erfüllung und Nichterfüllung der Abgabenpläne zu geben haben, damit die Landesregierungen einen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft in dem Lande aus dem Eingang der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatz- und Lohnsteuer erhalten.

Eine Analyse dieser Eingänge wird die Landesregierung in die Lage versetzen, die wirtschaftliche Entwicklung in ihren Ländern besser beurteilen zu können als bisher. Dieselbe Rolle müssen die örtlichen Finanzämter gegenüber den Landräten spielen. Die Landräte und die Landesregierungen begeben sich eines bedeutungsvollen Hilfsinstrumentes, wenn sie diese Berichterstattung und Analysen über die Eingänge von Steuern und Abgaben aller Art nicht als eines der Mittel zur Beobachtung der Volkswirtschaft in ihren Gebieten benutzen.

VI.

Kaderfragen

Die Entwicklung einer fortschrittlichen Finanzpolitik erfolgte im Finanzapparat unter schwierigeren Bedingungen und Voraussetzungen als das im übrigen Staatsapparat der Fall war. Die Ursachen dafür sind, daß

- a) wesentlich weniger politisch fortschrittliche Kader als in der volkseigenen Wirtschaft und im übrigen Staatsapparat vorhanden waren,
- b) alle Teile des Finanzapparates noch lange der Tummelplatz reaktionärer Kräfte waren, wie dies der Moog-Prozeß, der Güstrow-Prozeß, die Durchführung des Neubauern-Bauprogrammes in Mecklenburg, die Tätigkeit der Steuerberater usw. zeigten,
- c) die Bedeutung der Finanzpolitik und Finanzwirtschaft als eines Hebels zur Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik unterschätzt wurde.

Die Tatsache, daß die Tätigkeit im Finanzapparat, ebenso wie bei jeder anderen Tätigkeit, ein Mindestmaß an fachlichem Können und Wissen erfordert, dieses fachliche Wissen auf dem Gebiet der Finanzen viel mehr als auf anderen Gebieten ein Primat der früher herrschenden Klasse war, führte dazu, daß man in erheblichem Maße bei dem Aufbau unserer Ordnung sich solcher Fachleute bediente, die nicht Freunde unserer neuen demokratischen Entwicklung waren, und daß feindliche Elemente länger als anderswo ihre Tätigkeit ausüben konnten. Das amerikanische Monopolkapital mobilisiert alle Kräfte, um den friedlichen Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu durchkreuzen und zu sabotieren. Da die Finanzwirtschaft bei der erfolgreichen Durchführung unserer Pläne, aber auch bei der Kontrolle über die Durchfüh-

rung der Pläne, eine wichtige Aufgabe durchzuführen hat, muß damit gerechnet werden, daß der Gegner alles versuchen wird, um seine Agenten im Finanzapparat zu halten und die Agententätigkeit in diesem wichtigen Apparat zu verstärken.

Die Unterschätzung führte auch dazu, daß trotz vieler gefaßter Beschlüsse der Ergänzung des Finanzapparates durch fortschrittliche Kräfte lange Zeit eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wurde. Hinzu kam, daß die für die Heranziehung neuer Kader erforderlichen Lehrkräfte auf diesem Gebiet in weitaus geringerem Maße zur Verfügung standen und zur Verfügung stehen als auf anderen Gebieten. Die Fortschritte der antifaschistisch-demokratischen Ordnung haben allerdings vor den Türen des Finanzapparates nicht Halt gemacht, es hat sich auch hier ein wesentlich besseres Staatsbewußtsein entwickelt, und die Einstellung zur Arbeit hat sich geändert. Die Arbeit der Abgabenverwaltung hat ein wesentlich höheres Niveau erreicht, ihre Arbeits- und Prüfungsmethoden wurden sehr verbessert. Die Deutsche Investitionsbank hat ihre Arbeit sehr verbessert und leistet bereits eine gute Arbeit für die Finanzierung der Investitionsvorhaben und ihre Kontrolle. Die Schaffung der Haushaltsreform durch Mitarbeit großer Teile der Angestellten der Haushaltseinrichtungen hat eine neue Einstellung und ein neues Staatsbewußtsein entwickelt. Die Arbeit der Versicherungsanstalten hat sich verbessert, was ihren Ausdruck findet in einer erheblichen Senkung der Verwaltungskosten, wodurch sich in diesem Jahr wieder Einsparungen weit über den Plan hinaus ergeben.

Auf der anderen Seite muß aber festgestellt werden, daß die lange Verzögerung bei der Schaffung neuer

Gesetze und Verordnungen darauf zurückzuführen ist, daß im Finanzapparat bisher keine Finanzökonomien der einzelnen Teile unserer Volkswirtschaft entwickelt worden sind. Die neuen Aufgaben erfordern, daß der Finanzapparat beginnen muß, seine Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage durchzuführen. Von den Mitarbeitern des Finanzapparates muß ein höheres Mindestmaß an ökonomischen Kenntnissen verlangt werden, als an anderen Stellen der Wirtschaft und Verwaltung. Die Finanzwirtschaft erfordert in einer geplanten Wirtschaft, in einer Wirtschaft, deren Grundlage das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ist, in einer Wirtschaft, die durch einen demokratischen Staat mit den Methoden der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und das Vertragssystem geleitet wird, eine so tiefgehende Kenntnis der ökonomischen Gesetze, daß ein größerer Stab wissenschaftlich ausgebildeter Mitarbeiter erforderlich ist, um die Finanzorgane zu einem wirksamen Kontrollinstrument für die Durchführung des Planes zu entwickeln. Aus diesem Grunde muß die Anzahl der Studenten an unseren Universitäten, an der Verwaltungsakademie in Forst-Zinna, an den Hochschulen der gesellschaftlichen Organisationen für die Ausbildung im Finanzapparat wesentlich verstärkt werden, damit in absehbarer Zeit in viel stärkerem Maße wissenschaftlich ausgebildete junge Menschen im Finanzapparat tätig sein können, als das bisher vorgesehen war. Dazu ist weiter erforderlich, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um den schon jetzt im Finanzapparat tätigen Menschen, einschließlich derjenigen, die aus der Wirtschaft und den

übrigen Verwaltungen in ihn überführt werden, alle Möglichkeiten der wissenschaftlichen Ausbildung durch Fernstudium, kurz- und mittelfristige Lehrgänge, durch Studienmöglichkeiten ohne Unterbrechung der Arbeit und durch gelenktes Selbststudium, durch Seminare erschlossen werden. In die Lehrpläne der Verwaltungsschulen und Verwaltungsakademien, die für andere als den Finanzapparat tätigen Menschen vorhanden sind, müssen die Grundfragen der Finanzpolitik und Finanzwirtschaft als fester Bestandteil eingehen.

Darüber hinaus muß die Übersetzung sowjetischer Werke auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft, die bisher nur sehr langsam angelaufen ist, wesentlich beschleunigt werden. Es müssen Lehrbücher über die Fragen unserer Finanzwirtschaft geschaffen werden.

Offensichtlich ist, daß die für die leitenden Kader des Finanzapparates erforderliche Qualifikation nicht erreicht werden kann, ohne daß eine Finanzakademie geschaffen und die Heranziehung und Ausbildung der erforderlichen Lehrkräfte beschleunigt in Angriff genommen wird.

Organisieren wir unsere Arbeit auf eine solche Art und Weise und gehen wir mit derselben Initiative und derselben Aufopferung und Gründlichkeit an die Durchführung dieser Aufgaben wie unsere Aktivisten, fortschrittlichen Ingenieure und Wissenschaftler, dann werden auch auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft die Aufgaben gelöst werden, die für die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplanes erforderlich sind.

Fragen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Industrie

Warum Wirtschaftliche Rechnungsführung?

Die heutige Form der Betriebsleitung

Gerhard Ziller, Minister für Maschinenbau:

Verehrte Anwesende, Kolleginnen und Kollegen! Unbeirrbar und mit steigenden Erfolgen kämpfen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik um die Erfüllung der Planziele des ersten Jahres des großen Fünfjahrplanes. In diesen Tagen und Wochen wird ganz besonders deutlich sichtbar, daß die Volkswirtschaft der Republik auf der Grundlage der volkseigenen Betriebe und in Anwendung der reichen Erfahrungen der Sowjetunion sowie der volksdemokratischen Länder krisenfrei und ohne Erschütterung dem friedlichen Aufbau dient. Wie anders ist dagegen die Lage im Westen unserer Heimat! Die Kriegstreiber lösen eine Provokation nach der anderen aus. Mit geradezu klassischer Deutlichkeit vollzieht sich der Prozeß der imperialistischen Produktion mit allen spekulativen Begleiterscheinungen. Die Imperialisten haben es eilig. Sie bereiten auf dem Boden unserer westdeutschen Heimat einen neuen, dritten Weltkrieg vor. Aber an dem entschlossenen Widerstand Millionen Werktätiger, am Erfolg unserer Arbeit, die der Festigung der ökonomischen Kraft der Deutschen Demokratischen Republik dient, sowie an der wachsenden Stärke des großen Weltfriedenslagers unter Führung der Sowjetunion werden die Pläne und Absichten aller Feinde des friedlichen Aufbaues scheitern.

Wir haben es in den Jahren des Aufbaues einer friedlichen demokratischen Heimat gelernt, kritisch und selbstkritisch an alle Fragen unseres gesellschaftlichen

Lebens heranzugehen, um sie gemeinsam zu lösen. Ein Beispiel für die kritische Wertung der Ergebnisse unserer Arbeit bietet das Kommuniqué der Staatlichen Plankommission, das vierteljährlich über alle Erscheinungen des Planablaufs des Fünfjahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik Auskunft gibt. Hier wird aufgezeigt, welche Erfolge errungen werden konnten. Andererseits aber werden auch alle auftretenden Mängel klar umrissen, damit jeder Werktätige in der Lage ist, in seinem Einflußbereich, an seinem Arbeitsplatz, alle Kraft auf die Behebung auftretender Schwierigkeiten zu lenken.

In den Berichten der Staatlichen Plankommission für das erste und zweite Quartal dieses Jahres wird festgestellt, daß die Produktion mit 105 bzw. 107% erfüllt und übererfüllt werden konnte. Das bedeutet eine Erhöhung der Produktion gegenüber den gleichen Quartalen des Vorjahres um 22 bzw. 25%. Das heißt, im allgemeinen wurde der Plan von der Gesamtindustrie der DDR übererfüllt. Jedoch zeigen die mit großer Eindringlichkeit nachgewiesenen, noch immer vorhandenen Disproportionen und Schwächen allen verantwortlichen Mitarbeitern der Verwaltung, allen Werkleitern und allen Werktätigen der volkseigenen Betriebe, daß noch große Arbeit zu leisten ist, um alle Reserven zu erschöpfen, alle Quellen zu erschließen und alle Planteile zu erfüllen.

Im Maschinenbau besteht beispielsweise die Aufgabe darin, die 24 Schwerpunktbetriebe schnell und termingebunden zu entwickeln. Die Investitionen müssen

unter allen Umständen voll erfüllt werden. Denn diese entscheidenden Schwerpunktbetriebe bilden die Voraussetzungen für die Entwicklung der Grundstoffindustrie, für die Verbreiterung der metallurgischen Basis der Republik, für die Entwicklung des Energieaufkommens und für die wachsende Kraft der chemischen Industrie, der Kohlenproduktion und der Erzförderung. Vom Schwermaschinenbau ausgehend, ist es notwendig, die Erfüllung dieser Ziele des Volkswirtschaftsplanes zu sichern. Zur Zeit weist der Stand der Investitionsarbeiten in den Schwerpunktbetrieben und Hochseewerften einen Anteil von 68% auf. Wenn alle verantwortlichen Werkleiter, wenn alle Bauleiter, wenn die Aktivisten und Brigadiere mit ganzer Kraft in den letzten vier Monaten dieses Jahres mit Umsicht und mit der notwendigen Verantwortung arbeiten, dann werden wir im kommenden Jahr einen weiteren Schritt für die Verbesserung unserer Produktionskapazität getan haben. Und das ist notwendig. Denn im zweiten Jahr des Fünfjahrplanes stehen wir vor neuen, großen Aufgaben.

Die Kennziffern für die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe wurden am 15. August dieses Jahres von allen Fachministerien den Direktoren und Werkleitern übergeben. In wenigen Tagen werden die Betriebe den Fachministerien ihre Betriebspläne zurückreichen, damit der Plan weiter konkretisiert und festgelegt werden kann. Im Maschinenbau z. B. wird die Erhöhung der Produktion etwa 17% betragen. Selbstverständlich erfolgt diese Erhöhung nicht gleichmäßig verteilt auf alle Produktionszweige. Im Schwermaschinenbau wird eine Erhöhung von nahezu 40% vorgenommen. Der Schiffsbau wird sich um etwa 30% erweitern. Denn im kommenden Jahr werden die ersten sechs Hochseehandelschiffe der Deutschen Demokratischen Republik gebaut und einige von ihnen werden vom Stapel laufen. Der Bau der großen Fischdampfer, die schon in diesem Jahre hergestellt werden, erfährt im kommenden Jahr eine Erweiterung um 500%. Die Herstellung von 1000-PS-Dieselmotoren wird um 1400% gesteigert. Für die Produktion von Dampfkesseln mit einer Leistung von über 60 Tonnen Dampf pro Stunde ist eine Steigerung von etwa 750% vorgesehen.

Das ist ein Teil der Aufgaben, die vor uns stehen. Es handelt sich also nicht um eine einfache Erweiterung der Produktionsaufgaben schlechthin, sondern um grundlegende Maßnahmen, die technisch und organisatorisch gut vorbereitet werden müssen. Es ist notwendig, alle vorhandenen Produktionskapazitäten mit dem besten Wirkungsgrad auszunutzen, die volkswirtschaftlich unwichtige und belastende Produktion, die bisher im ersten Halbjahr dieses Jahres z. T. einen Warenstau verursacht hat, auf das notwendige Maß zurückzudrängen und eine gute Vertragsbindung der dafür vorgesehenen mittleren und kleineren Werke für die großen Werke des Schwermaschinenbaues vorzubereiten und zu organisieren. Es kommt nicht nur darauf an, den Produktionsplan zu erfüllen; es kommt vielmehr darauf an, um die Erfüllung seiner schwierigsten und kompliziertesten Ziele unausgesetzt zu kämpfen. Es kommt vor allem darauf an, wirtschaftlich zu produzieren, zu verwalten und zu handeln.

Wir haben es zwar verstanden, im ersten Halbjahr dieses Jahres die Angriffe der Feinde unserer gesellschaftlichen Entwicklung und unserer friedlichen Arbeit zurückzuweisen. Die Sabotage seitens der Imperialisten und ihrer Helfer am innerdeutschen Handelsabkommen trifft beispielsweise die westdeutsche Wirtschaft schwerer als die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wir haben in bedeutendem Ausmaß — so auf dem Gebiet der Metallurgie, des Schwermaschinenbaues und der Elektrotechnik — neue Fertigungen in kurzer Zeit entwickelt und aufgenommen. Aber wir haben noch entscheidende Schwächen in den Fragen der betrieblichen Rentabilität zu überwinden. Unsere Werkleiter und Direktoren widmen den Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben des Volkes bei weitem noch nicht die genügende Aufmerksamkeit. Es ist deshalb notwendig, daß die vorbildlichen Leistungen unserer Aktivisten und Brigadiere, daß die Erfolge der Wettbewerbe unserer Werktätigen eine ausreichende Unterstützung finden durch die aufmerksame Behandlung des Rentabilitätsprinzips seitens der verantwortlichen Kräfte der Verwaltung und der Betriebe.

Die Methode der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, von der soeben Staatssekretär Rumpff sprach, dient der direkten Verbindung zwischen den Aufwendungen und den Ergebnissen der gesamtbetrieblichen Tätigkeit. Es gilt, die Durchführung aller Planteile, nicht nur des Produktionsplanes, selbstverständlich auch des Planes der Selbstkostensenkung und des betrieblicher Gewinns zu sichern. Deshalb ist es notwendig, daß unsere Werkleiter und unsere Direktoren laufend die Ergebnisse des betrieblichen Abrechnungswesens aufmerksam studieren und als Waffe im Kampf um die Rentabilität benutzen. Eine langfristige Registrierarbeit, die eine Addition von Zahlen darstellt, deren lebendiger Inhalt niemand mehr beeinflussen kann, weil sie einen Zustand widerspiegeln, der schon Wochen oder — wie es in einigen Fällen üblich ist — Monate zurückliegt, ist nicht geeignet, das Prinzip der Rentabilität zu sichern. Kein Werkleiter ist unter solchen Voraussetzungen in der Lage, die ihm zugeteilten Mittel wirtschaftlich zu verwalten und voll verantwortlich für die Erfüllung seines Betriebsplanes einzusetzen. Kostenstellen und Kostenarten, Gemeinkostenzuschläge, Forderungen und Zahlungstermine sind in ihrer Auswertung und Erfüllung genau so wichtig, wie die unmittelbarste Beeinflussung direkter Produktionsvorgänge. Die massenmäßige Einführung des Schnelldrehverfahrens in einem volkseigenen Betrieb kann durch die nachlässige Behandlung kaufmännischer Verpflichtungen in der Wirksamkeit durchaus aufgehoben werden, wenn nicht durch entsprechende Kontrolle alle Verpflichtungen des Finanzplanes des Betriebes erfüllt werden. Hierin liegen noch unsere entscheidenden Schwächen.

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform

Seit jenem Tage, an dem der Kollege Gerhard Opitz, der Hauptbuchhalter der VVB EKM, den Plan des betrieblichen Abrechnungswesens der demokratischen Öffentlichkeit bekanntgab, seit dem 23. März dieses Jahres, als in Halle gemeinsam

Wer keine Finanzdisziplin übt, kann nicht Funktionär unserer demokratischen Staatsverwaltung und unserer volkseigenen Wirtschaft sein

mit dem FDGB, den Mitarbeitern des Ministeriums für Maschinenbau und der volkseigenen Betriebe eine Arbeitstagung stattfand mit dem Ziel, die Verkürzung des betrieblichen Abrechnungswesens in allen volkseigenen Betrieben einzuleiten, seit jenem Tage ist die Diskussion über alle Probleme der betrieblichen Abrechnung im Gange. Die Hauptbuchhalter, die Lohnbuchhalter, die Materialbuchhalter der volkseigenen Betriebe, der Produktions- und der Handelsorganisationen, sie alle wurden in ihrer neuen wirklichen, gesellschaftlichen Bedeutung und Funktion herausgestellt. Der Kollege Opitz hat durch bessere Organisation, durch die Einleitung der Brigadenarbeit eine erhebliche Beschleunigung der Abrechnungsfristen erreicht. Die Zahlen des betrieblichen Rechnungswesens fallen unmittelbar wenige Tage nach dem Ablauf des Produktionsmonats an, und der Werkleiter ist demzufolge in der Lage, alle Betriebserscheinungen, die sich mit Ablauf des Produktionsmonats ergeben haben, an Hand der vorliegenden Zahlen sofort zu untersuchen und zu korrigieren.

Wir haben die Hauptbuchhalter, die Leiter der Betriebsabrechnung, die Leiter der Produktionsabrechnung, der Materialbuchhaltung und der Lohnbuchhaltung in Lehrgängen und Arbeitstagungen geschult, und zur Zeit rechnen etwa 60% aller Betriebe der gesamten volkseigenen Industrie kurzfristig ab. Die Instrukteur-tätigkeit ist noch im Gange, und wir haben uns das Ziel gestellt, bis Mitte Oktober dieses Jahres alle volkseigenen Betriebe des Maschinenbaus zu befähigen, kurzfristig abzurechnen. Aber das ist nur ein Schritt. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß es die Werkleiter und die Direktoren verstehen, die Ergebnisse der schnellen betrieblichen Abrechnung richtig zu verwerten, und das ist leider noch immer nur ungenügend der Fall. Wenn die verantwortlichen Mitarbeiter der Betriebe des Volkes aufmerksam die anfallenden Ergebnisse verwerten, wenn sie deren unlöslichen Zusammenhang mit der Erfüllung aller Teile des Volkswirtschaftsplanes rechtzeitig erkennen würden, dann könnte es nicht möglich sein, daß im ersten Halbjahr dieses Planjahres auf dem Gebiet des Maschinenbaues allein das vorhandene Fertigungsmaterial, gemessen an den dafür vorgesehenen Richtsatztagen, eine Belastung von 22% über die Plansumme aufweist, und daß die Halbfertigfabrikate und die Fertigerzeugnisse Belastungen der dafür vorgesehenen Plansummen aufweisen, die um etwa 50% über dem Plan liegen. Dadurch wird die Erfüllung des Gewinnplanes, d.h. die Abführung der Mittel an den Staatshaushalt blockiert, dadurch wird die Zuführung der Umlaufmittel verzögert. Durch besondere Brigadenarbeit mußte eine Umsetzung des an einigen Stellen gehorteten Fertigungsmaterials vorgenommen werden. Durch besondere Aktivi muß ebenfalls eine Untersuchung der Bestände der Halbfabrikate erfolgen, und durch große Anstrengungen müssen die Fertigwaren in Bewegung gebracht werden. Während der Leipziger Herbstmesse wurden z. B. auf dem Informationsstand des Ministeriums für Maschinenbau durch die Mitarbeiter des Ministeriums und der Handelszentralen 15 Millionen DM bisher festliegender Erzeugnisse abgesetzt. Es werden weiterhin große Anstrengungen unternommen, um diese belastenden Erscheinungen zu beseitigen.

Die Ursachen aber liegen neben bestimmten Schwierigkeiten im betrieblichen Ablauf vor allen Dingen in der ungenügenden Auswertung der laufenden Rechnungsergebnisse, in der mangelnden Initiative unserer Produktions- und Handelsleiter. Damit die Betriebe nach den Prinzipien der Wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten können, damit die Werkleiter wirklich in die Lage versetzt werden, die volle Verantwortung

für alle Erscheinungen des Betriebes zu tragen, ist es notwendig, die ihnen zustehenden Finanzmittel zu Beginn des Planjahres rechtzeitig und vollständig zur Verfügung zu stellen. Es ist weiterhin notwendig, den Finanzplan so konkret wie möglich mit dem Produktionsplan abzustimmen; denn das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung verlangt, daß der Produktionsablauf der Betriebe nicht durch ungenügende Finanzierung der Produktionsaufgaben gestört wird. Das ist um so notwendiger, als offensichtlich die innere Umstellung der Produktion nach der Richtung schwerer, komplizierter und völlig neuer Fertigungsverfahren vorgenommen wird.

Die Werkleiter tragen eine große Verantwortung. Die Verantwortung muß aber gleichfalls auch von allen Mitarbeitern, die sich mit der Vorbereitung und der Aufstellung des Finanzplanes und mit der Finanzkontrolle beschäftigen, getragen werden. So, wie die Werkleiter ihrerseits die Verpflichtung haben, sich mit den Aufgaben der Erfüllung ihrer Finanzpläne bis ins einzelne vertraut zu machen, so, wie sie es lernen müssen, die Ergebnisse der betrieblichen Abrechnung zu verwerten, so müssen andererseits die Mitarbeiter des Finanzministeriums, der Deutschen Notenbank und der Investitionsbank ebenfalls mit der notwendigen volkswirtschaftlichen Einsicht arbeiten, sie müssen es lernen, die Fertigungsverfahren und Produktionserscheinungen in ihrem realen volkswirtschaftlichen Zusammenhang zu beurteilen. Zur Durchsetzung des Prinzips der Rentabilität ist es notwendig, das Ergebnis der Arbeit eines jeden Betriebes vom Gesichtspunkt seiner Einnahmen und Ausgaben zu betrachten. Jeder Betrieb hat also zunächst grundsätzlich einmal die Aufgabe, seine Ausgaben durch seine Einnahmen zu decken und mit Gewinn abzuschließen.

Die Kontrolle des einzelnen Betriebes kommt vor allen Dingen künftig darin zum Ausdruck, daß der Betrieb in finanzwirtschaftlicher Hinsicht unmittelbar mit dem Staatshaushalt verbunden ist, daß er einen Grundmittels- und Umlaufmittelfonds erhält und verwaltet und daß er seinen Gewinn direkt an den Staatshaushalt abführt.

Um das durchzusetzen, ist es notwendig, neue Formen der Leitung zu entwickeln, das Prinzip der persönlichen, individuellen Verantwortung stärker wirksam werden zu lassen, bessere Methoden der Planung einzuführen und auf der Grundlage technisch begründeter Arbeitsnormen sowie Materialverbrauchsnormen zu wirtschaften. Außerdem muß das betriebliche Rechnungswesen die Möglichkeit bieten, schnell und einwandfrei alle Vorgänge aufzuzeigen, um die Fehler und Mängel in der Produktion, in der Planung und in der Verwaltung abzustellen.

Der Werkleiter ist für den gesamten Betrieb und seine Entwicklung voll verantwortlich. Er ist verantwortlich für die richtige Aufstellung des volkseigenen Betriebsplanes, für die Erfüllung der Produktionsaufgaben, für die Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen des Betriebes gegenüber dem Staatshaushalt, ungeachtet der besonderen Verantwortung, die hierbei auch der Hauptbuchhalter trägt, und er ist verantwortlich für die richtige Arbeitsorganisation unter Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, — und das ist eine sehr große und vielseitige Verantwortung.

Aber nicht nur der Werkleiter untersteht dem Prinzip der persönlichen Verantwortung. Dieses Prinzip erstreckt sich auf alle; denn jeder, ganz gleich, ob Ingenieur, Produktionsmeister oder Brigadeleiter, jeder Werktätige der volkseigenen Wirtschaft trägt für die ihm übertragenen Arbeiten die volle persönliche Verantwortung. Deshalb ist es notwendig, die Aufgaben-

gebiete klar abzugrenzen, denn nur unter diesen Bedingungen kann die Durchsetzung des Rentabilitätsprinzips bis an jeden Arbeitsplatz gewährleistet werden. Der Gradmesser der Rentabilität des Betriebes ist der Stand der Selbstkosten der Produktion. Alle Maßnahmen müssen deshalb darauf gerichtet werden, die Selbstkosten laufend zu reduzieren. Damit jede Betriebsabteilung, jede Brigade und jeder Werktätige in der Lage ist, im Produktionsprozeß die Bewegung in der Selbstkostensenkung zu kontrollieren, haben unsere Neuerer schon begonnen, den volkseigenen Betriebsplan nach gründlicher Besprechung mit der Gesamtbelegschaft in einigen Betrieben auf Brigaden aufzuschlüsseln. An Stelle der Kostenstellen treten die Brigaden, und an Hand des Brigadekontos, auf dem täglich die Kosten vermerkt und abgerechnet werden, können die Brigademitglieder laufend den Stand ihres Kontos und die festgestellten Kosten der Betriebsabrechnung kontrollieren. Diese Abrechnung setzt aber eine sorgfältige Ermittlung der Verbrauchsnormen für die unmittelbar beeinflussbaren Kosten voraus, ebenso wie beispielsweise die „Persönlichen Konten“, die in einer Reihe volkseigener und ihnen gleichgestellter Betriebe von den einzelnen Werktätigen geführt werden, eine sorgfältige Planung und Aufteilung der anfallenden Kostenarten verlangen. Die Brigadabrechnung nahm zum Teil in den Revieren des Braunkohlenbergbaus und in den volkseigenen Gießereibetrieben ihren Anfang. So wurde im Eisenwerk Klein-Wittenberg die gesamte anfallende Arbeit nach gründlicher Diskus-

sion mit der Belegschaft in Brigaden organisiert, durchgeführt und abgerechnet. In diesem Betrieb hat vor allen Dingen der kaufmännische Leiter Grandke dafür gesorgt, daß jede Brigade die Planvorgabe, den Kostenanfall und in der darauf folgenden Abrechnung den Erfolg rechtzeitig erhält. Durch entsprechende Prämiierungen, die sich konkret für den einzelnen aus der Ergebnisrechnung ableiten lassen, ist ein ständiger Kampf um die Verbesserung der Arbeit, um die Senkung der Selbstkosten und damit um die Rentabilität des Betriebes gewährleistet.

Man muß auf allen Gebieten der Wirtschaft unter solchen neuen Bedingungen um die Kostensenkung und damit um die Rentabilität kämpfen, auch in den staatlichen Handelsorganisationen, auf den MAS, auf den volkseigenen Gütern und in den Verwaltungen. Der einzelne volkseigene Betrieb, verantwortlich vertreten gegenüber dem ganzen Volke durch den Werkleiter, arbeitet auf der Grundlage seines Betriebsplanes und er arbeitet nach den Verpflichtungen seines Betriebskollektivvertrages.

Die Werkleiter und die Gesamtbelegschaften haben einen Vertrag der gegenseitigen Verpflichtungen, den Betriebskollektivvertrag, abgeschlossen. In diesem Vertrag, der in vielen Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen bis in alle Einzelheiten durchdiskutiert wurde, sind alle produktionstechnischen, sozialen und kulturellen Begebenheiten mit ihrer Zielsetzung verankert.

Das Prinzip der Rentabilität

Organisatorische Voraussetzungen

Die Erfüllung des Gewinnplanes des Betriebes ist künftig entscheidend für die betrieblichen Aufwendungen.

Der Direktorfonds wird künftig auch vom guten oder mangelhaften Betriebsergebnis abhängig sein.

Es liegt also im Interesse aller Werktätigen, daß die steigende Rentabilität des Betriebes gesichert ist, denn sie garantiert unmittelbar die steigende Tendenz des Realeinkommens eines jeden Werktätigen. In so unlösbarem Zusammenhang sind die Aufgaben der Wirtschaftlichen Rechnungsführung zu betrachten und zu behandeln.

Das Zahlenwerk der monatlichen Produktion, das Auskunft gibt über Aufwendungen und Ergebnisse der betrieblichen Arbeit, ist nicht nur eine Reflexion der Produktion, es ist vielmehr in richtiger Auswertung ein Instrument der besseren betrieblichen Gestaltung.

So hat z. B. die Volkswerft Stralsund — immerhin ein bedeutender volkseigener Betrieb mit einer Belegschaft von 4900 Werktätigen — im Verfolg der verbesserten betrieblichen Abrechnung nach dem Vorschlag des Kollegen Opitz die Aufrechnung des Materialverbrauchs, die im Dezember noch sieben Wochen in Anspruch nahm, in zwei Tagen nach Monatschluß für den abgelaufenen Produktionsmonat vorgenommen.

Allein diese eine sehr bedeutungsvolle Seite der betrieblichen Abrechnung hat die Lagerbuchhaltung und alle Materialdisponenten gezwungen, sorgsamer die Verwendung des Materials für den Bau unserer Fischereiflotte aufzurechnen und einzusetzen.

Die Kontrolle des Materialverbrauchs hat zur erheblichen Senkung des Einsatzmaterials geführt, und außerdem ist eine personelle Veränderung in der Entwicklung der Lagerbuchhaltung dabei vor sich gegangen.

Im Dezember waren an der sehr langfristigen Abrechnungsarbeit 54 Arbeitskräfte beteiligt, während ab Juni nur noch 24 Kollegen damit beschäftigt sind.

Dasselbe Ergebnis ist in der Lohnabrechnung im gleichen Betrieb zu verzeichnen. Auch hier hat es sich gezeigt, daß bei einer kurzfristigen Aufrechnung der anfallenden Fertigungszeiten die unkontrollierbaren bisher in weiten Zeitabständen aufzurechnenden Lohnsummen erheblich reduziert werden konnten.

In solch engem Zusammenhang steht die kurzfristige betriebliche Abrechnung zur Entwicklung und Verbesserung der unmittelbaren Produktionsvorgänge und der richtigen Verteilung der betrieblichen Verwaltungsarbeit.

Die Durchsetzung des Prinzips der Rentabilität ist eng mit den ständigen Bemühungen der Kostensenkung verbunden. Die Kostensenkung wiederum verlangt eine laufende Untersuchung und Verbesserung aller Produktions- und Verwaltungsvorgänge.

Dazu einige Beispiele:

Auf einer unserer Hochsee-Werften wird nunmehr seit Monaten ein großes 10 000-Tonnen-Schiff von Grund auf durchrepariert. Die Maschinenanlagen, die Inneneinrichtungen, die Installationen und alle notwendigen Produktionsmaßnahmen werden nach einem Termin- und Arbeitsplan vorgenommen. Auf diesem Schiff, das einer großen Fabrik gleicht, arbeiten mehr als 1000 Werktätige, und der Fluß ihrer Arbeit ist abhängig von der rechtzeitigen Zulieferung zahlreicher Aggregate, Maschinenelemente, elektrotechnischer Apparate sowie feinmechanischer und optischer Instrumente. Die Materialdisponenten der Werft hatten sich ursprünglich darauf verlassen, einen beachtlichen Teil dieser Zulieferungen aus Westdeutschland zu beziehen. Sie waren nur ungenügend über das vielseitige Fertigungsprogramm der Republik unterrichtet. Sie unter-

nahmen auch keine außergewöhnlichen Anstrengungen, um jene Teile, die sie für den Bezug aus Westdeutschland vorgesehen hatten, in der volkseigenen Industrie fertigen zu lassen.

Die Verschleppung der Unterschriftsleistung unter das Innerdeutsche Handelsabkommen hat die etwas sehr bequeme Methode der Beschaffung bestimmter Zulieferungs-Aggregate für den Schiffbau in Frage gestellt, und sie hat gleichzeitig sowohl die Werftleitung als auch die Materialdisponenten gezwungen, sich über die Produktionskraft der Deutschen Demokratischen Republik ernsthafter zu orientieren. Die Materialdisponenten machten dabei die Entdeckung, daß wir sehr viel mehr herstellen, als sie eigentlich bisher ahnten. Es hat Fälle gegeben, die erkennen lassen, daß diese verantwortlichen Mitarbeiter zum Teil Gegenstände aus Westdeutschland zu beziehen suchten, die wir auf Lager haben und zur sogenannten Kategorie des „Warenstaus“ rechnen.

In der Fertigstellung des Schiffbaus darf keine Verzögerung eintreten. Im Gegenteil. Der Endbau wird nach einer sehr eingehenden Produktionsberatung um drei Monate vorverlegt. Aber dazu waren noch eine Reihe anderer Maßnahmen notwendig. Es hatte sich u. a. auch gezeigt, daß die über 1000 Beschäftigten auf dem Schiff — die Schweißer, die Niete, die Installateure und andere Facharbeiter — nur sehr wenig Beziehungen zu den einzelnen Fertigungsterminen der jeweiligen Schiffsteile hatten, daß die Brigaden zwar auf dem Papier standen, daß sie aber in der lebendigen Wirklichkeit nur eine oberflächliche Anleitung erhielten.

Die Abrechnung der Kosten, die ebenfalls sehr langfristig vorgenommen wurde, stand in keinem Verhältnis zur wirklichen Leistung.

Das ist jetzt anders. Die Arbeit wurde auf der Grundlage neuer Normen richtig aufgeteilt. Die Werktätigen wissen, sobald sie das Schiff betreten, über den Fertigungsstand Bescheid, denn „Ist“ und „Soll“ sind in weithin leuchtender, großer Beschriftung am Bug des Schiffes angebracht, so daß alle Werftbeschäftigten den Fortgang der Arbeiten vor Augen haben.

Außerdem wurde das ganze Schiff in einzelne Werkabschnitte unterteilt, und die jeweiligen Werkabschnitte sind ebenfalls mit schriftlichen Angaben über termingebundene Leistungen versehen. Beim Verlassen des Schiffes können die einzelnen Brigadeleiter feststellen, ob die Arbeiten ihrer Brigade im Termin liegen, denn inzwischen haben die Abschnittsleiter durch laufende Kontrollen festgestellt, wie die Arbeit erfüllt werden konnte.

Bei Schichtwechsel ist jedem Werktätigen klar, ob sein Teil der Arbeit sich zur Schwerpunktaufgabe herausgebildet hat, oder ob sein Anteil an der Gesamtarbeit in der Linie der vorgesehenen Erfüllung liegt.

Alle Bedingungen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und der zweckmäßigsten Arbeitsorganisation sind gerade im Schiffbau von außerordentlicher Bedeutung. Hier wirken sich die Verbesserungen der Neuerer und Aktivisten, und hier wirkt sich eine gute Arbeitsorganisation, laufend kontrolliert durch die Maßnahmen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, besonders vorteilhaft für die Volkswirtschaft der Republik aus.

Die jetzt zu fertigenden großen Fischdampfer sollen nicht auf der Grundlage einer alten Kalkulation und unter der Belastung einer ungenügenden Werftorganisation gebaut werden, sondern auf der Grundlage richtiger, verpflichtender Vertragsbindungen mit den Zuliefererwerken auf der Grundlage besserer Produk-

tions- und Verwaltungsmaßnahmen und langsam sich durchsetzender Wirtschaftlicher Rechnungsführung. Deshalb wurden die Fischdampfer im Gestehtungspreis um etwa 25% sofort zu Beginn des Baues gesenkt. Es sind die einfachen Wahrheiten, die immer wiederholt werden müssen, damit sie endlich überall wirksam werden. Das Beispiel des Schiffbaus gibt Veranlassung, noch einmal auf die große Bedeutung des Kampfes um die Verbesserung der Arbeitsproduktivität hinzuweisen.

Die Erfahrungen unserer Aktivisten, unserer technischen Intelligenz und der Wettbewerbe besser auswerten

Das Kommuniqué des ersten Quartals dieses Jahres, herausgegeben von der Staatlichen Plankommission, spricht von einem geschichtlichen Durchbruch, den die Aktivisten auf der Grundlage der Wettbewerbe geschaffen haben. Die organisierten Instrukteureinsätze der Schnelldreher, der technischen Arbeitsnormbrigaden sowie des Instrukteurkollektivs im Gießereiwesen beweisen, daß es sich dabei tatsächlich um Maßnahmen und Erfolge von großer Bedeutung handelt. Leider muß auch hier festgestellt werden, daß die Werkleiter im Kampf um die Rentabilität der Produktion den Erkenntnissen der Aktivisten und der Instrukteurbrigaden viel zuwenig Bedeutung beimessen.

Bekannt ist z. B. die Arbeit des technischen Kollektivs im volkseigenen Schwerpunktbetrieb Niles-Werke, Berlin. Eine wichtige Schlussfolgerung dieses Kollektivs bestand darin, die wirtschaftliche Ausnutzung der Werkzeugmaschinen mit Hilfe des sogenannten Lastenanzeigergerätes zu verbessern, eines elektrischen Gerätes, das während der Arbeit an der Maschine bei grünem Licht die zweckmäßigste wirtschaftliche Belastung der Maschine anzeigt. Dieses Gerät ist außerordentlich wichtig und wertvoll, und es dient dazu, die Masse der Produktionsarbeiter mit einem technisch zuverlässigen Hilfsmittel zu versehen, das in der Lage ist, die sonst jahrelangen Erfahrungen in der Bedienung der Maschinen durch eine verhältnismäßig einfache und überzeugende Kontrollfunktion zu ersetzen oder aber wirksam zu unterstützen. Man hätte annehmen können, daß nach der Veröffentlichung dieses Berichtes aus den Niles-Werken alle Werkleiter und Produktionsingenieure der volkseigenen Industrie Lastenanzeigergeräte verlangen würden. Das war jedoch nicht der Fall. Eine Feststellung hat ergeben, daß nur 155 Werkleiter insgesamt 851 Lastenanzeigergeräte bestellt hatten. Wir sind dann dazu übergegangen, die Werkleiter direkt anzuschreiben, und ein Jugendkollektiv des Ministeriums für Maschinenbau hat nach eingehender Ermittlung der Maschinenkapazitäten unserer volkseigenen Betriebe den Werkleitern, autorisiert vom Ministerium, konkrete Auflagen erteilt.

Gerade in diesem Falle, wie in vielen anderen auch, wäre es den Werkleitern möglich gewesen, auf Grund einer eingehenden Diskussion mit den fortschrittlichsten Kräften der Betriebe eine ähnliche Lage herbeizuführen, wie sie damals in den Niles-Werken mit Hilfe dieser Geräte erzielt werden konnte. Die Produktionssteigerung betrug damals an den Drehmaschinen durchschnittlich 54 %. Eine Lohnsteigerung von 18,4 % und eine Fertigungskosten senkung von 16,5 % konnten erzielt werden. Die Aufwendungen für die Lastenanzeigergeräte konnten dem Direktorfonds II, dem Fonds für betriebliche Rationalisierung, entnommen werden.

Gegenwärtig hat die Instrukteurbrigade des Werkleiters Fritz Naumann vom volkseigenen Eisenhammerwerk Dresden-Dölzsch ihre Tätigkeit zur Einführung des Schlackensand-Formverfahrens in den

volkseigenen Gießereien abgeschlossen. In diesem Abschlußbericht wird festgestellt, daß seit April dieses Jahres bis zum 8. September in 20 entscheidenden Gießereibetrieben ein praktischer Instruktoreinsatz von zwei bis drei Wochen erfolgte. Es wurden weitere 45 Betriebe aufgesucht mit dem Ziel, dort an Hand der vorliegenden Produktion ganz konkrete Erfahrungshinweise zu geben. Während der gesamten Instrukteurtätigkeit wurden 25 Lichtbildervorträge in den volkseigenen Gießereibetrieben vor insgesamt etwa 3000 Teilnehmern gehalten.

Neben wichtigen technischen Erkenntnissen ist in bezug auf den Kampf um die Rentabilität festzustellen, daß bei richtiger Anwendung dieses Verfahrens die Selbstkosten in den Graugießereien um etwa 26 % im Mittel gesenkt werden können, ganz abgesehen von einer erheblichen Qualitätsverbesserung der Gußstücke, die im weiteren Bearbeitungsprozeß ebenfalls von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Es ist leider auch hier anzunehmen, daß unsere Werkleiter und Abteilungsleiter in den Gießereien trotz des guten Ergebnisses ebenfalls ungenügend reagieren. Deshalb muß man glaube ich, die Forderung aufstellen, daß alle Instruktoren, alle verantwortlichen Mitarbeiter der volkseigenen Wirtschaft immer wieder mit Nachdruck die Frage stellen: Wird nach den bisher bekannten neuen Arbeitsmethoden gearbeitet, haben die verantwortlichen Werkleiter gemeinsam mit der Belegschaft die in anderen Betrieben angewandten wirtschaftlichen Fertigungsverfahren studiert und versuchen sie, dieselben im eigenen Betrieb mit Erfolg anzuwenden? Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Produktionsbetriebe, das gilt in vollem Umfange, abgestellt auf die speziellen Aufgaben, auch für die Handels- und Verwaltungsorgane in allen Teilen der Wirtschaft.

Der Vertrag als Mittel zur Sicherung der Planerfüllung

Eine der wichtigsten Maßnahmen der volkseigenen Wirtschaft besteht darin, die Sicherung der Erfüllung des Betriebsplanes durch abzuschließende Verträge mit Zuliefererwerken und mit Handelsorganisationen zu garantieren. Es darf keinen Teil des Betriebsplanes mehr geben, dessen Erfüllung nicht durch einen entsprechenden Vertrag gewährleistet ist. Die gegenseitige Kontrolle der Einhaltung der Verträge durch die Betriebe und Handelsorganisationen, die Konventionalstrafen und Schadensersatzansprüche bei verspäteter Lieferung oder bei Nichterfüllung der Qualitätsansprüche werden zweifellos dazu beitragen, die jetzt noch vorhandenen Störungen im Produktionsablauf zurückzudrängen und zu mindern. Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Betrieb von der guten oder schlechten Arbeit seiner Zubringerbetriebe in starkem Maße abhängig ist und daß demzufolge auch auftretende Störungen die Kosten belasten und den Gewinn schmälern.

Die Vertragsbindung steht noch in den Anfängen. Aber sie wird sich sehr bald als ein wirksames Instrument der richtigen Ermittlung und Abdeckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs erweisen und wird mehr und mehr dazu beitragen, den Gewinnplan in seinem wirklichen Ablauf zu sichern.

Ausgehend von den Ausführungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rau auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf der er die Feststellung traf, den Plan den Notwendigkeiten des Bedarfs anzupassen, die sich daraus ergebenden ökonomischen Maßnahmen festzulegen und deren Durchsetzung zu sichern, hat das Ministerium für Maschinenbau 20 der besten Ingenieure

in Berlin zusammengerufen, um sie mit der Hauptforderung zu betrauen, die darin besteht, in der volkseigenen Industrie die notwendigen Produktionsumstellungen zur Sicherung des Schwermaschinenbaues vorzubereiten, einen Plan zu unterbreiten, der es gestattet, die vorhandenen Kapazitäten mit dem besten Wirkungsgrad auszustatten, die volkswirtschaftlich unwichtige Produktion auf das notwendige Maß zurückzudrängen und eine gute Zulieferung von mittleren und kleineren Werken für die großen Werke des Schwermaschinenbaues zu entwickeln und zu organisieren, als notwendige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Vertragsbindung der Betriebe untereinander.

Heinrich Rau sagte auf der von mir erwähnten Tagung des Zentralkomitees:

„Vor uns steht die Aufgabe, durch Schaffung qualifizierter Brigaden von Technikern und Ingenieuren in den einzelnen Fachministerien die Durchführung der notwendigen Umstellungsarbeiten sicherzustellen. Diese große Aufgabe darf nicht im allgemeinen Verwaltungstrott untergehen, wie das bisher zum großen Teil geschehen ist.“

Die Arbeit des Ingenieurkollektivs hatte den konkreten Zweck, die notwendigen technischen Voraussetzungen zu schaffen, die es gestatten, den Produktionsplan für das Jahr 1952 so auf die Betriebe zu verteilen, daß die schwierigsten und kompliziertesten Maschinen und Anlagen unter allen Umständen gefertigt werden können. Es müssen deshalb große Gruppen von Zulieferungen festgelegt werden, und an Hand der Fertigungspläne des Ingenieurkollektivs werden die Werkleiter untereinander angewiesen, die notwendigen vertraglichen Produktionsverbindungen rechtzeitig aufzunehmen. Dabei müssen selbstverständlich in vielen Fällen die Zuliefererbetriebe nach ihren produktionstechnischen Voraussetzungen untersucht werden.

Das Ingenieurkollektiv ist dabei zu guten Ergebnissen gekommen. Es wurden entsprechende Standortgraphiken der Vereinigungen und der direkt unterstellten Betriebe sowie der übrigen Industrie hergestellt, so daß sofort in Anwendung der Vertragsbindungen auch die räumliche Abhängigkeit und die damit verbundenen Transportbedingungen untersucht werden konnten.

Das Kollektiv hat eine Untersuchung des im ersten Halbjahr angefallenen Warenstaus vorgenommen und hat bei sehr ernsthafter Prüfung und Besprechung mit den Mitarbeitern der Handelsorganisationen den Warenstau zum Teil in Bewegung gesetzt. Es wurden auch umfangreiche Vergleichsfeststellungen über den Preisstand der einzelnen Erzeugnisse vorgenommen. Ausgehend von dem 44er Preisstand war festzustellen, daß ein erheblicher Teil der Betriebe das Preisniveau unter vierlei Begründungen überschritten hat. Die aufmerksame Untersuchung der vorhandenen Produktionskapazität des Schwermaschinenbaues einerseits und der Betriebe des allgemeinen Maschinenbaues andererseits, abgestellt auf mehrschichtigen Betrieb und auf die jeweilige Belegschaftsstärke der einzelnen Industriezweige, ließ erkennen, daß die Betriebe des allgemeinen Maschinenbaues noch viel stärker zur Hilfeleistung für den Schwermaschinenbau herangezogen werden können und müssen. Das muß nun seinen Ausdruck in einer verbesserten Vertragsbindung finden.

Das Ingenieurkollektiv hat auch eine Reihe entscheidender Betriebe direkt besucht, um sich von dem Zustand der Produktionstechnik und der Arbeitsorganisation zu überzeugen; denn im kommenden Jahr wird ein großes Programm an schweren Werkzeugmaschinen

und an Großaggregaten aufgelegt, so daß es notwendig ist, durch direkte Betriebsstudien die Fragen der Zulieferung richtig zu beurteilen und vorzubereiten.

Bei einem solchen Besuch im volkseigenen Betrieb LEW Hennigsdorf und im Werkzeugmaschinenbau Velten, der in der Nähe des LEW Hennigsdorf liegt und eine für den gegenwärtigen Bedarf unwichtige Produktion an kleinen Werkzeugmaschinen mit einer Belegschaft von etwa 150 Mann betreibt, konnte an Ort und Stelle nach Besprechung mit dem Werkleiter und den Vertretern der Belegschaft dazu übergegangen werden, den Betrieb Werkzeugmaschinenbau Velten aufzulösen und die Belegschaft dem LEW Hennigsdorf anzugliedern sowie die Maschinen neu und wirtschaftlich wirkungsvoller einzusetzen. Für das LEW Hennigsdorf bedeutet das in der volkswirtschaftlich wichtigen Fertigung eine Steigerung der Kapazität um etwa 3 %, und für die gesamte Volkswirtschaft bedeutet diese Umsetzung eine Einsparung an jährlichen Verlusten von 360 000 Mark. Außerdem wäre es notwendig geworden, dem Betrieb Werkzeugmaschinenbau Velten etwa 250 000 Mark an Investitionsmitteln zu geben, die nun ebenfalls in Fortfall gekommen sind, so daß ein erheblicher volkswirtschaftlicher Nutzen aus dieser direkten Maßnahme entstanden ist, wobei die Beschäftigten des Werkzeugmaschinenbaues Velten, die nunmehr im LEW Hennigsdorf arbeiten, unter sehr viel besseren sozialen und kulturellen Verhältnissen tätig sind.

Selbstverständlich sind solche Maßnahmen unter Berücksichtigung aller damit zusammenhängenden sozialen Belange zu treffen und durchzuführen.

Diese grundlegenden Arbeiten des Ingenieurkollektivs, von denen ich soeben sprach, werden in den einzelnen Hauptverwaltungen des Maschinenbaues durch dafür zusammengestellte besondere Ingenieurkollektive weiter entwickelt, und für die einzelnen Produktionsziele müssen nunmehr die jeweiligen konkreten Maßnahmen ausgearbeitet werden.

Die vor uns stehenden Aufgaben verlangen in der volkseigenen Wirtschaft die gründliche Anwendung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb, die Einführung des allgemeinen Vertragssystems und die Weiterentwicklung der Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark. In richtiger Anwendung dieses Prinzips sind damit die wirksamsten Mittel zur maximalen Leistungsfähigkeit der

volkseigenen Betriebe geschaffen. Die Kontrolle der Planerfüllung wird zweifellos die Initiative der Werktätigen weiter steigern und alle Fragen der gewissenhaften und ernsthaften Prüfung einzelner Leistungen, der Brigadeleistungen, der Abrechnung und Kontrolle der „Persönlichen Konten“, der Kontrolle der Selbstverpflichtungen und des Materialverbrauchs erleichtern.

Wichtig ist vor allen Dingen, daß wir es erreichen, den Finanzplan in unmittelbarem Zusammenhang mit dem konkreten Produktionsplan aufzustellen. Diese Forderung wurde bisher von uns zuwenig berücksichtigt.

Um einer erneuten Bildung von Überplanbeständen entsprechend planmäßig entgegenzuarbeiten, ist es notwendig, an Hand des Studiums kurzfristiger Kontrollberichte Sofortmaßnahmen einzuleiten, und die Betriebe zu veranlassen, nicht mehr zu produzieren, ohne einen festumrissenen Auftrag dafür vorliegen zu haben.

Des weiteren ist es notwendig, eine sorgfältige Differenzierung des zeitlichen Ablaufs der Produktion vorzunehmen und nicht, wie das bisher im allgemeinen üblich war, den Jahresplan, finanzwirtschaftlich gesehen, schematisch durch zwölf zu dividieren.

Auch die Umschlagszahlen der Betriebe müssen den gegebenen betrieblichen Bedingungen angepaßt werden, wobei selbstverständlich die Verbesserung der Arbeitsproduktivität und die Beschleunigung des Umschlages in richtiger Zielsetzung zu berücksichtigen sind.

Es gilt, alle Planteile des Betriebsplanes zu erfüllen. Ganz besonders muß der Verlauf der Selbstkosten dauernd unter Kontrolle gehalten werden. Hier ist es notwendig, daß die Werkleiter viel stärker als bisher sich der Ergebnisse der kurzfristigen Abrechnung der betrieblichen Zahlen bedienen.

Wenn wir, Kolleginnen und Kollegen, in den Betrieben, in den Verwaltungen, in allen Wirtschaftsorganisationen alle gemeinsam so verfahren, wie das z. B. der Dichter Bert Brecht, gerichtet an die Arbeiterklasse, einmal in seinen Versen über das „Lob des Lernens“ zum Ausdruck brachte, als er sagte: „*Lege den Finger auf jeden Posten und frage, wie kommt der hierher?*“, dann wird es uns zweifellos gelingen, auch in den Fragen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung der volkseigenen Wirtschaft größere Erfolge in Zukunft zu erzielen. (Beifall.)

Das Vertragssystem und die Organisation und Tätigkeit der staatlichen Arbitrage in der volkseigenen Wirtschaft

Die Analyse unserer heutigen Schwierigkeiten

Die Erfolge der Produktion und die Mängel in der Verwaltung

Bernd Weinberger, Leiter des Amtes für Reparationen: Kolleginnen und Kollegen! Die Hauptaufgabe, die wir auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Republik lösen müssen, ist die der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft; denn die Produktivität erhöhen heißt die Wirtschaftlichkeit, den Nutzeffekt unserer Wirtschaft, steigern. Das bedeutet, daß der gesellschaftliche Reichtum vermehrt, die Lebenslage der Bevölkerung verbessert wird und es durch eine Akkumulation und die dadurch entstehende erweiterte Produktion möglich wird, die Zukunft unserer Entwicklung zu sichern und das Leben noch schöner und fröhlicher zu gestalten. Die Grundlage zur Erreichung einer höheren Rentabilität unserer Wirtschaft ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität

durch die Arbeiter, Ingenieure, unsere ganze technische Intelligenz und alle Werktätigen. Diese Frage richtig zu lösen, bedeutet, die Kernfrage zu lösen; denn die Frage der Arbeitsproduktivität ist das Problem aller Probleme.

Daß wir auf dem Gebiet der Steigerung der Arbeitsproduktivität bereits einige Schritte vorwärtsgekommen sind, beweist die rasche Ausdehnung unserer Aktivistenbewegung, die Tatsache, daß sich neue produktive sowjetische Arbeitsmethoden, wie z. B. das Schnelldrehverfahren von Pawel Bykow, die Methode des Ingenieurs Kowaljow und viele andere schnell in unseren Betrieben durchsetzten und bereits Ansätze für die Entwicklung eines neuen Arbeitsstils bei uns vorhanden sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir auf diesem Gebiet auch in der Zukunft neue und nennenswerte Erfolge erzielen werden. Dies be-

weist auch der zur Zeit laufende glänzende Wettbewerb der Belegschaften der Grobblechwalz- und Stahlwerke.

Die Aufgabe besteht aber darin, zu erreichen, daß die Leistungssteigerung unserer Arbeiter und Ingenieure voll und ganz ausgenutzt wird. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Sekunden, Gramme und Pfennige, die unsere Aktivisten durch die neuen Arbeitsmethoden und umsichtigeres Arbeiten eingespart haben, durch eine Mißwirtschaft im Betrieb verlorengehen, wie dies gegenwärtig noch nicht selten der Fall ist. Schlechte, unüberlegte Planung, Verantwortungslosigkeit und Unordnung im Betrieb, nicht genügend klare Rechnungsführung, schlechte Lagerhaltung, Materialvergeudung und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Ausschuß erhöhen die Selbstkosten und machen faktisch den Effekt, den die Arbeiter durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt haben, zunichte. Sie machen es unmöglich, daß der Betrieb wirtschaftlich arbeitet und Gewinne erzielt, die der Gesellschaft zugute kommen.

Die Beseitigung der Mängel durch die Wirtschaftliche Rechnungsführung

Von diesen Gedankengängen ausgehend, hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf seiner 6. Plenartagung nach gründlicher Diskussion den Beschluß gefaßt, alle Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, die Leistungen unserer volkseigenen Wirtschaft den veränderten Bedingungen entsprechend auf neue Grundlagen zu stellen und hierzu das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in unserer Wirtschaft durchzusetzen.

Durch die Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben soll mit der Mißwirtschaft in den Betrieben Schluß gemacht und ermöglicht werden, auf Grund der gesteigerten Arbeitsproduktivität die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen. Durch die Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung wird darüber hinaus die Organisation der Arbeit in den Betrieben verbessert, wodurch eine weitere, gegenwärtig noch gar nicht abschätzbare Steigerung der Arbeitsproduktivität eintreten wird. Hunderttausende Arbeiter, Zehntausende von Ingenieuren und Technikern, die bis jetzt von der Aktivistenbewegung nicht erfaßt sind, werden mit der Verwirklichung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in unseren volkseigenen Betrieben zu Aktivisten und Bestarbeitern werden.

Aber durch die idealste und beste innerbetriebliche Organisation kann die Wirtschaftlichkeit der Betriebe und die Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft nicht erreicht werden, wenn diese Organisation auf den

einzelnen Betrieb beschränkt bleibt, wenn die rhythmische Arbeit des Betriebes durch die unregelmäßigen, stoßweise erfolgenden Materiallieferungen oder verzögerte Zulieferungen der erforderlichen Einzelteile von außen her gestört wird. Die Grundlage der modernen Großindustrie ist die Zusammenarbeit, die weitgehende Verzahnung der Betriebe untereinander. Je mannigfaltiger diese Verbindung der Betriebe miteinander ist, um so leistungsfähiger, um so rationeller ist die Wirtschaft.

Die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben bedeutet, daß die Betriebe sich weitestgehend auf einige wenige Aufgaben konzentrieren und dementsprechend ihre Einrichtungen und Arbeiter spezialisieren. Durch diese Spezialisierung ist nicht nur eine erhöhte Produktion möglich, sondern sie ermöglicht auch eine bedeutende Steigerung der Qualität, weil, wie oben schon gesagt, Spezialmaschinen entwickelt und verwendet werden können und weil die Arbeiter eine größere Praxis und Geschicklichkeit dadurch erreichen, daß sie immer wieder dieselben Arbeitsgänge ausführen. Die Spezialisierung der Betriebe bedeutet notwendigerweise auch eine Selbstkostensenkung und Verbilligung der Produktion, nicht nur, weil durch die Spezialisierung eine hohe Produktivität erreicht wird, sondern auch deshalb, weil diese Spezialisierung eine fortwährende Verbesserung der Konstruktion und eine Rationalisierung des Produktionsprozesses ermöglicht.

Das Chaos der Wirtschaft als Erbe des Faschismus und seine Überwindung

Nach übereinstimmendem Urteil der Exportfachleute gehörte die Vorkriegswirtschaft des monopolkapitalistischen Deutschlands eben deshalb mit zu den konkurrenzfähigsten aller kapitalistischen Länder, weil hier die Spezialisierung der Betriebe und die Arbeitsteilung am weitesten vorangetrieben und am höchsten organisiert war. Dabei muß man berücksichtigen, daß dies eben eine Organisation der Arbeitsteilung unter monopolkapitalistischen Verhältnissen war.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde diese Zusammenarbeit zwischen den Betrieben zum Teil gestört, wodurch die Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben sogar manchmal völlig abrisen. Diese Situation war eine Folge des Chaos, das der Faschismus hinterlassen hat, das selbstverständlich den Zusammenbruch des ganzen wirtschaftlichen Organismus mit sich brachte. Dadurch wurde die Kette der Beziehungen zwischen den Betrieben unterbrochen oder erheblich gestört.

Insbesondere wirkte sich sehr stark die Spaltung Deutschlands durch die anglo-amerikanischen Im-

An Finanzministerium Berlin

finanzpolitische konferenz ministerium der finanzen berlinc111 -

die belegschaft des finanzamts zwickau verpflichtet sich, auf grund des volkshammerbeschlusses verstaerkt den kampf um den frieden und gegen remilitarisierung zu fuehren. wir wollen unsere ganze kraft fuer die aufklaerung der gesamten bevoelkerung, besonders unserer brueder und schwestern in westdeutschland einsetzen und haben hierzu neue korrespondenzzirkel und aufklaerungsgruppen gebildet. weiterhin verpflichten wir uns, die gestellten aufgaben innerhalb unseres fuenfjahrplanes zu erfuellen und ueber zu erfuellen. vorwaerts im kampf um die einheit deutschlands und fuer abschluss eines friedensvertrages.

die belegschaft des finanzamtes zwickau

perialisten aus; denn Deutschland war vor der Spaltung eine wirtschaftliche Einheit, und die Produktion unserer Betriebe war weitgehend auf die Zusammenarbeit mit den Betrieben in Westdeutschland aufgebaut. Dies war eine Folge der historischen Entwicklung, der natürlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Die Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind, daß die längst eingespielte Zusammenarbeit der Betriebe gestört worden ist, sind einem jeden einzelnen von uns sehr wohl bekannt. Es ist eine solche Situation entstanden, daß jeder Betrieb gezwungen war, um die Produktion in Gang zu bringen oder in Gang zu halten, alles, auch die kleinsten Einzelteile bis auf die kleinsten Nieten und Schrauben, manchmal auf eine ganz primitive Art bei sich zu fertigen. Berücksichtigt man hierbei, daß eine ganze Anzahl unserer Betriebe auf Grund ihrer privatkapitalistischen Vergangenheit schon an sich eine so mannigfaltige Nomenklatur hatten, daß man sie treffend als „Betriebswarenhäuser“ bezeichnete, wodurch die Wirtschaftlichkeit leiden mußte, so versteht man, welche negativen Folgen für die rationelle Ausnutzung der Betriebe dies mit sich bringen mußte. Dies war eine der Ursachen unserer Schwierigkeiten bei der Steigerung der Produktion, der Verbesserung der Qualität und Senkung der Selbstkosten.

Diese Tatsache wirkte sich insbesondere in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands noch bedeutend stärker aus durch den oft erwähnten Materialmangel. Die Erfahrung der ersten Jahre zeigt, daß mit den damals noch mehr oder minder vorhandenen Materialien bedeutend mehr hätte erreicht werden können, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, diese Materialien rationeller zu verwenden. Wir wissen, daß damals ein anderer Weg nicht möglich war, weil die Wirtschaft überhaupt in Gang gebracht und der Warenhunger irgendwie befriedigt werden mußte.

Jetzt aber, nach sechs Jahren, sind die Betriebe wieder durch Hunderte von Fäden miteinander verbunden. Die gesellschaftliche Grundlage für eine hohe organisierte Arbeitsteilung ist jetzt durch unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung, durch das Vorhandensein der volkseigenen Wirtschaft, in der das Prinzip der kameradschaftlichen Zusammenarbeit an erster Stelle steht, gegeben. Deswegen muß auch in unserer demokratischen Ordnung die Arbeitsteilung der Wirtschaft eine höhere Organisation erreichen als unter monopolkapitalistischen Verhältnissen, in denen jeder der Feind des anderen ist.

Es gibt heute wieder Großbetriebe, die mit tausend und mehr Zulieferanten arbeiten. Mit der weiteren Entwicklung wird diese Zusammenarbeit unter den Betrieben noch vielseitiger, noch mannigfaltiger werden. Diese Entwicklung wird, wie eben gesagt, durch die Abschaffung der kapitalistischen Anarchie im entscheidenden Teil der Wirtschaft, durch die dominierende Stellung der volkseigenen Wirtschaft in unserem ganzen Wirtschaftsleben und die dadurch ermöglichte planmäßige Lenkung der Volkswirtschaft noch weiter gefördert. Es liegt in unserem eigenen Interesse, diese Entwicklung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bewußt zu unterstützen, ihr alle Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, weil, wie ich schon sagte, dies eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Aufgaben ist und es gestattet, die Rentabilität der einzelnen Betriebe und der ganzen Wirtschaft zu steigern.

Die praktische Notwendigkeit für die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Unterlieferanten veranlaßte bereits einige Großbetriebe, besondere Abteilungen für die Kooperation zu schaffen, die sich überall glänzend bewährt haben. So ist es z. B. in den Thälmann-Werken mit Hilfe der gut funktionierenden

Kooperationsabteilung möglich gewesen, die Arbeit wesentlich zu verbessern. Aus den gleichen Erwägungen hat das Ingenieurkollektiv im Ministerium für Maschinenbau, dessen Schaffung ein Vorbild für die Anwendung neuer Arbeitsmethoden in der Verwaltung ist, im Rahmen seiner außerordentlich wertvollen Arbeit den Kreis der ständigen Zulieferanten für die wichtigsten Positionen des Volkswirtschaftsplanes vom Standpunkt der technischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit festgelegt.

Es gibt aber auch nicht wenige Leute bei uns, die der Meinung sind, daß für die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Betrieben der Volkswirtschaftsplan völlig ausreichend ist. Die Tatsachen zeigen aber, daß trotz planmäßiger Lenkung die Zusammenarbeit gegenwärtig noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Woran liegt das? Der Volkswirtschaftsplan sieht eine planmäßige Zusammenarbeit aller wirtschaftlichen Organisationen vor. Im Volkswirtschaftsplan werden nicht nur die Produktionsaufgaben festgelegt, sondern auch die Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen, die erforderlichen Zulieferungen von einem Betrieb zum anderen Betrieb, wie auch der Absatz der produzierten Erzeugnisse. Der Volkswirtschaftsplan ist somit tatsächlich die Grundlage für die Zusammenarbeit der Betriebe. Für die praktische Verwirklichung dieser Zusammenarbeit kann aber der Volkswirtschaftsplan nicht ausreichend sein. Dies liegt daran, daß der Plan seinem Charakter nach nur als Rahmengesetz gelten kann mit einer Zielsetzung für die Produktionsergebnisse und für die Festlegung der Methode in allgemeinen Zügen, das heißt einer Methode, auf welche Art und Weise diese Produktionsergebnisse erreicht werden sollen. Aber ebensowenig wie der innerbetriebliche Plan die innerbetriebliche Organisation ersetzen oder mit dieser gleichgesetzt werden kann, kann der Volkswirtschaftsplan alle organisatorischen Fragen und Maßnahmen, die mit der Zusammenarbeit der Betriebe im Zusammenhang stehen, lösen oder ersetzen. Die zwischenbetrieblichen Beziehungen sind mit so vielen praktischen Fragen technischer, finanzieller, aber auch versorgungsmäßiger Art verbunden, daß es unmöglich ist, all diese Fälle in dem Plan vorzusehen und von vornherein festzulegen.

Mangelnde Verantwortlichkeit als Ursache schlechter Kapazitätsausnutzung

Die Auffassungen, daß der Volkswirtschaftsplan automatisch die zwischenbetrieblichen Beziehungen in bezug auf die Zulieferungen regeln kann und soll, rühren von einer grundsätzlich falschen und mechanischen Vorstellung vom Wesen und Charakter des Volkswirtschaftsplanes und der Planwirtschaft überhaupt her. Es gibt Menschen, die den Plan wie eine Art Automat betrachten, die glauben, daß es genügt, wenn man die Planaufgabe festlegt, um die Plandurchführung schon als gesichert anzusehen. Mit Recht bezeichnete der größte Theoretiker der Planwirtschaft, Generalissimus Stalin, diese Leute als Menschen, die stets bereit sind, um sich herum eine Denkleere zu verbreiten. Er sagt — wie bekannt — über den Plan:

„Der Produktionsplan ist in Wirklichkeit die lebendige und praktische Tätigkeit von Millionen Menschen. Die Realität unseres Programms, das sind lebendige Menschen, das sind wir alle miteinander, das ist unser Arbeitswille, unsere Bereitschaft, auf neue Art zu arbeiten, unsere Entschlossenheit, den Plan zu erfüllen.“

Daraus ist ersichtlich, daß der Volkswirtschaftsplan an sich erst die Möglichkeit, aber nicht die Realisierung der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Stalin lehrt uns doch, daß man stets streng unterscheiden muß zwischen den Möglichkeiten, die in unserem System

enthalten sind, und der Ausnutzung dieser Möglichkeiten, der Umwandlung dieser Möglichkeiten in die Wirklichkeit.

Wir sehen, daß der Grundcharakter des Planes niemals darin bestehen kann, daß er als Zwangsjacke wirkt und die Selbstinitiative der einzelnen Menschen oder Betriebe erdrückt. Im Gegenteil, die Realisierung des Planes erfordert höchste Selbstinitiative und größtes Verantwortungsgefühl. Alle Schwierigkeiten, die wir bis jetzt bei der Erfüllung unserer Pläne zu verzeichnen hatten, sind im Grunde genommen — wie dies unser stellvertretender Ministerpräsident Rau vor kurzem so treffend gesagt hat — darauf zurückzuführen, daß bei uns noch viele Leiter der Wirtschaft an den Fetisch des Selbstlaufs der Pläne glauben, keinen wirklichen und effektiven Kampf für die Erfüllung der Pläne führen, daß sie nach den Mißerfolgen bei der Erfüllung der ihnen anvertrauten Pläne krampfhaft nach „objektiven Schwierigkeiten“ suchen, um sich herauszureden. Der gegenwärtige Zustand, der viele Unklarheiten in der Zusammenarbeit der Betriebe zuläßt, treibt nur Wasser auf die Mühlen dieser Leute. Ihr liebstes Argument ist der Mangel an Materialien und Rohstoffen oder die ausgebliebenen Zulieferungen. Die Verantwortung ist nicht klar und eindeutig festgelegt. Niemand ist für etwas verantwortlich. Jeder hat seine objektiven Ausreden, und zum Schluß wird der Plan nicht erfüllt.

Die Frage der richtigen Zusammenarbeit der Betriebe ist also nicht nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern sie ist eine entscheidende Voraussetzung der Planerfüllung. Solange wir also in der Frage der Kooperation der Betriebe nicht die richtigen organisatorischen Maßnahmen treffen, solange wir die Verantwortlichkeit nicht eindeutig festlegen, solange wir nicht diejenigen, die die Zusammenarbeit stören, empfindlich bestrafen und alle an einer guten Zusammenarbeit materiell interessieren, wird die Zusammenarbeit der Betriebe statt als Hebel für die Verbesserung und Beschleunigung der Erfüllung des Planes zu einem Hemmschuh der Planerfüllung werden.

Die Analyse der Erfahrungen bei der Planerfüllung in den letzten Jahren bis in die jüngste Vergangenheit zeigt, daß die Behauptung richtig ist, daß wesentliche Schwierigkeiten durch die mangelhafte Zusammenarbeit der Betriebe und durch die Verantwortungslosigkeit in dieser Frage hervorgerufen worden sind.

Greifen wir nun eine Frage heraus: die Frage der Gleichmäßigkeit in der Arbeit der Betriebe! Eine Untersuchung, die in mehr als 100 großen und mittleren Maschinenbaubetrieben in unserer Republik im Monat Juni durchgeführt worden ist, ergibt, daß diese Betriebe in der ersten Dekade des Monats 16% des Monatssolls, in der zweiten Dekade rund 19%, aber in der dritten Dekade 65% ausgeliefert haben, wobei auf die letzten fünf Tage 38% des Monatssolls kommen, d. h., daß mehr als ein Drittel des Monatssolls in den letzten fünf Tagen hergestellt worden ist. In allen anderen Monaten, d. h. im Juli und August, auch in den vorhergehenden Monaten — wie die nachträglichen Untersuchungen zeigen — sieht die Lage ähnlich oder noch schlechter aus.

Wozu führt aber diese ungleichmäßige Erfüllung der Monats- oder Quartalspläne in den Fertigungsbetrieben? Sie führt erstens dazu, daß die Produktionskapazitäten am Anfang des Monats nur ungenügend ausgenutzt werden. Stellen Sie sich vor, was das bedeutet,

wenn der Betrieb in der ersten Dekade nur 16%, in der zweiten Dekade 16 bis 20%, aber in der dritten Dekade mehr als zwei Drittel, bis zu 70% seines Monatssolls erfüllen kann. Das bedeutet, daß unsere Pläne — vorsichtig geschätzt — um mindestens 50 bis 70% zu niedrig liegen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, daß die Arbeiter in diesen Betrieben, um den Plan bis zum Monatsende irgendwie zu erfüllen, in den letzten Tagen nur durch die Anspannung aller Kräfte, durch unwirtschaftliche Ausnutzung der Maschinen und des Materials, durch die Leistung einer großen Anzahl von Überstunden mit ihren Aufgaben fertig werden können.

Zweitens bedeutet dies bezüglich der Steigerung der Arbeitsproduktivität, daß in den ersten beiden Dekaden die Produktivität gering ist, weil nicht genügend Arbeit vorhanden ist, weil die Arbeiter zum Teil herumstehen müssen, keine Möglichkeit und auch keinen Anreiz haben, die volle, mögliche Leistung herzugeben oder gar neue Arbeitsmethoden anzuwenden, um dadurch die Produktivität zu steigern. Auf diese Art und Weise geht ein Teil der bereits erzielten Produktivitätssteigerung verloren, wodurch die Resultate, die durch unsere Aktivisten erreicht werden, nicht in vollem Maße ausgenutzt werden können und bedeutende Mittel für unsere Volkswirtschaft verloren gehen. Die Ursachen dieser Ungleichmäßigkeit in der Arbeit der Betriebe liegen nicht nur in der schlechten innerbetrieblichen Organisation, sondern hauptsächlich in der mangelhaften Zusammenarbeit mit anderen Betrieben. Denn sie sind im wesentlichen hervorgerufen durch die verspäteten Materialzulieferungen und durch die zu spät eintreffenden Zu- und Unterlieferungen.

Verfolgt man diese beiden Ursachen, hauptsächlich die erste Ursache, d. h. die verspäteten Materiallieferungen, weiter, so muß man zu dem Schluß kommen, daß diese verspäteten Materiallieferungen keineswegs oder nur selten auf wirklich objektive Ursachen zurückzuführen sind. Das Material ist in Wirklichkeit fast immer in unserer Republik vorhanden. So ergab z. B. eine Überprüfung in diesem Jahr, daß der Materialbedarf für wichtige Walzwerkerzeugnisse bis Ende des Halbjahres zu 48% des Jahressolls, d. h. zu fast 100% zum Halbjahressoll, abgedeckt war. Auch für die einzelnen Monate des Halbjahres, abgesehen von den ersten Monaten des Jahres, wo durch einige Verzögerungen im Import tatsächlich Stockungen aufgetreten sind, war die Materiallage relativ gut.

Wenn man auf Grund der Klagen der Betriebe über materielle Schwierigkeiten die Planerfüllungsziffern der Walz- und Stahlwerke oder anderer Betriebe der Grundstoffindustrie anschaut, sieht man, daß diese Betriebe keineswegs in ihrer Planerfüllung zurückbleiben, im Gegenteil, daß ihre Pläne, die mengenmäßig mit den Produktionsplänen der Fertigungsindustrie abgestimmt sind, nicht nur erfüllt, sondern sogar erheblich übererfüllt werden. Doch trotzdem klagen die Betriebe über Materialmangel und über verspätete Materialzulieferungen.

Die Überprüfungen, die stichprobenweise von uns vorgenommen worden sind, zeigen, daß diese Fertigungsbetriebe in vielen Fällen tatsächlich recht haben. Die Rohstoffe werden tatsächlich mit Verspätungen angeliefert. Wodurch entsteht dieser scheinbare Widerspruch? Er entsteht dadurch, daß die Materiallieferanten, die Handels- und auch Verteilungsorgane, über

Der Kampf um den Frieden ist das Gebot der Stunde für alle

den tatsächlichen Bedarf der Betriebe nach Mengen und Sortimenten nicht immer und nicht rechtzeitig informiert sind, wodurch Fehlleitungen sowohl in der Produktion als auch in der Verteilung vorkommen. In manchen Betrieben entsteht dadurch eine Reserve, während andere Betriebe Not leiden müssen.

Ebenso ist es mit den Zu- und Unterlieferanten. Die verspätete Anlieferung der Bestellungen liegt aber keineswegs daran, daß die Betriebe, gegen die die Klagen gerichtet sind, ihre Planaufgabe nicht erfüllen. Nein, sie erfüllen ihre Pläne, und zum Teil übererfüllen sie sie sogar. Trotzdem klagen die Bestellerbetriebe, die auf diese Zu- und Unterlieferungen angewiesen sind, daß diese oft zu spät, oft in den allerletzten Tagen, bei ihnen eintreffen.

Eine Kontrolle zeigt, daß sie auch in dieser Beziehung in den meisten Fällen recht haben. Wodurch entsteht dann aber die Planerfüllung bei den Unterlieferanten, obwohl die bestellten Unterlieferungen nicht rechtzeitig fertiggestellt worden sind? Diese Planerfüllungen entstehen dadurch, daß diese Betriebe mechanisch ohne Rücksicht auf den momentan bestehenden Bedarf an die Erfüllung der ihnen im Plan gestellten Auflagen herangehen, zweitrangige Bestellungen zuerst ausführen oder sogar auf Lager arbeiten, wodurch ein Warenstau entsteht, weil Waren produziert werden, die im Augenblick nicht absetzbar sind. Das bedeutet also, daß große Mengen von Engpaßmaterialien für den jetzigen Moment zwecklos vergeudet werden und daß bedeutende finanzielle Mittel festliegen und der Volkswirtschaft entzogen werden.

Wie soll aber unter diesen Umständen die Rentabilität unserer Wirtschaft gesteigert werden? Wie sollen wir die vor uns stehenden großen Aufgaben lösen? Es gibt auch noch eine andere Seite der Unzulänglichkeit der Zusammenarbeit der Betriebe untereinander, die durch die mechanische, formale Erfüllung der Pläne und durch die ungenügende Entfaltung der Eigeninitiative in der Zusammenarbeit entsteht. Nur ein Beispiel! Die Gießerei- und Schmiedebetriebe bekommen ihren Plan — wie bekannt — mengenmäßig in Tonnen ausgedrückt; d. h. sie erfüllen ihren Plan dann, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Tonnen abgießen oder abschmieden und an ihre Besteller ausliefern. Die Folge davon ist, daß diese Betriebe, um ihren Plan schnell und ohne Kopfschmerzen zu erfüllen, die Guß- und Schmiedestücke mit Rohgewichten, die bis zu 40 bis 70% über den in den Zeichnungen vorgeschriebenen Gewichten liegen, ausliefern!

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß diese Betriebe unverantwortlicherweise Material vergeuden, weil sie ohne irgendwelche technischen Notwendigkeiten die Zusatzgewichte überaus hochhalten, wodurch die Besteller, die nach Tonnen bezahlen müssen, erstens finanziell geschädigt werden, zweitens die Zerspannungskapazitäten unzulässigerweise, mehr als dies normalerweise erforderlich wäre, belastet werden. Hierdurch wird insbesondere bei großen Werkstücken, wo an sich schon Kapazitätseingänge in der Produktion bestehen, weil nur wenige Maschinen für die Bearbeitung solcher großen Werkstücke vorhanden sind, der ganze Produktionsablauf gestört.

Die erforderliche Neuregelung der zwischenbetrieblichen Beziehungen

Was muß geschehen, um alle diese Mißstände abzu-schaffen, um das rhythmische Arbeiten der Betriebe zu sichern, das als erste Voraussetzung der Wirtschaftlichkeit eines Betriebes angesehen werden muß, um den Warenstau zu verhindern und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu garantieren?

Offensichtlich muß die Zusammenarbeit der Betriebe auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden, und zwar auf eine solche Grundlage, wodurch:

1. die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes unter allen Umständen garantiert wird;
2. der gegenwärtige Zustand der Verantwortungslosigkeit in den zwischenbetrieblichen Beziehungen beseitigt wird, so daß die Möglichkeit besteht, diejenigen, die durch Vernachlässigung ihrer Lieferpflichten gegenüber anderen Betrieben den Volkswirtschaftsplan gefährden, einwandfrei festzustellen;
3. die besten Voraussetzungen für die Entfaltung der Eigeninitiative der Betriebe geschaffen werden;
4. die Rentabilität der Betriebe möglich wird.

Eine solche rechtliche Grundlage ist der Vertrag, den ein jeder Betrieb mit dem Besteller, der von ihm seine Ware abnimmt, mit seinen Materiallieferanten und mit den Lieferbetrieben der erforderlichen Zulieferungen, abschließt.

Dieser Vertrag muß alle Lieferbedingungen, vor allem aber den genauen Liefertermin enthalten, wobei dieser Liefertermin unter allen Umständen den in dem Volkswirtschaftsplan vorgeschriebenen Terminen entsprechen muß. Außerdem müssen selbstverständlich im Vertrag die technischen und Qualitätsbedingungen und die Fragen der Materialversorgung und ähnliches geregelt werden.

Ein unerläßlicher Bestandteil dieser Verträge muß die Festlegung der finanziellen Verantwortlichkeit für die Verletzung der Vertragsbedingungen sein, weil hierdurch die Vertragspartner an der genauen Einhal-

tung der Vertragsbedingungen materiell interessiert werden. Deshalb kommt der Konventionalstrafe im ganzen Vertragssystem eine besondere und wichtige Bedeutung zu. Dieses Vertragssystem unterscheidet sich grundsätzlich von dem Vertragssystem, welches unter kapitalistischen Verhältnissen üblich ist, weil dem Verträge, den die volkseigenen Betriebe oder Wirtschaftsorganisationen untereinander abschließen, die Hauptaufgabe, den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen, zugrunde liegt. Den Verträgen, die die Privatkapitalisten untereinander abschließen, liegen die Profitinteressen, der Schutz der materiellen Interessen der einzelnen Privatkapitalisten zugrunde. Diesem Unterschied entsprechend ist auch die Konventionalstrafe verschieden zu bewerten. Der Sinn der Konventionalstrafe in unseren Verträgen besteht nicht darin, den finanziellen Schaden des Bestellerbetriebes zu ersetzen, sondern darin, daß die Betriebe auch durch diese Strafe gezwungen werden, mit dem nötigen Verantwortungsgefühl an die Erfüllung nicht nur ihrer eigenen Pläne, sondern auch an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen andere Betriebe und somit des gesamten Volkswirtschaftsplanes heranzugehen.

Nicht selten liegt auch der Fall so, daß die verspäteten Zulieferungen dadurch entstehen, daß der Unterlieferant solche Aufträge vorzieht, die für ihn finanziell günstiger oder produktionstechnisch bequemer sind, andere Verträge aber, die für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes von großer Bedeutung sind, nur ungern annimmt und immer wieder zurückstellt. Durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems mit Konventionalstrafen sollen diese verantwortungslosen Lieferanten in eine solche Lage versetzt werden, daß für sie die Zurückstellung der Lieferungen in jedem Falle finanziell ungünstig wird. Durch den empfindlichen finanziellen Verlust, den sie durch die Nicht-

erfüllung der Verträge erleiden, werden sie gezwungen, mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein an die Erledigung ihrer Teilaufgaben im Rahmen des gesamten Volkswirtschaftsplans heranzugehen. Sie werden sich dann nicht nachträglich mit „objektiven Schwierigkeiten“ herausreden, sondern alles daransetzen, um sogar die tatsächlich vorhandenen objektiven Schwierigkeiten zu überwinden und Ausweidlösungen zu finden. Deshalb muß grundsätzlich festgelegt werden, daß die Konventionalstrafen, die in den Verträgen vorgesehen werden, vom Besteller, der die allgemeine Situation nicht immer übersehen kann, nicht erlassen werden können. Das bedeutet, daß für den Besteller der Zwang ausgesprochen wird, auf die Bezahlung der Konventionalstrafen in jedem Falle zu bestehen und sie auch einzutreiben.

In einem Sektor unserer Wirtschaft ist bereits das Vertragssystem mit Konventionalstrafen eingeführt. Die Erfahrungen, die bereits gesammelt worden sind, zeigen erstens, daß viele Betriebe sich weigern, Verträge abzuschließen, weil der bisherige Zustand, wo sie für nichts verantwortlich waren und Unterlieferungen sozusagen aus Freundlichkeit angenommen hatten, bequemer und einfacher war. Das sind die Leute, die durch ihren Betriebsegoismus verblendet sind, die es noch immer nicht begriffen haben, daß in unseren volkseigenen Betrieben die Methoden der Leitung grundsätzlich andere sein müssen als in den kapitalistischen Betrieben, wo ein jeder nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, auch wenn der Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit erreicht wird. Das sind solche Leute, die in Worten, sozusagen theoretisch, das Prinzip der Planung anerkennen, aber in der Tat aus Unverständnis, manchmal aber auch aus anderen Gründen, die Planwirtschaft stören. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese Leute sich entweder rasch umstellen müssen, oder aber aus den Betriebsleitungen

oder Leitungen der Wirtschaftsorganisationen verschwinden müssen; denn ihr Eifer und ihre Aktivität verursachen mehr Schaden als Nutzen.

Wir haben zweitens die Erfahrung gemacht, daß z. B. die DHZ Metallurgie ihren Organen in Mecklenburg untersagt hat, Verträge abzuschließen, weil sie angeblich nicht wissen, was die Walzwerke liefern werden. Dieses Verhalten der DHZ Metallurgie zeigt nur, daß die Verantwortlichen in vielen unserer Handelsorganisationen noch immer nicht begriffen haben, daß ihre Aufgabe nicht im mechanischen Verteilen, sondern im Handeln im kaufmännischen Sinne liegt. Auf diese Leute bei uns passen die Worte Stalins auf dem XVII. Parteitag der Bolschewiki. Er sagte:

„Man mußte ferner die ungesunden Gewohnheiten der Handelsfunktionäre, die Waren mechanisch zu verteilen, überwinden, die Geringschätzung der Erfordernisse des Assortiments und der Anforderungen des Verbrauchers ausmerzen, dem mechanischen Versand der Waren, dem Fehlen der persönlichen Verantwortung im Handel ein Ende machen.“
(Stalin: Fragen des Leninismus. Ausg. 1947, S. 560.)

Drittens haben wir die Erfahrung gemacht, daß fast alle, die wegen ihrer säumigen Lieferung mit Konventionalstrafen belegt worden sind, es für ihre Pflicht halten, gegen diese Konventionalstrafen auf alle Fälle Einspruch zu erheben, wobei diese Einsprüche manchmal dicke Bände ausmachen. Wenn die gleichen Leute sich ebensoviel Mühe bei der Erfüllung ihrer Lieferverpflichtungen wie bei der Verfassung ihrer Einsprüche gemacht hätten, dann wäre in den meisten Fällen die Verhängung der Konventionalstrafe gar nicht erforderlich gewesen; denn dann wären die Lieferungen rechtzeitig erfolgt.

Neben diesen negativen Erscheinungen zeigen aber die Erfahrungen, wie groß die positive Rolle des Ver-

deutsche notenbank berlin
z.z. finanzpolitische konferenz
finanzministerium berlin

an die teilnehmer der finanzpolitischen konferenz,
'berlin'

wir begrüessen die vorschlaege unseres ministerpraesidenten otto grotewohl und fordern mit allem nachdruck die einberufung einer gesamtdeutschen beratung der vertreter ost- und west-deutschlands. der aufruf 'an alle deutschen' und der appell an den bundestag duerfen nicht wieder umsonst sein.

diese von ernster sorge um den frieden fuer unser volk getragene mahnung muss endlich alle friedliebenden deutschen zusammenfuehren.

wir sind uns dessen bewusst, dass der ernst der situation von jedem verantwortungsbewussten deutschen den einsatz des ganzen menschen verlangt. wir bekennen uns daher zu deutschland und zum frieden und werden den weg beschreiten, den uns otto grotewohl in der regierungserklaerung vom 15.9.51 aufgezeigt hat.

belegschaft der deutschen notenbank weimar

tragssysteme für die Verbesserung der Arbeit innerhalb der einzelnen Betriebe ist, da die Verträge nicht nur das Verantwortungsgefühl der Betriebe als solche, sondern die persönliche Verantwortung der einzelnen Mitarbeiter innerhalb des Betriebes stärken.

Wir haben solche Erfahrungen gemacht: In einem unserer Großbetriebe lehnte der kaufmännische Direktor es ab, den Vertrag allein zu unterschreiben und somit die Verantwortung für die etwaige Bezahlung der Konventionalstrafe allein zu tragen. Er war der Meinung, daß die Termine im wesentlichen von der Fertigung abhängen und der technische Direktor, dem die Fertigung untersteht, nicht abseits stehen könne. Die Folge der Diskussion war, daß eine genaue Fertigungsgraphik und ein Durchlaufplan erarbeitet wurden und die einzelnen Werkstattleiter sich unterschriftlich verpflichteten, ihre Termine genau einzuhalten. Auf diese Art und Weise ging man in diesem Betrieb von der allgemeinen Agitation über die Notwendigkeit der persönlichen Verantwortung zur praktischen Verwirklichung über.

Die zweite, von uns gemachte Erfahrung positiver Art zeigte, daß, während es bis jetzt in vielen Fällen die Bestellbetriebe oft sehr gut verstanden haben, zu ihrer eigenen Entschuldigung die ganze Schuld auf den Lieferanten zu schieben, obwohl sie selbst ihren Verpflichtungen sowohl finanzieller Art als auch bezüglich der Lieferung der Vormaterialien nicht termingemäß nachgekommen sind, diese Situation durch den Abschluß der Verträge geändert wird, da der Vertrag die gegenseitigen Verpflichtungen festgelegt hat.

Erst vor kurzem mußte ein Großbetrieb, der seine Liefererverpflichtungen gegenüber seinem Unterlieferanten verletzt hatte, sowohl seinem Unterlieferanten als auch seinem Besteller die Konventionalstrafe bezahlen. Ich glaube, dieser Betrieb wird sich in Zukunft schwer hüten, seine eigenen Unterlieferanten sitzen zu lassen.

Es ist klar, daß bei der Durchsetzung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und der damit eng verbundenen Einführung des allgemeinen Vertragssystems noch verschiedene Widerstände überwunden werden müssen, die im wesentlichen in dem Überbleibsel des kapitalistischen Bewußtseins in den Köpfen unserer Betriebs- und Wirtschaftsleiter in der volkseigenen Wirtschaft ihre Wurzeln haben. Es ist ebenso klar, daß dieses Bewußtsein nicht mit irgendwelchen Verordnungen plötzlich abgeschafft werden kann, sondern daß hierfür eine bestimmte Zeit erforderlich ist. Da aber die Wirtschaftliche Rechnungsführung das entscheidende Kettenglied für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung darstellt, muß unsere ganze Aufmerksamkeit, unsere ganze Aktivität darauf konzentriert werden, daß trotz aller Widerstände, trotz aller Hemmungen sich diese Grundgedanken durchsetzen und daß die Wirtschaftliche Rechnungsführung und das allgemeine Vertragssystem spätestens im Jahr 1952 in unseren Betrieben eingeführt und konsequent verwirklicht wird.

Im Interesse der beschleunigten Einführung des allgemeinen Vertragssystems erscheint es zweckmäßig, daß man mit der Verpflichtung, Verträge abzuschließen, von der Absatzseite und nicht von der Versorgungsseite her beginnen muß. Wir sind deshalb der Meinung, daß ein jeder Betrieb mit der Produktion erst dann beginnen darf, wenn er den Absatz mit Hilfe eines Vertrages gesichert hat. Durch eine solche Vorschrift wird es in erster Linie erreicht, daß ein jeder Betriebsleiter ernsthaft und nicht formal an seine Planaufgaben herangeht.

Bis jetzt war es doch so, daß viele Betriebsleiter die für sie im Plan vorgesehenen Produktionsziele nicht

als wirtschaftliche Aufgaben angesehen haben, die im Zusammenhang und vernünftig gelöst werden müssen, sondern als Auflage, die sie formal-bürokratisch erledigen konnten. Ich erinnere als Illustration an das Beispiel der Gießerei- und Schmiedebetriebe wie auch an die jedem sattem bekannten Fälle der willkürlichen Verletzung der Sortimentsansprüche der Verbraucher.

Dadurch, daß der Betriebsleiter im volkseigenen Betrieb sofort nachdem er seinen Plan mit der Produktionsauflage erhalten hat, gezwungen sein wird, sich mit dem Verbraucher seiner Waren in Verbindung zu setzen, um mit diesem einen Vertrag abzuschließen, wird die Initiative und Verantwortlichkeit der Leiter der Industriebetriebe erheblich gestärkt und die Plandisziplin gefestigt; denn der Betriebsleiter wird bestrebt sein müssen, so schnell wie möglich die Verträge über den Absatz seiner Produktion abzuschließen, um die Produktion in Gang zu bringen.

Durch den rechtzeitigen Abschluß der Absatzverträge wird die Frage der Sortimente und Qualitäten richtig gelöst sein, und die Verbraucher werden diejenigen Waren bekommen, die sie tatsächlich brauchen, und zu der Zeit, in der sie sie brauchen. Wenn man dies an dem Beispiel der Massengebrauchsgüter betrachtet, heißt es, daß der Zustand aufhören wird, daß im Winter Sommersachen und umgekehrt im Sommer nur Wintersachen zu kaufen sind, und wenn jemand Kinderschuhe braucht, er sie nicht kaufen kann, weil die Betriebsleiter die Planerfüllung nach ihrem Gutdünken auslegten und in dieser Periode nur Damen- oder Herrenschuhe fabrizierten.

Selbstverständlich kann eine solche Bestimmung, d.h. daß man mit der Produktion vor Abschluß der Verträge nicht beginnen soll, nicht auf bestimmte Betriebe der Grundstoffindustrie, bei denen ein Warenstau im System unserer Wirtschaftsplanung unter fortschreitender Entwicklung natürlicherweise nicht auftreten kann, angewandt werden. Darüber hinaus muß für Ausnahmefälle, die im voraus nicht berücksichtigt werden können, dem zuständigen Minister die Möglichkeit gegeben werden, durch eine schriftliche Genehmigung die Aufnahme der Produktion ohne Lieferverträge zu erteilen. Durch eine solche Regelung, d.h. durch die Vorschrift, daß der Absatz vor Beginn der Produktion schon gesichert werden muß, wird nicht nur ein Warenstau verhindert, sondern hierdurch wird es auch möglich sein, gegen eine zur Zeit noch oft verbreitete üble Erscheinung in unserer Wirtschaft anzukämpfen.

Es gibt bei uns noch genügend Betriebsleiter in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, die verantwortungslos genug sind, Engpaßmaterialien und Rohstoffe im Überfluß anzufordern und sich Reserven anzulegen, wodurch anderen Betrieben, die diese Engpaßmaterialien dringend für wichtige Aufgaben benötigen, diese Materialien nicht zur Verfügung gestellt werden können und so ernsthafte Schwierigkeiten für die ganze Volkswirtschaft entstehen. Erst vor kurzem haben wir bei einer Kontrolle feststellen müssen, daß die Materialversorgungsstelle eines unserer Großbetriebe 1500 t Grobbleche unter dem Vorwand, diese für einen wichtigen Auftrag zu benötigen, bestellt hat, obwohl festgestellt worden ist, daß dieser Auftrag schon längst — noch im Mai — erledigt worden war, und dies zu gleicher Zeit, wo andere Betriebe, die wichtige Investitionsvorhaben unserer Republik im Rahmen des Fünfjahrplans erledigen müssen, diese Bleche dringend benötigen.

In einem anderen Fall wurde durch die Kontrolle festgestellt, daß ein Unternehmen, durch Irreführung der Regierungsorgane, sich mit bestimmten Erzeugnissen, darunter solchen aus Buntmetall, ein Lager an-

gelegt hat, das den Bedarf dieses Unternehmens für die nächsten fünf Jahre decken kann.

Es ist selbstverständlich, daß es unmöglich ist, einen Kontrollapparat aufzubauen, der hinter alle Schliche dieser verantwortungslosen Betriebsleiter kommt und diese entlarvt. Nebenbei gesagt, sind diese auf solche schädlichen Machinationen und die Sabotage gegen unseren Aufbau auch noch stolz und betrachten sich als besonders tüchtig, weil es ihnen gelungen ist, die zuständigen Stellen irrezuführen und sich Material zusätzlich für spätere Zeiten, sozusagen als Notreserve, anzulegen.

Durch die Verpflichtung, vor Beginn der Produktion die Absatzverträge abzuschließen und durch die Praxis, daß nur auf Grund solcher Absatzverträge Materialien zur Verfügung gestellt werden (abgesehen von einer gesetzlich festgelegten planmäßigen Materialreserve), werden solche — wie eben geschildert — schädlichen Machenschaften von vornherein ausgeschlossen. Durch eine zweckmäßigere Verteilung der Engpaßmaterialien werden somit manche bis jetzt vorhandenen Hemmungen in der Planerfüllung beseitigt. Auch die Banken werden selbstverständlich die erforderlichen Kredite erst nach Vorlage der Verträge zur Verfügung stellen.

Durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems könnte aber eine Hemmung beim Anlauf der Planerfüllung dadurch auftreten, daß die Verträge zu spät abgeschlossen werden oder dadurch, daß einer der Vertragspartner sich weigert, den Vertrag abzuschließen, obwohl er auf Grund seiner Planaufgabe hierzu verpflichtet ist. Deshalb muß festgelegt werden, daß für den Abschluß der Lieferverträge die Leiter der jeweils beteiligten Organisationen, d. h. nicht nur die Betriebsleiter der produzierenden Betriebe, sondern auch die Leiter der jeweiligen Verbraucherbetriebe bzw. Handelsorgane wie DHZ, HO, Konsum und andere verantwortlich sind. Unterläßt oder verweigert eine für den Vertragsabschluß hiernach verantwortliche Person den Abschluß eines Liefervertrages oder verzögert sie ihn schuldhaft, so ist dies als Verletzung der Plandisziplin und als unwirtschaftliches Verhalten gemäß den geltenden Strafbestimmungen zu verfolgen. Die Verträge müssen unverzüglich, aber nicht später als innerhalb eines Monats nach Bekanntwerden der Planaufgabe des Volkswirtschaftsplanes abgeschlossen werden.

Gegenwärtig ist es noch oft der Fall, daß Betriebe Bestellungen für ihre Planaufgaben nicht für das ganze

Jahr erteilen, obwohl ihnen diese Planaufgaben wohl seit Anfang des Jahres bekannt sind, sondern in der Mitte oder zum Ende des Jahres, wo der Lieferantenbetrieb sich bereits mit anderweitigen Bestellungen eingedeckt hat und es ihm kaum oder überhaupt nicht möglich ist, auch wichtige Unterlieferungen aufzunehmen, ohne daß er andere Besteller, die ihre Bestellungen bereits vorher getätigt haben, zurückstellt. Solche Fälle gibt es zu Hunderten. Hierdurch wird aber das planmäßige Arbeiten der Betriebe und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes als Ganzes gestört. Deshalb müssen die Betriebe und Handelsorgane verpflichtet werden, für ihren Bedarf für das ganze Jahr die Verträge rechtzeitig abzuschließen. Über Lieferungen, die sich aus nachträglichen zusätzlichen Planaufgaben ergeben, müssen die Lieferverträge unverzüglich nach Bekanntgabe der Planänderungen abgeschlossen werden.

Bei der Vielfältigkeit der Verträge und der Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen könnte der rechtzeitige Abschluß der Verträge dadurch verzögert werden, daß über die Lieferbedingungen, die im Vertrag festgelegt werden müssen, langwierige Streitigkeiten geführt werden, wobei nicht die Bedürfnisse der Volkswirtschaft, sondern die Bequemlichkeit eines der Vertragspartner die Hauptrolle spielt. Die Ministerien der Republik werden deshalb für solche Waren, für die die ihren Ministerien unterstellten Betriebe als Hauptproduzenten auftreten, nach entsprechender Vereinbarung mit dem Fachministerium, dessen untergeordnete Organe als Hauptverbraucher für diese Waren in Erscheinung treten, allgemeine Lieferbedingungen und Musterverträge ausarbeiten, die sowohl für den Lieferanten als auch für den Verbraucher verbindlich sind und die ohne beiderseitige Zustimmung der zuständigen Ministerien nicht abgeändert werden dürfen.

Von den Betrieben wird oft der Einwand erhoben, daß, wenn die Vertragspflicht auch auf kleinste und unwesentliche Bestellungen ausgedehnt wird, die Anzahl der abzuschließenden Verträge sehr groß wird und deshalb die Vergrößerung des Verwaltungsapparates in den Betrieben erforderlich macht. Um dies zu vermeiden, soll es gestattet werden, für solche Kleinstbestellungen an Stelle der Verträge briefliche Vereinbarungen auf Grund der allgemeinen Lieferbedingungen zu treffen, die ihrem Rechtscharakter nach den Verträgen gleichgesetzt werden.

Die Bedeutung der Konventionalstrafen und die Staatliche Arbitrage

Ich sprach schon vorhin von der besonderen Bedeutung, die im ganzen System der Verträge den Vertragsstrafen beigemessen werden muß. Die Bestimmungen über die Verantwortung bei Vertragsverletzungen müssen ausdrücklich die Verantwortung für die Schadenersatzpflicht festlegen, die durch die Vertragsverletzung in Bezug auf Lieferfrist, technische Bedingungen, Sortiments- oder Qualitätsbestimmungen und — was für unsere Verhältnisse außerordentlich wichtig ist — bei nichtkomplettierten Lieferungen entsteht. Aber ungeachtet der Schadenersatzpflicht muß in den Vertrag ein Punkt über die Bezahlung von Konventionalstrafen aufgenommen werden, wobei, um diese Strafe genügend fühlbar zu machen, die Konventionalstrafe nicht unter 5% des Vertrags- oder Teillieferwertes, bei dem die Vertragsverletzung erfolgt ist, liegen muß. Bei Vertragsverletzungen, die eine ernsthafte Gefährdung der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes nach sich ziehen, oder auch bei systematischem Zahlungsverzug

muß die Möglichkeit einer Erhöhung der Konventionalstrafe durch die Organe der Staatlichen Arbitrage vorgesehen werden.

Weil die Hauptaufgabe, die durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems gestellt wird, darin besteht, den Volkswirtschaftsplan unter allen Umständen zu erfüllen, müssen die Verantwortlichen für die Störungen bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes entsprechend bestraft werden. Deshalb darf es, wie bereits gesagt, nicht gestattet werden, daß die Vertragspartner auf Grund gegenseitiger Verabredung sich Amnestie für alle ihre Sünden erteilen und auf die Konventionalstrafe verzichten. Sollte die Notwendigkeit bestehen, die fälligen Konventionalstrafen zu streichen, weil den Lieferanten oder auch den Besteller tatsächlich keine Schuld trifft, so wird die Staatliche Arbitrage nach gründlicher Prüfung die notwendigen Entscheidungen treffen und von der Zahlung der Konventionalstrafe befreien.

Die Konventionalstrafen müssen in den Bilanzen gesondert als solche ausgewiesen werden. Hierdurch soll verhindert werden, daß diese Konventionalstrafen als allgemeine Betriebsunkosten gebucht und über die Preise auf den Verbraucher umgelegt werden und dadurch die schlechte Arbeit des Betriebes verschleiert wird. Wir wollen wissen, welcher Betrieb an der Planerfüllung mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein nach bestem Wissen und Gewissen arbeitet und wer diejenigen sind, die schöne Worte reden, aber tatsächlich nicht an eine ernsthafte Arbeit denken. Die Summe der bezahlten Konventionalstrafen wird die wirklichen Schuldigen an das Tageslicht zerren. So übernimmt die Konventionalstrafe auch die Rolle der Kontrolle der Wirtschaft durch die Mark.

Selbstverständlich ist es, daß die Bezahlung der Konventionalstrafe den Lieferanten von der Erfüllung des Vertrages und von der Pflicht der Ersatzlieferung nicht befreit. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die Verträge, die auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes abgeschlossen worden sind, nicht ohne Zustimmung der Regierung und nicht ohne beiderseitiges Einverständnis annulliert oder geändert werden dürfen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß durch die Einführung des allgemeinen Vertragssystems sowohl im Verlaufe der Vertragsverhandlungen als auch im Verlaufe der Vertragsdurchführung eine Reihe von Streitigkeiten entstehen werden, die von den Vertragspartnern in ihren Verhandlungen nicht entschieden werden können. Für die Schlichtung dieser Streitfragen soll das System der Staatlichen Arbitrage geschaffen werden. Die Hauptaufgabe der Staatlichen Arbitrage besteht darin, dafür zu sorgen, daß in den gegenseitigen Beziehungen der volkseigenen Betriebe sowie der ihnen gleichgestellten Betriebe die Gesetze und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik streng befolgt und die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Grundsätze der Wirtschaftspolitik von ihnen verwirklicht werden. Das Ziel der Tätigkeit der Staatlichen Arbitrage besteht darin, die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu sichern und die auftretenden objektiven Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Planes der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik oder den zuständigen Regierungsstellen rechtzeitig zu signalisieren. Aus dieser Aufgabenstellung geht hervor, daß, obwohl die Staatliche Arbitrage Funktionen eines Wirtschaftsschiedsgerichtes ausüben wird, sie doch ihrem Wesen nach nicht mit einem Wirtschaftsschiedsgericht gleichgestellt werden kann; denn ihre Aufgaben sind bedeutend verantwortlicher, weitgehender und umfangreicher.

Entsprechend ihrer Bedeutung soll die zentrale Staatliche Arbitrage bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gebildet und dem Ministerrat un-

mittelbar unterstellt werden. Diese zentrale Staatliche Arbitrage soll nur solche Streitfälle entscheiden, die zwischen Betrieben verschiedener Ministerien bzw. Verwaltungen auftreten, und auch diese nur dann, wenn der Wert des Streitobjektes eine bestimmte Summe übersteigt. Sie muß selbstverständlich berechtigt sein, nach ihrem eigenen Ermessen auch andere Streitfragen an sich zu ziehen, unabhängig von der Summe, der Größe des Betriebes, auch dann, wenn die Streitigkeiten zwischen Betrieben ein und desselben Ministeriums entstanden sind, wenn dieser Streit von grundsätzlicher Bedeutung ist oder aber wesentlich die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes beeinflusst.

Für kleinere Streitobjekte sollen bei den Regierungen der Länder der Deutschen Demokratischen Republik Landesarbitragestellen geschaffen werden. Diese Landesarbitragestellen werden alle Streitfragen, die zwischen zwei verschiedenen Ministerien oder Verwaltungen unterstellten volkseigenen oder ihnen gleichgestellten Betrieben, die in diesem Lande ihren Sitz haben, entstehen, klären, selbstverständlich auch dann, wenn diese Betriebe zentral den Ministerien der Deutschen Demokratischen Republik unterstellt sind. Für solche Fälle, wo Liefer- und Bestellerbetrieb ihren Sitz in verschiedenen Ländern haben, muß eine Regelung dahin getroffen werden, daß für die Entscheidung von Streitfragen die Landesarbitragestelle des Landes zuständig ist, in welchem die umstrittene Leistung zu erfüllen ist.

Für Streitigkeiten, die zwischen zwei Betrieben ein und desselben Ministeriums entstanden sind, werden Arbitragestellen bei den Fachministerien und Staatssekretariaten der Deutschen Demokratischen Republik, denen Organisationen der volkseigenen Wirtschaft unterstehen, geschaffen.

Die Organe der Staatlichen Arbitrage müssen verpflichtet werden, alle festgestellten Mängel in der Einhaltung der Plan- und Vertragsdisziplin sowie die Wahrnehmung von Mängeln in der Arbeit der wirtschaftlichen Organe den zuständigen Ministerien oder Verwaltungen sofort mitzuteilen.

Das allgemeine Vertragssystem, dessen Notwendigkeit ich in meinen Ausführungen zu beweisen versucht habe und dessen wichtigste Grundsätze von mir dargelegt worden sind, stellt, wie Molotow in einer seiner Reden sagte, die beste Verbindung zwischen der Erfüllung der Planaufgaben und den Notwendigkeiten der Praxis dar und ist eine unumgängliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Verwirklichen wir aber das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung in unserer Wirtschaft, dann kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir unsere Volkswirtschaft auf eine neue, höhere Ebene stellen und daß wir unseren Fünfjahrplan erfüllen werden. (Beifall.)

Die Finanzierung der Umlaufmittel, die Kreditkontrolle und das Bankenkassas durch die Deutsche Notenbank in der volkseigenen Wirtschaft.

Notenbankpräsident Greta Kuckhoff: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Unser Ministerpräsident hat gestern gleich zu Beginn seines Referats mit allem Ernst die Forderung erhoben, daß wir immer mehr unsere Arbeit genauestens überprüfen, um festzustellen, in welchen Punkten sie verbessert werden kann. Ich denke, das trifft ganz besonders zu für unsere Deutsche Notenbank, die jetzt in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintritt und deswegen besonders ernsthaft an die Überprüfung ihrer Arbeit herangehen muß.

Bereits auf der 6. Plenartagung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde festgestellt, daß die Banken ihre Kontrolle der Wirtschaft nicht in genügender Weise durchgeführt haben. Wir haben das keineswegs nur als eine Kritik an unserer fachlichen Arbeit aufgefaßt, sondern ganz besonders an unserer politischen Arbeit. Herr Staatssekretär Rumpf hat diese Kritik in seinem Referat noch einmal unterstrichen und an Beispielen nachgewiesen, daß die unserer Bank übertragene Kontrollfunktion zu formal

aufgefaßt wurde. Das prinzipiell Neue ist noch nicht in seiner wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedeutung von allen Mitarbeitern begriffen worden. Es fehlt heute noch an einer ausreichenden wissenschaftlich gründlichen Durcharbeitung und auf der anderen Seite an der Bemühung, das Verständnis aller fortschrittlichen Mitarbeiter der Bank zu wecken. Die Bank ist bisher nicht das Instrument zur Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung geworden, zu dem sie jetzt werden muß. Sie hat nicht in ausreichendem Maße das Fundament dieser Ordnung, die volkseigene Wirtschaft, gefestigt und entwickelt. Sie hat also nicht genügend dazu beigetragen, die Forderung unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht zu erfüllen, die er zu Beginn der Kampagne für die Volksbefragung aufstellte: auf Friedenswacht zu stehen, indem wir jeden Deutschen, auch in Westdeutschland, davon überzeugen, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik nach einem vorbildlichen Plan arbeiten. Gewiß, die Bank produziert keine Güter, sie bewegt keine Ware. Und doch kann sie ein mächtiges Werkzeug sein, das durch das System ihrer Maßnahmen die Produktion der Güter und die Bewegung der Ware kontrolliert, beschleunigt und verbessert.

Welches ist die Grundlage dieser neuen Funktion? In der Sowjetunion ist während der Arbeit am ersten Fünfjahrplan ein sehr ernster Kampf ausgetragen worden, um die Rolle, die das Wertgesetz in der sozialistischen Wirtschaft spielt, ganz klar herauszuarbeiten. Stalin selbst hat 1934 das Don-Quichotte-Geschwätz scharf gezeißelt, als könne der Staat die Erzeugnisse von Industrie und Landwirtschaft „verteilen“, als würde das Geld bald abgeschafft. Die Sowjetunion hat vielmehr ein großartiges, in sich auf das feinste verzahntes System aufgebaut, um das Geld als Werkzeug der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft zu benutzen und mit Hilfe des Geldes die Kontrolle der gesamten Industrie und des Handels zu verwirklichen. Die bedeutsame Rolle, die in einer geplanten Wirtschaft gerade der Kontrolle zukommt, ist uns allen bekannt. Sie ist auch in der Sowjetunion sehr frühzeitig unterstrichen worden. Es heißt dort in einer Ausführung bereits auf dem 16. Parteitag der KPdSU (B):

„Wenn der Plan nicht mit der Durchführungskontrolle in Verbindung steht, wird er zu einem Fetzen Papier, zu einer Null.“

Wir haben es an sich gut. Uns steht der reiche Schatz der sowjetischen Erfahrungen, die im Kampf um die Durchführung vieler großer Pläne gewonnen wurden,

zur Verfügung. Unsere Aufgabe ist es nun, die nächsten Schritte in der Festigung und Entwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft als der Grundlage unserer Planung festzulegen. Danach sind von uns, von Seiten der Bank, die Maßnahmen zu prüfen, die notwendig sind, um den Kampf um die im Volkswirtschaftsplan gesteckten Ziele wirkungsvoll zu unterstützen.

Als zu Beginn des ersten Halbjahrplanes die Deutsche Wirtschaftskommission im Mai 1948 die Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe beschloß, war die erste Grundlage für die Ordnung im Kreditwesen geschaffen. Zur Finanzierung ihrer planmäßigen Aufgaben standen entsprechend der Anweisung für die Aufstellung des Richtsatzplanes den Betrieben sowohl eigene Umlaufmittel wie Bankkredite zur Verfügung. Dieses Prinzip, die plangemäß benötigten Umlaufmittel nicht voll vom Haushalt als Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, entsprang nicht hauswirtschaftlichen Erwägungen. Vielmehr sollte vor allem bereits damals erreicht werden, daß jeder Betrieb, jede wirtschaftliche Organisation unseres Volkseigentums gezwungen wird, sich durch Hereinnahme von Kredit der Kontrolle der Bank, d. h. der Kontrolle durch die Mark einzuordnen. Die Bank unterhält ein dichtes Netz von Niederlassungen. Sie kann die Arbeit der Betriebe ständig und aus nächster Nähe beobachten. Da nun in unserer Wirtschaft die Kreditthergabe unter den Bedingungen unserer Wirtschaftsplanung unmittelbar an die Warenproduktion und an die Warenbewegung geknüpft ist, ist sie verpflichtet, zu prüfen, ob der Betrieb seine ihm durch den Plan gestellten Aufgaben richtig erfüllt.

In den Richtlinien für kurzfristige Kredite, die die Deutsche Notenbank im Jahre 1949 erließ, und in der Anweisung über die Aufstellung und Ausführung von Plänen für die Gewährung kurzfristiger Kredite war die Gesetzesbasis für die neuen Aufgaben der Bank gegeben. Wie sehen nun diese neuen Aufgaben aus, die der Kredit in unserer volkseigenen Wirtschaft zu erfüllen hat? Alle während eines bestimmten Zeitraumes nicht ausgenutzten, also vorübergehend freien Mittel der Betriebe und Organisationen, des Haushalts und der Bevölkerung werden als Kredite anderen Wirtschaftsunternehmen für eine bestimmte Zeit zu einem bestimmten Zweck zur Durchführung ihrer Wirtschaftsaufgaben nach dem Plan zur Verfügung gestellt. Das oberste Gesetz für die Kreditthergabe und aller damit zusammenhängenden Erwägungen ist der Plan.

Westdeutschlands Banken im Dienst der Kriegsvorbereitung

Wir müssen an dieser Stelle einmal diese Art der Kreditpolitik mit der vergleichen, die in den kapitalistischen Ländern üblich ist. Dort dient der Kredit zur stärkeren Ausnutzung der werktätigen Massen und zur Unterdrückung der Völker. Was sind die besten Anlagen für die Banken in den kapitalistischen Ländern? Sie liegen dort, wo ein hoher gegenwärtiger oder zukünftiger Gewinn herauspringt, keineswegs aber dort, wo volkswirtschaftlich notwendige Aufgaben durchgeführt werden müssen. Um sich nun diese Gewinne zu sichern und immer größere Teile der zukünftig erwarteten Gewinne an sich zu reißen, werden die Großkapitalisten mit Vorzug bedacht, die mächtig genug sind, die kleineren Produzenten niederzuhalten und sich immer weitere Wirtschaftsgebiete zu unterwerfen. Der Kredit beschleunigt den Prozeß der Konzentration von Kapital und Macht in wenigen Händen und findet dann

aus den dem Kapitalismus eigenen antagonistischen Widersprüchen nur einen Ausweg: Gewalt und Krieg.

Wir sehen ganz nahe vor unseren Augen im Westen unseres Vaterlandes diesen Prozeß wieder einmal abrollen. Die amerikanischen Monopolisten haben die unermesslichen Profite, die sie aus dem zweiten Weltkrieg herauswirtschafteten, den westeuropäischen Ländern als Kredite aufgedrängt. Sie haben dieses Gift zuerst einmal mit einer gewissen Menschlichkeitsetikette versehen, mit der Behauptung, daß sie die notleidenden Länder zu unterstützen bereit seien. Aber sehr bald trat nackt ihre Profit- und Machtgier zutage. Die in den USA nicht absetzbaren Waren mußten von den westeuropäischen Ländern dafür gekauft werden. Sie warfen einen hohen Extraprofit ab — und das, obwohl sie die volkswirtschaftliche Sicherung und Weiterentwicklung der Empfangsländer in keiner Weise för-

derten, sondern vielmehr bewußt hemmten. Sie hemmten sie bewußt, denn so schufen sie sich die materielle und politische Vorbedingung, um aus Westeuropa das Aufmarschgebiet für einen dritten Weltkrieg zu machen.

Sie suchten und fanden dabei die Unterstützung der alten Konzern- und Bankherren Westdeutschlands, die den Wiederaufbau des deutschen Imperialismus unter dem Diktat der Wallstreet durchführen. Wir haben ein paar Äußerungen des Präsidenten des Direktoriums der Bank Deutscher Länder, die zeigen, wie willig die Herren diese Politik mitmachen. Er

sprach auf einer der letzten Tagungen darüber, wie großartig es ist, daß die westdeutsche Wirtschaft zu Lasten der Konsumgüterindustrie die Mittel für die Befriedigung der „großen Staatsbedürfnisse“, d. h. der Aufrüstung gibt, und stellte dann aufatmend fest, daß man das Übermaß an inländischer Nachfrage eben habe etwas zurückdrängen können. Das heißt, die vom militärischen Standpunkt aus wichtigsten fünf Industriezweige wuchsen bis zum Herbst 1950 auf 220% der Produktion von 1936, während die dem Friedensbedarf dienenden Industriezweige den Vorkriegsstand nicht erreicht haben.

Das Wesen unseres Kreditsystems

Was ist nun das wesentlich Neue in unserem Kreditsystem unter den Bedingungen unserer Wirtschaftsplanung, die auf der Grundlage unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und unserer volkseigenen Wirtschaft durchgeführt wird? Die Gesetze der ökonomischen Entwicklung wirken sich nicht mehr automatisch aus, sondern werden vom Staat und durch den Staat beauftragte Organe bewußt zur Leitung der Wirtschaft angewandt. Eine administrative Leitung der Betriebe und Unternehmungen würde die Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Durchführung des Prinzips, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Nutzen zu erreichen, bei der Erfüllung der Pläne nicht in dem Maße gewährleisten, wie es notwendig ist. Dabei ist der Kampf um die Rentabilität eines jeden Betriebes den gesamtwirtschaftlichen Aufgaben, die der Plan stellt, untergeordnet. Er hat nichts mit Krämerart zu tun. Deshalb ist ein vielgestaltiges System wirtschaftlicher Maßnahmen notwendig, um das Ziel, das ja zugleich die breite Entfaltung der Initiative eines jeden verlangt und ebenso einen Grad von Disziplin fordert, zu erreichen. Sowenig der VEB-Plan in bezug auf die Produktion den bequemsten Weg einschlägt und das als Ziel für die Arbeit setzt, was sich nun einmal mit dem bestehenden Maschinenpark, dem augenblicklichen Stand der technischen Ausrüstung, den Anforderungen an Material pro Produktionsstück, der Arbeitsproduktivität mühelos erreichen läßt, sowenig kann das der andere Teil, der Finanzplan. Unsere im Produktionsprozeß stehenden Werktätigen haben in der Zwischenzeit selbst den größten Skeptikern bewiesen, mit welchen verschiedenartigen Mitteln man die Leistungen, sowohl, was die Schnelligkeit der Produktion, als auch, was die Güte der Erzeugnisse angeht, steigern kann, wenn das Bewußtsein wächst, daß es sich um den Aufbau der eigenen, dem Volke gehörenden Wirtschaft handelt. In Geld aber drückt sich die verbesserte Arbeit der Betriebe in allen ihren Abteilungen aus.

Die Steigerung der Umschlagsgeschwindigkeit führt zur Sicherung und Verbreiterung unserer wirtschaft-

lichen Basis, da weniger Haushaltsmittel pro Produktionseinheit benötigt werden und somit für andere Vorhaben frei werden. Sie führt zu einem immer reichlicher fließenden Warenstrom und so zur Erhöhung des Lebensstandards unserer Bevölkerung.

Die Finanzseite des Planes ist nicht, wie viele Betriebsleiter meinen, Sache des Hauptbuchhalters oder des kaufmännischen Direktors, der dazu da ist, „das Geld herbeizuschaffen“, während sie der weit „würdigeren“ Arbeit der Produktion nachgehen. Einen volkseigenen Betrieb richtig leiten, heißt den Plan höchstens mit den im Plan vorgesehenen Materialien, höchstens mit den im Plan vorgesehenen Haushaltsmitteln und Krediten erfüllen, ja, wenn möglich, mit weniger. Sparsam wirtschaften heißt nicht, nur auf den Pfennig achten, vor allem heißt es eine bessere Organisation durchführen, eine höhere Arbeitsmoral erreichen, ein technisch höheres Niveau schaffen und die Kader pflegen und schulen — kurzum, es heißt den Kampf um die qualitativ hochwertige, termin- und sortimentgerechte Erfüllung des Planes mit allen seinen Einzelheiten führen.

Auf der Finanzseite zeigt es sich am schnellsten und klarsten, wenn in einer Wirtschaft etwas nicht in Ordnung ist. Es ist das sicherste Barometer für ein Nachlassen in der Organisation, für eine stockende, statt rhythmische Produktion, ja, für technische Mängel und sogar für politische Fehler, wie z. B. für eine schlechte Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz oder eine ungenügende gewerkschaftliche Arbeit.

Hat der Leiter des Betriebes diese Zusammenhänge einmal wirklich erfaßt, so wird er die Bankkontrolle selbst wenn sie in manchen Augenblicken lästig ist, nicht mehr als lästig empfinden. Er wird, was nicht selten geschah, aufhören, den Versuch zu machen, sich ihr zu entziehen. Dieses Verhalten wurde oft von den verantwortlichen Leitern der Verwaltung nicht nur nicht gerügt, sondern manchmal unterstützt. Die Entwicklung zur Plandisziplin und zur Rentabilität wurde dadurch gehemmt.

Nach dem Protokoll der Kontrollausschußsitzung unseres Werkes am 20. August 1951 haben die Unterzeichneten als Vertreter des Betriebes auf die unserem Werk planmäßig zustehenden Umlaufmittel in Höhe von DM 94 000 zugunsten des Haushalts verzichtet. Der Grund hierfür war die erreichte Istumschlagzahl per 30. Juni mit der Ziffer von 5,7 gegenüber der Planzahl von 4,3. Dieser Vorgang ist in erster Linie zurückzuführen auf die im Werk seit längerer Zeit laufende Wettbewerbsbewegung und die Einführung neuer Arbeitsmethoden. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wurde erzielt besonders durch verstärkte Einführung von TAN-Normen, freiwillige Normenerhöhungen, Verbesserung des technologischen Ablaufs bzw. Einsatz von wirtschaftlichen Betriebsmitteln und Spezialmaschinen, Herabsetzung der Zeit und Mengen bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung durch die schon bekannte Wettbewerbsbewegung, damit starke Verkürzung der Durchlaufzeiten selbst. Da dieser Erfolg eine kollektive Leistung darstellt, bitten wir, uns 20 % der nicht in Anspruch genommenen Umlaufmittel in Höhe von DM 94 000,— für unseren Direktorfonds zur Verfügung zu stellen. — IFA — Schlepperwerk, Schönebeck.

Fehler der bisherigen Notenbankpolitik

Die Deutsche Notenbank ihrerseits hat zwar viele Versuche unternommen, um auf Grund ihrer Kontrollergebnisse in den Betrieben vor sich anbahnenden Disproportionen zu warnen. Sie hat das Problem der Überplanbestände den zuständigen Ministerien mit großem Nachdruck vorgetragen. Sie hat auf eine bessere Organisation des Arbeitsablaufs hingewiesen, auf die Notwendigkeit des flüssigen Materialeinkaufs statt der Materialzuteilung, die zu spät oder in Mengen geschah, die nicht im Richtsatzplan unterzubringen waren. Sie hat die Frage der Absatzsicherung auf vertraglicher Basis vor dem Beginn der Produktion statt einer Produktion „auf Verdacht“, die ihr immer wieder begegnete und die Ursache späterer Warenstauung war, in Hunderten von Einzelfällen gestellt. Sie hat eine ordnungsgemäße Buchführung und Rechnungsführung verlangt und nicht selten mit ihrem eigenen Mitarbeiterstab gefördert. Aber was war ihr Fehler? — Sie hat ihre Tätigkeit in der individuellen Behandlung von immer wieder anders gelagerten Sonderfällen erschöpft und ist erst in jüngster Zeit mit der notwendigen Konsequenz daran gegangen, die grundsätzlichen Probleme in der Kreditierung zu studieren und grundsätzliche Folgerungen zu ziehen. Ihre Argumentation bei an sich richtigen Entscheidungen blieb häufig zu banktechnisch und daher unverständlich, ja, sie konnte sogar mißverstanden werden, so, als solle sie sich um „ihr“ Geld, triebe also eine Kreditpolitik alten Stils.

Aus dieser Sorge um den Rückfluß der zweckgebundenen, besicherten und befristeten Kredite hat sie — auf diesen Fehler hat Staatssekretär Rumpf mit Recht den Nachdruck gelegt —, sich weit weniger Gedanken darüber gemacht, was eigentlich in den Betrieben nicht in Ordnung ist, für die zwar im Plan Kreditlimite vorgesehen waren, die jedoch gar nicht oder in weit geringerer Höhe in Anspruch genommen wurden. Daß sich wesentliche Teile unserer Wirtschaft der Bankenkontrolle entzogen, bewegte die verantwortlichen Mitarbeiter deshalb nicht, weil auch sie den wirklichen Sinn unseres Kreditystems nur zu einem Teil verstanden haben.

Stärker als bisher werden wir uns diese Erkenntnisse nun bis in die letzte Filiale hinein erarbeiten müssen. Notwendig ist allerdings, daß die Leiter der Hauptverwaltungen verstehen, worum es hier geht. Noch vor wenigen Tagen erhielt ich das Schreiben eines Hauptabteilungsleiters aus dem Ministerium für Maschinenbau, der zwar der Bank für ihre Hinweise auf Fehler und notwendige Änderungen dankte, aber wört-

lich schrieb, er „habe nicht die Absicht, sich von der Deutschen Notenbank — noch dazu unter Festsetzung eines Termins — zu der Abgabe von Berichten über die Maßnahmen, die von ihm eingeleitet worden sind, verpflichten zu lassen“. Die Deutsche Notenbank ihrerseits hat allerdings die Absicht, ein so hartnäckiges Nichtverstehenwollen der Bankenkontrolle im Dienst der Sicherung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und unserer Währung notfalls mit der Sperrung des Kredits etwas schneller überwinden zu helfen als bisher. (Beifall.)

Oder ein Referent des Ministeriums für Außenhandel antwortet auf die Intervention der Deutschen Notenbank wegen sich stauender Exportgüter: Für von ihm bestellte Maschinen, die er nachher nicht absetzen kann, trüge nun einmal der Betrieb das Risiko. Daß sich ein Geschäft zerschlägt, sei keineswegs eine neue Erscheinung. — Es scheint, daß dieser Referent die anarchischen Verhältnisse des Kapitalismus als Grundlage seiner Einstellung gegenüber unseren volkseigenen Produktionsbetrieben vertritt. Von dem Gefühl der Verpflichtung, für diese festbestellten Waren anderswo einen Markt zu suchen, stand in dem ganzen Schreiben kein Wort.

Die neuen Aufgaben, die durch die Einführung und Festigung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in unserer volkseigenen Wirtschaft der Bank gestellt sind, verlangen, daß unsere Arbeit, wie Ministerpräsident Grotewohl betonte, überall überprüft und verbessert wird. Die Zeit der sporadischen, unsere gesamte Wirtschaft nicht systematisch umfassenden Kreditkontrolle ist endgültig vorüber.

Die Deutsche Notenbank muß das wissenschaftlich begründete, geschlossene System der Maßnahmen ausarbeiten, das allein die Gewähr für eine Kontrolltätigkeit gibt, die zwei Zielen genügt: einmal, das ganze Plangeschehen umfaßt und hier die Kontrollergebnisse benutzt, um grundsätzliche Änderungen herbeizuführen; und zweitens, wirkungsvoll an jeder Stelle, in jeder Niederlassung, für jeden Betrieb den Kontrollhebel ansetzt.

Das Instrument der Kredithergabe nach Grundsätzen, die auf den Erfahrungen der Planwirtschaft beruhen, war vorhanden. Nicht vorhanden war eine Reihe von notwendigen Voraussetzungen. Eine gut funktionierende Bankenkontrolle setzt einen bestimmten Grad an planwirtschaftlicher Erfahrung und an Disziplin voraus.

Was die Durchführung der Bankenkontrolle erschwerte

Am meisten beeinträchtigt wurde die Durchführung der Bankenkontrolle dadurch, daß die Betriebe noch nicht nach dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung geleitet wurden.

1. Der VEB-Plan war noch keineswegs mit allen Teilplänen so ausgewogen, wie es für eine reibungslose Arbeit notwendig ist. Die Produktionspläne mußten innerhalb der Produktionsperiode nicht selten wegen der veränderten Rohstoff- oder Marktlage geändert werden. Das geschah meistens, ohne daß das Fachministerium alle anderen Teile des Planes dieser neuen Lage entsprechend mitveränderte. Ich möchte nur ein kleines Beispiel nennen. So hatte die Kammgarnspinnerei Reichenbach (Vogtland) zu Beginn des Jahres 1951 einen Plan erhalten, der u. a. auch eine Beauftragung mit der Herstellung einer ganz bestimmten Menge von Zellwoll-Kammgarn eines bestimmten Sortiments enthielt. Entsprechend war nun

der Finanzplan aufgebaut. Im zweiten Quartal erhielt der Betrieb eine Zusatzproduktion von fast der gleichen Menge. Bis zum 31. Juli 1951, als die Deutsche Notenbank eine Kontrolle durchführte, war eine Abänderung des Finanzplanes nicht erfolgt. Man kann einen Teil eines VEB-Planes nicht wesentlich abändern, ohne Auswirkung auf die Gesamtarbeit des Planes. Wir erhalten laufend Anträge, um die langen Interimszeiten durch Kredite zu überbrücken. Ich bin bereit, von der Auswirkung des Kreditvolumens dabei einmal abzusehen, aber die Tatsache bleibt bedenklich, daß während der ganzen Übergangszeit, die eigentlich besonders ernsthaft beobachtet werden müßte, weil hier ja schwere Mängel oder Schwierigkeiten schnell abgestellt werden müssen, die Durchsichtigkeit des Betriebsgeschehens getrübt wird. Die Kontrolltätigkeit kann nicht systematisch durchgeführt werden, sondern muß ständig mit individuellen Sonderumständen rechnen,

was selbstverständlich die gesamte Arbeit der Bank stört. Sehr häufig erfolgt auch die Bestätigung der Pläne so spät, daß die Bank für ihre Entscheidungen keine eindeutigen Unterlagen vorfindet.

2. Eine andere Schwierigkeit ist die: Die Ausstattung der Betriebe mit eigenen Umlaufmitteln und Krediten wird zwar in einem festen Verhältnis vorgesehen; häufig jedoch verfügt die Vereinigung nach ihrem Gutdünken über die zur Verfügung gestellten Mittel. Sie hat hier abgezogen und dort ausgeholfen. Wir wissen gerade aus dem Bericht von Herrn Staatssekretär Rumpf, daß das die gut arbeitenden Betriebe ganz besonders betroffen hat. Wir stellten z. B. am 13. August 1951 fest, daß der volkseigene Betrieb Polygraph Pama einen Umlaufmittelfehlbetrag von rund einer Viertel Million D-Mark hatte. Aber zur gleichen Zeit hatte auch das der gleichen Vereinigung unterstehende Buchbinderei-Maschinenwerk Leipzig einen Umlaufmitteliüberschuß in etwa der gleichen Höhe. Insgesamt standen der Vereinigung mehr Mittel zur Verfügung, als nötig, um alle Betriebe planmäßig auszustatten. Nur ließ sich der Ausgleich nicht herbeiführen, weil die Mittel in hohen Überplanbeständen festlagen.

Bis in die jüngste Vergangenheit reicht die falsche und unsere Entwicklung behindernde Einstellung, als ließen sich Plan- und Wirtschaftsfehler operativ, d. h. durch Hergabe finanzieller Mittel, beseitigen. Statt den Betrieb innerhalb einer Vereinigung klar erkennbar werden zu lassen, der schlecht arbeitet oder dem die Verwaltung nicht erfüllbare Aufgaben zumutete, werden durch solche operativen Eingriffe die Verhältnisse nicht nur dieses Betriebes verschleiert, sondern diejenigen zu Planwidrigkeiten gezwungen, denen man die ihnen planmäßig zustehenden Mittel abzog, die jedoch an sich gut arbeiteten. Was blieb diesen anders übrig, als auf jede Art auszuweichen. Sie hielten die Zahlungsbedingungen gegenüber ihren Lieferanten nicht ein, um sich so einen zusätzlichen, nicht erlaubten Kredit zu verschaffen. Sie verzögerten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Haushalt, und an die Rückzahlungsfristen gegenüber ihrem gesetzlich verantwortlichen Kreditgeber, der Bank, hielten sie sich schon gar nicht. Auf meinem Tisch liegen, während diese Konferenz tagt, Briefe, daß es ihr an politischer Einsicht fehle, sobald sie ihre selbstverständliche Pflicht erfüllt und auf feste Kreditrückzahlungstermine hält. Nein, es fehlt diesen Kritikern an politischer Einsicht! Die Bank muß die Arbeit der Betriebe im Rahmen ihres Planes mit all seinen Einzelheiten ebenso wie die Absatzlage prüfen, ehe sie außerplanmäßige Mittel bereitstellt, für die evtl. später einmal der Haushalt aufkommen muß.

Merkwürdig viel Energie und Findigkeit ist in den vergangenen Jahren von einigen Betrieben aufgewandt worden, um sich zusätzliche Kreditquellen zu erschließen, ein Maß an Energie, das wahrscheinlich ausgereicht hätte, die Schwierigkeiten an der Wurzel zu brechen und planwidrige Finanzierungsmöglichkeiten völlig überflüssig zu machen. Insgesamt — das ist berechnet worden — war die Ausstattung unserer Wirtschaft mit eigenen Umlaufmitteln durchaus ausreichend, um die Aufgaben unseres Planes zu erfüllen.

3. Wir wissen — und das ist auch hier immer wieder betont worden —, daß eines der Probleme für die Durchführung der Bankkontrolle die Tatsache war, daß große Mittel in Überplanbeständen gebunden waren, die sich aus dem noch nicht genügend hohen Stand unserer Planung, aus der Schwerfälligkeit im Handel ebenso wie auch in einigen Teilen der Produktion, aber auch aus dem mangelnden Staatsbewußtsein unserer Betriebsleitungen ergaben. Sie horteten Mate-

rialien oder kauften auch Waren ein, wie das z. B. bei der HO zumindest von einzelnen Mitarbeitern geschah, die sie gar nicht unmittelbar brauchten, nur aus Furcht, die Genossenschaften könnten vielleicht ein reichliches Sortiment haben als sie.

4. Um alle diese den Plan störenden Geschäfte durchführen zu können, wurden sogar teilweise die für den Direktorfonds vorgesehenen Mittel verwandt. Das geschah in beträchtlichem Umfang beim Kali-Werk Friedenshall und bei dem volkseigenen Werk Optik Karl Zeiß-Jena.

5. Ein anderer Störfaktor, der auch schon erwähnt worden ist und der der Bank manches zu schaffen machte, war das System der Anzahlungen, denen im Finanzplan nicht Rechnung getragen war. Er begünstigte solche planwidrigen Finanzierungen. So hat z. B. die VVB EKM fast die gesamte Summe der Anzahlungen zur Finanzierung von Überplanbeständen benutzt.

6. Wir haben Beispiele von Vereinigungen, die ihren Betrieben wenn nicht schriftlich, so doch mündlich, rieten, die überschüssigen Eigenmittel nicht auszuweisen, sondern als Polster zu halten, als Reserve für Planwidrigkeiten. Sie lehnten die Herabsetzung der Richtsatztage auf das nachweisbar benötigte Maß ab, wie z. B. die VVB Kammgarnspinnerei.

Nur so ist es möglich, daß — wie das auch bei der VVB Deko beispielsweise geschah — man sich über die Planauflagen einfach hinwegsetzen konnte. Auch dort wurde mehr oder weniger klausuliert der Rat gegeben, die Betriebe sollen alle Produktion, die im Plan vorgesehen ist, fallenlassen, auf die nur ein geringer Gewinn zu erzielen ist, statt dessen Waren, selbst wenn keine Aufträge vorliegen, produzieren, die eine hohe Erfüllung des Ergebnisplanes gewährleisten. Diese Textilien blockieren vor der endgültigen Fertigstellung den Fluß der planmäßig durch die Ausrüstungsbetriebe gehenden Güter — sie binden als Fertigbestände, die nicht dem Plansortiment entsprechen, erhebliche Finanzmittel. Solche Planwidrigkeiten hindern die Erhöhung des Lebensstandards unserer Bevölkerung im Rahmen des möglichen, d. h. aber — und ich denke, man muß die Frage mit allem Nachdruck so stellen —, daß sie der Festigung unserer demokratischen Ordnung entgegenwirken.

Wenn in einem Betrieb, der der letztgenannten VVB untersteht, nach festgestellten Planwidrigkeiten der Betriebsleiter die Anregung der Deutschen Notenbank zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem Finanzaktiv unter Hinzuziehung seiner Betriebsgewerkschaftsleitung mit der Begründung ablehnt, daß die Angehörigen der BGL, zumal es alle Produktionsarbeiter sind, die Materie sowieso nicht verstehen können, so zeigt sich hier eine schlechte politische Arbeit ganz deutlich. Die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird auch in dieser Hinsicht Veränderungen mit sich bringen.

Festigt das ideologische Bewußtsein!

Aber es sind überall die Anzeichen dafür vorhanden, daß die Einsicht wächst, daß alle solche Planwidrigkeiten der Volkswirtschaft schaden, aber auch dem eigenen Betrieb nicht Nutzen bringen. Je klarer die theoretischen Erkenntnisse, je fester das ideologische Bewußtsein wird, desto sicherer werden die Maßnahmen, die sich aus dem Prinzip der neuen Leitung unserer Wirtschaft, der wirtschaftlichen Rechnungsführung ergeben, um eine wirkliche Neuordnung herbeizuführen. Das eingehende Studium jeden Wirtschaftszweiges wird den Produktionsablauf und die Besonderheiten der Warenbewegung immer differenzierter offenlegen und so Richtsatztage und Finanzpläne

ermöglichen, die einmal real sind, die aber zum anderen zugleich ein Ansporn sind, um alle Kräfte zu mobilisieren, damit mit sparsamstem Einsatz der Mittel der höchste Nutzeffekt erreicht, der Plan erfüllt und — falls erstrebenswert — übererfüllt wird.

Der tägliche Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne wird durch die Banken immer sauberer und genauer beobachtet und unterstützt werden, deren Kontrolle sich kein Betrieb mehr durch ungesetzliche Finanzierungsquellen wird entziehen können. Es darf keine Phase vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt, vom Produzenten bis zum Abnehmer oder Konsumenten geben, in der nicht Kredit notwendig ist, der an die Ware gebunden ist. Durch die festen Grundsätze, die jetzt für die Kreditierung von unterwegs befindlicher Ware ausgearbeitet werden, wird der Kreis geschlossen.

Um die Notwendigkeit unserer neuen Maßnahmen voll zu verstehen, muß auf einen Übelstand, der sich im Laufe der letzten Jahre besonders gefährdend entwickelte, hingewiesen werden: auf das verwirrende Netz von Forderungen und Verpflichtungen zwischen den Betrieben und Organisationen untereinander und gegenüber den Vereinigungen, dem Haushalt, der Bank. Zwar sieht die 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung der volkseigenen Betriebe eine flüssige Bezahlung aller Forderungen in der volkseigenen Wirtschaft vor. Sie wurde jedoch keineswegs mit der Gewissenhaftigkeit beobachtet, die eine Planung verlangt. Statt die 15 Tage als Fristhöchstgrenze anzusehen und wenn irgend möglich unmittelbar nach Empfang der Ware zu zahlen, wird diese Frist regelmäßig so ausgelegt, als widerspräche es der kaufmännischen Ehre, vor Ablauf zu zahlen. Wenn man die Forderung nicht überfällig werden läßt, was man allgemein als Kavaliärsdelikt betrachtet, zahlt man am 15. Tag — wenn irgend möglich — mit Scheck! Die Laufzeit des Schecks gewährt noch einmal zusätz-

liche fünf bis sechs Tage außerplanmäßige Kredite in Höhe der Warenverbindlichkeiten.

Nach diesem Prinzip ist beispielsweise ganz systematisch die DHZ Leder verfahren. Und sie hielt sich gewiß für kaufmännisch besonders klug.

Diese planwidrige Kreditierungsmethode ist — wie die Deutsche Notenbank festgestellt hat — so häufig, daß sie 10 bis 15% der Summe aller Verbindlichkeiten ausmacht. Die Deutsche Notenbank hegt nun keineswegs etwa die Illusion, daß technisch-organisatorische Maßnahmen diesen Zustand sofort und hundertprozentig und überhaupt allein überwinden können.

Auch das Rechnungseinzugsverfahren, das die Mitarbeiter jetzt in guter Zusammenarbeit mit Wirtschaftsvertretern aufbauen, an dem sie feilen, um von Anfang an ein gut funktionierendes Instrument der Kreditierung für unterwegs befindliche Ware und für den Zahlungsverkehr in der Hand zu haben, kann die wirtschaftlichen Ursachen nicht beseitigen, die zu fehlerhaften Finanzierungsmethoden führen. Durch dieses neue Finanzierungsverfahren haben immerhin die richtig arbeitenden Betriebe und Organisationen die Gewähr, daß die Zahlungen so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die Bank wirkt bei der Kontrolle der Vertragserfüllung mit und macht säumige Zahler den Finanzministerien bekannt. So werden Maßnahmen ermöglicht, die zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs beitragen. Die Mitarbeiter der Deutschen Notenbank sind sich darüber klar, daß das Rechnungseinzugsverfahren nur dann ein voller Erfolg werden kann, wenn sie besonders durch ihre Kreditkontrolle alle Schwächen der Arbeit eines jeden Betriebes sofort aufdeckt und wenn andererseits die Fachministerien — wie es jetzt beim Ministerium für Maschinenbau durch das Ingenieurkollektiv begonnen wurde — sehr schnell die Folgerungen daraus ziehen und alle gemeinsam an die Erfüllung der Planaufgaben gehen.

Der Kreditquartalsplan

Die Kontrolle der Bank beginnt bereits bei der Aufstellung des Kreditplans. Für die Niederlassungen der Deutschen Notenbank, die die Betriebe zu betreuen haben und auch ihren Quartalskreditbedarf feststellen, sind reale, den Betriebsablauf angemessene Finanzpläne die Grundbedingung. Angemessen heißt unter Anwendung eines strengen Sparsamkeitsmaßstabes. Auch bei der Ermittlung der richtigen Richtsatzpläne, die zugleich einen Anreiz für die Entwicklung einer höheren Arbeitsproduktivität darstellen, muß die Niederlassung mithelfen. Sie hat bei qualifizierter Besetzung durchaus die Möglichkeit, in enger Verbindung mit den Betrieben einen sehr genauen Überblick zu gewinnen und sich ein ausgewogenes Urteil zu bilden. Das Fachministerium und das Finanzministerium werden wesentlich in ihrer Entscheidung durch diese Kontrollergebnisse unterstützt werden. Bisher mußte jede Kreditanmeldung für den Quartalsplan in ausführlichen Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und Verwaltungen durchdiskutiert werden. Das richtige Maß wurde wegen der auseinanderfallenden Meinungen, die sich nicht auf exakte Planzahlen gründeten, immer nur als ein Annäherungswert gewertet. Das Limit stellte trotz aller Bemühungen also mehr eine Schätzungszahl als eine echte Planzahl dar. Ihr fehlte das volkswirtschaftlich eindeutige, wissenschaftlich anwendbare Maßinstrument: Der reale Plan.

Der Kreditplan muß daher einen völlig neuen Charakter bekommen. Franz Ulbricht hat mit Recht festgestellt: wenn die Bank eine wirklich wirksame Kontrolltätigkeit ausüben soll, dann muß der gesamte Plan

bis hinunter zum VEB-Plan in allen seinen Einzelheiten der Deutschen Notenbank zugänglich sein.

Gerade aus dem Wunsch einzelner Betriebe und einzelner Ministerien, sich dieser Kontrolle zu entziehen, hat die Bank, obwohl die Kreditrichtlinien bereits die Bereitstellung des Planes verlangen, sehr häufig Widerstand in den Betrieben gefunden. Es hat auch einige Minister gegeben, die der Meinung sind, daß damit der Dualismus der Leitung innerhalb der Produktionsbetriebe herbeigeführt wird. Ich denke nicht, daß unsere Mitarbeiter der Deutschen Notenbank bereit sind, die Produktionsbetriebe draußen zu leiten, aber ihre Pflicht ist es, auf Grund der bestätigten Pläne ihre Arbeit der Kontrolle durchzuführen.

Das den Antrag für das Quartal einreichende Fachministerium hat jedes Quartal erneut die Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan zu untersuchen. Die Bank ihrerseits hat diesen Antrag außerdem auf Grund der im Vorquartal gemachten Erfahrungen zu prüfen. Sie muß die tatsächliche Lage so gut kennen, daß sie alle Faktoren mitbedenken kann, die dafür oder dagegen sprechen, daß sich ein Zurückbleiben hinter dem Plan aufholen, Unebenheiten ausgleichen lassen, und so einen wirklich exakt benötigten Kreditantrag formulieren. Sie muß in der Lage sein, das Limit zu ermitteln, das den volkswirtschaftlichen Belangen und dem Sparsamkeitsprinzip in der Verwendung von Mitteln am besten entspricht und zugleich alle Kräfte aktiviert, um die Planziele zu erreichen. Ein solcher auf dem Plan und dem tatsächlichen Erfüllungsstand aufgebauter Kreditplan wird einmal in vollem Umfange die

notwendige Finanzierung jedes Betriebes sichern, zum andern aber einen festen Maßstab für die Kontrolltätigkeit der Banken darstellen, einen Maßstab, den wir in den Kreditquartalsplänen heute in keiner Weise besitzen. Der Vergleich der Kreditplanpositionen der einzelnen Wirtschaftszweige untereinander zeigt dann, ob die Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft planmäßig in den richtigen Proportionen vor sich geht, oder ob sich Störungen im Gesamtablauf oder in einzelnen Wirtschaftszweigen bemerkbar machen. Da der Plan von der Regierung zu bestätigen ist, wird er, so sorgfältig aufgestellt, ein wichtiges Instrument der Plankontrolle auch für die Fachministerien und für die gesamte Regierung die Möglichkeit des operativen Eingriffs bieten. Das ist die Verbesserung der Arbeit bei der Planaufstellung.

Aber ebenso notwendig ist die Verbesserung der Arbeit bei der Kreditausreichung und während des Laufs der Kredite. Durch die enge Verbindung des kurzfristigen Kredits mit der Warenproduktion und dem Warenumschlag steht der Betrieb unter ständiger Kontrolle der Bank. Bei der Ausreichung wird seitens der Bank geprüft, ob wirklich die Pläne durch Verträge konkretisiert sind und ob ein Absatzplan aufgestellt ist. Das geschieht vor der Ausreichung des Kredits; denn nur so kann der die Entwicklung kommende Zustand überwunden werden, den der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Heinrich Rau, in seinem Bericht über die Erfahrungen bei der Durchführung des Plans für das erste Quartal 1951 mit zahlreichen Beispielen belegt hat, daß Güter produziert werden und dann liegen bleiben, weil die Bedarfsweite ungenügend beachtet ist. Nur so kann der Grundsatz unserer Bank — Rückfluß der Kredite zu festen Terminen — eingehalten werden.

Die zweite Aufgabe, die die Bank hat, ist die Kontrolle der planmäßigen Verwendung der Materialfonds und die Einhaltung des Produktionsplanes. Die Bestände müssen dem Plan entsprechen. Bahnt sich eine vom Plan abweichende Entwicklung an, drängt die Bank auf Abstellung und kann, wenn diese nicht durchgeführt wird, den Kredit verweigern. Außerdem signalisiert sie ernsthaftere Verstöße den zuständigen Fachministerien. Die Bank kontrolliert auf der Grundlage der monatlich einzureichenden Bestandsmeldungen die Höhe der effektiven Vorratshaltung. Unter- und Überplanbestände sind gleich wichtige Signale, die verlangen, daß die Ursachen sorgfältig untersucht werden. Die Feststellung des effektiven Umschlags der Planpositionen bzw. der Warengruppen bei den Handelsbetrieben gibt einen sich ständig verfeinernden Einblick in den Ablauf von Produktion und Handel und unterstützt damit den Kampf um die Erfüllung der Warenbereitstellungs- und Umsatzpläne und um die Verringerung der Richtigkeit. Die Nachprüfung der Bestandsmeldungen erfolgt an Ort und Stelle. Die Meldungen, verbunden mit den Kontrolluntersuchungen, werden

der Bank klar aufzeigen, wo Waren schlechter Qualität oder solche erzeugt werden, die nicht oder nicht in diesem Umfange gebraucht werden. Durch diese strenge Kontrolle wird der Betrieb gezwungen, alles daranzusetzen, um die volkswirtschaftlich und politisch notwendige Umlaufmittelbeschleunigung durchzuführen. Er muß also seine Arbeit so verbessern, daß das Tempo der Planerfüllung selbst beschleunigt werden kann.

Die Notenbank hat ferner die planmäßige Verwendung der vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Eigenmittel zu kontrollieren, ebenso wie die von der Bank zur Verfügung gestellten Kredite. Hat der Betrieb seine eigenen Umlaufmittel nicht voll eingesetzt, werden diese Mittel blockiert, um jede Möglichkeit einer planwidriger Finanzierung von vornherein auszuschalten.

Die Bank hat ferner die planmäßige Verwendung der Lohnfonds zu kontrollieren. Das geschieht heute noch sehr formal, ohne daß dabei ein Vergleich mit dem Stand der Plandurchführung vorgenommen wird. Gerade auf eine genaue Prüfung des wirtschaftlichen Einsatzes dieses Fonds muß die Deutsche Notenbank Wert legen.

Die Vierteljahresbilanzen und Kontrollberichte sowie die Bestandsmeldungen sind ein Gradmesser für die Finanz-, Kredit- und Abrechnungsdisziplin auch gegenüber dem Haushalt. Die Analyse des Kontrollberichtes ergibt, inwieweit der Betrieb seine planmäßige Kostensenkung bewältigt hat. Stellt die Bank fest, daß das nicht gelungen ist, so muß sie mithelfen, die Ursachen zu finden; sie muß den Betrieb beraten und Verbesserungsvorschläge machen.

Mindestens einmal monatlich findet mit dem Leiter des Betriebes eine Besprechung statt. Zweimal im Jahre nimmt der Vertreter der Bank an den Kontrollausschußsitzungen stimmberechtigt teil, so daß er sich einen umfassenden Überblick zu erarbeiten in der Lage ist und, um diese Verpflichtungen erfüllen zu können, auch erarbeiten muß. Gelingt es, wenn Planwidrigkeiten erkannt und signalisiert werden, selbst mit Hilfe der Aufsichtsorgane nicht, die Mißstände zu beseitigen, so hat die Bank das Recht, ja die Pflicht, die Kreditierung einzustellen, um die Abstellung der Mängel zu erzwingen.

Durch die Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben wird das Instrument der Kontrolle, das der Bank bereits im Kreditplan und in den Kreditrichtlinien gegeben ist, erst voll zur Auswirkung kommen. Ihre Aufgabe ist jetzt also, alle bisher noch unvollkommen durchgearbeiteten Probleme, wie die Aufstellung des grundsätzlich notwendigen Kreditquellenplanes, die Verfeinerung des Bargeldumsatzplanes mit allen sich daraus ergebenden, die Wirtschaft aktiv entwickelnden Kontrollmethoden beschleunigt in Angriff zu nehmen, oder so weit sie in Angriff genommen sind, zum Abschluß zu bringen.

Das Rechnungseinzugsverfahren

Ein wichtiges Kettenglied ist das Rechnungseinzugsverfahren. Die enge Verknüpfung der Finanzierung der unterwegs befindlichen Waren durch Kredit mit dem Rechnungseinzugsverfahren über die Bank läßt den Hebel der Kontrolle an einem besonders wichtigen Punkt unseres Wirtschaftsablaufs, der Verzahnungsstelle zwischen den Betrieben und Organisationen ansetzen. Einmal wird hier die Zeit des Transports finanziell nach festen, der Wirtschaftlichen Rechnungsführung entsprechenden Grundsätzen geregelt, zum anderen der Zahlungsausgleich weitmöglichst beschleunigt. Verstöße werden sehr schnell erkannt und analy-

siert, so daß entsprechende Gegenmaßnahmen von allen kontrollierenden Organen in Angriff genommen werden können.

Ein wichtiges Mittel und eine notwendige Vorbedingung für den schnellen Warenfluß nach Fertigstellung der Produktion zum Verbraucher ist die Organisation der geldlichen Verrechnungen unter den Betrieben unserer volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft. Eine folgerichtig durchgeordnete Regelung wirkt sich auf die Erfüllung der Produktions-, Warenumsatz- und Finanzpläne als wirkungsvolle Unterstützung im Kampf um die Festigung der Wirtschaftlichen Rech-

nungsführung aus. Eine solche auf dem Plan basierende Regelung ist nur in der geplanten Wirtschaft möglich, wo die Einkäufe von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten sowie von Waren in engstem Zusammenhang mit den tatsächlichen Erfordernissen der Industrie oder der Warennachfrage stehen. So lange die Warenbezüge diktiert werden von dem Streben nach möglichst hohen Profiten, wo ständige Preisschwankungen trügerische Aussichten auf riesige spekulative Gewinne eröffnen, besteht kein Interesse an einer solchen klaren Regelung, im Gegenteil, sie würde das Interesse der Kapitalisten stören. In der Möglichkeit, Sondervergünstigungen in der Zahlungsfrist und -weise zu gewähren oder zu erhalten, äußert sich ja u. a. der spekulativ-anarchische Charakter ihrer Wirtschaft. Es gehörte ja zum Mechanismus ihres Spieles, der den ganzen Handel mit seinen konjunkturellen Schwankungen und Börsenmanipulationen auszeichnete, daß keine volkswirtschaftliche Realität dahinter stand und daß daher die Operationen auch in der Verrechnung verschleiert werden mußten. Die Einführung und die Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in unseren volkseigenen Betrieben macht eine übersichtliche und flüssige Durchführung der Zahlungen erforderlich und möglich. Der nach einem Plan arbeitende Betrieb muß auch die notwendigen Zahlungen und Zahlungsempfänge voraussehen und entsprechende Verfügungen plangemäß treffen können. Unsere Wirtschaft aber ist sehr mannigfaltig. Die Verbindungen der Betriebe und Organisationen untereinander sind recht verschiedener Natur. Die Struktur und die Entwicklungsstufe der einzelnen Betriebe ist unterschiedlich.

Wir haben bei den Vorarbeiten, mit denen sich ein Kollektiv von Mitarbeitern in der Deutschen Notenbank in engerem Kontakt mit Wirtschaftsvertretern befaßt, immer erneut vor Fragen gestanden, die sich nicht alle einheitlich regeln lassen. Wir haben die reichen Erfahrungen der Sowjetunion studiert und waren besonders beeindruckt von der Folgerichtigkeit eines Systems, das viele Formen der Verrechnungen umschließt, damit allen begründeten Besonderheiten von Wirtschaftsvorgängen Rechnung getragen werden kann, wobei in keinem Augenblick das Ziel aus den Augen verloren wird, kontrollierend und mobilisierend auf die Durchführung des Planes zu wirken. Um das zu können, aber muß unsere Bank noch sehr viele Erfahrungen sammeln.

Die Technik des Verfahrens

Als Grundlegung ist folgender Vorschlag erarbeitet worden: Die Liefer- und Leistungsbetriebe haben ihre Rechnungen nicht nur dem Empfänger der Ware oder der Leistungen zu übersenden, wie das bisher der Fall war, sondern gleichzeitig ihrer kontoführenden Bank. Sie haben sich dazu eines besonderen Formulars, nämlich des Rechnungseinzugsauftrages zu bedienen. Dieser Auftrag und die Rechnungskopien müssen rechtzeitig innerhalb von zwei Tagen, spätestens jedoch am dritten Tag nach Warenabgang bei der Bank des Verkäufers

vorliegen. Rechnungseinzugsaufträge, die nicht rechtzeitig eingereicht werden, sind von der Kreditübergabe für die auf Transport befindliche Ware ausgeschlossen. Die Verkäuferbank hat die eingereichten Rechnungseinzugsaufträge und Rechnungskopien zu prüfen. Sie hat zu prüfen, ob die Einreichungsfrist eingehalten ist. Das kann bei der jetzigen Lage unserer Wirtschaft, wo es keineswegs für alle Waren Verladedokumente mit den notwendigen Angaben gibt, grundsätzlich nur rein stichprobenweise anlässlich der Objektprüfungen durch die Bank geschehen. Doch behält sich die Bank das Recht vor, bei der Einreichung der Rechnungseinzugsaufträge die Einreichung von Versanddokumenten besonders dann zu verlangen, wenn sich in der Erfahrung herausstellt, daß die Betriebe falsche Angaben gemacht, und die Überreichung dieser Aufträge verzögert haben.

Die Kredite auf Grund von im Rechnungseinzugsverfahren einzuziehenden Forderungen werden grundsätzlich auf einem besonderen Konto zur Verfügung gestellt, d. h. sie werden zu Lasten eines Rechnungseinzugskontos dem laufenden Konto gutgeschrieben. Der später eingehende Rechnungsgegenwert dient zur Abdeckung dieses Kontos. Die Einrichtung des besonderen Kontos ist aus Kontrollgründen für die Bank notwendig.

Wir haben lange überlegt, welche Fristen vertreten werden können innerhalb des gesamten Ablaufs dieses Rechnungseinzugsverfahrens, und haben folgende Fristen vorgesehen: 13 Tage für Betriebe, die nicht am gleichen Ort liegen, und 7 Tage für Betriebe am gleichen Ort. Die Frist läuft vom Tage der Absendung des Rechnungseinzugsauftrages durch die Verkäuferbank bis zum Tage der Gutschrift des Rechnungsgegenwertes auf dem Konto des Verkäufers. Der Frist liegt die Bearbeitungszeit bei den beteiligten Kreditinstituten, die Postlaufzeit des Rechnungseinzugsauftrages und die Postlaufzeit der Gegenwertüberweisung und die dem Käufer gesetzte Akzeptfrist zugrunde. Die Bank des Verkäufers hat die Einhaltung dieser Frist, also den rechtzeitigen Eingang des Gegenwertes, zu überwachen. Das geschieht mit Hilfe einer Kartei, die aus einer Durchschrift des Auftrages besteht. Ich möchte jedoch auf die Details der technisch-organisatorischen Arbeit hier nicht zu sehr eingehen.

Die Bank des Verkäufers ist verpflichtet, die Forderungen solange zu kreditieren, bis entweder der Gegenwert eingeht oder aber die Nachricht von der Bank des Käufers kommt, daß das Akzept verweigert wurde, oder die Abbuchung vom Käuferkonto, obwohl das Akzept besteht, mangels Deckung nicht möglich war. Für die Kreditierung von Forderungen privater Betriebe gelten die bisherigen Bestimmungen.

Die Bank des Verkäufers muß die geprüften Rechnungseinzugsaufträge mit den Rechnungskopien noch am Eingangstage an die Bank des Käufers versenden. Die Käuferbank hat nun die ihr zugehenden Aufträge zu überprüfen. Sie hat hierbei an Hand der Rechnungskopien auch die Möglichkeit, planwidrige Käufe festzustellen und künftig zu unterbinden.

An das Eisenhüttenkombinat Ost

Fürstenberg (Oder)

Die Teilnehmer der Finanzpolitischen Konferenz grüßen die Ingenieure, Techniker und Arbeiter des Eisenhüttenkombinats Ost und beglückwünschen sie zur vorfristigen Fertigstellung und Inbetriebnahme des ersten Hochofens. Die von ihnen vollbrachten Leistungen sind ein bedeutsamer Beitrag im Kampf um die Erfüllung unseres Fünfjahresplanes und damit zur Sicherung des Friedens. Die Teilnehmer der Finanzpolitischen Konferenz geloben, durch die Verbesserung der Wirtschaftsführung und der Finanzkontrolle ihren Beitrag für die Verwirklichung unserer Pläne zu leisten.

Eine Durchschrift des Rechnungseinzugsauftrages muß sie noch am Eingangstag dem Käufer als Zahlungsaufforderung zusenden. Vom Tage nach der Absendung dieser Aufforderung beginnt eine viertägige Frist zu laufen, die wir die Akzeptfrist nennen. Innerhalb dieser Frist hat der Käufer das Recht, die Zahlung ganz oder teilweise zu verweigern. Er kann es jedoch nur dann, wenn die Forderung gegen gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Abmachungen verstößt, die Ware gar nicht bestellt war oder aber die Ware schon bezahlt ist — also nach ganz genau festliegenden Grundsätzen. Er kann nicht etwa die Zahlung deshalb verweigern, weil die Ware selbst noch nicht in seine Hand gekommen ist. Erhebt der Käufer innerhalb dieser Frist keinen Widerspruch, bucht seine Bank den Rechnungsgegenwert am 5. Tage nach Absendung der Zahlungsaufforderung, also einen Tag nach Beendigung der Akzeptfrist, von seinem Konto ab und überweist ihn an die Bank des Verkäufers.

Wenn der Käufer Schwierigkeiten hat, so gibt es eine Möglichkeit, ihm noch ein Zahlungsziel bis zu sieben Tagen zu gewähren, allerdings mit einem stark erhöhten Zinssatz, damit er dieses verlängerte Zahlungsziel nicht gar zu häufig in Anspruch nimmt.

Die Bank hat das Recht, den Verkäuferbetrieb zu veranlassen, künftig entweder Vorauszahlungen oder Akkreditivstellung zu verlangen, wenn der Kontostand des Käuferbetriebes nach Ablauf des Zahlungszieles die Einlösung eines Rechnungseinzugsauftrages des öfteren nicht zugelassen hat. Wenn also feststeht, daß der Käufer selbst eine schlechte Arbeit leistet und der Lieferantenbetrieb dadurch immer wieder in Schwierigkeiten gerät, wird der Verkäufer veranlaßt, aus erzieherischen und Sicherungsgründen gewisse Maßnahmen einzuleiten, und die Bank hat das Recht, von sich aus das Rechnungseinzugsverfahren einzustellen und die strenger Bezahlungsmaßnahmen durchzuführen.

Das ganze Verfahren verlangt eine unerhört eingehende technische Durcharbeitung. Es ist aber, glaube ich, nicht notwendig, hier noch weiter auf technische Einzelheiten einzugehen. Notwendig scheint mir vielleicht noch, auf folgendes hinzuweisen:

Die Teilnehmer des Verfahrens

Welches ist der Kreis der Teilnehmer an dem Rechnungseinzugsverfahren? Wir denken: die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, die SAG-Betriebe, die Konsumgenossenschaften und die sonstigen Genossenschaften, Privatbetriebe und physische Personen, soweit Forderungen an die vergesellschaftete Wirtschaft bestehen oder umgekehrt. Inwieweit Haushaltsorganisationen schon jetzt angeschlossen werden können, wird noch geprüft werden müssen. Vorgesehen ist außerdem, später auch Massenorganisationen und Parteien in dieses Verfahren einzubeziehen, nicht etwa obligatorisch, sondern auf der vertraglichen Basis, d. h. dann, wenn diese Organisationen selbst den Wunsch dazu haben. Wir sind jedoch der Meinung, daß wir diesen Schritt noch solange zurückstellen müssen, bis wir selbst in der praktischen Arbeit größere Erfahrungen gesammelt haben.

Die vorgenannten Teilnehmer am Rechnungseinzugsverfahren sind Kunden aller Kreditinstitute. Das heißt, wir müssen auch alle Kreditinstitute an der Durchführung dieses Verfahrens beteiligen.

Welche Forderungen werden eingezogen?

Welche Forderungen sollen im Rechnungseinzugsverfahren eingezogen werden? Mit der Einführung des Rechnungseinzugsverfahrens übernehmen die Kredit-

institute Kontrollfunktionen, die eine wesentlich kompliziertere Bearbeitung der Verrechnungsvorgänge als beim Überweisungsverkehr zur Folge haben. Wir sind deshalb der Meinung, daß nur ins Gewicht fallende Beträge im Rechnungseinzugsverfahren eingezogen werden sollen, wie das auch in der Sowjetunion der Fall ist. Wir stellen uns vor, daß die Grenze zunächst auf DM 500,— festgelegt werden sollte, sind uns aber heute schon darüber im klaren, daß es eine ganze Reihe von Fällen und Wirtschaftszweigen gibt, bei denen die Grenze herabgesetzt werden muß, z. B. bei den DHZ Zellstoff-Papier, Chemie usw. Eine solche Herabsetzung wird deshalb besonders notwendig sein, weil ja mit dem Einzug in diesem Rechnungseinzugsverfahren für volkseigene Betriebe gleichzeitig die Beilehung der Forderungen während der Zeit, wo sich die Ware auf Transport befindet, verbunden ist. Die Mehrzahl der Rechnungsbeträge dieser DHZ und sicherlich auch noch anderer Betriebe oder Organisationen liegt unter der DM-500,—Grenze. Würde man also alle diese Rechnungen vom Rechnungseinzugsverfahren ausnehmen, entfielen für eine Reihe dieser Stellen die Kreditierung eines erheblichen Teiles ihrer Forderungen. Deshalb muß man prüfen, in welchen Fällen und wie weit die DM-500,—Grenze herabgesetzt werden muß. Wir denken jedoch, daß die unterste Grenze nicht unter dem Betrag von DM 100,— liegen darf.

Welche Probleme ergeben sich aus den Fristen im Rechnungseinzugsverfahren? Wie bereits ausgeführt, ist der Verkäufer gezwungen, wenn ihm seine Forderungen beliehen werden sollen, diese Aufträge mit Rechnungskopien innerhalb von zwei Tagen, spätestens am dritten Tage nach Warenversand der Bank einzureichen. Wir sind uns auch hier darüber klar, daß es Fälle geben wird, wo diese Fristen nicht eingehalten werden können, insbesondere in der Anlaufzeit des Verfahrens. Aber es gibt keine andere Möglichkeit als diese generelle Regelung. Nur der Bankleiter selbst kann auf Antrag Ausnahmen zulassen und auch dann Kredit geben, wenn diese Frist überschritten ist. Doch werden hierfür feste Grundsätze erarbeitet.

Die Umlauffristen von 13 Tagen im Fernverkehr und 7 Tagen im Ortsverkehr sind zunächst roh errechnet worden. Es ist beabsichtigt, sie später unter Berücksichtigung der jeweiligen Postlaufzeit, die in unserer Deutschen Demokratischen Republik noch keineswegs einheitlich ist, zu staffeln. Das kann aber erst geschehen, wenn in der Praxis ausreichende Erfahrungen gesammelt worden sind.

Grundsätzlich kann dem Lieferbetrieb der Kredit für auf Transport befindliche Ware nur abzüglich des Gewinnes gewährt werden. Jedoch sind hier technisch-organisatorisch eine Reihe recht schwerwiegender Probleme zu lösen.

Die Verbesserung des Überweisungsverkehrs

Von seiten der Bank mußte vorher die Technik des Überweisungsverkehrs verbessert werden. Im Augenblick haben wir noch den Zustand, daß verschiedene Überweisungsnetze mit verschiedenen Formularen nebeneinander bestehen: so das Überweisungsnetz der Deutschen Notenbank, das Überweisungsnetz der Sparkassen, das Überweisungsnetz der genossenschaftlichen Kreditinstitute und das Überweisungsnetz der Postscheckämter. Hier ist die Technik, hier sind die Vorzüge verschieden. Dadurch entstehen lange und umständliche Überweisungswege, und dadurch wird der Überweisungsverkehr zu Lasten des Haushalts noch verteuert. Dieses noch bestehende Nebeneinander muß

beseitigt und ein einheitliches Überweisungsnetz für alle Kreditinstitute aufgebaut werden.

Am 1. Oktober dieses Jahres soll dieses einheitliche Verfahren, das nach einheitlichen Grundsätzen, mit einheitlichen Vordrucken und einer einheitlichen Technik arbeitet, nunmehr in Kraft treten. Die Mitarbeiter der Deutschen Notenbank haben dieses Verfahren auf dem Prinzip der direkten Verrechnungen zwischen den Kreditinstituten aufgebaut, unabhängig davon, ob es sich um eine Notenbankniederlassung, eine Sparkasse oder ein genossenschaftliches Kreditinstitut handelt. Unter kapitalistischen Bedingungen mit konkurrierenden Kreditinstituten hätte das nicht erreicht werden können. Unsere Mitarbeiter, die maßgeblich an der Ausarbeitung dieser Grundsätze mitgewirkt haben, werden gerade über diese Technik hoffentlich in der nächsten Nummer der „Deutschen Finanzwirtschaft“ ausführlich berichten, da dieses Verfahren eine Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren des Rechnungseinzugsverfahrens ist.

Wie wirkt es sich aus? Um den Vorteil ganz klar zu erkennen, muß man sich einmal vergegenwärtigen, wie eine solche Überweisung bisher durchgeführt wurde. Nehmen wir z. B. an, daß der Kunde einer Bäuerlichen Handelsgenossenschaft in Mecklenburg einen Betrag von DM 500,— an den Kunden der Hauptzweigstelle einer Sparkasse in Thüringen überweisen will. Der Weg läuft: von der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft zur Kreisagentur der Landesgenossenschaftsbank, von der Kreisagentur zur Landesgenossenschaftsbank Mecklenburgs, von dieser zur Landesgenossenschaftsbank Thüringens, von dort zur Landeszentrale der Deutschen Notenbank, von der Landeszentrale der Deutschen Notenbank zur Sparkassenhauptstelle und von der Sparkassenhauptstelle zur Sparkassenhauptzweigstelle, bei der der Empfänger sein Konto unterhält. Nicht weniger als fünf Verrechnungstellen sind also zwischen das absendende und das empfangende Kreditinstitut eingeschaltet.

Das neue Verfahren bringt eine wesentliche Vereinfachung. Dort führt der Weg von der BHG zur Kreisstelle der Deutschen Bauernbank und von dieser unmittelbar an die Hauptzweigstelle der Sparkasse des Empfängers. Ein einziges Kreditinstitut ist hier also als Durchlaufstelle eingeschaltet.

Jeder wird sich fragen, warum man das nicht schon lange beseitigt hat. Aber viele grundsätzliche Widerstände und eine Reihe technischer Schwierigkeiten waren zu überwinden, um dieses System, das von Tradition geheiligt ist, zu beseitigen. Mit dieser Neuordnung jedoch werden viele Klagen über Überweisungsverzögerungen verschwinden, die sich nur aus diesem Nebeneinander erklären ließen.

Was geschieht, wenn der Kontostand des Käuferbetriebes eine Belastung der Rechnungseinzugsaufträge nicht zuläßt? In solchen Fällen hat die Bank sofort der Verkäuferbank Mitteilung zu machen, damit nun auch der Verkäufer, der unmittelbar an der Bezahlung interessiert ist, dessen Kredit nämlich nun zurückgenommen wird, die Initiative ergreift und auf beschleunigte Zahlung drängt. Sie selbst hält die wirksamsten Mittel dafür in der Hand. Die Bank hat aber auch die Verpflichtung, bei volkseigenen Betrieben den zuständigen Hauptverwaltungen und dem Ministerium Meldung zu erstatten, damit diese untersuchen, welche wirtschaftlichen Fehler diesen finanziellen Schwierigkeiten zugrunde liegen.

Das ist ein kurzer Überblick über das in Ausarbeitung befindliche Verfahren, das ein wichtiger Beitrag sein wird, zu einem geregelten Zahlungsausgleich innerhalb unserer volkseigenen Wirtschaft und der anderen diesem Verfahren angeschlossenen Teilnehmer zu gelangen, und das gleichzeitig die Kredithergabe für die Zeit regelt, während der sich die Ware unterwegs vom Lieferanten zum Kunden befindet. Wichtig ist dabei, noch einmal zu betonen, daß dieses Verfahren seine volle Wirksamkeit nur entfalten kann, wenn die zuständigen Fachministerien bereit sind, sehr schnell die Folgerungen aus den Meldungen zu ziehen, die die kontrollierende Bank ihnen gibt. Niemals kann es der Bank selbst gelingen, die wirtschaftlichen Fehler oder die produktionstechnischen Schwierigkeiten mit finanziellen Mitteln zu überwinden; das bleibt die Aufgabe der zuständigen Fachverwaltungen. Die Hilfe jedoch, die ihnen von seiten der Bank gegeben wird, ist deshalb so wichtig, weil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehr schnell entdeckt werden und so bereits an der Wurzel, ehe sie einen großen Umfang annehmen, beseitigt werden können.

Ich denke, daß sich die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Notenbank im wachsenden Umfang darüber klar sind, daß diese gewaltigen Aufgaben, die uns die jetzt beginnende Phase unserer Wirtschaft stellt, eine von Grund auf neue Einstellung verlangen. Es geht keineswegs um die Einführung einer Reihe technisch-organisatorisch gut durchgearbeiteter Maßnahmen. Die vor uns stehenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn wir mit leidenschaftlicher Parteilichkeit den gewaltigen Kampf um unseren Plan zu unserer ureigensten Sache machen. Das bedeutet aber, daß wir uns mit der wissenschaftlich fundierten Grundgesetzen der Wirtschaft weit ernsthafter als bisher beschäftigen, sie auf unsere Lage anzuwenden verstehen und dabei das Ziel niemals aus den Augen lassen, zu beweisen, daß wir es um des Friedenskampfes willen tun, daß wir nach einem Plan zu arbeiten verstehen, der unsere demokratische Entwicklung festigt und den Frieden ermöglicht und erzwingt.

Finanzierung und Kontrolle als Hilfsmittel für die Realisierung der großen Investitionsvorhaben

Curt Lehmann, Präsident der DIB: Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin ist ein großer Bauplatz. Ich bitte, sich zu erinnern der gewaltigen Summe von 3,8 Milliarden D-Mark, die im Staatshaushaltsgesetz 1951 für Investitionen des Jahres 1951 vorgesehen und von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik erarbeitet worden sind. Jeder, der mit offenen Augen unsere Republik bereist, erkennt, daß überall

Bauten, die dem Frieden dienen, errichtet werden. Die Grundstoffindustrie erweitert ihre Basis, um der verarbeitenden Industrie in immer stärkerem Umfang Rohmaterial zu liefern. In den Betrieben des Maschinenbaues werden in neuen und verbesserten Produktionsstätten für den Export und für die Ausrüstung unserer Industrie wichtige Maschinen gefertigt. Der volkseigene Wohnungsbau sorgt in ständig steigendem Maße für die Deckung des Wohnraumbedarfes unserer Bevölkerung. Der Bau der MAS-Stationen und die Er-

richtung der Neubauerngehöfte steigern die landwirtschaftliche Produktion und festigen unsere demokratische Ordnung auf dem Lande.

Mit welchem Enthusiasmus die Bauarbeiter bereit sind, unsere großen Bauaufgaben zu lösen, wurde allen ersichtlich bei dem Bau der großen Sportanlagen der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin und dem Bau des Güteraußenringes. Wir wissen aus den Plänen der Baustelle Sosa, dem Aktivistenplan der Bau-Union Naumburg, Baustelle WMW Union Gera und anderen von dem Arbeitsenthusiasmus der Bauarbeiter und ihrem Willen zum fortschrittlichen, sparsamen Bauen. Ihnen ist es bewußt geworden, daß jede ersparte Mark ihnen selbst wieder zugute kommt und dazu benutzt wird, den Lebensstandard laufend zu steigern. Jede ersparte Mark hilft unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung festigen. Dieser kraftvolle Aufbau überzeugt die Bevölkerung Westdeutschlands davon, daß der von uns beschrittene Weg des Friedens und der Demokratie richtig ist. Die Erfüllung des Investitionsplanes ist also eine entscheidende politische Aufgabe, die der Erhaltung des Friedens dient.

Bereits in der Entschließung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der 6. Tagung wird eindringlich darauf hingewiesen, welche schweren Folgen das Zurückbleiben in der Durchführung der Investitionen hat. Es bedeutet, daß die erweiterte Reproduktion nicht das im Fünfjahrplan vorgesehene Tempo erreicht, wodurch die Erhöhung

der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten, die Steigerung der Warenproduktion und damit der Lebenshaltung der Bevölkerung gehemmt werden. In Erkenntnis dieser Tatsache hat der Ministerrat mit dem Ministerratsbeschuß vom 2. August 1951 eine ausführliche Aufgabenstellung und Anweisung zur termingerechten Durchführung der Investitionen beschlossen. Die Bedeutung dieses Ministerratsbeschlusses werde ich später ausführlicher würdigen.

Es ist kein Zufall, daß im verstärkten Kampf um den Frieden die Bauarbeiterschaft in der gesamten Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin unter Anleitung der Gewerkschaft IG Bau/Holz ihre besten Vertreter zu Arbeitstagen in den Ländern delegiert. Auf diesen Arbeitstagen wird in Arbeitsplänen die patriotische Bewegung der Bauarbeiterschaft ihren Niederschlag finden und damit das große Investitionsprogramm 1951 auf der Bauseite termingerecht erfüllen helfen. Wir alle wissen aber auch, daß zwischen dem Arbeitsenthusiasmus der Bauarbeiter und der Werktätigen in der Produktion und den Anstrengungen in der Verwaltung ein Mißverhältnis bestand und noch besteht. Zwar bemühen sich die Verwaltungsangestellten, auf der Grundlage von Brigadenbildungen, in Form der Pläne zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit und auf anderen Wegen dieses Mißverhältnis zu überwinden. Wir müssen aber auch feststellen, daß ein breiter, organisierter Durchbruch auf diesem Gebiet noch nicht erzielt wurde. Die Konferenz soll dazu beitragen, diese Mängel konkret aufzuzeigen.

Die Mängel in der Durchführung der Investitionsvorhaben

Es ist die Aufgabe der Deutschen Investitionsbank, durch Finanzierung, Kontrolle und Berichterstattung über die großen Investitionsvorhaben Mängel rechtzeitig aufzuzeigen, ihre Beseitigung zu veranlassen und unter Kontrolle zu halten. Sie muß den Kampf um die Erfüllung der Investitionsaufgaben unterstützen.

Ungenügende Vorbereitungen

Die Ausreichung der Mittel durch die Deutsche Investitionsbank beginnt mit der Vorlage der Investitionsauflagen und der für die Durchführung der Investitionsauflagen notwendigen technischen Unterlagen. Unsere ersten Kontrollen im Jahre 1951 stellten bereits erhebliche Mängel fest, die erkennbar machten, daß die Fachminister nicht mit der notwendigen Sorgfalt die Investitionstätigkeit 1951 vorbereitet hatten. So war der notwendige Vorlauf der Projektierung, sogar der Vorprojektierung nicht gesichert, weil die Fachminister die Aufgabenstellung für die technologischen Entwurfsbetriebe, die Industrieentwurfsbüros und Landesprojektierungsbüros nicht genügend konkret und nicht rechtzeitig genug bekanntgegeben haben, weil zweitens die Industrieentwurfsbüros nicht verstanden hatten, ihre Aufgaben schwerpunktmäßig zu regeln und durch einen rechtzeitigen Einsatz ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte für einen Vorlauf zu sorgen, und weil drittens die ehemaligen Landesprojektierungsbüros zwar in starkem Umfange die Oberbauleitungen wahrnahmen, jedoch ihrer eigentlichen Aufgabe, der Vorprojektierung und Projektierung, sich wenig widmeten.

Häufige Änderungen

Für das Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“, welches für die Kupferproduktion von entscheidender Bedeutung ist, wurde die Kontrollziffer für 1951 am

5. September 1950 zugestellt, am 15. September 1950 erhöht, am 3. Januar 1951 mit einer wiederum geänderten Planziffer dem Mansfeld-Kombinat übermittelt, am 1. März 1951 mit einer geänderten Plansumme bestätigt, am 21. Mai 1951 eine Strukturänderung beantragt, eine neue Strukturänderung am 19. Juni 1951, und wir sind jetzt schon gewiß, daß das praktische Endergebnis am 31. Dezember 1951 bei weitem nicht mehr mit dem genannten Plan übereinstimmt. Diese steten Änderungen des Planes bewirken neue Projektierungsarbeiten, bewirken Veränderungen der Baustellen und lassen ein kontinuierliches, kostensparendes Bauen nicht zu. Die Hauptverwaltung Metallurgie hat in diesem Falle keine ernsthafte Vorbereitung des Investitionsplanes 1951 betrieben.

Verspätete Entschlüsse

Ein anderes Beispiel: Der wichtige Bau volkseigener Wohnungen konnte im Jahre 1951 nicht rechtzeitig beginnen, planmäßig und kostensparend durchgeführt werden, weil das Ministerium für Aufbau erst verspätet die Typen für volkseigene Wohnbauten herausgab und darüber hinaus die Standorte der Wohnbauten nicht bei Beginn des Planjahres festgelegt hatte. Erst jetzt geht das Ministerium für Aufbau in Verbindung mit der Deutschen Bauakademie dazu über, die Wohnbautypen, wie überhaupt die Frage der Städteplanung, der werktätigen Bevölkerung zur Diskussion zu unterbreiten.

Der Industrieentwurf, der für die Fertigung der Vorprojekte und der Projekte einschließlich Leistungsverzeichnisse die Verantwortung trägt, hat es nicht verstanden, der zwar vereinzelt, aber vorhandenen Anleitung des Ministeriums für Schwerindustrie auf breiter Front Folge zu leisten. Es bestand bei vielen Investitionsvorhaben keine enge Fühlungnahme mit

dem technologischen Entwurfsbetrieb, mit dem Investitionsträger, mit dem Baubetrieb. Kostenplan und Kostenanschlag ließen bei der Baustelle Deutsche Niles-Werke Berlin die Kosten der gesamten Beheizung und der elektrischen Ausstattung unberücksichtigt. Unzureichende geologische Untersuchungen verzögerten den Anlauf der Bauarbeiten der Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben, erhöhten die Kosten bei Wälzlagerfabrik Ronneburg und ABUS-Förderanlagen Leipzig erheblich.

Die im Jahre 1951 hervorgetretenen Mängel des Industrieentwurfes sind Signal gewesen, eine Änderung in der Arbeit des Industrieentwurfes herbeizuführen. Die Bindung des Industrieentwurfes durch Verträge mit dem Planträger, in denen konkrete Aufgabenstellung erfolgt ist, in denen genaue Termine genannt worden sind, in denen Konventionalstrafen festgelegt sind, läßt uns hoffen, daß die Schwierigkeiten im Jahre 1952 nicht in gleich großem Umfange wie 1951 hervortreten und damit die Erfüllung des Investitionsplanes gefährden. Dazu ist jedoch notwendig, daß der Industrieentwurf ernsthaft kämpft um die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben, d.h. um die termingerechte Erfüllung der von ihm selbst eingegangenen Verträge.

Fehlende Unterlagen

Bei Beginn des Investitionsjahres 1951 konnten in fast keinem Falle ordnungsgemäße technische Unterlagen vorgelegt werden. Das Bausgeschehen jedoch, vor allem bei den großen Investitionsvorhaben, mußte in Fluß gehalten, die Kapazität für die Produktion erreicht werden. Wir entwickelten daraufhin das System der Anlaufbesprechungen, an denen qualifizierte Mitarbeiter der Fachministerien, der Investitionsträger, der Baubetriebe, der Entwurfsbetriebe und der DIB teilnahmen. Sie wurden mit besonderer Sorgfalt durchgeführt bei den Investitionsvorhaben des Ministeriums für Schwerindustrie. Dabei konnte bei den großen Bauvorhaben eine Unterbrechung wegen unzureichender technischer Unterlagen vermieden werden. Zugleich wurde in diesen Besprechungen und den daran anschließenden Folgebesprechungen immer wieder erneut auf die Ordnung der Unterlagen gedrungen, die Einreichung von Teilunterlagen und Teilverträgen erzwungen, ohne daß es jedoch gelang, die gesamten Kosten des Bauvorhabens zu überwachen, weil Gesamtunterlagen fehlten. Die Anlaufbesprechungen haben zwar die weitere Errichtung der Investitionsvorhaben finanziell gesichert, gestatteten jedoch dem Investitionsträger und den Baubetrieben, ohne endgültige Ordnung ihrer vertraglichen Beziehungen die Bauten weiterzuführen. Trotz dieser Einschränkung halten wir die entwickelte Methode der Anlaufbesprechungen im Jahre 1951 für zweckmäßig und werden sie für das Jahr 1952 auf breiterer Basis mit konkreteren Forderungen fortsetzen. Sie ermöglichen auf jeden Fall die Koordinierung der Aufgaben aller für das Investgeschehen verantwortlichen Stellen, an der es oftmals mangelt. Es soll damit vor allem erreicht werden, daß nicht wieder, wie im I. Quartal des Jahres 1951, große Kapazitäten der Bauindustrie brachliegen. Wir stellen die Forderung, daß entsprechend der Verantwortung der Fachminister für die Durchführung ihrer Investitionsvorhaben an den entscheidenden Anlaufbesprechungen die bevollmächtigten Vertreter der Minister teilnehmen. In diesen Anlaufbesprechungen sollten für die Durchführung der Industrievorhaben monatliche Realisierungspläne erarbeitet werden, die im Jahre 1951 noch zu den Ausnahmen gehörten. Diese Realisierungspläne müssen aufgestellt werden sowohl für den Bausektor, als auch für den

Ausrüstungssektor. Sie müssen konkret sein, d. h. Unterlagen für ihre Aufstellung müssen die abgeschlossenen Verträge sein. Mit diesem Mittel der monatlichen Realisierungspläne wird dem Investträger und dem Baubetrieb ein kurzfristiges konkretes Ziel gesteckt. Dieses zwingt ihn, alle Anstrengungen zu machen, den monatlichen Teilplan zu erfüllen. Er gibt weiter die Handhabe, den monatlichen Investitionsfortschritt entsprechend der Planung kurzfristig zu kontrollieren. Hierbei ist es Aufgabe des Investitionsträgers und des Baubetriebs sowie beider Betriebsgewerkschaftsleitungen, diesen monatlichen Teilabschnitt unter den Werk tätigen zu popularisieren und sie für die planmäßige Erfüllung dieses monatlichen Abschnitts zu begeistern.

Aus der weiteren Finanzierung und Kontrolle im Jahre 1951, die den jeweiligen Investitionsfortschritten folgte, wurden aber noch andere Mängel erkennbar.

Zunächst eine Bemerkung über die Art unserer Kontrollen: Die Kontrolle der verauslagten Gelder erfolgt entsprechend der Wichtigkeit der Vorhaben. Bei den Schwerpunktvorhaben erfolgt eine laufende Vorabkontrolle aller zur Zahlung angewiesenen Beträge. In diesen Fällen zahlt die Notenbank erst dann, wenn der Originalbeleg die Gegenzeichnung unseres Prüfers, aufweist. Die Vorabkontrolle bei Schwerpunktvorhaben wird eingestellt, wenn das Bausgeschehen durch echte Pauschalverträge abschließend geregelt ist. Bei einzelnen Bauvorhaben in Thüringen ist das gelungen. Die Schwerpunktprüfer sind angehalten, monatlich über die Durchführung des Investitionsplanes Bericht zu erstatten. Bei Investitionsvorhaben mit einer Plansumme über 1 Million DM erfolgt die Überprüfung in sechswöchentlichen Abständen, auch hierüber ist Bericht zu erstatten. Bei Investitionsvorhaben bis zu 1 Million DM wird dreimal jährlich geprüft, ebenfalls unter Zustellung der Berichte an uns. In allen Fällen wird das Resultat der Prüfungen in einer Schlußbesprechung mit dem Werksleiter, dem Investitionsverantwortlichen, dem Hauptbuchhalter und der Betriebsgewerkschaftsleitung festgestellt.

Versäumnisse der Investitionsträger

Untersuchen wir also die Arbeit des Investitionsträgers! Hat er sich ernsthaft bemüht, um die technischen Dokumente für das Investitionsvorhaben in der Hand zu haben? Ich erinnere die Betriebe des Maschinenbaus an die Überprüfungsaktion im Juni 1951. Bei dieser stellte sich heraus, daß bei keinem Schwerpunkt des Maschinenbaus ordnungsmäßig bestätigte Projektierungen vorlagen. Haben die Investitionsträger dafür gesorgt, daß ordnungsgemäße, abgeschlossene Verträge mit den Baubetrieben und den Ausrüstungslieferanten mit genauer Aufgaben- und Terminstellung abgeschlossen wurden? Ich erinnere daran, daß erst der Ministerratsbeschuß vom 2. August 1951 kategorisch erklären mußte, daß bis zum 31. August 1951 alle Bau- und Lieferverträge abgeschlossen sein müssen. Die Zusammenstellung der monatlichen Abrechnungen der Investitionsträger zeigt jedoch, daß für den Stichtag 25. August 1951 noch insgesamt rund 500 Millionen DM nicht erteilte Aufträge vorhanden sind. Welche Konsequenzen entstehen daraus für die Fachminister? Kontrollieren die vier Kollegen des Investitionsträgers, die die monatliche Abrechnung zu unterschreiben haben, nämlich der Werksleiter, der Hauptbuchhalter, der Investitionsbeauftragte und die Betriebsgewerkschaftsleitung wirklich bei ihrer Unterschrift die in der Abrechnung pro Monat angegebenen Zahlen und ziehen sie daraus Schlüsse für ihr weiteres Handeln? Bei sorgfältiger Ausfüllung signalisiert die Abrechnung rechtzeitig Kostenüberschreitungen. Sie

charakterisiert die Plandurchführung des Investitionsgeschehens. Sie läßt die Notwendigkeit operativen Einschaltens erkennen.

Allen Fachministern und Staatssekretären mit eigenem Geschäftsbereich wird in Erinnerung sein, zu welchen Ergebnissen die Investitionsüberprüfungen, die auf Veranlassung des Ministerrats im Juni 1951 durchgeführt wurden, gerade auch auf dem Gebiet der Investitionsberichterstattung geführt haben. Bei allen

Schwerpunktbetrieben des Maschinenbaus waren nur drei Betriebe, nämlich Abus Nordhausen, Görlitzer Maschinenfabrik und Dieselmotorenwerk Rostock, in der Lage, die Richtigkeit der Zahlen ihrer Abrechnung für den Monat Mai durch die vorgelegten Belege zu beweisen.

Insgesamt folgen Finanzierungskontrollen und Berichterstattung lückenlos dem Investitionsgeschehen.

Wie werden die Kontrollergebnisse ausgewertet?

Ich möchte jetzt darstellen, wie die gewonnenen Erkenntnisse den verantwortlichen Dienststellen bekanntgegeben werden und welche Aufnahme diese finden. Hierfür wurden drei Wege entwickelt:

1. Übermittlung der Kontrollberichte: Uns zugehende Berichte werden den Planträgern mit der Bitte übermittelt, notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Es hat sich herausgestellt, daß diese Korrespondenzmethode der Bearbeitung nur von geringem praktischen Nutzen ist.

Die Planträgerbesprechungen

2. Planträgerbesprechungen: Diese Planträgerbesprechungen sind ein wertvolles Instrument, nachdem es gelungen ist, durch Anwendung der Methode Losinski-Opitz auf die Zusammenfassung der monatlichen Abrechnungen schnell zuverlässige Abrechnungszahlen zu erhalten. Dabei sollen nach unserem Wunsche die verantwortlichen Mitarbeiter der Fachministerien diese Besprechungen durchführen, damit aus der gemeinsamen Beratung die operative Hilfe für den Investträger wirksam wird. Derartige Besprechungen werden sowohl mit dem Ministerium für Schwerindustrie durchgeführt als auch seit der Überprüfungsaktion im Juni 1951 mit dem Ministerium für Maschinenbau. Es ist dringend notwendig, daß die laut Ministerratsbeschuß vom 2. August 1951 verantwortlichen Herren Minister und Staatssekretäre mit eigenem Geschäftsbereich gemeinsam mit den leitenden Vertretern der Deutschen Investitionsbank die Durchführung ihrer entscheidenden Investitionen beraten, wie es in der Schwerindustrie und im Maschinenbau geschieht. Sie erhalten damit auch die notwendige persönliche Kontrolle, wie ihre Mitarbeiter die Investitionsaufgaben im einzelnen erfüllen. Wir können allen Ministern wertvolle Hinweise für die weitere Arbeit geben und selbst Anregungen empfangen.

Einige Beispiele: Zum Ministerium für Leichtindustrie gehört ein Betrieb, die Lehrwerkstatt Seiffenhersdorf in Sachsen, die seit Januar dieses Jahres sich bemüht, in Übereinstimmung mit den ihr zur Verfügung stehenden Planmitteln für den Anbau einer Lehrwerkstatt einen ordnungsgemäßen Bauvertrag mit der Bau-Union Neugersdorf abzuschließen. Sie ist dazu nicht in der Lage, weil infolge ungenügender Projektierung wenige tausend Mark fehlen. In einem Schreiben an unsere Außenstelle Zittau schildert dieser Betrieb unter dem 27. August 1951 seinen Kampf um die Realisierung der Investitionsauflage und seinen Irrweg, der ihn schließlich zum Ministerium für Leichtindustrie geführt hat. Von zuständiger Abteilung zur anderen zuständigen Abteilung verwiesen, bekam er im Ministerium für Leichtindustrie zuletzt die Auskunft: Der verantwortliche Sachbearbeiter ist in Urlaub, es würde ihm am nächsten Tage die Angelegenheit vorgetragen werden und der Betrieb erhalte telefonisch Bescheid. Das war Mitte Juni 1951 und seit dem 27. August 1951, dem Datum des Briefes, ist ein Bescheid bislang nicht

eingegangen. Die Maschinen, die als Lehrplätze für die Ausbildung der künftigen Facharbeiter vorgesehen waren, sind eingetroffen und stehen ungenutzt in einem Lagerraum; damit erfüllen sie ihren Zweck der Ausbildung junger Kader in der Produktion nicht.

Im gleichen Ministerium gibt der Staatssekretär die Anweisung, eine Entstaubungsanlage bei der Jutespinnerei in Olbersdorf (Sachsen) restlich fertigzustellen, zweifellos eine Investition, ohne jedoch zu sagen, ob und wann die Planung erfolgt. Wir sind für die Fertigstellung der Entstaubungsanlage. Sie dient der Erhaltung der Gesundheit unserer werktätigen Menschen. Es muß jedoch die Verbindung zwischen dem Planträger und dem Investträger so gut sein, daß eine rechtzeitige Nachplanung erfolgen kann, und nicht die Vereinigung Bastfaser, wie am 21. August 1951 geschehen, den Investträger anweist, aus Umlaufmitteln zu finanzieren — eine klare Aufforderung zur Durchbrechung der Finanzdisziplin.

Ein zweites Beispiel: Bei der Juli-Besprechung stellten sich im Ministerium für Volksbildung bei derartig wichtigen Investitionen, wie der Akademie der Wissenschaften und dem Rundfunk, erhebliche Schwierigkeiten heraus. Diese Schwierigkeiten veranlaßten uns, den Minister unter dem 17. Juli 1951 auf diese Schwierigkeiten hinzuweisen und ihn zugleich aufmerksam zu machen auf die Behandlung der Investitionsfragen im Volksbildungsministerium. Eine direkte Antwort ist bisher nicht erfolgt.

Ein drittes Beispiel und eine Anregung: Der Erfüllungsstand des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, und zwar sowohl in den Hauptanlagen als auch in den Einrichtungen für kulturelle, Gesundheits-, soziale und Nachwuchseinrichtungen, ist nach dem Stichtag 31. August 1951 schlecht, so daß es uns notwendig erscheint, konkrete, im einzelnen festzulegende Maßnahmen mit leitenden Mitarbeitern des Ministeriums zu beraten, an denen es bisher fehlte.

Ein gutes Beispiel, wie derartige Besprechungen konkret geführt werden können, beweist die Arbeit der HV Steine und Erden. Bekanntlich ist im Ministerratsbeschuß vom 16. August 1951 die Aufstellung von Terminplänen für die Realisierung der Investitionen im Jahre 1951 festgelegt. Die gleiche Angabe wird gefordert von den Investitionsträgern. Bei der Besprechung des Investitionsstandes per 31. August 1951 stellten sich Unterschiede heraus. Die HV Steine und Erden jedoch verpflichtete sich, operativ diese Unterschiede zu klären und dafür zu sorgen, daß die Investitionsvorhaben im Jahre 1951 konkret und genau monatlich im Fortschritt gemessen und festgelegt werden.

Die Kreiskonsultationen

3. Kreiskonsultationen: Ein weiterer Weg der Förderung des Investitionsgeschehens durch die DIB ist in den Kreiskonsultationen entwickelt worden. Am Tage der Fertigstellung der monatlichen Abrechnungen, im Regelfalle dem 28. jeden Monats, treffen sich, eingeladen vom Landrat oder Oberbürger-

meister, in genau festgelegten Zeitabständen sämtliche Investitionsträger des Kreises, also auch die Investitionsträger der zentralen Vorhaben. Sie liefern ihre monatlichen Abrechnungen ab, besprechen dabei die Hemmnisse in ihrem Investgeschehen mit den anwesenden Vertretern des Kreisbauamts, des Kreisplanungsamts und der Bauindustrie. Das zusammenfassende Ergebnis wird im Anschluß an die Kreiskonsultationen mit dem Landrat und den Massenorganisationen besprochen. Sie sollen ihren Einfluß geltend machen zur plangerechten Erfüllung der Investvorhaben in ihrem Kreise. Ich halte es für wichtig, daß auch die zentralen Vorhaben auf dieser Ebene besprochen werden, weil vielfach die örtlichen Oberbürgermeister und Landräte in der Lage sind, vorhandene örtliche Reserven für die Durchführung der großen Investitionsvorhaben zu mobilisieren. Nicht in allen Kreisen finden diese Kreiskonsultationen die notwendige Aufmerksamkeit. Ich verweise wegen der Schwierigkeiten auf den Artikel im „Demokratischen Aufbau“, Heft Nr. 8: „Konsultationstage für Investitionsbeauftragte“. Die in diesem Artikel aufgezeigten Mängel treffen nicht nur für das Land Sachsen zu, sondern gelten ebenso im Land Brandenburg. Als Beispiel die Kreiskon-

sultationen in Bernau und in Zauch-Belzig. Dieser Konsultationstag muß nach unserem Dafürhalten die Aufmerksamkeit aller Stellen im Kreise finden, da hierbei ein genereller Überblick über das Investgeschehen im Kreis gegeben wird. Wie unterschiedlich in den einzelnen Kreisen die Entwicklung des Investgeschehens ist, geht hervor aus einer von uns entwickelten Statistik über die kreisweise Plandurchführung zum Stichtag 31. August 1951. Im Lande Brandenburg weist der Kreis Zauch-Belzig eine Erfüllung von 31,8% des gesamten Jahresplanes aus, der Kreis Angermünde dagegen eine solche von 51%. Gleiche Schwankungen zeigen sich bei dem Vergleich des Erfüllungsstandes der Kreise in allen Ländern der DDR, so z. B. in Mecklenburg, wo der Kreis Malchin mit einer Erfüllung der Plansumme mit 23% dem Kreis Hagenow mit einer Erfüllung von 67% der Plansumme Ende August gegenübersteht. Könnte der Kampf um die Erfüllung des Investitionsplanes nicht eine wirksame Förderung durch den Abschluß eines Wettbewerbes der Kreisverwaltungen untereinander unter Anleitung des Ministeriums des Innern sein? Wir regen einen solchen Wettbewerb an.

Die Frage der Baukostensenkung

Wenn bisher die Durchführung des Investitionsplans als eine Kampfaufgabe behandelt wurde, so ist es ebenso notwendig, auch die wichtige Frage der Baukostensenkung als eine Kampfaufgabe zu behandeln. Das Gesetz über den Staatshaushalt legt bekanntlich fest, daß die durch die Selbstkostensenkung von 7% zu erreichenden Einsparungsbeträge von insgesamt 121 Millionen DM von der Deutschen Investitionsbank einzubehalten sind. Dies geschieht in der Praxis dadurch, daß wir die Plansumme für den Baukostenanteil um 7% vermindern. Damit aber dennoch das Planziel erreicht wird — das ist ja der Sinn, daß mit verminderten Mitteln die gleiche Menge realisiert wird —, muß die Deutsche Investitionsbank den Fragen der Selbstkostensenkung in der Bauindustrie eine außerordentliche Aufmerksamkeit widmen. Dabei ist zuerst die Frage zu beantworten, ob die HV Bauindustrie der ihr obliegenden Verpflichtung, die Kontrollziffer für die Selbstkostensenkung nach Kostenarten aufzuteilen, nachgekommen ist. Diese Frage ist zu verneinen, d. h. die Baubetriebe haben keine Anleitung erhalten für eine planmäßige Senkung der Selbstkosten. Das Rechnungswesen der volkseigenen Bauindustrie ist erst im Jahre 1951 entwickelt worden, so daß bei der endgültigen Prüfung der tatsächlichen Einsparungen am Ende des Jahres außerordentliche Schwierigkeiten entstehen werden. Auch hierbei fehlt es an der rechtzeitigen intensiven Anleitung der HV Bauindustrie.

Trotz der fehlenden Anleitung gelang es der Initiative einiger Bau-Unionen und vor allem einzelner Baustellen, wirkliche Selbstkostensenkungen durch gut organisierte Baustellen zu erzielen. Leider blieb jedoch bisher diese Bewegung vereinzelt, so daß z. B. im Ber-

liner Raum folgende Beanstandungen erhoben werden mußten: Auf den meisten Baustellen fehlt ein Baustelleneinrichtungsplan. Materialien werden planlos gestapelt und gelagert. Materialien werden nicht in der richtigen Reihenfolge angeliefert. Die Bauleitung wechselte bei der Baustelle Niles-Werke zum 9. Male. Bei Lova Niederschönhausen werden höhere Ausmaße in Rechnung gestellt als die tatsächlichen Arbeitsleistungen. Der VEB Wohnungsbau hat den fünften kaufmännischen Leiter.

Ein Beispiel aus dem Lande Sachsen: Der Zweigbetrieb Pirna der Bau-Union Dresden führt die Arbeiten am Ferienhaus in Holzhau im Erzgebirge durch, ohne die dortige Bauindustrie zur Mitarbeit aufzufordern. Ergebnis: DM 54 000,— Mehrkosten. DM 54 000,—, die von unseren Werktätigen erarbeitet worden sind!

Ein Beispiel aus dem Lande Mecklenburg: Die für das Land Mecklenburg wichtigen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen werden in der geplanten Kapazität nicht durchgeführt werden können, wenn es nicht doch noch gelingt, die Bau-Unionen in Mecklenburg zu veranlassen, zu den um 7% verminderten Preisen von 1950 zu bauen. Zur Zeit verlangen sie noch bis zu 40% über den Erfahrungssätzen des Jahres 1950. Die DIB kennt und würdigt alle Schwierigkeiten, die den Baubetrieben aus dem Fehlen vollständiger Bauunterlagen erwachsen, aus der nicht immer vertragsgemäßen Lieferung von Baumaterialien durch die Handelszentralen. Trotzdem sind wir aber der Meinung, daß die Bauindustrie nicht systematisch genug den Verlustquellen nachgeforscht und die Gründe abgestellt hat. Dadurch wird die vorgesehene Selbstkostensenkung gefährdet.

Die Kaderentwicklung

Unser Kampf um die Planerfüllung kann jedoch nur dann von Erfolg sein, wenn es uns gelingt, unsere Menschen für diese Aufgaben zu entwickeln und zu begeistern. Auf dem Arbeitsgebiet der Deutschen Investitionsbank vertreten wir die Auffassung, daß die Kaderentwicklung der Bank von der Lösung der Nachwuchsfrage abhängt. Die Deutsche Investitionsbank

hat im Jahre 1951 erstmals werktätige Menschen, die sich aktiv am Aufbau beteiligt haben, zu Mitarbeitern der Deutschen Investitionsbank herangezogen, um sie zu entwickeln.

Die Lösung dieser Aufgabe ist uns nicht hundertprozentig gelungen. Jedoch lassen wir in unseren Bemühungen nicht nach. Zum anderen haben wir zunächst für die

Zentrale und Filiale Berlin vereinbart, daß unsere Lehrlinge für vier Monate den Lehrbauhof der Bau-Union Berlin besuchen. Dort werden sie eingeführt in das kaufmännische Rechnungswesen der Baubetriebe, lernen aber auch durch praktische Beschäftigung auf dem Bauhof die elementarsten Handgriffe des Bauhofes kennen. Für die gleiche Zeit übernehmen wir fünf kaufmännische Lehrlinge der Bau-Union Berlin zur Einführung in die Investitionsarbeit der Deutschen Investitionsbank.

Ich halte diese Entwicklung für so wichtig, daß ich es mir nicht versagen möchte, den abgeschlossenen Freundschaftsvertrag zu verlesen:

Freundschaftsvertrag Bank—Bau-Union

„Getragen von dem Gedanken, unseren Lehrlingen die Möglichkeit zu geben, sich während der Ausbildung so zu qualifizieren, daß sie vollwertige Mitglieder unserer demokratischen Gesellschaft werden, zum anderen aber das Bündnis der Arbeiter mit den Angestellten ständig zu festigen, schließen die Zentrale und Filiale der Deutschen Investitionsbank und die Bau-Union Berlin folgenden Vertrag über den Austausch von Lehrlingen ab:

1. Ab 15. September 1951 werden 10 Lehrlinge der Deutschen Investitionsbank zur viermonatigen Ausbildung auf dem Lehrbauhof der Bau-Union Berlin delegiert. Die Bau-Union verpflichtet sich, den 10 Lehrlingen einen guten Ausbilder beizugeben, der für die viermonatige Ausbildung voll verantwortlich ist. Weiterhin stellt der Lehrbauhof für die Lehrlinge Werkzeuge und Berufskleidung zur Verfügung. Die Lehrlinge erhalten eine theoretische Ausbildung in der Betriebsberufsschule des Lehrbauhofes und eine praktische Ausbildung auf dem Lehrbauhof und den Lehrbaustellen. Nach Beendigung der viermonatigen Ausbildung erhält die Deutsche Investitionsbank über jeden Lehrling ein Abschlußzeugnis.
2. Ab 15. September 1951 werden fünf kaufmännische Lehrlinge der Bau-Union zur viermonatigen Ausbildung in die Deutsche Investitionsbank, Filiale Berlin, delegiert. Die Filiale Berlin verpflichtet sich, den fünf Lehrlingen einen guten Ausbilder beizugeben, der für die viermonatige Ausbildung voll verantwortlich ist. Die Lehrlinge besuchen die theoretische Lehrlingsausbildung der Deutschen Investitionsbank, bleiben aber sonst in der Betriebsberufsschule der Bau-Union Berlin. Eine praktische Ausbildung erhalten sie auf dem Gebiet der Investition. Nach Beendigung der viermonatigen Ausbildung erhält die Bau-Union Berlin über jeden Lehrling ein Abschlußzeugnis.“

Soweit dieser Freundschaftsvertrag zwischen Bau-Union und Deutscher Investitionsbank.

Als weitere Entwicklungsstufe soll das Berufsbild eines Investitionsbearbeiters geschaffen werden, der nicht nur seine Beschäftigung in der Deutschen Investitionsbank findet, sondern ebenso in den Baubetrieben, bei den Investitionsträgern und in den Verwaltungen, die mit Bau beschäftigt werden. Über das Berufsbild eines derartigen Investitionsbearbeiters sind wir in Verhandlungen mit dem Staatssekretariat für Berufsausbildung.

Kontrolle der Bauarbeiter

Die alleinige Kontrolle durch uns ist aber unwirksam, wenn sie nicht zugleich getragen wird von der stetigen Kontrolle der Bauarbeiter. Wir begrüßen es deshalb, daß eine Verbindung mit der IG Bau/Holz besteht, die zunächst dazu führt, daß die Deutsche In-

vestitionsbank bei allen grundlegenden Konferenzen der Bauarbeiter von ihrem Standpunkt aus gesehen Stellung nimmt zu Fragen der Investitionsplanerfüllung.

Wie wichtig diese Bauarbeiterkonferenzen sind, zeigt sich bei der letzten Bauarbeiterkonferenz im Raume Groß-Berlin, die unter der Losung stand: Entfacht die patriotische Bewegung der Bauarbeiter zur Erfüllung unseres Planes! — In dieser Konferenz wurde von dem Teilnehmerkreis erklärt, daß es möglich ist, die Baukosten in Berlin bis zu 30% zu senken, wenn bei Baubeginn sämtliche Unterlagen vorhanden sind. Ich glaube, daß diese Aufgabe der Bauarbeiter für uns und für alle am Investitionsgeschehen Beteiligten eine Verpflichtung sein muß, dafür zu sorgen, daß diese Unterlagen auch wirklich am Baubeginn, zu Anfang des Jahres, vorhanden sind.

Wie ernst die IG Bau/Holz ihre Verantwortung nimmt, geht aus einer anderen Erscheinung hervor. Bereits kurz nach Veröffentlichung des Ministerratsbeschlusses vom 2. August 1951 hat die Industriegewerkschaft Bau/Holz die Initiative ergriffen und einberufen zu einem zentralen Wettbewerb zur termingemäßen Fertigstellung der Projektierung für 1952. Der Wettbewerbsgedanke, der damit zum Ausdruck kommt, ist außerordentlich wichtig. Ich möchte nur wünschen, daß baldigst die ersten Teilergebnisse dieses Wettbewerbs popularisiert werden, um Anregungen für die weitere Arbeit aller an der Projektierung beteiligten Stellen zu geben.

Mitarbeit in den Finanzaktiven

Wir bemühen uns aber auch durch Mitarbeit in den Finanzaktiven der Kreise, die Betriebsgewerkschaftsleitungen über die Notwendigkeit einer finanziellen Ordnung und Finanzdisziplin bei den Investitionen aufzuklären. Dabei wird unsere Initiative vor allem neuerdings von der IG VBV unterstützt. In Verbindung mit den Industriegewerkschaftsleitern wird es uns gelingen, allen werktätigen Menschen die Bedeutung der Investition aufzuzeigen, ihre Mitarbeit zu steigern und sie zur steten Kontrolle der Investitionsarbeiten zu erziehen. Damit ist der entscheidende Schritt im Kampf um die Realisierung des Planes getan, ebenso wie im Kampf um die Senkung der Kosten unseres Aufbaues. Dieser entscheidende Schritt kann sich nur dann voll auswirken, wenn alle Mitarbeiter der Verwaltung, die für Investitionen verantwortlich sind, einen gleichartigen Kampf um die Erfüllung ihrer Aufgaben führen.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 2. August 1951 einen außerordentlich wichtigen, grundlegenden Beschluß zur Verbesserung der Planung der großen Investitionsvorhaben gefaßt. Damit sollen Planung, Projektierung und Durchführung der großen Investitionsvorhaben auf eine exaktere Grundlage gestellt werden. Mit präziser Aufgabenstellung behandelt er in vier großen Abschnitten die Verbesserung der Planung der großen Investitionsvorhaben, die Verbesserung der Organisation und Verwaltung der großen Investitionsvorhaben, die Verbesserung der Projektierungsarbeiten und die Verbesserung der Finanzierung und der Finanzkontrolle. In diesem Beschluß erhalten Minister und Staatssekretäre eine terminierte Aufgabenstellung. Es wird nochmals festgestellt, daß die Minister bzw. Staatssekretäre der Republik oder die Minister der Länderregierungen für alle Investitionsvorhaben verantwortlich sind. Bereits jetzt wird erkennbar, daß die terminierten Auflagen des Ministerratsbeschlusses nicht eingehalten werden. Dafür zwei besondere Beispiele:

Erstens: Nach dem Ministerratsbeschuß sollen sämtliche Bauverträge und Leistungsverträge bis zum 31. August 1951 abgeschlossen werden. Ich nannte Ihnen bereits die Zahl von 500 Millionen, die aus der Abrechnung des Monats August als noch nicht abgeschlossene Verträge hervorgeht.

Zweitens: Für die Durchführung der Vorhaben von großer Bedeutung sollten bis zum 1. September alle Projektierungsdokumente der im Investitionsplan vorgesehenen Projekte, welche der Bestätigung durch den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik unterliegen, überprüft werden. Die Durchführung der Vorhaben sollte durch folgende Maßnahmen gesichert werden: Fertigstellung aller Projektierungs-

dokumente für die 1951 durchzuführenden Vorhaben, Versorgung mit Material und Ausrüstung und Sicherstellung der für das Jahr 1951 benötigten Geldmittel, besonders bei den unter die Planumstellung fallenden Aufgaben. — Auch dieser entscheidende Termin ist nicht eingehalten worden. Es gelingt aber nur dann, die großen Investitionsvorhaben des Jahres 1951 durchzuführen, wenn die gestellten Termine strikt eingehalten werden. Sie dienen außerdem der nicht minder wichtigen guten Vorbereitung des Investitionsplanes 1952. Wir halten es für erforderlich, daß alle Minister und Staatssekretäre eine Überprüfung ihrer Termine aus diesem Ministerratsbeschuß durchführen und den Stand der Erfüllung kontrollieren.

Vorschläge und vorbereitende Maßnahmen der DIB

Wir alle müssen aus den Erfahrungen des Jahres 1951 die Lehren ziehen. Entsprechend den politischen Erfordernissen der Gegenwart und der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaft hat die Deutsche Investitionsbank folgende Maßnahmen vorbereitet:

1. Wir werden im Jahre 1952 entsprechend den Grundsätzen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und der dabei zum Ausdruck kommenden Eigenverantwortlichkeit genau festlegen, welcher Mitarbeiter für die Durchführung der Finanzierung und Kontrolle der einzelnen Investitionsvorhaben die Verantwortung übernimmt. Wir erweitern damit die im Jahr 1951 schon durchgesetzte persönliche Verantwortung einzelner Prüfer für Schwerpunktvorhaben des Planes. Die bisherige Trennung von Finanzierung und Kontrolle wird aufgehoben.
2. Die Finanzierung von Investitionsvorhaben beginnt im Jahre 1952 im Grundsatz erst dann, wenn die technische Dokumentation vorgelegt wird und wenn zwischen Investitionsträgern und Baubetrieben die vertraglichen Beziehungen genau geregelt sind. Das Vertragswesen vor allem hinsichtlich der Bauverträge, aber auch für die Ausrüstungsverträge muß strenger als im Jahre 1951 gehandhabt werden. Dazu ist es notwendig, daß die Hauptverwaltung Bauindustrie unter Mitarbeit der Deutschen Investitionsbank bestimmte Typen von Bauverträgen entwickelt, deren Verwendung vorzuschreiben ist. Die Einrichtung eines Schiedsgerichtes, das bereits vor Abschluß der Verträge tätig werden kann, z.B. auf dem Gebiet von Preisstreitigkeiten, ist dringend erforderlich.
3. Das geschilderte System der Anlaufbesprechungen 1951 muß im Jahre 1952 wieder durchgeführt werden. Es muß ausgedehnt werden auf Besprechungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen, und zwar im Dezember dieses Jahres, direkt am Ort des Baugeschehens mit der Maßgabe, alle Möglichkeiten für ein kontinuierliches Bauen auch während der Wintermonate auszuschöpfen. Die planungs- und finanztechnischen Überlegungen sind bereits erfolgt. — Vielleicht ein Hinweis daraus: Fortführungsbauten und Anschlußbauten werden in ihrer Genehmigung davon abhängig gemacht, daß endgültig bestätigte Projekte für diese Vorhaben vorliegen.
4. Für die Realisierung der Investitionsvorhaben müssen bereits zu Beginn des Jahres Monatspläne der Realisierung erarbeitet werden. Ich möchte „erarbeiten“ betonen; sie sollen nicht aufgestellt werden, sondern sie sollen wirklichkeitsnahe, kon-

krete Termine enthalten. Es ist Aufgabe der Fachministerien und der Investitionsträger, die Planziele dieser Realisierungspläne einzeln monatlich zu verfolgen

5. Die materielle Kontrolle der Deutschen Investitionsbank an Ort und Stelle, an den Baustellen, muß erheblich verstärkt werden.
6. Die Prämienzahlung bei Aufbaubetrieben muß abhängig gemacht werden von der Einhaltung der Finanzdisziplin. Sie soll also nicht die Finanzdisziplin unberücksichtigt lassen.
7. Illegale Investitionen, die die Erfüllung des Planes gefährden, müssen einer strengen Bestrafung zugeführt werden. Dazu gehört im Grundsatz auch die Überschreitung von Kosten bei genehmigten Investitionen.
8. Die Baubetriebe müssen unter eine starke Finanzkontrolle genommen werden. Sie muß dazu führen, daß die finanzielle Ordnung der Baubetriebe sichergestellt ist und daß überflüssige Ausgaben vermieden werden.
9. Aus allen Überlegungen heraus halten wir es für erforderlich, daß die Deutsche Investitionsbank im Jahre 1952 berechtigt wird, im Rahmen der Wirtschaftsstrafordnung Wirtschaftsstrafen auszusprechen, sofern Verstöße gegen die Finanzdisziplin auf dem Investitions- und Bausektor festgestellt werden.

Mit dem Ablauf des Jahres 1951 haben alle für das Investitionsgeschehen verantwortlichen Mitarbeiter eine dreijährige Erfahrung auf dem Gebiete der Investitionsplanung, Projektierung, Durchführung, Finanzierung und Kontrolle erreicht. In zunehmendem Maße werden uns allen die Erfahrungen der Sowjetunion durch den persönlichen Augenschein wie durch Studium ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen zugänglich gemacht. Der großartige Baufortschritt in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr zeigt uns aber, welche Möglichkeiten von uns allen noch nicht erkannt und ausgenutzt worden sind. Zum Beispiel die freiwillige Einsparung von Investitionsmitteln durch die Werktätigen ist bei uns überhaupt noch nicht ernsthaft diskutiert und betrieben worden.

Ich zitiere aus einem Brief von 88 Moskauer Betrieben an Stalin vom 3. November 1949, in dem es heißt:

„Durch rationellere Planung der Ausrüstungen und Verminderung der Betriebsfläche je Maschine, durch Koordinierung der Hebezeuge und Transportmittel, durch Ausgliederung der Hilfsarbeiten aus den Abteilungen der Hauptproduktion können wir allein

in unseren 88 Betrieben über 130 000 qm Betriebsfläche einsparen. Dadurch wird es dem Staat möglich, Hunderte von Millionen Rubel für den Bau neuer Betriebe sowie eine große Menge an Metall, Zement, Ziegeln und anderen Materialien einzusparen.“

Lernen wir aber auch, welch harter Kampf um die Investitionsvorhaben von den Sowjetmenschen geführt wird, aus den herrlichen Veröffentlichungen, so z. B. aus dem Roman „Fern von Moskau“. Lernen wir aber auch aus der Aufmerksamkeit der sowjetischen Wissen-

schaftler, die sich den Fragen der Kapitalinvestitionen zuwenden!

Gerade weil wir wissen, daß der Kampf um die Erfüllung des Investitionsplanes ein Teilstück des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und als Vorbild ein Teilstück des Kampfes um die Einheit Deutschlands ist, erhebt die Deutsche Investitionsbank desto stärker die Forderung, daß alle für die Durchführung der großen Investitionsvorhaben verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Planes einsetzen! (Beifall.)

Die Bewirtschaftung von öffentlichen Geldern durch die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise und die Bürgermeister, Landräte und Fachminister als Mittel der Durchführung und Kontrolle des Volkswirtschaftsplanes

Der Staatshaushalt als Mittel zur Kontrolle und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes

Staatshaushalt — Volkswirtschaftsplan

Willi Georgino, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen:

Meine Damen und Herren! Wenn mir heute die Aufgabe gestellt wird, über die Bedeutung des Haushaltsplanes als Mittel der Kontrolle und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes zu berichten, so komme ich nicht umhin, noch einmal kurz einleitend auf die neue Funktion unseres Staatshaushalts einzugehen.

In der richtigen Erkenntnis, daß unsere Finanzwirtschaft mit ihren alten Methoden unmöglich ihre Aufgabe in der Wirtschaftsplanung erfüllen kann, wurden im April des vorigen Jahres mit der ersten Haushaltskonferenz die Vorbereitungen zur Haushaltsreform eingeleitet. Ich darf ganz besonders erwähnen, daß wir dabei weitgehend die Erfahrungen der Sowjetunion genutzt haben.

Die Haushaltsreform brachte als Wesentliches den einheitlichen Staatshaushalt, der in seiner Gliederung mit dem Volkswirtschaftsplan abgestimmt ist, auf dem Volkswirtschaftsplan aufbaut und so die Durchführung des Volkswirtschaftsplans kontrollieren kann. Darüber hinaus ermöglicht der einheitliche Staatshaushalt die Zusammenfassung aller Mittel. Das Nebeneinanderbestehen verschiedener Haushalte, die in keinerlei Verbindung zueinander standen, wurde beseitigt.

Die Tatsache, daß wir unsere Wirtschaft planen, ermöglicht es uns erstmalig, auch den Staatshaushalt zu planen; denn nur dort, wo die Wirtschaft geplant wird, kann man auch von einem „Haushaltsplan“ sprechen.

In den kapitalistischen Ländern sind die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsplanung nicht gegeben; daher kann man dort auch keinen Haushalt „planen“. Die dort in der Wirtschaft vorherrschenden anarchischen Kräfte sind auch für die Staatsfinanzen charakteristisch. Man kann daher auch nicht von einem Haushaltsplan sprechen, sondern von einer Zusammenstellung, von einem Versuch, die Einnahmen und Ausgaben des Staates vorauszubestimmen. Das ändert aber nichts an dem Charakter der kapitalistischen Haushalte als Instrument der Imperialisten zur Durchführung ihrer räuberischen Absichten.

Da es in den kapitalistischen Staaten keine zusammenfassende Planung — wie bei uns den Volkswirtschaftsplan — gibt, haben die bürgerlichen Theoretiker keine Ausgangsbasis für ihre Haushaltsplanung. Sie wenden daher Methoden an, die auch viele unserer Mitarbeiter noch kennen und die sich teilweise in den Köpfen dieser unserer Mitarbeiter so festgesetzt haben,

daß sie sie heute noch anwenden — zum Schaden unserer gesamten Arbeit.

Wir haben eine durchaus reale Basis für die Planung unserer Staatsfinanzen — unseres Staatshaushalts —, und das ist der Volkswirtschaftsplan. Der Volkswirtschaftsplan ist das bestimmende Gesetz unserer Wirtschaft. So wird der Staatshaushalt auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes geplant. Das bedeutet aber keinesfalls, daß der Staatshaushalt lediglich eine mechanische Aufzählung der Meßzahlen des Volkswirtschaftsplanes in finanzieller Form darstellt. Der Staatshaushalt stellt als Finanzplanung einen selbständigen entscheidenden Teil der staatlichen Planung dar.

Die Meßzahlen des Volkswirtschaftsplanes bilden für die Haushaltsberechnungen die Grundlage. Dem Volkswirtschaftsplan können aber nur die Hauptberechnungselemente entnommen werden, die durch Finanzmeßzahlen zu ergänzen sind, die von den Finanzorganen ausgearbeitet werden müssen. So bestimmt der Volkswirtschaftsplan z. B. das Netz der sozialen Einrichtungen am Ende des Planabschnitts. Aufgabe der Finanzorgane ist es nun, unter Beachtung der gewonnenen Richtsätze den Stand am Beginn des Jahres und seine Veränderungen im Laufe des Planjahres zu ermitteln.

Für die Berechnung des Lohnfonds, des Materialfonds, der Umlaufmittel und des Gewinns in der volkseigenen Wirtschaft bringt uns der Volkswirtschaftsplan die Kontrollziffern für die Steigerung der Produktion und die Selbstkostensenkung. Die Finanzorgane führen an Hand dieser Kontrollziffern die Berechnungen für den Staatshaushalt durch.

Der Volkswirtschaftsplan bringt aber auch die Kontrollziffern für die Produktion in der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft. Diese Kontrollziffern müssen z. B. die Grundlage sein für die Planung des Steueraufkommens der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft.

Im Volkswirtschaftsplan wird nur das Gesamtvolumen der Kapitalinvestitionen festgelegt. Aufgabe der Finanzorgane ist es, die Finanzierungsquellen zu ermitteln. Der Staatshaushalt faßt die für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes erforderlichen Finanzquellen zusammen.

So ist also der Staatshaushalt keine bloße Widerspiegelung des Volkswirtschaftsplanes, sondern ein aktiver Faktor bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes und seiner Durchführung. Er muß schon bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes helfen, Reserven aufzuzeigen und den Plan in den richtigen Propor-

tionen aufzustellen. Im Abschnitt der Durchführung ist der Staatshaushalt ein aktiver Faktor der Kontrolle der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes.

Wir sehen: Volkswirtschaftsplan und Staatshaushalt stehen im organischen Zusammenhang und in enger Wechselbeziehung miteinander. Wir können nicht den Volkswirtschaftsplan in qualitativer und quantitativer Hinsicht erfüllen, wenn nicht der Staatshaushalt erfüllt ist. Das gleiche ist auch umgekehrt der Fall. Wir können den Staatshaushalt nicht erfüllen, wenn der Volkswirtschaftsplan nicht erfüllt ist.

Die Grundlagen für die neue Funktion des Staatshaushalts sind im Gesetz über die Haushaltsreform vom 15. Dezember 1950 niedergelegt. Das wesentlichste Merkmal dieser Haushaltsreform ist der einheitliche Staatshaushalt, der mit dem Volkswirtschaftsplan abgestimmt sein muß, der den Volkswirtschaftsplan zur Grundlage hat. Damit wird auch der Haushalt, selbst der der kleinsten Gemeinde, zum Bestandteil des Gesamtplanes. Wird der Haushaltsplan der kleinsten Gemeinde nicht erfüllt, dann kann der Gesamtplan nicht erfüllt werden. Der Haushaltsplan selbst der kleinsten Gemeinde ist also nichts Losgelöstes vom Gesamtplan.

Unterschätzen wir keinesfalls die Bedeutung der Haushalte der Kreise und Gemeinden. Macht doch das Gesamtvolumen der Haushalte der Stadt- und Landkreise am Gesamtvolumen des Staatshaushalts 5% aus und das Gesamtvolumen der Haushalte der Gemeinden am Gesamtvolumen des Staatshaushalts 4%, zusammen also nahezu 10%.

Die Funktion des Staatshaushalts in der Wirtschaftsplanung

Der Staatshaushalt hat die große Aufgabe einer planmäßigen Neuverteilung des Volkseinkommens: der Akkumulation zur Befriedigung der staatlichen und allgemeinen Bedürfnisse des Volkes und zur Beschleunigung der erweiterten Reproduktion in der volkseigenen Wirtschaft.

Ich betone nochmals, daß der Staatshaushalt bereits bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes helfen muß, Reserven aufzuzeigen. Und ungeheuer groß sind die Reserven, über die wir noch verfügen, auch in der örtlichen Ebene.

Bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes übt der Staatshaushalt eine Kontrollfunktion aus. Das ist aber nur möglich durch eine zeitnahe Berichterstattung über die Erfüllung des Staatshaushalts, durch eine sorgfältige Analyse der Berichte und durch sofortige Auswertung der Analysen. Hierbei darf die öffentliche Berichterstattung nicht unterschätzt werden.

Was mein Kollege Rumpf über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft sagte, gilt im Prinzip auch für das Rechnungswesen des Haushalts. Unser Rechnungswesen ist durchaus in der Lage, seine Aufgabe als operatives Kontrollinstrument für die Verwaltung und Planung zu erfüllen. Die Verwaltungsleiter bedienen sich aber zu wenig der Haushaltsrechnung als operatives Arbeits- und Führungsinstrument. Auch die Haushaltskontrollorgane sollten sich mehr als bisher der Rechnungsergebnisse und der daraus gezogenen Analysen bei ihrer Arbeit bedienen.

Es ist seit der ersten Haushaltskonferenz im April vorigen Jahres in Konferenzen, in der Fach- und Tagespresse eingehend auf die neue Funktion des Staatshaushalts hingewiesen worden. Es wurde immer wieder darauf betont, daß wir die Erfahrungen der Sowjetunion nutzen müssen. „Von der Sowjetunion lernen“, darf aber nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Ich habe bereits in der dritten Haushaltskonferenz im

Juni d. J. darauf hingewiesen, daß mit allen Mitteln verhindert werden muß, daß die Haushaltsreform im Technischen erstickt. Ihr Sinn muß allen Beteiligten verständlich gemacht werden. Während wir z. T. gute Erfolge zu verzeichnen haben, gibt es aber auch Verwaltungsleiter, die die Bedeutung der Haushaltsreform nicht erkannt haben, die die neue Funktion des Staatshaushalts nicht kennen. Entsprechend ist auch ihre Arbeit. Gibt es doch Landräte, die von ihrer Finanzabteilung kaum etwas wissen, wie z. B. der Landrat in Niederbarnim im Land Brandenburg.

Es gibt aber auch Verwaltungsleiter wie den Oberbürgermeister in Dresden, der sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und dadurch auch in seiner Arbeit vorankommt. Es gibt aber auch Verwaltungsleiter, die ihren Haushalt überhaupt nicht kennen, aber bereit sind, durch Halten von schwarzen Fonds gesetzwidrige Manipulationen von Haushaltsmitteln vorzunehmen.

Überhaupt zeigt sich stets eine besondere Aktivität, wenn es gilt, außerhalb des staatlichen Plans finanzielle Manipulationen durchzuführen. Dafür ein Beispiel:

So wird beim Kreis Torgau bis jetzt ein Sonderkonto geführt, das aus Spenden und Erlösen von Sportveranstaltungen finanziert wird. Aus diesen Mitteln werden Neubauern-Kredite gegeben. Für einen solchen Zweck bedarf es dieser Aktion nicht. Die staatliche Kredithilfe für unsere Neubauern ist durchaus ausreichend. Vor allem dürfen solche Maßnahmen nicht ohne Abstimmung mit dem Gesamtfinanzplan durchgeführt werden.

Erfüllt der Staatshaushalt seine Aufgabe?

Planung

Wenn der Staatshaushalt seine neue Funktion richtig erfüllen soll, muß er auf Grund von Meßzahlen des Volkswirtschaftsplanes und auf Erfahrungswerte aufgebaut sein. Dazu ist selbstverständlich erforderlich, daß den Finanzorganen von den staatlichen Planungsorganen die Grundmeßzahlen mitgeteilt werden, die sie benötigen. Notwendig ist aber ebenso sehr, daß die Finanzorgane den staatlichen Planungsorganen einen genauen Katalog der Grundmeßzahlen überreichen, die sie benötigen. Das war in der Vergangenheit noch nicht der Fall. Hier gab es noch kein System in der Zusammenarbeit. Wichtige Zahlen konnten die Finanzorgane von den staatlichen Planungsorganen nicht bekommen, weil solche nicht vorhanden waren, wie z. B. Anzahl der Krankbetten, aber unterteilt auf The-Betten, sonstige Krankbetten, Kinderkrankbetten usw. Es ist daher erforderlich, sofort mit den staatlichen Planungsorganen ein System der Zusammenarbeit und eine Nomenklatur der Grundmeßzahlen, die für die Aufstellung des Staatshaushalts benötigt werden, auszuarbeiten und festzulegen. Diese Zusammenarbeit muß bis in die unterste Ebene gewährleistet sein.

Werden bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes durch den Staatshaushalt bereits Reserven aufgezeigt? Nein, noch nicht in genügendem Umfange! Wie kann es auch geschehen, wenn die Aufstellung des Planes eine Angelegenheit der Bürokratie ist! Wo in den Gemeinden hat man denn in breiter Öffentlichkeit die Planung des Haushalts diskutiert? Ein gutes Beispiel hierfür gibt die Gemeinde Eichwalde im Lande Brandenburg. In breiter Öffentlichkeit wird die Aufstellung des Gemeindehaushalts diskutiert, und ich bin überzeugt, daß dem Bürgermeister Reserven aufgezeigt werden, von denen er noch nichts wußte. Es gibt aber auch Kreise, in denen die Aufstellung des Haushalts lediglich eine Angelegenheit der Haushaltsbearbeiter des Kreises ist. Die Kassenverwalter der Gemeinden werden in bestimmter Reihenfolge zur

Finanzabteilung des Kreises bestellt und dort wird der Haushaltplan entworfen. Die Methode ist einfach und für die Bürokratie mühelos. — Ein Glanzstück hat sich die Finanzabteilung des Kreises Frankfurt/Oder geleistet. Die Haushalte für das Rechnungsjahr 1952 werden dort vorwiegend von ihr selbst aufgestellt. Die Bürgermeister werden mit dieser Arbeit „verschont“.

Auch in den Kreisen und in den Ländern soll man schon bei der Aufstellung des Planes die Vertretungskörperschaften und die Massenorganisationen heranziehen.

Und ist die Bevölkerung bei der Aufstellung des Planes mit herangezogen worden, so wird sie auch interessiert sein, die Durchführung dieses Planes zu kontrollieren.

Berichterstattung

Die Berichterstattung wird vollkommen unterschätzt. Die Berichterstattung muß zeitnah sein, soll sie ihre Aufgabe erfüllen.

Wie sieht aber die zeitnahe Berichterstattung aus? Die Monatsberichte der Länder zum Stichtag 31. Juli sollten bis zum 12. August vorliegen. Der erste Bericht kam am 13. August, der letzte Bericht (Sachsen-Anhalt) am 29. August. So sieht es mit allen Berichten aus. Aber interessant ist doch, daß z. B. Mecklenburg durchaus in der Lage ist, die gestellten Termine nicht nur einzuhalten, sondern neuerdings sogar zu unterbieten, und warum? Weil Mecklenburg die Initiative ergriffen hat und die Methode Losinski-Opitz auf die Abrechnung des Haushalts anwendet. Dadurch kommt Mecklenburg nicht nur zu einer kurzfristigen Berichterstattung, sondern auch zu einer Analyse und Auswertung der Analyse. Darüber hinaus war es möglich, Arbeitskräfte für andere Aufgaben freizustellen. Warum stehen die anderen Länder noch zurück? Warum studieren sie nicht, wie es Mecklenburg macht, warum warten sie erst, bis Mecklenburg selbst die Initiative ergreift, in die Länder fährt, um es ihnen zu zeigen?

Die Analyse der Berichte

Der Sinn der Berichte liegt nicht darin, daß sie gegeben werden müssen, weil es das Finanzministerium der Republik so angeordnet hat, nein, die Berichte sollen analysiert werden und sollen dann dazu dienen, den Stand der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes aufzuzeigen und die erkannten Mängel und Schwächen schnellstens abzustellen. Sie sollen dem Verwaltungsleiter ein operatives Arbeitsinstrument sein. Wie werden die Berichte analysiert? Ich muß hier leider feststellen, daß es überhaupt keine brauchbaren Analysen gibt. Es werden riesige Statistiken gefertigt, aber keiner schaut sie sich an. Und soweit man sie sich anschaut, bleibt es bei bloßen Feststellungen, daß, sagen wir, der Einzelplan Gesundheitswesen mit X% erfüllt ist. Über die tieferen Ursachen macht man sich keine Gedanken. So ist es in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Ländern und im Finanzministerium der Republik. Nun, man sagt, man hätte dazu keine Zeit, ich sage — wenn wir dazu keine Zeit haben, dann soll man die ganze Berichterstattung seinlassen und soll sich eine andere Beschäftigung suchen, denn dann haben wir unsere Aufgabe nicht erfüllt!

Machen Sie ein paar Statistiken weniger und prüfen Sie die in den Berichten hervorspringenden Mängel an Ort und Stelle nach. Sie können aus einigen Beispielen durchaus Schlussfolgerungen ziehen.

Der Volkswirtschaftsplan kann in quantitativer und qualitativer Hinsicht nicht erfüllt werden, wenn der Staatshaushalt nicht erfüllt ist. Für die Durchführung des Staatshaushalts ist jeweils der Verwaltungsleiter verantwortlich. Will er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen, muß er sich also um die Erfüllung des Staatshaushalts kümmern. Wieviel wertvolle Hinweise könnte aber den Verantwortlichen die Analyse des Haushalts geben.

Was zeigt uns die Analyse der Erfüllungsberichte des Staatshaushaltes 1951?

Betrachten wir einmal die Durchführung des Staatshaushalts 1951 nach den bis jetzt vorliegenden Berichten.

Einnahmen

Auf der Einnahmeseite stellen wir fest, daß die Einnahmen allgemein in unverantwortlicher Weise viel zu niedrig geplant wurden. Dafür einige Beispiele:

Bei den Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt war das gesamte Jahres-Einnahmesoll der Forstwirtschaft bereits am 31. August 1951 mit 125% erfüllt.

Allgemein fällt auf, daß im Einzelplan Finanzen der Gemeinden, Kreise und Länder das Jahreseinnahmesoll bereits überschritten ist. Bedenken Sie, daß der Einzelplan Finanzen einen wesentlichen Teil der Gesamteinnahmen zusammenfaßt.

Für die Erfüllung des Einzelplanes Finanzen einige Beispiele: Die Gemeinden des Landes Brandenburg haben den Einzelplan Finanzen in der Einnahme bereits mit 116% erfüllt, die Gemeinden des Landes Mecklenburg mit 114%, die Kreise des Landes Sachsen mit 120%, die Kreise des Landes Sachsen-Anhalt mit 124%, die Kreise des Landes Thüringen mit über 200%, die Kreise des Landes Brandenburg mit 222,5% und die Kreise des Landes Mecklenburg mit 400%. Bei den Ländern ist der Einzelplan Finanzen des Landes-Sachsen-Anhalt mit 125%, des Landes Thüringen mit 133%, des Landes Brandenburg mit 178%, des Landes Mecklenburg mit 228% erfüllt. Es wird der Einwand gebracht, daß in diesem Einzelplan auch die aufgelösten Verwahrungen und sonstigen Fonds als Einnahme ausgewiesen werden, die man nicht geplant hätte, weil unsere Anweisung zur Auflösung dieser Fonds erst ergangen sei und die Planung zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war.

Ich bitte einmal die „Deutsche Finanzwirtschaft“ zu studieren, ich bitte einmal die Protokolle der Haushaltskonferenz vom vergangenen Jahr nachzulesen — überall stand die Auflösung dieser Fonds als Schwerpunkt.

Aber die Übererfüllung des Einzelplanes Finanzen ist es nicht allein: Die Einnahmen wurden wie nie zuvor, zu niedrig geplant. In vielen Einzelplänen sind die Einnahmen bereits über 100% erfüllt.

Während die Erfüllung des Gesamtsteuerplans der Republik befriedigt, befriedigt die Erfüllung des Planes der Gemeindesteuern nicht.

Der Plan ist durchaus zu erfüllen. Das zeigt die Erfüllung des Gesamtsteuerplanes. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß das Jahressoll der Gewerbesteuer, nachdem die Gewerbesteuer eine Steuer der Republik geworden ist, bereits jetzt erfüllt ist. Was sagt das? Daß die Gemeinden diese Quelle nicht richtig ausgeschöpft haben.

Wir haben einige Prüfungen vorgenommen.

Was zeigt eine Überprüfung z. B. im Kreise Niederbarnim im Lande Brandenburg? Die Zentralbuchhaltung in Niederbarnim hat seit Jahresbeginn die Rückstände der Steuern auf den Steuerkonten nicht festgestellt. Rückstände wurden nicht angemahnt. Verschiedene den Zentralbuchhaltungen angeschlossene Gemeinden hätten daher ihr Steuersoll am 31. Juli 1951 erst mit 20 bis 30% erfüllt.

Aber auch die Gemeinden, die keiner Zentralbuchhaltung angeschlossen sind, widmen dem Einzug der Abgaben nicht die genügende Beachtung. Die Gemeinde Hoppegarten im Lande Brandenburg meldet ständig Grundsteuerreste aus den Vorjahren in Höhe von rund DM 220 000,—, ohne daß die Finanzabteilung des Kreises bisher die Änderung dieses Zustandes veranlaßt hat.

Es gibt solche Auffassungen, daß die Bezahlung der Steuern eine nicht so wichtige Angelegenheit sei. Andere Aufgaben wären wichtiger. Mit diesen falschen Vorstellungen muß gebrochen werden. Die Erfüllung des Einnahmeplanes des Staatshaushalts ermöglicht uns erst die Finanzierung der im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Maßnahmen.

Obleich bei den Verwaltungseinnahmen nahezu das Jahressoll erreicht ist, ist das Ergebnis nicht befriedigend. Die Ansätze müssen von den Verwaltungsorganen sofort überprüft werden. Der Einziehung der dem Staate zustehenden Einnahmen wird nicht die genügende Beachtung geschenkt. Wenn beim Amt für Kontrolle des Warenverkehrs festgestellt wurde, daß noch 1,5 Millionen DM Haushaltseinnahmen ausstehen, so ist dies kein Einzelfall, sondern nur ein bezeichnendes Beispiel.

Ausgaben

Was zeigt eine Analyse der Ausgaben? Bezeichnend ist, daß die Mittel für das Gesundheitswesen, für Volksbildung, für Jugendförderung und für Berufsausbildung bei weitem nicht in Anspruch genommen wurden. So wurden im Lande Brandenburg im ersten Halbjahr nur 32,4% der vorgesehenen Mittel für das Gesundheitswesen beansprucht, in Mecklenburg ist der Prozentsatz noch niedriger. Eine Änderung dieses Zustandes ist auch in den Monaten Juli und August nicht eingetreten. So sind in den ersten acht Monaten im Lande Brandenburg die Mittel für das Gesundheitswesen nur mit 49% in Anspruch genommen und in Sachsen-Anhalt nur mit 47%. Dagegen sind im Lande Sachsen die für das Gesundheitswesen bereitgestellten Mittel anteilmäßig verbraucht worden. Interessant ist weiter in diesem Zusammenhang, daß selbst die Mittel für die Werterhaltung der Krankenhäuser bei weitem nicht beansprucht wurden.

Was stellt man nun fest, wenn man einmal den Dingen auf den Grund geht, so z. B. im Kreis Frankfurt/Oder. Die Mittel für das Gesundheitswesen sind in den ersten acht Monaten nur mit 41% in Anspruch genommen worden, und warum? Die vorgesehene Reihenuntersuchung der Schulkinder wurde nicht durchgeführt. — Die eingeplanten Pflegegelder werden bei weitem nicht benötigt. — Die Mittel für die Schutzimpfungen wurden noch nicht in Anspruch genommen. — Die Mittel für Kinderverschickung werden angeblich nicht benötigt. — Die vorgesehenen drei Säuglingskrippen wurden nicht eingerichtet. — Die Mittel für die Sexualberatung stehen weiterhin im Haushalt, da Sprechstunden nicht durchgeführt wurden. Ich frage: „Was hat der zuständige Kreisrat denn überhaupt getan? Weiß der Landrat davon?“ Er würde es wissen, wenn er die Erfüllungsberichte seines Haushalts als Kontrollinstrument benutzt hätte. Ist es nicht be-

sorgniserregend, wenn in der Sozialversicherung die Mittel für die Tbc-Heilstätten im ersten Halbjahr nur mit 23,4% in Anspruch genommen wurden? Die Sozialversicherung hat weiter die Mittel für Heilkuren in Vertragsheimen im ersten Halbjahr nur mit 30% verbraucht. Nun, man sagt, es wird sich im zweiten Halbjahr ändern, wenn die vom FDGB für den Feriendienst in Anspruch genommenen Heime frei werden. Uns ist aber auch bekannt, daß die Heime in den ersten sechs Monaten nicht voll belegt waren, daß andererseits aber Werktätige monatelang warten müssen, bevor sie verschickt werden. Das Bild ist bei den Kindergeneesungsheimen, bei den Entbindungsanstalten, bei den Sanatorien und sonstigen Genesungsheimen nicht anders.

Der Hinweis, daß die Mittel nicht in Anspruch genommen werden konnten, weil die Stellenpläne nicht voll besetzt sind, ist nicht durchschlagend, denn die Inanspruchnahme der persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben liegt über dem durchschnittlichen Verbrauch der Mittel. Ich frage: Hat sich das zuständige Ministerium, ja, hat sich der verantwortliche Verwaltungsleiter einmal eingehende Analysen über diesen Tatbestand vorlegen lassen? Sind es nicht Alarmzeichen, die zu größter Besorgnis Anlaß geben? Nach dem hier Aufgezeigten glaube ich nicht, daß die Vorfälle in der Heilstätte in Beelitz im Lande Brandenburg einen Einzelfall darstellen. Dort sind erhebliche Mißstände durch die Landeskommission für Staatliche Kontrolle aufgedeckt worden. Ich empfehle den Mitarbeitern im Ministerium für Gesundheitswesen und in der Sozialversicherung, diesen Bericht eingehend zu studieren. Hier führte die Sabotagetätigkeit gewisser Agenten dazu, daß u. a. die Bettenbelegung gefälscht wurde. Die als „belegt“ gemeldeten Betten waren nicht belegt. —

Wie ist es auf dem Gebiete der Volksbildung? Die Mittel für die Volksbildung, Wissenschaft und Kultur wurden im ersten Halbjahr im Haushalt der Republik mit nur 42,4%, in den Ländern mit 25,7%, in den Kreisen mit 43,4% und in den Gemeinden mit 31% in Anspruch genommen. Die Mittel für die Lehrerausbildung z. B. wurden nur zu einem geringen Teil verausgabt, desgleichen die Mittel für Lehrmittelbedarf. Soweit mir bekannt, besteht ein Mangel an Lehrmitteln, während andererseits die Lehrmittelzentrale über große Bestände verfügt.

Auch die Mittel für die Jugendhilfe und für Kindergärten wurden bei weitem nicht verausgabt. Eine Ausnahme macht das Land Sachsen.

Die Mittel für die Schulspeisung wurden ebenfalls bei weitem nicht benötigt. Haben sich die Bürgermeister einmal Gedanken darüber gemacht, worin wohl die Gründe zu suchen sind?

Ist das Staatssekretariat für Berufsausbildung davon unterrichtet, daß die Mittel für Lehrlings- und Jugendheime nur zu einem geringen Prozentsatz in Anspruch genommen wurden? Das Land Sachsen-Anhalt hat in den ersten acht Monaten nur 16% der bereitgestellten Mittel verbraucht, das Land Brandenburg 28,6%. In Mecklenburg wurden die Mittel für die Lehrlingsausbildung und für Lehrlings- und Jugendwohnheime im ersten Halbjahr mit 24,1% in Anspruch genommen. Die Mittel für die Umschulung von Arbeitskräften wurden z. B. in Sachsen-Anhalt und in Thüringen im ersten Halbjahr nur mit 10% in Anspruch genommen. Ist es nicht recht bedenklich, wenn im ersten Halbjahr die Mittel für die kulturelle Betreuung auf dem Lande nur mit 8% in Anspruch gegen die Erfüllungsberichte des Haushalts auf dem Gebiete

nommen wurden? Es ist immerhin bezeichnend, daß sich anscheinend kein Minister findet, der sich für die Bewirtschaftung dieser Mittel verantwortlich fühlt. Inzwischen hat man nun allerdings Initiative ergriffen. Warum mußte aber erst das Ministerium der Finanzen auf den Sachverhalt aufmerksam machen?

Allgemein muß gesagt werden, daß die Berichte nicht analysiert werden, daß die Verwaltungsleiter den Staatshaushalt zur Kontrolle der Durchführung ihrer Aufgaben nicht benutzt haben. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß sich z. B. der Ministerrat des Landes Mecklenburg eingehend dieser Fragen annahm. Er hat sich in seiner Sitzung vom 23. August eingehend mit der Analyse des ersten Halbjahrs beschäftigt und die notwendigen Beschlüsse gefaßt.

Gibt es aber nicht zu Bedenken Anlaß, wenn z. B. der Kreisrat für Volksbildung des Landkreises Hoyerswerda vor einigen Tagen auf Vorhalt erklärt, daß er der Volksbildung in seinem Kreise nicht kennt? Die Mittel für Volksbildung in seinem Kreise waren in den ersten acht Monaten nur in Höhe von 41% in Anspruch genommen. Es wurde aber festgestellt, daß die Einrichtungen der Schulen dringend einer Verbesserung bedürfen.

Der Bürgermeister der Gemeinde Schwarzkollm im Kreise Hoyerswerda ist über die Erfüllung seines Haushaltes überhaupt nicht informiert.

Bezeichnend für die „Sorgfalt“ in der Planung ist, daß man z. B. in Frankfurt (Oder) für 9600 Kinder die Mittel für die Schulspeisung geplant hat, während nur 7000 Kinder die Schule besuchen. In Thüringen wurden z. B. in einem Landeskrankenhaus die Mittel für 500 Betten geplant, während nur 400 Betten vorhanden sind. Auch die Verwaltungsschulen in Thüringen wurden mit zu hohen Kapazitäten geplant.

Hat man sich auch schon einmal Gedanken gemacht über die Durchführung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau? Die Mittel wurden bei weitem nicht beansprucht. Keiner der Verantwortlichen vermag aber zu sagen, warum nicht. Also muß doch hier etwas nicht stimmen. Wird etwa das Gesetz nicht durchgeführt? Man hat also nicht an Hand des Berichtes über die Erfüllung des Staatshaushalts die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes kontrolliert.

Worin liegen die Gründe für die Abweichungen vom Plan?

Wo liegen die Gründe für die nicht volle Ausschöpfung der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel? Es kann sich um Fehlplanungen handeln. Aber alle diese Fehlplanungen zeigen, daß man den Grundsatz nicht beachtet hat, daß der Staatshaushalt mit dem Volkswirtschaftsplan abzustimmen ist. Diese Fehlplanungen zeigen weiter, daß man, soweit Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes nicht gegeben waren, die Berechnungen nicht auf Normen aufgebaut, sondern die Berechnungen geschätzt hat, und um recht viel einsparen zu können, wurden die im Staatshaushalt eingesetzten Mittel nach „oben“ aufgerundet. Die Verantwortlichen für eine solche Planung müssen sich darüber im klaren sein, daß sie die Durchführung unserer Pläne und unseren Aufbau durch ein solches Verfahren erheblich stören und schädigen. Aus diesen Fehlern müssen wir aber die Lehren ziehen und bei der Aufstellung des Planes 1952 die gesammelten Erfahrungen verwerten. Wir müssen jetzt bereits wieder feststellen, daß bei der Planung des Staatshaushaltes 1952 die Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes nicht herangezogen

werden. Es gibt in den unteren Ebenen keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Planungsorganen.

Die Nichtausschöpfung der Mittel wird auch damit begründet, daß der Staatshaushalt in diesem Jahre sehr spät verabschiedet wurde und dadurch die unteren Verwaltungsstellen erst zu spät in den Besitz ihrer Pläne gelangten. Diese Begründung ist nicht durchschlagend, da ein Teil Ausgaben anteilmäßig in voller Höhe in Anspruch genommen wurde. Dennoch wollen wir nicht verkennen, daß hinsichtlich der Bestätigung der Haushaltspläne ernste Kritik geübt werden muß. Der Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 11. April 1951 verabschiedet, die Kreise des Landes Brandenburg aber erhielten seitens des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg die bestätigten Pläne erst Mitte Juni. Den Gemeinden wurden die Haushaltspläne durch die Kreise teilweise erst im Juli zur Kenntnis gebracht. So hat z. B. die Stadt Frankfurt (Oder) die Bestätigung ihres Haushaltsplanes erst mit Schreiben vom 8. Juli 1951 erhalten.

Nach Bestätigung des Staatshaushalts muß es doch eine Schwerpunktaufgabe im Finanzapparat sein, den mittelbewirtschaftenden Stellen sofort die Pläne zugänglich zu machen. Wir werden Sorge tragen, daß sich ähnliche Verschleppungen nicht wieder ereignen.

Mittelbewirtschaftung

Sparsamkeit ist das oberste Gebot unserer Wirtschaftsführung. Es ist aber keine Sparsamkeit, Maßnahmen, die im Volkswirtschaftsplan vorgesehen sind und die der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung dienen, zu unterlassen oder nicht in vollem Umfange durchzuführen. Während man also im allgemeinen in der Werterhaltung der Krankenhäuser und Schulen, in der Finanzierung dieser Einrichtung äußerst ängstlich gewesen ist — ja, es ist zu vermuten, daß auch beabsichtigte Sabotage vorliegt — hat man die erforderliche Sparsamkeit bei den Verwaltungsausgaben nicht walten lassen und in vielen Fällen Haushaltsmittel in sträflicher Weise unwirtschaftlich verwendet.

Das zeigen die Kontrollberichte der Revisions- und Kontrollabteilungen. Dafür einige Beispiele:

Es wurde die Mühlenausgleichskasse in Thüringen überprüft. Von den 500 dieser Mühlenausgleichskasse angeschlossenen Mühlen wurden neun Mühlen an Ort und Stelle überprüft. Dabei zeigte es sich, daß die von den Kreisräten als richtig bescheinigten Abrechnungen in keinem Falle stimmten. Allein bei diesen neun Mühlen wurden Differenzen in Höhe von DM 85 000,— festgestellt. Es zeigte sich, daß von Verwaltungsangestellten Bescheinigungen abgegeben wurden, ohne die Angaben mit der nötigen Sorgfalt zu prüfen. Die Schädigung des Staatshaushalts wird dadurch allein in Thüringen mehrere DM 100 000,— ausmachen.

Im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel hat ein Angestellter leichtfertig die sachliche und rechnerische Richtigkeit einer Gehaltsliste unterschrieben, ohne sich von der Richtigkeit dieser Berechnung zu überzeugen. Dadurch leistete er einem Betrüger Vorschub. Der Haushalt wurde um DM 46 000,— geschädigt.

Neben Unterschlagung aber auch die gedankenlose Verwirtschaftung von Mitteln:

In Potsdam kaufte man aus den Mitteln, die für die Jugendhilfe bereitgestellt sind, Jazzinstrumente und Schallplatten mit Schlagermelodien. Die Kreisverwaltung Rudolstadt bestellt bei einer Firma Einrichtungsgegenstände und leistet Vorkasse, ohne überhaupt

zu prüfen, ob die notwendigen Sicherheiten bei der Firma gegeben sind. Der Kreis Rudolstadt hat weiterhin ungesetzlich DM 200 000,— auf dem Verwahrungskonto zurückgehalten. — In steigendem Maße müssen wir feststellen, daß die für Betriebsfeiern zur Verfügung gestellten Mittel von den Verwaltungsstellen überschritten werden. Man muß staunen, was alles Anlaß für eine Feier sein kann. In einer Gemeinde in Thüringen war z.B. ein Schadenfeuer Anlaß einer solchen Feier.

Laufend stellen wir diese Mängel fest. Unwirtschaftliche Verwendung der Haushaltsmittel, Sorglosigkeit bei der Einziehung der Einnahmen usw. Man sollte nun annehmen, daß die Ergebnisse solcher Prüfungen und Feststellungen die Verwaltungsleiter veranlassen müßten, sofort die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Aber was stellen wir fest? Sie reagieren oft überhaupt nicht oder erst nach längerer Zeit. Dafür einige Beispiele:

So wurde bei einer Überprüfung des Hauptamtes Verwaltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik festgestellt, daß die vor einem Jahr festgestellten Mängel nicht mit der nötigen Sorgfalt beseitigt worden sind. Wir sahen uns daher veranlaßt, die Mittel erheblich zu kürzen, bis die schon vor einem Jahr festgestellten Mängel beseitigt sind. — Der Landesregierung Sachsen wurde am 29. Januar 1951 der Bericht über die Überprüfung der ATG Sachsen übersandt. Eine Antwort ist nicht eingegangen. — Dem Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Bericht über die Prüfung des Deutschen Hygiene-Museums am 26. April 1951 übersandt. Geschehen ist nichts.

So könnte ich die Beispiele beliebig fortsetzen.

Die Auswertung dieser Prüfungen und Feststellungen darf aber nicht nur Angelegenheit der Revisions- und Kontrollabteilungen sein, diese Berichte müssen auch den Stellen zugänglich gemacht werden, die für die Haushaltsplanung und Durchführung verantwortlich sind, damit die entsprechenden Schlußfolgerungen aus den Feststellungen gezogen werden können.

Wie erfüllen die übergeordneten Organe ihre Aufgaben?

Ich erinnere daran, daß der Herr Ministerpräsident gestern sehr richtig sagte, daß sie ihrer Aufsichtspflicht oft nicht genügen. Dafür ein Beispiel:

Die Stadt Zwickau wird beim Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen vorstellig und bittet um einen zusätzlichen Finanzausgleich in Höhe von 1,3 Millionen DM, weil die Einnahmen nicht erfüllt werden können. Dem Antrag wird seitens des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen stattgegeben. Ich möchte darauf hinweisen, daß es dazu eines Ministerratsbeschlusses bedurft hätte, denn der Haushaltsplan ist ein Gesetz, und auch der Haushaltsplan der Stadt Zwickau ist ein Bestandteil des Staatshaushalts und damit ein Bestandteil dieses Gesetzes. Die erwarteten Mindereinnahmen von 1,3 Millionen DM traten aber gar nicht ein, das herabgesetzte Einnahmesoll wurde überschritten. Was tat jetzt der Rat der Stadt Zwickau? Er betrachtete die Übererfüllung auf Grund des herabgesetzten Einnahmesolls als Mehreinnahme. Wie verwendete er diese Mittel nun? Für Schwarzinvestitionen in einem Großviertel in Zwickau und für sonstige Ausgaben.

Was zeigt dieses Beispiel? Ich bin der Auffassung, wenn sich der Ministerrat des Landes Sachsen mit diesem Antrag der Stadt Zwickau befaßt hätte, wäre er in eine gründlichere Prüfung eingetreten. Das Finanzministerium des Landes Sachsen hätte diese Prüfung aber von sich aus vornehmen müssen. Selbst

wenn man dem Antrag der Stadt Zwickau hätte nachgeben müssen, hätte man laufend kontrollieren sollen, wie der Plan erfüllt wird. Aber auch der Rat der Stadt Zwickau hätte ein solches Anliegen nie vorbringen dürfen. Mit Recht macht man heute dem Rat der Stadt Zwickau den Vorwurf der absichtlichen Irreführung der übergeordneten Organe.

Zu der Schwarzinvestition wäre es nicht gekommen, wenn die übergeordneten Organe ihre Aufgabe erfüllt hätten, so haben sie aber dazu Hilfe geleistet.

Folgerungen aus diesen Feststellungen

Alle diese Feststellungen haben uns veranlaßt, dem Ministerrat ein Finanzstrafgesetz zur Beschlußfassung und Weiterleitung an die Volkskammer vorzulegen. Dieses Gesetz wird wesentlich dazu beitragen, die Finanzdisziplin zu verschärfen.

All die hier aufgezeigten Mängel, wie pessimistische und falsche Planung, haben dazu geführt, daß die in den Haushalten geplanten Überschüsse zum 31. Dezember 1951 nicht nur bereits erreicht, sondern bei den Ländern, Kreisen und Gemeinden bereits am 30. Juni 1951 das Drei- und Vierfache betragen.

Man kommt nun mit dem Einwand, daß diese Überschüsse entstanden seien, weil gewisse Ausgaben unterblieben wären, die jetzt aber anfallen. Dazu ist folgendes zu sagen: Im Gegenteil, die Überschüsse vom 30. Juni 1951 haben sich bis Ende August noch erhöht, und zwar bei den Gemeinden um 40% und bei den Kreisen um 10%. Bei den Ländern sind sie, trotz der Tatsache, daß der Regierungsbeschluß über die Veränderung des Finanzausgleichs zum Teil bereits wirksam wurde, gleich hoch geblieben.

Da es sich hier also um keine echten Einsparungen und Mehreinnahmen handelt, hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik den Beschluß gefaßt, einen Teil dieser bereits angesammelten Beträge der Reserve des Staatshaushalts zuzuführen und für wichtige Investitionsvorhaben zu verwenden. Diese Maßnahme widerspricht durchaus nicht dem § 11 des Gesetzes über den Staatshaushalt 1951, da im § 11 des Gesetzes über den Staatshaushalt von echten Einsparungen ausgegangen wird.

Was zeigen uns all diese Feststellungen?

1. Die Bedeutung der Haushaltsreform ist noch nicht überall richtig erkannt worden. Die Bedeutung des Staatshaushalts bei der Durchführung unserer Volkswirtschaftspläne wird unterschätzt. Die verantwortlichen Verwaltungsleiter haben noch nicht alle erkannt, daß der Staatshaushalt ein wichtiges Hilfsmittel zur Kontrolle und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes und zur Kontrolle und Durchführung ihrer eigenen Aufgaben ist. Sie widmen daher der Finanzwirtschaft nicht die genügende Beachtung und berauben sich selbst eines wichtigen Hilfsmittels der Kontrolle ihrer Arbeit. Sie sollten dabei an die Worte Lenins denken, die er im Mai 1918 auf dem Allrussischen Kongreß der Leiter der Finanzabteilungen der Sowjets ausgesprochen hat, als er sagte:

„Man darf nicht vergessen, daß alle unsere radikalen Reformen zum Scheitern verurteilt sind, wenn wir in der Finanzpolitik keinen Erfolg haben. Von dieser letzten Aufgabe hängt der Erfolg des von uns geplanten gewaltigen Werkes der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ab.“

2. Die Bevölkerung wird bei Aufstellung und Durchführung des Staatshaushalts noch nicht in genügendem Maße beteiligt. Dadurch wird die Kontrolle von unten verhindert. Die Kontrolle von unten

ten, die der Herr Ministerpräsident gestern als einen wichtigen Arm der Regierung bezeichnete.

Alle verantwortlichen Mitarbeiter der Verwaltung sollten daran denken, daß unsere Pläne keine Planprognosen sind, keine Planvermutungen, sondern Plandirektiven, Plandirektiven, die für die leitenden Organe verbindlich sind.

Die Aufstellung des Staatshaushalts 1952 muß daher sorgfältig durchgeführt werden. Die Abstimmung des Staatshaushalts mit dem Volkswirtschaftsplan muß gewährleistet sein. Wir müssen immer daran denken, daß der Haushalt der kleinsten Gemeinde nichts Losgelöstes darstellt, sondern ein Teil des gesamtstaatlichen Planes ist. Die Aufstellung der Haushaltspläne der Gemeinden darf z. B. nicht praktiziert werden, wie im Kreis Frankfurt (Oder).

Die Bevölkerung selbst diskutiert die Planvorschläge. Auf die Aufdeckung aller vorhandenen Reserven ist zu achten. Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Zentralbuchhaltungen keinesfalls die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters für seinen Haushaltsplan ersetzen.

3. In der Aufzeigung der Reserven, in der Entwicklung und Verbesserung der Normen muß ein breiter Kampf entfaltet werden, so wie er in den Betrieben schon seit längerer Zeit geführt wird.

Große Reserven liegen noch bei den Verwaltungsausgaben. Der Prozentsatz der Verwaltungsausgaben am Gesamtvolumen des Staatshaushalts hat sich zwar gegenüber 1950 verringert, die absoluten Verwaltungskosten sind aber gleich hoch geblieben. Hier muß eine Masseninitiative entfaltet werden zur Verminderung der Verwaltungsausgaben. Wenn es uns gelingt, die Verwaltungskosten nur um 10% zu senken, so bedeutet das Tausende von neuen Wohnungen.

4. Die Haushaltsplanentwürfe müssen seitens der Verwaltungsorgane einer sorgfältigen Kontrolle unterzogen werden. Die unteren Verwaltungsorgane müssen sofort nach Bestätigung des Staatshaushalts in den Besitz ihrer Pläne gelangen.
5. Die Berichterstattung ist zu vereinfachen. Die Berichte sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Wichtig ist die Analyse. Soll aber die Analyse ihren Zweck erfüllen, muß die Berichterstattung zeitnah sein. Daher ist die Methode Losinski-Opitz auch in den Verwaltungen zu entfalten und anzuwenden. Die Erfahrungen des Landes Mecklenburg sind zu nutzen und weiter zu entwickeln. Die auf der Haushaltskonferenz gebildete Kommission für das Berichtswesen muß sich dieser Aufgabe mehr annehmen und wird dafür zu sorgen haben, daß durch praktische Anleitung in den Ländern die Abrechnung nach der Methode Losinski-Opitz auch auf dem Gebiete der Haushaltsabrechnung breit entfaltet wird. Notwendig ist aber auch, daß sich unsere Finanzschulen mit der neuen Methode befassen, sie studieren und ihre Anwendung auf die Haushaltsabrechnung allen Mitarbeitern zugänglich machen.
6. Die Analyse muß sorgfältig erarbeitet werden. Die aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse sind sofort auszuwerten, den Vertretungskörperschaften sind die Ergebnisse mitzuteilen. Die Vertretungskörperschaften werden entsprechende Beschlüsse fassen. Die öffentliche Berichterstattung muß mehr als bisher erfolgen. Die öffentliche Berichterstat-

tung kann wertvolle Hinweise geben. Ich bin der Überzeugung, daß der Verantwortliche für das Gesundheitswesen z. B. im Kreise Frankfurt (Oder) bei einer Berichterstattung über die Durchführung seines Haushalts seitens der Werktätigen wertvolle Hinweise erhalten wird, wie er seine Arbeit verbessern kann. Ich bin weiterhin der Überzeugung, daß die Bevölkerung den Bürgermeistern bei der öffentlichen Berichterstattung wertvolle Hinweise geben wird, wie der Steuerplan nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden kann.

Diese gewonnenen Erkenntnisse werden dann auch wertvolle Unterlagen für die Aufstellung des neuen Haushalts geben.

7. Die im Finanzapparat Tätigen müssen über ein bestimmtes Wissen verfügen, unsere Finanzarbeiter müssen Finanzwirtschaftler sein, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen und bei den Analysen beachten. Sie müssen von der wirtschaftlichen und politischen Seite her die Relation zwischen Verwaltungskosten, kulturellen und sozialen Ausgaben und den Ausgaben für die Volkswirtschaft studieren. Sie müssen die Entwicklung der Verwaltungsausgaben ständig beobachten. Sie müssen die Zahlen des Volkswirtschaftsplanes eingehend studieren und aus dem Erfüllungsstand des Volkswirtschaftsplanes die notwendigen Konsequenzen ziehen. Sie müssen aus den Kontrollziffern für die private Wirtschaft die richtige Analyse für die Besteuerung finden. Sie müssen die wirtschaftliche Kraft der Handwerker und Bauern kennen, um zu richtigen Schlüssen zu kommen. Sie müssen andererseits aber auch die Zusammenhänge zwischen Staatshaushalt und Volkswirtschaftsplan richtig analysieren können, um den staatlichen Planungsorganen die für sie wichtigen Hinweise zu geben.

Die Finanzkontrolle muß sich aus ausgesuchten und erfahrenen Finanzwirtschaftlern zusammensetzen. Nur, wenn wir so arbeiten, können wir die Finanzquellen richtig erschließen, verteilen und bewirtschaften.

Schlußbetrachtung

Bedenken wir: Durch den Staatshaushalt wird ein großer Teil des Volkseinkommens einer Neuverteilung zugeführt. Die Quelle allen Volkseinkommens ist die Arbeit, und daher sind die Mittel, die wir zu bewirtschaften haben, die Erträge der Arbeit unserer werktätigen Menschen.

Diese Mittel haben wir gewissenhaft, wirtschaftlich und sparsam in ihrem Interesse zu verwalten und zu verwenden. Jede Verwendung dieser Mittel, die nicht im Interesse der Menschen liegt, die sie uns zu treuen Händen gegeben haben, ist daher ein Verbrechen.

Der Volkswirtschaftsplan als das bestimmende Gesetz unserer Wirtschaft hat den friedlichen Aufbau unserer Volkswirtschaft zum Ziele und somit die ständige Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung und ist ein wichtiger Beitrag im Kampf um den Frieden. Der Staatshaushalt gibt dem Volkswirtschaftsplan die finanzielle Grundlage. Eine Nichterfüllung des Staatshaushalts muß daher zwangsläufig die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in Frage stellen und somit den friedlichen Aufbau unserer Wirtschaft, die schnelle Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung aufhalten und hemmen. Dessen wollen wir in unserer Arbeit stets eingedenk sein. Unsere Arbeit hat der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu dienen und damit dem Frieden und dem Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes.

Die neue Funktion der Hauptbuchhalter

Das Rechnungswesen und der Kontrollbericht als operatives Mittel zur Leitung der Betriebe und Instrument der Planung

Die Stellung des Hauptbuchhalters im Betrieb

Gerhard Opitz, Instrukteur des Ministeriums der Finanzen:

Mit der Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, der bei dem jetzigen Stand der Entwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft notwendigen Form der Wirtschaftsführung, ergeben sich auch für unsere Hauptbuchhalter neue Aufgaben.

Ihre bisherige Tätigkeit hatte sich nach der „Ersten Durchführungsbestimmung zur Anordnung über das Rechnungswesen in der volkseigenen Wirtschaft“ vom 16. Juli 1949 zu richten. Das allgemeine Urteil über diese Bestimmung war unter den Hauptbuchhaltern so, daß es auf Grund dieser Bestimmung ohne weiteres möglich wäre, jeden Hauptbuchhalter seiner Funktion zu entheben. Andererseits führte diese Bestimmung nicht selten dazu, daß Buchhalter erst gar nicht die Funktion eines Hauptbuchhalters übernahmen. Als Erklärung dieser Meinungen kann man nicht daraus folgern, daß unsere Mitarbeiter im Rechnungswesen nicht verantwortungsfreudig wären. Vielmehr konnte man als Begründung zu diesen Stellungnahmen des öfteren hören, daß, wenn die einzelnen Hauptbuchhalter die in dieser Durchführungsbestimmung aufgezeigten Pflichten wahrnehmen wollten, sie gar nicht mehr zu ihren eigentlichen laufenden Arbeiten kämen.

Unsere Hauptbuchhalter konnten es sich nicht vorstellen, daß sie praktisch ihre bisherigen Arbeiten, soweit es reine Buchhalterarbeiten waren, gar nicht mehr durchführen sollten, um sich an deren Stelle mit den in der Durchführungsbestimmung aufgezeigten Aufgaben zu befassen. Sie fanden in der Praxis in den meisten Fällen nicht den Weg, sich aus dem bisherigen Wirkungskreis des „ersten Buchhalters“ zu lösen. Diese Feststellungen treffen nicht nur zu in den Fällen, in denen Buchhalter vor der Frage standen, ob sie in der Lage wären, die Funktion eines Hauptbuchhalters zu übernehmen, sondern auch in den Fällen, in denen Buchhalter die Funktion des Hauptbuchhalters bereits übernommen hatten und ordnungsgemäß bestellt worden waren. Daraus resultiert im wesentlichen die Schwäche in der Arbeit unserer Hauptbuchhalter, die darin besteht, daß sie sich wohl Hauptbuchhalter nennen, aber in der Mehrzahl noch nicht die ihnen aufgezeigten Funktionen als Hauptbuchhalter ausüben.

Dadurch blieben sie zwangsläufig für sämtliche Kollegen im Betrieb „Buchhalter“ schlechthin. Wenn nun einzelne dieser Hauptbuchhalter den Standpunkt vertreten, man müsse die Bezeichnung Hauptbuchhalter durch Finanzdirektor o. ä. ersetzen, da dadurch zwangsläufig die Achtung der Kollegen im Betrieb vor ihnen steigen würde und es ihnen somit besser als bisher möglich wäre, sich durchzusetzen, so zeigen sie damit, daß ihnen noch immer nicht bewußt wurde, daß das Merkmal leitender Mitarbeiter in unserer volkseigenen Wirtschaft — zu denen unsere Hauptbuchhalter rechnen — nicht ihre Bezeichnung ist, sondern nur ihre Leistungen, in diesem Fall als wirkliche Hauptbuchhalter, sein können und sich das Verhältnis der Kollegen zu ihnen nur durch diese Leistungen bestimmt.

Andere Hauptbuchhalter, die gleichfalls ihre Aufgaben als Hauptbuchhalter noch nicht voll lösen, begründen dies mit der unzulänglichen Klärung des Ver-

hältnisses zwischen dem Kaufmännischen Direktor und dem Hauptbuchhalter.

Dazu ist zu sagen, daß es unbedingt erforderlich ist, die damit in Zusammenhang stehenden Streitfragen, wer nämlich von beiden der Mächtigere ist, also wer wem etwas zu sagen hat, beiseite zu tun. Wenn ich diese Frage hiermit anschneide, so tue ich es nicht aus dem Grunde, damit sagen zu wollen, daß derartige Streitfragen bestanden, das dürfte in diesem Kreis bekannt sein, sondern um damit zu betonen, welche unbefriedigenden Arbeitsergebnisse sich daraus in den einzelnen volkseigenen Betrieben ergeben haben. Um dies künftig auszuschalten, muß festgelegt werden, welche Aufgaben dem Kaufmännischen Direktor und dem Hauptbuchhalter im einzelnen zufallen, daß also z. B. der Kaufmännische Direktor verantwortlich ist für alle Fragen der Verbindung von Zirkulation und Produktion, der Aufstellung und Durchführung des Finanzplanes, daß ihm die Abteilungen Materialversorgung, Transport, Absatz und Allgemeine Verwaltung unterstehen müssen und sich seine Tätigkeit im Finanzwesen auf die Beschaffung und Verwaltung der Kredite, Verwaltung der Bargeldkasse, der Bank- und Postscheckkonten erstreckt und er darüber hinaus verantwortlich für alle Versicherungsfragen zeichnet. Der Kaufmännische Direktor trifft also Gelddispositionen aller Art, und der Hauptbuchhalter kontrolliert deren Planmäßigkeit, denn die erste Aufgabe der Hauptbuchhalter besteht in der Kontrolle der Einhaltung der Pläne. In Bezug auf Kredite überwacht also der Hauptbuchhalter die Kreditaufnahme. Selbstverständlich sind die Hauptbuchhalter darüber hinaus weiter wie bisher verantwortlich für das gesamte Rechnungswesen des Betriebes einschließlich der Aufstellung der Abschlußunterlagen.

Die Kontrollfunktion des Hauptbuchhalters

Wenn ich von der Kontrolle der Einhaltung der Pläne durch den Hauptbuchhalter sprach, so ist dazu Voraussetzung, daß dem Hauptbuchhalter bewußt wird, daß er auf Grund des Rechnungswesens sehr gut die Kontrolle der Einhaltung der Pläne durch die Mark auszuüben vermag, denn der Plan legt nicht nur die Menge und die Beschaffenheit der zu produzierenden Waren fest, sondern drückt sie auch in Geld aus, macht ihre Wertgröße dadurch meßbar und vergleichbar. Der Verlauf der Produktion und ihr Ergebnis kann indirekt durch den Ablauf der Geldbewegungen ständig beobachtet, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes verfolgt und festgestellt werden.

Es gilt, weit stärker als bisher, vor allem die Kontrolle der Einhaltung des Finanzplanes auszuüben, denn der Finanzplan legt fest, mit welchen Mitteln der Betrieb seine Planaufgaben durchzuführen hat, welche Mittel ihm zur Verfügung gestellt werden, was der Betrieb bei der Durchführung seiner Pläne zu erwirtschaften und was er an den Staatshaushalt abzuführen hat. Der Hauptbuchhalter muß darüber hinaus sein Augenmerk darauf richten, daß die Beziehungen zwischen dem Betrieb und dem Staatshaushalt stets geregelt sind, daß also die Steuern, der Gewinn und sonstige Abgaben richtig und rechtzeitig an den Haushalt abgeführt werden. Wir erkennen hier klar die Funktion des Hauptbuchhalters als staatliches Kontrollorgan.

Daneben ist er aber auch Kontrollorgan des Betriebes. Muß doch der Hauptbuchhalter den Direktor seines VEB in die Lage versetzen, studieren zu können, ob die plan-

Ausweis der Deutschen Notenbank über den Noten- und Münzen-Umlauf

	per 10. 8. 51	per 20. 8. 51	per 31. 8. 51
	Millionen DM		
In Betrieb gegebene Noten	4 100	4 100	4 100
In Betrieb gegebene Münzen	69	69	69
	4 169	4 169	4 169
d a v o n :			
in den Kassen der Deutschen Notenbank u. ihrer Filialen	624	796	711
	3 545	3 373	3 458
in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute	132	117	105
i m U m l a u f			
bei der Bevölkerung, den Betriebe u. Organisationen			
befanden sich also:	3 413	3 256	3 353

mäßigen Aufgaben mit den vorgesehenen Mitteln erreicht worden sind, ob alle Quellen möglicher Einsparungen und Produktionskostensenkungen ausgenutzt worden sind, ob Maßnahmen zu treffen sind, daß Kostenüberschreitungen, Überschreitungen der planmäßigen Lagerbestände, Nichteingang von Geldmitteln aus Warenverkäufen, Nichteinhaltung der Umschlagsgeschwindigkeit, Nichterfüllung der eigenen Verbindlichkeiten, nicht planmäßige Inanspruchnahme und Rückzahlung der Bankkredite, Nichterfüllung aller Verpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt, nicht ordnungsgemäße Verwendung der bereitgestellten Investitionsmittel, nicht ordnungsgemäße Abrechnung über den Direktorfonds verhindert werden können. Soweit derartige Planverstöße aufgetreten sind, hat der Hauptbuchhalter darauf zu drängen, daß dieselben beseitigt werden. Wenn der Hauptbuchhalter dazu nicht in der Lage ist, arbeitet der Betrieb zwangsläufig blind, denn der Werkleiter muß in diesem Fall auf die Aufgaben aus dem Rechnungswesen als einem wichtigen Instrument für die Leitung des Betriebes verzichten. Dies trifft auch dann zu, wenn der Hauptbuchhalter derartige Feststellungen lediglich registriert und erst dann meldet, wenn es bereits zu spät ist. Der Hauptbuchhalter muß also seine Aufgaben operativ lösen. Dazu gehört wiederum, daß er das Rechnungswesen, als sein Arbeitsinstrument, über seine weiterhin registrierende Eigenschaft zu einem operativen Instrument zu machen versteht.

Es müssen also die betreffenden Hauptbuchhalter noch im Jahre 1951 unbedingt die Schwäche in dem Rechnungswesen ihres VEB beseitigen, die in der Entschließung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der 6. Tagung am 13. 14. und 15. Juni 1951 wie folgt herausgestellt wurde:

„In vielen VEB ist die Berichterstattung immer noch unbefriedigend organisiert. Die Bilanzen werden mit großer Verspätung aufgestellt und nicht analysiert, was zur Folge hat, daß die Leiter dieser Betriebe auf Gerätewohl arbeiten.“

Selbstverständlich kann bei einer derartigen Arbeit ein Hauptbuchhalter nie in der Lage sein, tatsächlich die Funktion eines Hauptbuchhalters auszuüben. Er wird gleichfalls nicht in der Lage sein, Mängel im Ablauf der Produktion des Betriebes zu einem Zeitpunkt aufzuzeigen, an dem die wirksame Beseitigung derselben noch möglich wäre. Er kann ferner nicht in der Lage sein, den Direktor von Vorkommnissen zu unterrichten, die sich schädlich auf die Planerfüllung auswirkten oder aber, daß er, soweit Maßnahmen selbst

von dem Direktor veranlaßt wurden, die sich nachteilig auf die Planerfüllung auswirkten und die nach Einspruch des Hauptbuchhalters durch den Werkleiter nicht aufgehoben wurden, gegenüber seiner übergeordneten Dienststelle berichtet. Unsere Hauptbuchhalter müssen sich aber darüber im klaren sein, daß sie, wenn sie diese Schritte nicht tun, gleichgültig, ob sie dieselben tun könnten oder nicht, für die dadurch entstehenden Planverstöße mit verantwortlich sind.

Der Hauptbuchhalter muß Sorge tragen dafür, daß er von sämtlichen Vorgängen, die Auswirkungen auf den Finanzplan haben, unterrichtet wird, so daß er zustimmen oder ablehnen kann und daß die Aufzeichnungen über sämtliche wirtschaftlichen Vorgänge sowie die Abrechnung, mit dem Produktionsablauf organisatorisch und zeitlich möglichst parallel laufen.

Stand und Bedeutung der kurzfristigen Abrechnung der Betriebe

Um dieses Ziel zu erreichen, erfolgte durch fortschrittliche Hauptbuchhalter und Buchhalter in nahezu allen Zweigen unserer volkseigenen Wirtschaft die Einführung der kurzfristigen Abrechnung nach der Methode des sowjetischen Professors Losinski, nachdem in unserer Deutschen Demokratischen Republik erstmalig die Pumpenfabrik Odesse die Abrechnung per 28. Februar 1951 kurzfristig nach dieser Methode durchführte.

Gemäß den Angaben der Ministerien für Schwerindustrie, Maschinenbau und Leichtindustrie sowie dem Staatssekretariat für Nahrungs- und Genussmittelindustrie rechneten innerhalb dieser Ministerien bis Monat August 1951

1502 Betriebe

kurzfristig nach der Methode Losinski innerhalb von sechs Arbeitstagen ab, das heißt, die Betriebe, die zur Abrechnung sieben Tage und länger benötigten, sind in dieser Zahl nicht enthalten.

Diese 1502 Betriebe verteilen sich, abgesehen von vier VVB, auf die ich noch eingehen werde, auf sämtliche VVB dieser Ministerien. Einen wesentlichen Anteil an dieser Zahl hat das Ministerium für Maschinenbau, von dem 80% aller Betriebe bereits kurzfristig innerhalb von sechs Tagen abrechnen.

Besonders hervorzuheben sind folgende Einzelergebnisse:

Im Ministerium für Schwerindustrie rechnete die HV Kohle und die VVB Ostglas 100%ig kurzfristig ab.

Im Ministerium für Maschinenbau rechneten die VVB EKM, LBH, Nagema, Textima, Polygraph, Ifa, Iowa und Mechanik 100%ig kurzfristig ab.

Im Ministerium für Leichtindustrie rechneten die VVB Papier Heidenau, Sägewerke I Stralsund, Herrenkonfektion I Chemnitz und die VVB Kammgarnspinnereien 100%ig kurzfristig ab.

Zu bemerken ist ferner, daß gemäß der zuständigen Kollegen der vorgenannten Ministerien sich die Ministerien und Betriebe die Aufgabe stellten, bis zum Ende des Jahres 1951 100%ig kurzfristig abzurechnen.

Mit diesen Erfolgen, die bereits in einem Zeitraum von fünf Monaten erfüllt wurden, ist erwiesen, daß es unbedingt möglich ist, auch unter unseren Kollegen Buchhaltern, also unter Menschen, die man des öfteren noch gern als „Bürokraten“ bezeichnete, eine neue Einstellung zur Arbeit zu erwecken, ist erwiesen, daß fortschrittliche Buchhalter die großen Aufgaben erkannten, die wir uns mit unserem Fünfjahrplan stellten. Es war ihnen möglich, nachdem sie allseitige Unterstützung im Betrieb — vor allem durch die Be-

triebsgewerkschaftsleitung, und gute Anleitung durch die Betriebsparteileitungen, Vereinigungen und auch Fachministerien gefunden hatten, aktivistische Leistungen im breiten Rahmen zu vollbringen. Andererseits erkennen wir aber auch an den unterschiedlichen Ergebnissen in der Verbreitung der kurzfristigen Abrechnung, an welchen Stellen die Fachministerien, Hauptverwaltungen und Vereinigungen ihre Arbeit verbessern müssen, um die Betriebe bei der Erreichung des Zieles, welches sie sich gesteckt haben, nämlich bis spätestens Ende des Jahres 1951 bis zu sechs Arbeitstagen abzurechnen, zu unterstützen. Es sind dies vor allem: innerhalb des Ministeriums für Maschinenbau die Vereinigungen VVW und Ika, bei denen über 30% der Betriebe noch nicht kurzfristig abrechnen, ferner der Betrieb Gaselan Berlin, dessen Abrechnung für Juli noch nicht beendet ist, die Rathenower Optischen Werke und die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, die zur Abrechnung noch 20 Tage benötigen.

Innerhalb des Staatssekretariats für Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind es die Vereinigungen der Fleischindustrie, der Süßwarenindustrie, der Obst- und Gemüseverarbeitung und der Brau- und Malzindustrie, von denen erst 10% aller Werke kurzfristig abrechnen und vor allem die Betriebe der Spiritus-Zentrale, wo die kurzfristige Abrechnung in der vorbezeichneten Form, d. h. innerhalb von sechs Tagen noch nicht durchgeführt wird.

Innerhalb des Ministeriums für Schwerindustrie ist es die VVB Westglas, bei der erst 10% aller Werke kurzfristig abrechnen, während die Schwestervereinigung Ostglas bereits bei 100% angelangt ist und die Vereinigungen Kali und Salze sowie Alkali, von denen noch kein Werk innerhalb sechs Tagen abrechnet. Dergleichen sind in der Bauindustrie noch keine Erfolge in der kurzfristigen Abrechnung zu verzeichnen.

Innerhalb des Ministeriums für Leichtindustrie ist es die VVB Bastfaser, bei welcher noch kein Betrieb innerhalb sechs Tagen abrechnet. Obwohl hier bei den Flachsrösten Schwierigkeiten bestehen sollen, zeigt sich damit, daß noch nicht die entsprechende Initiative zur Überwindung dieser Schwierigkeiten gefunden wurde. Bei den direkt unterstellten Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie ist es vor allen Dingen das Filmstudio Babelsberg und das Hartpapierwerk Greutsch, die mit 21 und 20 Tagen Abrechnung noch zurückliegen.

Daß es möglich ist, daß noch im Jahre 1951 unsere sämtlichen VEB kurzfristig abrechnen, zeigt die Praxis der bisherigen Einführung der kurzfristigen Abrechnung, wonach in der Regel für jede Vereinigung eine Frist von drei bis vier Monaten genügt, um in allen Betrieben ausnahmslos die kurzfristige Abrechnung einzuführen. Allerdings ist dazu notwendig, daß einzelne leitende Mitarbeiter in der volkseigenen Wirtschaft und auch einzelne Funktionäre der Gewerkschaft ihre Arbeitsweise in bezug auf Einführung der kurzfristigen Abrechnung grundlegend ändern, daß sie also nicht mehr — wie anscheinend bisher — glauben, daß sich die Dinge von selber einspielen werden. Kommen sie doch sonst eines Tages in die gleiche Lage, in der sich bereits heute der Werkleiter der Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben beispielsweise befindet. Dieser Kollege wird nicht umhinkönnen, festzustellen, daß die kurzfristige Abrechnung in seinem Betrieb, abgesehen von einem einmaligen Erfolg, noch immer nicht planmäßig innerhalb von sechs Tagen erfolgt, obwohl seine Kollegen bereits seit einem halben Jahr intensiv mit derselben durch Schulungen und laufende Instruktionseinsätze vertraut gemacht wurden und eine Vielzahl anderer Werke bewiesen haben, wie man,

trotzdem daß einmal eine Rechenmaschine aussetzt, kurzfristig abrechnen kann.

Die Unterlagen, die im Verlauf der kurzfristigen Abrechnung von den einzelnen Betrieben geliefert werden, sind sehr unterschiedlich. Diesem Mangel wird man begegnen müssen, indem festzulegen sein wird, welche Unterlagen bei der monatlichen Berichterstattung auszuarbeiten sind. Müssen wir uns doch, ohne den Wert der Jahres- oder Quartalsabschlüsse verkleinern zu wollen, mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß die monatlichen Abschlußberichte unterschätzt werden und ihrer Auswertung wenig Beachtung geschenkt wird. Wir müssen erkennen, daß gerade die monatlichen Abschlüsse das wertvollste und wirksamste Mittel zur Lenkung und Verbesserung der wirtschaftlichen Arbeit unserer Betriebe darstellen und darüber hinaus unseren volkseigenen Betrieben bei der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung große Dienste leisten werden.

Wir kommen damit zu der Frage, inwieweit die Aufstellung von monatlichen Zwischenbilanzen ab 1. Januar 1952 gesetzlich festzulegen ist, bzw. inwieweit die bisherigen Termine für die Abgaben der Quartalsabschlüsse zu ändern sind; ist doch zweifellos erwiesen, daß die gesetzlich festgelegten Fristen zur Einreichung der Unterlagen nach Einführung der kurzfristigen Abrechnung übermäßig lang sind; sie hemmen die Kräfte der Kollegen im Rechnungswesen und schaffen nicht den Anreiz zur Verbesserung der laufenden Erfassungsarbeiten und zur rechtzeitigen Fertigstellung der jeweiligen Abschlüsse.

Die gesetzlich festzulegenden Termine müssen so festgelegt werden, daß tatsächlich eine operative Kontrolle auf Grund dieser Unterlagen möglich wird, d. h. die Termine für die Abgabe der Unterlagen durch die Betriebe müssen sich in der Zeit vom zweiten bis sechsten Arbeitstag eines jeden Monats, je nach Größe und innerbetrieblichen Verhältnissen der Betriebe, bewegen. Man muß also auch die Abgabetermine differenzieren. Die Zusammenstellungen, welche weiterhin, wenn auch in geänderter Form, durch die VVB zu erfolgen haben, müssen bis zum 12. Arbeitstag durchgeführt sein, so daß spätestens die Fachministerien und das Ministerium der Finanzen am 15. Arbeitstag eines jeden Monats sich einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe im vorangegangenen Zeitraum auf Grund der Unterlagen aus dem Rechnungswesen verschaffen können. Dies bedeutet, daß diese Organe mindestens 25 Tage eher als bisher einen Einblick in die Arbeit der Betriebe gewinnen würden und daß vor allem der Zustand überwunden wird, daß diese Ministerien über ein Vierteljahr lang, genau gesagt 130 Tage, nicht wissen, wie die einzelnen Betriebe, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, arbeiten. Daß dies möglich ist, haben die Betriebe der VVB EKM im Zeitraum des letzten Halbjahres und die Betriebe der HV Kohle, der VVB Textima, Kammgarnspinnereien, Lova, LBH, Nagma, Polygraph, Ifa, Mechanik, Ostglas, Papier Heidenau, Sägewerke I Stralsund, Herrenkonfektion I (Chemnitz) innerhalb der letzten Monate überzeugend bewiesen.

Selbstverständlich darf man diese Entwicklung nicht nur vom Standpunkt der volkseigenen Industrie betrachten, sondern muß auch alle anderen Teile der Wirtschaft mit beleuchten. Man muß also ernsthaft untersuchen, ob es diesen Teilen auch möglich ist, an der vorgenannten Regelung teilzunehmen. Ich denke hier vor allem an unsere DHZ, die jedoch ihre betriebliche Abrechnungsarbeit, und damit auch ihre Rechnungserteilung, unbedingt noch verbessern müssen.

Berichtete mir doch beispielsweise der Brigadier Löser aus dem Rechnungswesen der Zwickauer Ma-

schinenfabrik, daß dieser Betrieb auf Rechnungen für Dichtungsmaterial, das die DHZ Chemie in Dresden im Juni dieses Jahres lieferte, über fünf Wochen warten mußte.

Wie die bei den DHZ in bezug auf kurzfristige Abrechnung bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden sind, haben überzeugend die Kollegen der Brigade 1. Mai in der DHZ Leder, Halle, und die Kollegen Borrmann, Krebs und Bollmann mit ihren in der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau, Niederlassung Zittau, erzielten Erfolg überzeugend bewiesen.

Ferner haben sowohl die HO als auch die Konsumgenossenschaften bewiesen, daß es unserem Handel möglich ist, kurzfristig abzurechnen. Rechneten doch z. B. 60% aller Konsumgenossenschaften im Monat Juli 1951 kurzfristig ab, und es werden, nach Auskunft des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, bis Oktober dieses Jahres sämtliche Konsumgenossenschaften nach der Methode Losinski abrechnen.

Es ist jedoch aber auch notwendig, daß unsere Verwaltungen, besonders aber auch unsere Ministerien, neue Arbeitsmethoden anwenden, so daß dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden, daß tatsächlich eine Auswertung der Unterlagen in vollem Umfang erfolgen kann. Dazu ist weiter erforderlich, daß man in der Entwicklung von dem System der Zusammenstellung der Unterlagen abgeht und neue Wege durch Verdichtung der Unterlagen, welche selbstverständlich entsprechende Aussagekraft besitzen müssen, beschreitet.

Eine neue Einstellung zur Arbeit als Kern der Methode Losinski

Allerdings ist es nicht verwunderlich, daß der VEB Carl Zeiß, Jena, noch immer 18 Tage zur Abrechnung benötigt, wenn der Leiter der Organisationsabteilung dieses Betriebes vielleicht noch heute seinen ursprünglichen Standpunkt vertritt, daß mit dem Plan zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit endlich das Mittel geschaffen sei, um auch die Arbeiten in der Verwaltung terminisieren zu können.

Indem dieser Kollege in seiner Definition des Planes den Kerngedanken des Planes, nämlich das Erwecken einer neuen Einstellung zur Arbeit, außer Betracht ließ, konnte er auch nicht wirksam genug an der Realisierung des Planes mitarbeiten, indem er sich z. B. wie die Kollegen der Warnow-Werft, Warnemünde, es beispielhaft taten, mit der Lösung der Frage „Hollerith und kurzfristige Abrechnung“ noch besser als bisher auseinandergesetzt hätte. Es hat sich jedoch gezeigt, daß es gerade erst diese neue Einstellung zur Arbeit war, die unsere Kollegen dazu brachte, sich mit der im Plan festgelegten Methode des sowjetischen Professors Losinski vertraut zu machen, sie aufzugreifen und anzuwenden.

Diese neue Einstellung zur Arbeit war es, die unseren Kollegen in den Buchhaltungen dazu verhalf, daß sie bereits heute zu einem großen Teil ihre Arbeit nicht mehr schlechthin verrichten, sondern sich eingehend mit ihrer Arbeit vertraut machten, sie zu verbessern suchten, ihre Erfahrungen austauschten und zu Wettbewerben aufriefen, so daß sie dadurch insgesamt ihre Arbeitsweise verbesserten und letztlich kurzfristig abrechneten.

Diese neue Einstellung zur Arbeit machte es möglich, daß der Kollege Görl von der Braunkohlenverwaltung Borna sich mit der Vereinfachung der Materialbuchhaltung auseinandergesetzte, daß der Kollege Dr. Werner von der VVB Schuhe sich mit der Vereinfachung der Kostenträgerrechnung beschäftigte und daß der Kollege Maier Vereinfachungen in der Summen- und Saldenbilanz entwickelte. Diese neue Einstellung zur Arbeit

machte es möglich, daß der Kollege Viktor Mischel im Rahmen seines „Planes zur Verbesserung der Betriebsorganisation“, der Kollege Schumann von LEW Hennigsdorf, der Kollege Eienkel vom Kreisbaubetrieb Rostock, ein Kollektiv aus dem Kupfer- und Blechwalzwerk Michael Niederkirchner und der Kollege Rost von der VVB Polygraph an die Lösung der großen Aufgabe, die im Rechnungswesen gleichfalls vor uns steht, wie nämlich die Flut der Lohnzettel und gleichzeitig der Unsicherheitsfaktor, daß nicht alle Lohnscheine die Lohnbuchhaltung erreichen, beseitigt werden kann, herangingen. Wie weit diese Notwendigkeit der Vereinfachung der Lohnabrechnung auch von unseren Kollegen aus der Produktion erkannt und begrüßt wird, geht am besten aus der Stellungnahme des Aktivisten Gritzke aus dem Werk LEW Hennigsdorf hervor, der sich verpflichtet will, seine monatliche Produktionsleistung um 8% zu erhöhen, wenn eine Lohnabrechnung eingeführt wird, die nicht mit einer solchen Masse Lohnzettel wie bisher verbunden ist. Verwendete doch dieser Kollege stets am Tage der Lohnabrechnung Stunden seiner Arbeitszeit, um hinter seinen Lohnschein herzulaufen, ob diese auch im Lohnbüro angekommen waren und zur Verrechnung kamen.

Um das Wesen des Planes zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit aber nochmals ganz klar herauszustellen, muß festgestellt werden, daß dieser Plan eine Summe von Maßnahmen zur besseren Organisation des Einsatzes der Arbeitskräfte der im Rechnungswesen tätigen Kollegen, zur besseren Organisation des Arbeitsablaufes im Rechnungswesen und zur Steigerung der Qualifikation aller im Rechnungswesen tätigen Kollegen aufzeigt. Er mobilisiert damit im Zusammenhang innerbetriebliche Arbeitsreserven zur Steigerung der Arbeitsleistung, indem er die unbedingte Verantwortlichkeit jedes Kollegen für seine genau festgesetzten Funktionen und die laufende Kontrolle, ob jeder Kollege die von ihm übernommenen Pflichten termingemäß und sachlich richtig erledigt, festlegt. Er steigerte den Wert, den man dem Rechnungswesen beimißt, indem er versuchte, dasselbe von seinem bisherigen Selbstzweck zu befreien und zum wirksamen Mittel einer operativen Betriebs- und damit Wirtschaftslenkung zu machen. Mit dem Wert des Rechnungswesens steigert er aber auch gleichzeitig den Wert der Mitarbeiter im Rechnungswesen, indem er dieselben von notwendigen Übeln zu wertvollen Mitarbeitern in unserer volkseigenen Wirtschaft werden ließ. Er befreit diese Kollegen von der lästigen Überstundenarbeit, wodurch sich bedeutende Kosteneinsparungen für unsere volkseigene Wirtschaft ergaben und versetzt sie in die Lage, ihren Lebensstandard zu verbessern, indem sie ihre Leistungen auf Grund der im Plan festgelegten Qualifikationssteigerung verbessern. Daß es den zuständigen Institutionen bisher nicht gelang, unsere Betriebe bei der Qualifikationssteigerung wirkungsvoll zu unterstützen, muß an dieser Stelle festgestellt werden.

Wenn trotzdem die Qualifikationssteigerung planmäßig in den Betrieben, wie z. B. der Pumpenfabrik Odessa durchgeführt wird, so ist dies einzig und allein der Initiative der Kollegen in den Betrieben zuzuschreiben, wodurch jedoch noch nicht eine einheitliche Ausbildung gewährleistet ist.

Kritische Bemerkungen zur Durchführung der Methode Losinski in einigen Betrieben

Wir dürfen aber nicht in den Fehler verfallen, vor Erfolgen von Schwindel befallen zu werden, wie der Genosse Stalin uns aufzeigte. Vielmehr müssen wir gerade zu den in der kurzfristigen Abrechnung erzielt-

ten Erfolgen kritisch Stellung nehmen. Ich verweise hierzu auf die Ausführungen von Herrn Minister Selbmann.

Wir müssen feststellen, daß in diesem oder jenem Betrieb bei der Durchführung der kurzfristigen Abrechnung noch Arbeitsspitzen auftreten, also Arbeiten vor allem am Monatsende nur durch größere Beanspruchung der Kollegen zu bewältigen sind.

Das ergibt sich zum Teil dadurch, daß mit den Kollegen in der Werkstatt nicht ernsthaft genug diskutiert wurde, daß ihnen nicht die Zusammenhänge der kurzfristigen Abrechnung richtig aufgezeigt wurden, daß also die Unterstützung im Betrieb fehlt.

Soweit dieselbe gegeben ist und trotzdem die vorerwähnten Mängel auftreten, ist dies ein Zeichen dafür, daß die Kollegen im Rechnungswesen noch nicht eine neue Einstellung zur Arbeit gewonnen haben; sie den vielleicht auch aufgestellten Plan noch nicht als ihren Plan betrachten. Wir müssen ferner feststellen, daß einzelne Betriebe zwar von kurzfristig durchgeführter Abrechnung sprechen, dabei aber noch solche Mängel aufweisen, daß man von einer kurzfristigen Abrechnung nach der Methode Losinski nicht sprechen kann.

So konnte man z. B. in der Berliner Zeitung lesen, daß das HO-Warenhaus am Alexanderplatz nach Methode Losinski abrechnet.

Sehen wir uns aber einmal die „kurzfristige Abrechnung“ des HO-Warenhauses am Alexanderplatz näher an und untersuchen, was man unter Abrechnung nach Methode Losinski dort verstand. Der Hauptbuchhalter Seidel diktierte dort die Brigadenbildung, arbeitete so wenig planmäßig, daß seine Mitarbeiter durch Hetzarbeit und immer mehr und mehr wachsende Überstunden mehr als zuvor überansprucht wurden, stellte noch zusätzliche Kräfte ein, rechnete dabei aber kurzfristig ab. Dies ist nicht die Methode Losinskis.

Vielleicht meinte aber dieser Hauptbuchhalter, damit das Prinzip der Einzeleitung und Einzelverantwortung, was wir anstreben, verwirklicht zu haben. Es fragt sich nur, ob der Hauptbuchhalter Seidel aber auch verantworten wollte, daß unter einem Teil seiner Mitarbeiter die Meinung aufkam, daß die Erfahrungen unserer sowjetischen Freunde uns keine Verbesserung unserer Arbeitsweise bringen würden. Wie konnte etwas derartiges in diesem oder auch anderen Betrieben passieren? Es zeigt sich damit, wie wenig die Mitarbeiter dieses Hauptbuchhalters bisher lernten Kritik und Selbstkritik zu üben. Hätten sie doch offen die Arbeitsweise ihres Hauptbuchhalters kritisieren müssen, der jahrzehntelang geübte Methoden, jetzt nur unverschämterweise als Methode Losinskis verschleiert, anwandte und aber auch selbstkritisch feststellen müssen, daß ihre Mitarbeit an ihrem Plan zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit nicht genügend war, daß sie nicht genügend eigene Initiative entwickelten.

Die Verantwortung des Hauptbuchhalters

Diese Schwäche gilt es zu beseitigen, denn der Plan zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit erfordert die Mitarbeit aller Kollegen und legt dieselben zugleich durch Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche fest. Die Abgrenzung der Tätigkeit beginnt bei dem Hauptbuchhalter, wobei aber in bezug auf Verantwortung für die einzelnen Teile des Betriebes noch gesetzlich zu bestimmen ist, daß dem Hauptbuchhalter die Finanzbuchhaltung, die Betriebsabrechnung, die Lohnbuchhaltung, die Materialbuchhaltung, die Anlagenbuchhaltung, die Investitionsbuchhaltung, die Betriebsrevision, mit Ausnahme der technischen Revision, und im besonderen die Plankontrolle untersteht. Um diese Aufgabe wirkungsvoll durchführen zu können, ist erforderlich, daß der Hauptbuchhalter im Rahmen

seines Aufgabengebietes selbständig entscheidet und daß er für seine Entscheidung die volle persönliche Verantwortung trägt. Eines müssen sich jedoch unsere Hauptbuchhalter bewußt sein, daß Entscheidungsbefugnis nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht bedeutet zu entscheiden, und daß, daraus folgend, der Hauptbuchhalter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich zu überzeugen, wie seine Entscheidungen und Anweisungen erfüllt worden sind.

Um dies zu können, muß der Hauptbuchhalter die ihm aufgezeigten Kontrollaufgaben erkennen. Er muß erkennen, daß es, abgesehen von unseren kleinsten Betrieben, nicht seine Aufgabe sein kann, sich mit der Buchung von betrieblichen Vorgängen oder der Aufstellung von Bilanzen im einzelnen zu beschäftigen. Er muß sich also von manuellen Arbeiten, von Arbeiten, die in das Aufgaben- und damit Verantwortungsbereich seiner Mitarbeiter fallen, vollkommen frei machen. Er muß sich auf die Lösung grundsätzlicher, außergewöhnlicher und von der üblichen Praxis abweichender Fälle konzentrieren.

Wenn jedoch einzelne Hauptbuchhalter heute noch den Standpunkt vertreten, daß dies nicht möglich wäre, da ihre Mitarbeiter diese Aufgaben noch nicht lösen könnten, so zeigen sie damit unmißverständlich, wie sie bisher arbeiteten und was sie vor allem im letzten Halbjahr versäumt haben. Sie zeigen damit, daß sie es nicht verstanden haben, eine enge kollegiale Zusammenarbeit im Rechnungswesen herbeizuführen und die zur Tätigkeit der einzelnen Kollegen notwendigen Informationen und Erfahrungen zu vermitteln. Wenn diese Hauptbuchhalter nicht umgehend selbstkritisch ihre Schwäche in dieser Hinsicht erkennen, und sich mit erhöhten Kräften bemühen, ihr zu begnügen, müssen sie sich darüber im Klaren sein, daß es ihnen künftig nicht möglich sein wird, die neuen Aufgaben eines Hauptbuchhalters zu lösen. Es wird ihnen nicht gelingen, sich von ihrer bisherigen laufenden Arbeit frei zu machen, wenn sie nicht ihre Mitarbeiter mit den letzten Feinheiten „ihres“ Rechnungswesens vertraut machen. Mit einer solchen Arbeitsweise hemmen sie die wirkungsvolle Mitarbeit ihrer Kollegen an der Erfüllung unserer Pläne und es erhebt sich die Frage, wie wir damit den Fehler, der zuweilen heute noch immer begangen wird und von dem im Verlauf der Konferenz bereits gesprochen wurde, daß nämlich die Finanzwirtschaft noch im wesentlichen als eine Angelegenheit der Buchhalter betrachtet wird und noch immer nicht erkannt wird, daß die Finanzwirtschaft ein entscheidendes Instrument unserer volkseigenen Wirtschaft ist, grundsätzlich einmal richtigstellen wollen, wenn diese sogenannten Hauptbuchhalter so auf ihrem Wissen sitzenbleiben, daß selbst ihre Kollegen im Rechnungswesen noch nicht einmal den erforderlichen Einblick in sämtliche Vorgänge der Finanzwirtschaft haben.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß solche Hauptbuchhalter vor die Belegschaft ihres VEB offen hinträten, wie dies z. B. kürzlich der Hauptbuchhalter der Glashütte Fürstenberg tat, und ihnen klar auf Grund von Zahlen aus dem Rechnungswesen die Erfolge und auch Schwächen in der Arbeit des VEB klar aufzeigen, daß sie also im breiten Rahmen der Belegschaft Einblick in alle Teile der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes, auch in das Ergebnis derselben geben, und damit der Belegschaft die Möglichkeit geben, die erkannten Schwächen zu beseitigen. Es müssen unsere Hauptbuchhalter erkennen, daß sie wertvolle Mitarbeiter unserer volkseigenen Wirtschaft sind, daß sie dem Werkleiter zur Seite stehen und daß sie als Hauptbuchhalter Menschen sein müssen, die im besonderen Maße gesellschaftliche, fachliche und

moralische Eignung für ihre Tätigkeit besitzen, daß also ihre positive Einstellung zu unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ihrem Verhalten ihren eindeutigen Ausdruck findet. Sie müssen stets danach trachten, sich mit den Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen unserer Deutschen Demokratischen Republik vertraut zu machen, um tatkräftig an ihrer Verwirklichung mitzuwirken und die Einhaltung derselben zu überwachen.

Die Frage, ob mit den Hauptbuchhaltern Einzelverträge abzuschließen sind, ist durch unseren Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht geklärt, als er im Verlauf einer Diskussion mit der technischen Intelligenz des Reifenwerkes Fürstenwalde am 15. Juli 1951 erklärte:

„Selbstverständlich gehört der Buchhalter eines volkseigenen Betriebes, der auf seinem Gebiet tüchtig ist, zur Intelligenz, da er ja an verantwortlicher Stelle Volksvermögen verwaltet. Wenn die Hauptverwaltung dagegen Einspruch erhebt, so muß man sie auf den zweiten Teil der Regierungsverordnung über den Abschluß von Einzelverträgen hinweisen, in der auch diese Kategorie von Angestellten in volkseigenen Betrieben aufgeführt ist.“

Das Ministerium der Finanzen empfiehlt, daß mit den Hauptbuchhaltern Einzelverträge abgeschlossen werden, wenn folgende vier Bedingungen erfüllt sind:

1. die kurzfristige Abrechnung in ihrem Werk eingeführt ist und die Bilanzen spätestens 6 Arbeitstage nach Monatsende vorgelegt werden,
2. der Hauptbuchhalter den Kontrollbericht mit einer Analyse dem Leiter des Betriebes und der übergeordneten Stelle vorlegt und darauf drängt, daß die Erkenntnisse aus demselben für operative Maßnahmen ausgewertet werden,
3. der Hauptbuchhalter tatsächlich seine Kontrollfunktion zur Verhinderung von Planverstößen und ungesetzlichen Handlungen ausübt,
4. der Hauptbuchhalter bemüht ist, Nachwuchskräfte für das Rechnungswesen zu entwickeln.

Die Bedeutung der Nachwuchsförderung

Abgesehen von der bisherigen Regelung, die auch künftig beibehalten wird, wonach die Einstellung des Hauptbuchhalters durch den Werkdirektor mit Zustimmung der übergeordneten Stelle erfolgt, wird künftig das Ministerium der Finanzen erwägen, die fachliche Eignung der Hauptbuchhalter zu prüfen und sich vorbehalten, gegen die Entlassung von Hauptbuchhaltern Einspruch erheben zu können. Wir erkennen hieraus die Verbindung des Hauptbuchhalters mit dem Staatshaushalt in persönlicher Hinsicht, wie dies auch in fachlicher Hinsicht erfolgen wird, denn mit der Kontrolle des Finanzplanes übt der Hauptbuchhalter auch die Kontrolle über einen Teil des Staatshaushaltes aus.

Ich führte bereits aus, daß unseren Betrieben bei der Qualifizierung der Kollegen im Rechnungswesen durch die betreffenden Institutionen bisher noch keine entsprechende Anleitung gegeben wurde. Darüber hinaus muß an dieser Stelle aber festgestellt werden, daß die Frage des Nachwuchses im Rechnungswesen schlecht gelöst ist. Wir stehen heute bereits vor der Tatsache, daß wir in einzelnen unserer VEB, VEG und MAS wirkliche Hauptbuchhalter nicht einsetzen können, weil entsprechend qualifizierte Menschen hierzu fehlen. Um diese Mängel zu beheben, unterbreitete mir vor einigen Tagen ein Hauptbuchhalter den Vorschlag, all den Hauptbuchhaltern, die im besonderen Maße gesellschaftliche, fachliche und moralische Eignung für ihre Tätigkeit besitzen, einen Betriebsassistenten zur Seite zu stellen. Der fortschrittliche Hauptbuchhalter wird

es als seine Ehre ansehen, die Aufgabe zu übernehmen, diesem Kollegen in einem bestimmten Zeitraum, der sich nach der fachlichen Qualifikation des Assistenten richtet, sein gesamtes Wissen zu vermitteln. Dadurch wird es möglich sein, daß diese herangebildeten Hauptbuchhalter nach Ablauf ihrer Assistentenzeit in der Lage sind, die Lücken in bezug auf Einsetzung von Hauptbuchhaltern auszufüllen. Es ist zu untersuchen, ob und inwieweit der Vorschlag dieses Hauptbuchhalters zu verwirklichen ist, welche konkreten Maßnahmen dazu erforderlich sind, so daß dadurch die Frage des Nachwuchses wenigstens zu einem Teil gelöst wird.

Darüber hinaus muß man in unseren Betrieben darauf hinwirken, daß bei der Entsendung eines Kollegen auf die Buchhalterschulen sich nicht das wiederholt, was in einzelnen Fällen geschehen ist. Daß also die Kollegen in Richtung Finanzschule Brandis, die bisher die Hauptbuchhalter ausbildete, „fortgelobt“ werden, daß Kollegen entsendet werden, für die man im Augenblick nichts Besseres zu tun hat, oder daß man dann den Kollegen, nachdem sie zurückkommen, anheimstellt, sich eine Position in einem anderen volkseigenen Betrieb zu suchen, die ihren, ja nunmehr gesteigerten, Fachkenntnissen entsprechen würde. Ein Hauptbuchhalter, der so arbeitet, handelt unverantwortlich und sabotiert die Erfüllung unseres Planes, indem er sich die Voraussetzungen entzieht, die dafür notwendig sind, daß er die Kontrolle der Pläne wirksam durchführen kann, daß er zum Kontrolleur des Betriebsgeschehens und darüber hinaus zum staatlichen Kontrollorgan wird. Nach dieser Aufgabe haben sich alle seine Handlungen zu richten.

Das Rechnungswesen als operatives Mittel der Betriebsleitung

Wie weit einzelne unserer Hauptbuchhalter von dieser Aufgabe noch entfernt sind und damit die im Zusammenhang stehende Aufgabe, das Rechnungswesen als operatives Mittel zur Leitung der Betriebe auszuwerten, nicht gelöst haben, zeigt sich am besten an der Tatsache, daß in einer Reihe von Betrieben, obwohl sie kurzfristig abrechnen, die Unterlagen genau wie zuvor in keiner Form irgendwie ausgewertet werden, daß sie also nach Fertigstellung in den Schreibtischkasten wandern, nur mit dem Unterschied, daß dies zuvor erst 20 Tage später passierte. Es erhebt sich die Frage, weshalb wir dann überhaupt kurzfristig abrechnen? Wir rechnen doch nicht kurzfristig ab, um Rekorde in der Abrechnungsdauer aufzustellen, sondern um möglichst schnell das Spiegelbild des Betriebsgeschehens zu erhalten, in welches wir uns ganz intensiv vertiefen müssen. Daß aber derartige Dinge passieren, liegt vor allem in der ungenügenden Aufsicht und Anleitung der zuständigen VVB.

Wie es in allen VVB sein müßte, zeigt uns die VVB Kammgarnspinnerei Gera. Diese Vereinigung hat ihre Werke angehalten, spätestens bis zum 9. Tag im Betrieb innerbetriebliche Kostenaktivsitzen durchzuführen, über deren Verlauf ein schriftlicher Bericht der betriebswirtschaftlichen Abteilung der VVB zuzuleiten ist. An diesen Sitzungen nehmen neben den Wirtschaftsfunktionären des Betriebes, den Vertretern der gesellschaftlichen Massenorganisationen im Betrieb, vor allem die Aktivisten, Brigadiere, Meister und Abteilungsleiter teil. Bei der VVB wird dieser Bericht nun nicht etwa nur sorgfältig schon vorhandenen Berichten zugefügt, sondern es wird auf Grund von Unterlagen, welche sich gleichfalls die VVB von dem Betrieb übermitteln läßt, die also auch im Verlauf der kurzfristigen Abrechnungen aufgestellt wurden, eingehend eine Analyse gezogen. Diese Vereinigung läßt sich den BAB I und II, technische Leistungsziffern und Meß-

zahlen, wie z. B. Fertigungslohn pro 1000 km Garn, Fertigungsgemeinkosten pro 1000 km Garn, Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten und andere mehr einreichen. Bis spätestens Mitte des Monats wird bei der VVB eine Kostenaktivsitzung durchgeführt, an welcher neben den Wirtschaftsfunktionären der VVB sämtliche Betriebsleiter und andere Wirtschaftsfunktionäre der Betriebe teilnehmen. Soweit sich im Verlauf dieser Besprechungen Feststellungen ergeben, die eine Revision erforderlich machen, werden sofort die entsprechenden Aufträge festgelegt und Beratungen, wie festgestellte Mängel beseitigt werden können, durchgeführt.

Meines Erachtens wird in den Betrieben dieser VVB wohl kaum die Frage auftreten, weshalb läßt sich die VVB die monatlichen Abrechnungsunterlagen zusenden? (Bemerkten möchte ich hierzu, daß sich die VVB nicht auf die vorgeschriebenen Formulare beschränkt.) Es hat die VVB Kammgarnspinnerei damit gezeigt, wie eine operative Anleitung und Aufsicht auszuüben ist und wie es möglich ist, mit der laufenden Kontrolle durch die Mark die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe zu steigern.

Bei der VVB Mittelglas liegen die Verhältnisse etwas anders. Diese VVB läßt sich zwar auch jeden Monat eine Abschrift des gesamten BAB I und II der Erfolgsrechnung und einen Teil der Bilanz in Form einer sogenannten Rechnungslegung übermitteln. Was die Betriebe von der Arbeit der VVB jedoch merken, ist lediglich das, daß die Kollegen in der VVB registrieren, ob sämtliche Unterlagen eingegangen sind, und daß sie zuweilen aus der Rechnungslegung entsprechende Rückschlüsse ziehen.

Wir haben also hier zwei Gegensätze. Die Arbeit der VVB Mittelglas ist in diesem Zusammenhang so zu beurteilen, daß sie noch nicht alle Möglichkeiten zur Auswertung der Unterlagen im Rechnungswesen ausschöpft, also die kurzfristige Abrechnung mehr oder weniger zum Selbstzweck stempelt, während die VVB Kammgarnspinnerei sich bereits mit der Ausarbeitung technischer Vergleichsziffern und Meßzahlen beschäftigt, die bisher in keiner gesetzlich vorgeschriebenen Abschlußunterlage in der Form verzeichnet sind. Es beschäftigt sich diese VVB mit der besseren Auswertung des Rechnungswesens, dessen wir uns heute bedienen. Dieser Weg der Entwicklung des Rechnungswesens muß beschritten werden, um dadurch mit dem Rechnungswesen noch besser als bisher die Einhaltung der Erfüllung unserer Pläne kontrollieren zu können.

Stellen wir uns doch z. B. mit dem Kostenplan die Aufgabe, die Kosten der Produktion für die einzelnen Erzeugnisse — die Kosten der Produktion in den einzelnen Abteilungen und die planmäßigen Selbstkostensenkungen in den einzelnen Abteilungen sowie bei den einzelnen Erzeugnissen und damit für den gesamten Betrieb festzulegen. Dies hat zur Folge, daß wir gleichfalls die Aufgabe lösen müssen, wie wir diese Planaufgaben in bezug auf Erfüllung überprüfen können. Dazu ist erforderlich, daß wir erstens einmal über eine ordnungsgemäße Betriebsabrechnung verfügen und uns zweitens mit der Frage beschäftigen, wie wir täglich überprüfen können, inwieweit sich das einzelne Erzeugnis mit den dafür aufgewandten Istkosten in seinem jeweiligen Grad der Fertigstellung zu den dafür planmäßig vorgesehenen Kosten verhält.

Dies wäre in der Mehrzahl unserer Betriebe, die bereits eine Kostenträgerrechnung haben, möglich, wenn sowohl die Lohn- und Materialkosten ordnungsgemäß täglich erfaßt und auch bereits täglich auf den Kostenträger gebucht würden. Daß dies nur in den wenigsten Fällen bisher gelang und auch gewisse technische

Schwierigkeiten hierbei bestehen, brauche ich nicht zu erwähnen, denn das dürfte bekannt sein. Um diese Frage aber lösen zu können, müssen wir uns unbedingt die Erfahrungen aus der Praxis zunutze machen, müssen wir verstehen, noch weit mehr als bisher die Erfahrungen unserer sowjetischen Freunde auszuwerten.

Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“

Noch lieferbar:

Heft 5: „Rechnungswesen und Finanzplanung der volkseigenen Güter“

DIN A 4 — 156 Seiten — 5.— DM

Heft 8: „Finanzplanung 1951 der volkseigenen Wirtschaft“

DIN A 4 — 350 Seiten — 6.25 DM

Heft 10: „Der Staatshaushalt“

DIN A 4 — 96 Seiten — 2.25 DM

Heft 11: „Veranlagungsrichtlinien 1950“

DIN A 4 — 70 Seiten — 1.50 DM

Neuerscheinungen:

Heft 13: „Der Kontrollbericht der volkseigenen Industrie der Deutschen Reichsbahn und des volkseigenen Verkehrs sowie der Deutschen Post und die Arbeit der Kontrollausschüsse“

DIN A 4 — 85 Seiten — 3.50 DM

Heft 15: „Die EDB-Investitions-Buchhaltung“

— Ein Beitrag zur Gestaltung der Organisation des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft —

DIN A 4 — 35 Seiten — 1.75 DM

Heft 16: „Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Finanzausgleich“

DIN A 4 — 32 Seiten — 2.25 DM

In Vorbereitung:

Heft 18: „Anlagenkartei und Abschreibungssätze für das Vermögen der öffentlichen Verwaltungen“

Heft 19: „Die neue Etappe der Haushaltsreform“

Protokoll der III. Haushalts-Konferenz vom 11./12. Juni 1951 mit Entwurf der Staatshaushaltsordnung

Sonderdruck der Schriftenreihe 12:

Ausgabe A: „Steuertarife des Handwerks ohne Nahrungsmittelhandwerk“

DIN A 4 — 48 Seiten — —.80 DM

Ausgabe B: „Steuertarife des Handwerks für das Nahrungsmittelhandwerk“

DIN A 4 — 32 Seiten — —.70 DM

Bestellung und Auslieferung durch LKG Leipzig / Berlin

VERLAG DIE WIRTSCHAFT BERLIN
W8, Französische Str. 23-55, Sammelnummer 42 53 76

Zur Weiterentwicklung des Rechnungswesens

Wenn wir uns ferner mit dem Betriebsplan die Aufgabe stellen, denselben auf alle Teile des Betriebes, also Abteilungen, Werkstätten, Brigaden, ja, nach Möglichkeit bis auf den Arbeitsplatz aufzuteilen, damit jeder Werktätige mit seinen konkreten Aufgaben bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes vertraut gemacht wird, so müssen wir uns intensiv damit beschäftigen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Planziele gleichfalls in bezug auf ihre Erfüllung kontrollieren zu können. Wir müssen uns ferner weit intensiver als bisher mit der Brigadenabrechnung und den persönlichen Konten befassen, noch dazu, wo bekanntlich unseren Brigadiern auf ihre Leistungslöhne Zuschläge zu zahlen sind, wenn die Brigade eine durchschnittliche Normerfüllung bei Vorliegen entsprechender Normen erzielt. In den meisten Fällen wurde die Brigadenabrechnung durch unsere Kollegen im Rechnungswesen bisher nicht durchgeführt, weil sie den Standpunkt vertraten, daß die Einrichtung persönlicher oder Brigadenkonten unbedingt davon abhängig ist, daß technisch begründete Materialverbrauchsnormen bestehen.

Um diese Schwierigkeit zu beseitigen, ist es erforderlich, den Regierungsbeschluß, von dem bereits in Nr. 7 der Zeitschrift „Die Arbeit“ die Rede ist, umgehend herbeizuführen. Derselbe müßte festlegen, für welche Einsparungen persönliche Konten zu errichten sind, für welchen Kreis der Werktätigen persönliche Konten einzurichten sind, wann Brigadenkonten einzurichten sind, welche Normen zugrunde zu legen sind, wie die Einsparung bei den verschiedenen Arten der Normen zu präzisieren ist, wie diese Einsparungen zu buchen sind, woraus die Einsparungen zu finanzieren sind und was die persönlichen Konten für Angaben überhaupt enthalten müssen.

Der Kollege Adamek sagt hierzu ganz richtig in der N. 7 der bereits erwähnten Zeitschrift, daß Brigaden- und persönliche Konten nicht durch administrative Maßnahmen von oben eingeführt werden können, sondern aus der Belegschaft heraus als Folge einer neuen Einstellung zur Arbeit und der Schulungsarbeit der Gewerkschaft entstehen müßten. Wichtig aber ist, daß durch derartige Maßnahmen die Methode der Einführung und der wesentliche Inhalt der Konten, die in fast allen Betrieben und Industriezweigen verschieden sind, einheitlich werden, wobei jedoch selbstverständlich die betriebsindividuellen Unterschiede der Produktion berücksichtigt werden müssen.

Wir müssen verstehen, die Beispiele der Brigadenabrechnung auszuwerten und energisch der Meinung einzelner Kollegen, die immer nur beweisen wollen, daß bei ihnen etwas derartiges nicht geht, daß sie wohl das gern machen wollen, aber keinen hätten, der es machen könnte, daß es wahrscheinlich noch nicht 100%ig richtig wäre und man demzufolge lieber doch noch nicht damit anfangen sollte, durch das praktische Beispiel entgegenzutreten.

Es muß also z. B. die von dem Kollegen Grandke entwickelte, für die Gießereien typische Brigadenabrechnung in den Betrieben der VVB GUS praktisch erprobt werden. Es müssen weitere Erfahrungen aus der von dem Kollegen Schlehn in der Kinderbekleidungsfabrik Erfurt entwickelten Brigadenabrechnung gezogen werden. Es müssen die Fortschritte in bezug auf Brigadenabrechnung in der Kohlenindustrie und der Reichsbahn in den Deutschen Niles-Werken Berlin und Chemnitz, Polte Magdeburg, GUS-Maschinenbau Chemnitz u. a. ausgewertet werden. Es muß eine gleiche Masseninitiative entwickelt werden, wie sie bereits bei der Einführung der Methode Losinski in ihren

Anfängen zu verzeichnen ist. Denn die Entwicklung muß von den Betrieben aus erfolgen und die übergeordneten Stellen haben die Pflicht anzuleiten und die gewonnenen Erfahrungen weiter zu vermitteln.

Wir wissen, daß das Rechnungswesen unserer volkseigenen Wirtschaft in den letzten Jahren manchen Veränderungen unterworfen wurde, die sehr oft der berechtigten Kritik unserer Buchhalter standhalten mußten. Zweifellos sind in unserem Rechnungswesen Kompliziertheiten, die beseitigt werden müssen. Daß diese Dinge so liegen, liegt einestells daran, daß das Rechnungswesen in seiner Entwicklung bisher vorwiegend allein vom Ministerium der Finanzen bestimmt wurde, d. h., daß die Mitarbeit der Buchhalter in den Betrieben und Vereinigungen nicht immer rechtzeitig herbeigeführt wurde. Zum anderen liegt es aber auch daran, daß unsere Buchhalter sich mit dieser Entwicklung abfanden, daß sie also nicht rechtzeitig und in ausreichendem Maße zu den Anweisungen des Ministeriums der Finanzen kritisch Stellung nahmen und dabei ihre praktischen Erfahrungen dem Ministerium der Finanzen übermittelten. Sie waren zwar verärgert über einen damals mehr als 20 Seiten langen Kontrollbericht, machten jedoch nur sehr vereinzelt entsprechende Gegenvorschläge bzw. setzten sich kaum mit der Frage durch entsprechende Auskunfteinholung auseinander, zu welchem Zweck diese oder jene Angabe wohl benötigt wird. Um diesen Zustand zu beenden, wird das Ministerium der Finanzen die Verbindung mit den Buchhaltern in den Betrieben in weit größerem Maße als bisher suchen, um damit zur fruchtbaren Diskussion mit den Kollegen, die die Arbeit tatsächlich praktisch zu verrichten haben, zu kommen. Darüber hinaus ist eine bessere Zusammenarbeit mit den Fachministerien und der Deutschen Notenbank seitens des Ministeriums der Finanzen erforderlich.

Um diese fruchtbare Zusammenarbeit mit den Buchhaltern in den Betrieben herbeizuführen, müssen jedoch die Vorschläge dieser Kollegen, die Neuerungen in jeder Hinsicht enthalten, unbürokratischer als bisher überprüft werden. Es müssen den Kollegen die Mängel, die an ihren Vorschlägen haften, aufgezeigt werden, so daß dieselben dann in gemeinsamer Arbeit beseitigt werden können. Es darf sich also nicht wiederholen, daß z. B. der Kollege Schumann vom LEW Hennigsdorf, den ich bereits erwähnte, bereits seit Wochen und Monaten auf eine Stellungnahme wartet, inwieweit er sich mit seinem Vorschlag auf dem richtigen Wege befindet, von einer weiteren Auswertung seiner Arbeit ganz zu schweigen.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Vor unseren Hauptbuchhaltern steht die Aufgabe, sich zu dem Kontrolleur des Betriebsgeschehens in bezug auf Einhaltung der Pläne und zu einem staatlichen Kontrollorgan zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist das Rechnungswesen zum operativen Mittel zur Leitung der Betriebe und Instrument der Planung durch bessere, vor allem schnellere Berichterstattung und sofort darauf folgende Auswertung der ausgearbeiteten Angaben zu entwickeln.

Bei der Brigadenabrechnung und der Abrechnung der persönlichen Konten ist in Verbindung mit Vereinfachungen, vor allem bei der Lohnerfassung und -abrechnung die Entwicklung voranzutreiben, so daß durch all diese Maßnahmen eine wirkungsvolle Unterstützung der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch die Kollegen im Rechnungswesen unserer VEB erreicht wird. Durch die Kollegen also, die durch eine neue Einstellung zur Arbeit, die sie mehr und mehr gewinnen, erkennen, daß auch Buchhalter wirkungsvoll zur Erfüllung unseres großen Fünfjahrplanes beitragen können.

Literatur

die jeder fortschrittliche Finanzwirtschaftler kennen muß

I. Literatur zur Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben der DDR

1. Gerhard Ziller: „Die Methoden zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität“ („Neues Deutschland“ vom 24. 6. 51)
2. Heinrich Rau: „Die Erfahrungen bei der Durchführung des Planes im 1. Quartal 1951“ („Neues Deutschland“ vom 21. 6. 51)
Entschließung des ZK der SED: „Die Ergebnisse der ersten Monate des Fünfjahrplanes“ („Neues Deutschland“ vom 23. 6. 51)
3. Franz Ulbricht: „Grundsätze und Methoden unserer Finanzpolitik“ („Neues Deutschland“ vom 22. 6. 51 und „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 13)
4. Willy Georgino: „Die wirtschaftliche Rechnungsführung“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 14)
5. Fred Oelssner: „Über die Bedeutung der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 16)
6. Greta Kuckhoff: „Die Aufgaben der Banken im Fünfjahrplan“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 1/2)
7. Charles Dewey
Walter Heinicke: „Zu den Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 1/2)
8. Greta Kuckhoff: „Verbesserung der Kontrollfunktion der Deutschen Notenbank“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 14)
9. Hans Fülle: „Zur Einführung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Handelszentralen“ („Die Wirtschaft“ 1951 Nr. 34 S. 9)
10. „Plan zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnungsarbeit“ — Das Beispiel des Hauptbuchhalters Gerhard Opitz — („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 7)
11. Gerhard Opitz: „Wie arbeitet das Losinski-Aktiv richtig?“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 13)
12. Dr. A. Lemnitz: „Das Problem der Rentabilität in der demokratischen Wirtschaft“ („Einheit“ Heft 8/1949)

II. Die Wirtschaftliche Rechnungsführung in der Sowjetunion

1. A. Birman: **Wichtig!!!** X „Die weitere Rentabilitätssteigerung im sozialistischen Betriebe“ Verlag Kultur & Fortschritt, Berlin
(käuflich zu erwerben am Buchstand im Vorraum)
2. Robert Naumann: „Das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion“ („Einheit“ 1951 Nr. 13)
3. N. D. Golcwan: „Das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit am Arbeitsplatz und die Rentabilitätsschulen der Arbeiter“ („Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 5/6)
4. Bernd Weinberger: „Stalins 6 Bedingungen eines wirtschaftlichen Aufbaus“ („Einheit“ 1951 Nr. 13)
5. K. Ostrowitjanow: „Die sozialistische Planung und das Wertgesetz“ („Sowjetwissenschaft“ Nr. 2/1948)
6. S. Gurowitsch: „Die Grundprinzipien der Verwaltung eines sowjetischen Industrieunternehmens“ („Neue Welt“ Nr. 13/1948)
7. Dr. Lola Zahn: „Die ökonomischen Grundbegriffe der Sowjetplanwirtschaft“ („Einheit“ Nr. 2/48)

9. W. M. Molotow: „Rede in der Wahlversammlung des Molotow-Wahlkreises der Stadt Moskau am 10. 3. 1950“
(„Neue Welt“ Nr. 6/50)
10. L. Slepow: „Über die bolschewistische Methode in der Leitung der Wirtschaftsorgane“
(„Neue Welt“ Nr. 8/51)
11. K. Fedossejew: „Die Ausnutzung der Grund- und Umlaufmittel im sozialistischen Betriebe“
(„Neue Welt“ Nr. 6/51)
12. „Die Entwicklung des sowjetischen staatlichen Betriebes zur juristischen Person“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 2/49)
13. „Einrichtung und Aufgaben der Arbitrage (Wirtschaftsschiedsgerichte)“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 2/50)

III. Die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in der SU und die Rolle des Geldes

1. A. Gordin: „Preise und Preisbildung in der UdSSR“
(„Neue Welt“ Nr. 12/51 und „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 16)
2. J. A. Kronrod: „Grundprobleme der marxistisch-leninistischen Lehre von der produktiven Arbeit im Kapitalismus und Sozialismus“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 4/1948)
3. G. Koslow: „Die politische Ökonomie des Sozialismus“
(„Neue Welt“ Nr. 14/1948)
4. J. A. Kronrod: „Die sozialistische Akkumulation“
(„Neue Welt“ Nr. 20/1948)
5. J. A. Kronrod: „Erfolge der sozialistischen erweiterten Reproduktion in der UdSSR“
(„Neue Welt“ Nr. 3/1948)
6. J. A. Kronrod: „Die Produktionssteigerung in der UdSSR“
(„Neue Welt“ Nr. 20/1948)
7. A. Gussakow: „Die sowjetischen Finanzen in der ersten Entwicklungsphase des sozialistischen Staates“ von W. F. Djatschenko
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 4/1948)
8. P. Mistislawski: „Zum Nutzeffekt der Kapitalinvestitionen in der sowjetischen Wirtschaft“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 4/1949)
9. W. Djatschenko: „Funktionen und Bestimmung der sowjetischen Finanzwirtschaft“
(„Neue Welt“ Heft 11/1950)
10. A. Swerjew: „Der Staatshaushalt der UdSSR“
(„Neue Welt“ Nr. 3/1948 und Nr. 6/1949)
11. A. Sperjew: „Über den Staatshaushalt der UdSSR für 1950 und über die Durchführung des Staatshaushalts der UdSSR in den Jahren 1948 und 1949“
(„Neue Welt“ Nr. 12/1950)
12. J. A. Kronrod: „Das Volkseinkommen der UdSSR“
(„Neue Welt“ Nr. 15/1950)
13. L. Maisenberg: „Über die einheitlichen staatlichen Einzelhandelspreise“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 3/1948)
14. I. Kowalew: „Währungsreform in der UdSSR und die Inflation in den kapitalistischen Ländern“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 3/1948)
15. J. A. Kronrod
G. A. Koslow: „Theorie des Geldes und des Geldumlaufes“
(„Sowjetwissenschaft“ Nr. 4/1949)
16. B. Wolikow: „Die sowjetischen Banken“
(„Neue Welt“ Nr. 11/1948)
17. W. Ikonnikow: „Rolle und Funktionen des Sowjetgeldes“
(„Neue Welt“ Nr. 11/1949)
18. J. A. Kronrod: „Die Rolle des Geldes in der Ökonomik der sozialistischen Gesellschaft“
(„Einheit“ Nr. 7/1950)
19. N. Schabanowa: „Besonderheiten und Vorzüge des sowjetischen Systems bargeldloser Verrechnung“
(erscheint in Kürze in der „Deutschen Finanzwirtschaft“)

IV. Die Finanzpolitik in der DDR

1. Willy Rumpf: „Über unsere Finanzpolitik“
(„Deutsche Finanzwirtschaft“ Nr. 1 der Schriftenreihe)
2. Charles Dewey: „Der Staatshaushalt und die Aufgabe der Banken“
(„Deutsche Finanzwirtschaft“ 1951 Nr. 14)
3. „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“
 - Heft 1 „Finanzwirtschaft und Finanzplanung in der volkseigenen Wirtschaft“
 - Heft 4 „Bilanz und Ergebnisrechnung“
 - 11. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 26. 5. 50
Richtlinien des Ministeriums der Finanzen der DDR vom 24. 5. 50
 - Heft 5 „Rechnungswesen und Finanzplanung der volkseigenen Güter“
 - Heft 7 „Vorschriften über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft“
 - Heft 8 „Richtlinien zur Aufstellung der Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft für das Jahr 1951“
 - Heft 9 „Die Haushaltsreform in der Deutschen Demokratischen Republik“
 - Heft 10 „Der Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik“
 - Heft 13 „Der Kontrollbericht der volkseigenen Industrie, des volkseigenen Verkehrs, der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post und die Arbeit der Kontrollausschüsse“
 - Heft 15 „Die EDB-Investitionsbuchhaltung“
Ein Beitrag zur Organisation des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft
 - Heft 16 „Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Finanzausgleich“
4. Prof. Dr. Lola Zahn: „Was verstehen wir unter Finanzplanung?“
(„Einheit“ Nr. 9/1949)
5. Willy Rumpf: „Probleme der Finanzpolitik“
(„Einheit“ Heft 2/1950)
6. Willy Rumpf: „Die neue Finanzpolitik“
(Dietz Verlag, Berlin)

V. Literatur, die sich in Vorbereitung befindet:

- a) beim Verlag „Die Wirtschaft“
 1. G. F. Dundukow: „Die Finanzplanung“
 2. A. Arakeljan: „Die Verwendung der Anlagemittel der Industrie der UdSSR“
 3. K. Fedossejew: „Die Umlaufmittel der Industriebetriebe“
 4. Serebrjakow: „Organisation und Technik des Sowjethandels“
- b) beim Verlag „Kultur & Fortschritt“, Berlin
 1. Prof. N. N. Rowinski: „Der Staatshaushalt der UdSSR“ Teil I
 2. „Diskussionsbeiträge zur Berechnung der Umschlagsgeschwindigkeit in der Sowjetwirtschaft“
 3. A. I. Losinski: „Die Planung der betrieblichen Abrechnungsarbeiten“
 4. S. I. Kamenizer: „Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes“

Mit dem Erscheinen der vorstehend angekündigten Broschüren und Bücher kann im Jahre 1951 gerechnet werden.

Der einheitliche Überweisungsverkehr der Kreditinstitute in der Deutschen Demokratischen Republik

Zur Reorganisation des Überweisungsverkehrs

Von Kurt Koch und Kurt Meyer, Deutsche Notenbank Berlin

Eine der Hauptaufgaben des Überweisungsverkehrs in unserer geplanten Wirtschaft ist die rasche Bewegung der Geldmittel. Sie hat besondere Bedeutung; denn **verzögerte Geldbewegungen** können

- a) die Sofortverrechnung von Warenlieferungen und Leistungen verhindern und damit zu Störungen bei der Planerfüllung und -kontrolle führen,
- b) ein ernstes Hindernis für die Einführung des Prinzips der Wirtschaftlichen Rechnungsführung bilden,
- c) der straffen Zentralisation unserer Staatshaushaltsmittel abträglich sein.

Rasche Geldbewegungen bieten dagegen u. a. folgende Vorteile:

- a) Sie ermöglichen der Wirtschaft, schnell über ihre Mittel zu disponieren.
- b) Sie tragen zur Beschleunigung der Umlaufmittelbewegung und damit zur Senkung des Geldvolumens bei.

Unsere Volkswirtschaft benötigt also einen reibungslos und unbürokratisch arbeitenden Überweisungsapparat, der schnellstmögliche Geldmittelbewegungen garantiert. Er ist auch Voraussetzung für die glatte Abwicklung des künftigen Bankeninkassos (Rechnungseinzugsverfahrens). Der derzeitige Überweisungsverkehr der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik entspricht diesen Erfordernissen nicht. Er weist folgende wesentliche Mängel auf:

- a) Die Laufzeit der Überweisungen ist zu lang.
- b) Er arbeitet nicht wirtschaftlich genug.

Die wichtige Rolle, die dem Überweisungsverkehr bei der Lösung unserer großen volkswirtschaftlichen Aufgaben zukommt, macht die Beseitigung dieser Mängel notwendig. Daher bedarf der Überweisungsverkehr der Reorganisation. Ziel dieser Reorganisation ist es, den Überweisungsverkehr zu beschleunigen und wirtschaftlicher zu gestalten.

Die Deutsche Notenbank hat eine Anweisung über den einheitlichen Überweisungsverkehr der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik (ÜV-Anweisung) erarbeitet, die am 1. Oktober 1951 in Kraft tritt. Diese Anweisung bildet einen

Markstein in der Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

in Deutschland, weil sie Grundsätze, Vordruckgestaltung, Technik und Sicherungsmittel des Überweisungsverkehrs für alle Kreditinstitute der Republik vereinheitlicht. Das ist von großer Bedeutung, denn nur durch einen einheitlichen Überweisungsverkehr kann eine wirklich wirksame Beschleunigung und Rationalisierung erreicht werden.

Der Ruf nach dem einheitlichen Überweisungsverkehr in Deutschland ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten bildete er das Ziel zahlreicher Praktiker. Dieses Ziel konnte unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung jedoch nicht erreicht werden, weil der aus kapitalistischem Profitstreben resultierende Konkurrenzkampf zwischen den Kreditinstituten ein unüberwindliches Hindernis für derartige Bestrebungen war. Die volkseigenen Kreditinstitute dienen in unserer neuen Volkswirtschaft nicht imperialistischen Kriegstreibern, sondern im Rahmen der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes der friedlichen Entwicklung unserer Wirtschaft. Die Schranken, die dem einheitlichen Überweisungsverkehr entgegenstanden, sind damit bei uns beseitigt.

Die bisherige Entwicklung des Überweisungsverkehrs in Deutschland

Um vergleichen zu können und das Studium des künftigen einheitlichen Überweisungsverkehrs zu erleichtern, ist es notwendig, zunächst in großen Zügen zu schildern,

1. wie sich der Überweisungsverkehr in Deutschland entwickelt hat und
2. wie er gegenwärtig (also vor Inkrafttreten der ÜV-Anweisung) arbeitet.

Die Entwicklung des deutschen Überweisungsverkehrs bis 1945

Der bargeldlose Zahlungsverkehr gliederte sich von jeher in zwei große Säulen: den Überweisungsverkehr und den Scheckverkehr. Innerhalb dieser Säulen (der Scheckverkehr soll hier nur gestreift werden) wurde nach verschiedenen Systemen gearbeitet. Diese Systeme, ihre Anwendungsformen, die Technik, die Vordrucke usw. wichen — manchmal sogar zwischen einzelnen Instituten gleicher Gruppen — mehr oder weniger voneinander ab. Kennzeichen des Überweisungsverkehrs in Deutschland war also seine **weitgehende Zersplitterung!**

Wie entstanden und entwickelten sich die einzelnen Überweisungssysteme? Deutschland hat sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat ersten Ranges entwickelt. Die Konzentration der Produktion und des Kapitals verlief im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts in Deutschland besonders stürmisch. Die Zeit um die Jahrhundertwende ist gekennzeichnet durch die Bildung von Monopolen und durch die Verschmelzung des Bank- und Industriekapitals zum Finanzkapital, kurz, durch die Entwicklung des räuberischen deutschen Imperialismus. Diese Entwicklung brachte eine starke Steigerung der Geldbewegungen mit sich und verlangte den Ausbau und die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Die einzelnen Systeme:

Reichsbank

Das erste umfassende Überweisungsnetz wurde 1876 von der damaligen Reichsbank mit der Schaffung des Reichsbank-Giroverkehrs ins Leben gerufen. Grundlage für den Reichsbank-Giroverkehr war eine Giroeinrichtung Hamburger Kaufleute, die sich in der Vergangenheit bewährt hatte.

Der Reichsbank-Giroverkehr war gut organisiert. Die Reichsbankanstalten übermittelten Überweisungen untereinander direkt. Es herrschte das Prinzip der Vordruckstrenge.

Privatbanken

Von Bedeutung für die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs der damaligen Privatbanken waren nur die Großbanken. Auch sie bemühten sich, ihre Kunden mehr und mehr an bargeldlose Zahlungen zu gewöhnen. Das geschah anfangs fast ausschließlich durch Propagierung von Scheckzahlungen. Überweisungsnetze bildeten die Großbanken — und zwar jede für sich — erst später. Diese Überweisungsnetze, denen sich häufig auch Provinzbanken anschlossen, arbeiteten bis zum Jahre 1937 fast völlig unabhängig voneinander. Erst Ende 1937 trafen sie hinsichtlich ihres Überweisungsverkehrs Vereinbarungen, die zwar den gegenseitigen Konkurrenzkampf nicht beseitigten, durch die aber ein für alle Großbanken-Überweisungsnetze einheitlicher Überweisungsvordruck eingeführt wurde. Die ausschließliche Benutzung dieses Einheitsvordruckes bei den Kunden durchzusetzen, gelang nicht überall in vollem Umfang.

Sparkassen

Durch das Scheckgesetz vom 11. März 1908 erhielten die Sparkassen, die bis dahin nur als reine Sparinstitute tätig waren, die passive Scheckfähigkeit. Das war Anlaß, auch den Sparkassenkunden die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ermöglichen. Der Überweisungsverkehr der Sparkassen (anfangs „kommunale Giroverkehr“, später „Spargiroverkehr“ genannt) begann am 2. Januar 1909.

Die Sparkassen haben ein Überweisungssystem aufgebaut, das sich durch einheitliche Grundsätze, einheitliche Vordrucke (Vordruckstrenge), einheitliche Technik und einheitliche Sicherungsmittel auszeichnete. Es war dem der Großbanken überlegen (Konkurrenzkampf).

Die Sparkassen haben es im Laufe der Jahre verstanden, breite Kreise der Bevölkerung für ihren Überweisungsverkehr zu gewinnen.

Genossenschaften

Der genossenschaftliche Überweisungsverkehr wurde nach dem Muster des Überweisungsverkehrs der Sparkassen aufgebaut. Es entstanden zwei Systeme:

- a) Das System des „Deutschen Genossenschaftsringes“.
- b) Das System der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank.

Der Deutsche Genossenschaftsring ging 1927 aus einer Arbeitsgemeinschaft zwischen gewerblichen und ländlichen Zentralkassen mit der Deutschen Zentral-Genossenschaftskasse hervor. Die Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank entstand aus der Zentralbank städtischer Genossenschaften. Im Januar 1939 vereinigten sich beide Überweisungssysteme zum „Genossenschaftsring“.

Der genossenschaftliche Überweisungsverkehr entwickelte sich nur langsam. Im Gegensatz zu den Sparkassen gelang es nicht, eine einheitliche Überweisungstechnik und einheitliche Vordrucke allgemein einzuführen.

Post

Neben den Kreditinstituten stellte sich in Deutschland auch die Post in den Dienst des Zahlungsverkehrs. Mit dem Postanweisungsverkehr wurde bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Einrichtung geschaffen, von der bis heute reger Gebrauch gemacht wird.

Die Entwicklung drängte auch die Post zur Schaffung einer Einrichtung für unbare Zahlungen. Am 2. Januar 1909 — also zusammen mit der Einführung des Überweisungsverkehrs der Sparkassen — wurde daher der Postscheckverkehr eingeführt. Er wurde straff organisiert. Von Anfang an herrschte Vordruckstrenge.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zwang die in ihrem Dienste stehenden Kreditinstitute und die Post, den unbaren Zahlungsverkehr zu fördern und auszubauen. Das Schwergewicht verlagerte sich hierbei im Laufe der Zeit vom Scheckverkehr auf den Überweisungsverkehr.

Bei dem Aufbau und der Entwicklung ihrer Zahlungsverkehrseinrichtungen haben die Träger des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in mehr oder weniger scharfem Konkurrenzkampf gegeneinander gearbeitet. Das fand seinen Ausdruck darin, daß in Deutschland

- a) verschiedene, stark voneinander abweichende Überweisungssysteme entwickelt wurden,
- b) Zahlungen zwischen den Überweisungsnetzen in der Regel nur über die Reichsbank (oder über die Postscheckkonten der Kreditinstitute) möglich waren.

Der Überweisungsverkehr ab 1945

Durch die Zerschlagung des kapitalistischen Bankenapparates wurden die Voraussetzungen für den Aufbau der volkseigenen und der neuen genossenschaftlichen Kreditinstitute unserer Republik geschaffen. Der Überweisungsverkehr dieser Kreditinstitute wird über folgende Überweisungsnetze abgewickelt:

Deutsche Notenbank

Nach der Niederschlagung des Faschismus wurden in den einzelnen Ländern der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Landesbanken gebildet. Sie schufen sich 1946 ein eigenes Überweisungssystem. Dieses System bedeutete einen Fortschritt, weil es — ähnlich wie im Sparkassenüberweisungsverkehr — Direktüberweisungen zwischen den einzelnen Banken, d. h. also Überweisungen unter Ausschaltung von Zwischenstellen, vorsah. Es wurden einheitliche,

für alle Beteiligten verbindliche Vordrucke eingeführt.

Das Überweisungssystem der ehemaligen Landesbanken ist im Zuge der Entwicklung unseres Bankwesens von der Deutschen Notenbank übernommen worden.

Sparkassen

Grundlage ist die bewährte Einrichtung der früheren Sparkassenorganisation. An Stelle der aufgelösten Girozentralen sind die Landeszentralen der Deutschen Notenbank als Landesverrechnungsstellen tätig.

Ebenso wie die Niederlassungen der Deutschen Notenbank überweisen auch die Sparkassen zahlreiche Beträge innerhalb ihres Netzes im Direktverkehr. Sie verwenden eigene Vordrucke.

Genossenschaftliche Kreditinstitute

Die neuen genossenschaftlichen Kreditinstitute haben den Überweisungsverkehr der früheren Kreditgenossenschaften in seinen Grundzügen übernommen. Dieser Überweisungsverkehr war gegenüber den anderen Überweisungsnetzen verhältnismäßig wenig entwickelt. Er wies Mängel und Schwächen auf, die sich auch im jetzigen genossenschaftlichen Überweisungsverkehr noch ungünstig auswirken. Insbesondere fehlt ein umfassender, gut ausgebauter Direktverkehr.

Daneben gibt es — wie früher — den Postscheckverkehr.

Die drei Überweisungsnetze der Kreditinstitute sind in sich geschlossene Einrichtungen. Überweisungen aus einem Netz in ein anderes Netz müssen deshalb über zentrale Verrechnungsstellen geleitet werden. Das sind in der Regel die Landeszentralen der Deutschen Notenbank im Republik- und Landesmaßstab und die Kreisfilialen der Deutschen Notenbank im Kreismaßstab. Einen allgemeinen Direktüberweisungsverkehr zwischen Kreditinstituten verschiedener Überweisungsnetze gibt es nicht.

Die neue Methode

Der Überweisungsverkehr in unserer Republik wurde also bisher im wesentlichen nach den früheren Methoden abgewickelt. Wie früher arbeiteten mehrere Überweisungsnetze nebeneinander; daher konnten die alten Mängel:

- verschiedene Technik,
- Vielzahl verschiedener Vordrucke,
- verschiedene Sicherungsmittel

nicht ausgemerzt werden. Das war sehr nachteilig, weil solche Mängel die Überweisungswege und damit den Überweisungslauf verlängern und den Überweisungsverkehr zu Lasten des Haushalts verteuern.

Im künftigen Überweisungsverkehr sind diese Nachteile ausgeschaltet. Die drei Überweisungsnetze bleiben zwar bestehen, arbeiten jedoch nicht mehr nebeneinander, sondern miteinander. Sie werden eng verbunden durch

- a) Direktüberweisungsverkehr zwischen den Kreditinstituten aller Überweisungsnetze,
- b) einheitliche Technik, einheitliche Vordrucke, einheitliche Sicherungsmittel,
- c) vereinfachte Abwicklung des Überweisungsverkehrs.

Die Ausarbeitung des neuen Verfahrens

Die Arbeiten der Deutschen Notenbank an der Reorganisation des Überweisungsverkehrs haben ein breites Echo gefunden. Ausdruck hierfür waren nicht nur Diskussionsbeiträge zur Frage des Überweisungsverkehrs in dieser Zeitschrift, sondern auch Verbesserungsvorschläge und Anregungen zahlreicher Kollegen aus den Kreditinstituten und der übrigen Wirtschaft.

Zunächst wurden von einem Kollektiv der Organisationsabteilung der Zentrale Berlin der Deutschen

Notenbank in gemeinsamer Arbeit **Grundsätze** für den künftigen einheitlichen Überweisungsverkehr erarbeitet. Grundlage hierfür waren

- die — in jedem Falle sehr eingehend — geprüften Verbesserungsvorschläge und Anregungen,
- ein Vorentwurf der Landeszentrale Halle der Deutschen Notenbank,
- die Ergebnisse der von der Deutschen Notenbank veranlaßten Untersuchungen und Studien,
- eigene Erfahrungen der Beteiligten.

Diese „Grundsätze für den einheitlichen Überweisungsverkehr“ sind über die Landeszentralen der Deutschen Notenbank, die Sparkassenverbände und die Deutsche Bauernbank bei Kreditinstituten der einzelnen Überweisungsnetze zur Diskussion gestellt und anschließend in mehreren Arbeitstagungen mit den Vertretern aller Überweisungsnetze beraten und durchgearbeitet worden. Damit war eine gemeinsame Plattform der am einheitlichen Überweisungsverkehr beteiligten Kreditorganisationen geschaffen. Sie bildete die Grundlage für Entwürfe:

- der Anweisung über den einheitlichen Überweisungsverkehr der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik (ÜV-Anweisung),
- der 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Anweisung.

Diese Entwürfe hat die Zentrale Berlin der Deutschen Notenbank über die Spitzeninstitute der Überweisungsnetze von zahlreichen weiteren Praktikern — es wurden 300 Druckstücke versandt — prüfen und durcharbeiten lassen. In einer abschließenden Arbeitstagung, an der neben einem Vertreter des Ministeriums der Finanzen 25 Vertreter aller beteiligten Kreditinstitute teilnahmen, wurden die auf diese Weise durchgearbeiteten Entwürfe nochmals sehr eingehend beraten und nach Einarbeitung einiger Änderungen und Ergänzungen einstimmig gutgeheißen.

Die ab 1. Oktober 1951 in Kraft tretende ÜV-Anweisung und die 1. Durchführungsbestimmung sind somit auf sehr breiter Grundlage erarbeitet worden. Dadurch ist sichergestellt, daß die ÜV-Anweisung nicht Theorie bleibt, sondern im Interesse unserer Volkswirtschaft von allen beteiligten Kollegen mit Leben erfüllt werden kann.

Die Zahlungsmöglichkeiten im einheitlichen Überweisungsverkehr

Der Überweisungsverkehr dient

- zur Erledigung von Überweisungsaufträgen zu Lasten von Konten (Überweisungsaufträge),
- zur Überweisung von bar eingezahlten Beträgen zugunsten Konten Dritter (Einzahlungsaufträge),
- zur Überweisung von Scheckgegenwerten zugunsten Konten Dritter (Scheckeinlieferungsaufträge).

Alle Kreditinstitute führen folglich nicht nur Überweisungen ihrer Kunden zu Lasten deren Konten aus, sondern nehmen auch Bareinzahlungen von Nichtkunden zugunsten Dritter an. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der Begünstigte Konto bei einem Kreditinstitut unterhält. Das gilt auch für die Überweisung von Scheckgegenwerten an Dritte.

Die Vordrucke

Es herrscht Vordruckstrenge, d.h. sowohl die Auftraggeber als auch die Kreditinstitute sind verpflichtet, sich der vorgeschriebenen Vordrucke zu bedienen.

Gegenüber der bisherigen Vielzahl verschiedenster Vordrucke der einzelnen Überweisungssysteme gibt es künftig nur noch

- 4 Grundvordrucke für die Kunden,
- 3 Grundvordrucke für die Kreditinstitute.

Die vier Grundvordrucke für die Kunden:

Der Überweisungsauftrag, er ist zweiteilig:

- Blatt 1** ist der Gutschriftträger, der, falls ein Bankkonto angegeben ist, bis zum Empfänger durchläuft,
Blatt 2 ist der Auftrag an das Kreditinstitut;

Der Sammelauftrag, er ist für die Zusammenstellung von Überweisungsaufträgen oder Gutschriftträgern bestimmt und wird in zwei verschiedenen Größen hergestellt;

Der Einzahlungsauftrag, er ist dreiteilig:

- Blatt 1** ist der Gutschriftträger, der, falls ein Bankkonto angegeben ist, bis zum Empfänger durchläuft,
Blatt 2 ist der Auftrag an das Kreditinstitut und dient zugleich als Einzahlungsbeleg,
Blatt 3 ist die Empfangsbescheinigung für den Einzahler;

Der Scheckeinlieferungsauftrag, er ist ebenfalls dreiteilig:

- Blatt 1** ist der Gutschriftträger, der, falls ein Bankkonto angegeben ist, bis zum Empfänger durchläuft,
Blatt 2 ist der Auftrag an das Kreditinstitut und dient zugleich als Einlieferungsbeleg,
Blatt 3 ist die Durchschrift für den Einlieferer.

Die neuen Vordrucke werden voraussichtlich erst ab 1. Januar 1952 eingeführt, weil aus Ersparnisgründen die alten Vordrucke aufgebraucht werden sollen.

Die Sicherungsmittel

Es ist notwendig, daß der Überweisungsverkehr nicht nur schnell, sondern auch sicher abgewickelt wird. Das ist insbesondere für „Direktüberweisungen“ von Bedeutung, weil die beteiligten Kreditinstitute nicht in unmittelbarer Kontoverbindung stehen. Die bisher üblichen Sicherungen waren z. T. überspitzt. Sie sind im einheitlichen Überweisungsverkehr auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt und — ohne Beeinträchtigung von Sicherungsgrundsätzen — wesentlich vereinfacht worden. Insgesamt führt das zu erheblichen Arbeitseinsparungen bei der Ausführung von Aufträgen und der Weiterleitung von Gutschriftträgern.

Die Bearbeitung der Überweisungsaufträge durch die Kreditinstitute

Grundsatz ist: Jedes Kreditinstitut — gleichgültig ob Kreditinstitut des Auftraggebers, Durchlaufstelle oder Kreditinstitut des Empfängers — hat anzustreben, die ihm erteilten Aufträge oder die ihm zugehenden Gutschriftträger am Eingangstage auszuführen oder weiterzuleiten. Es muß sie am Eingangstage ausführen oder weiterleiten, wenn sie bis zum Buchungsschnitt eingehen.

Diese Bestimmung zeigt, wie wichtig es für die Beschleunigung des Überweisungsverkehrs ist, den Buchungsschnitt soweit wie möglich hinauszuschieben. Fast allen Niederlassungen der Deutschen Notenbank — der Rest wird folgen — ist es durch die Mobilisierung der Kollegen gelungen, den Buchungsschnitt mit dem Kassenschluß zusammenzulegen. Diese Niederlassungen führen die ihnen bis zum Kassenschluß erteilten Aufträge also noch am Eingangstage aus. Die Kunden der Kreditinstitute können die Bestrebungen zur Beschleunigung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wirksam unterstützen, wenn sie ihren Kreditinstituten die Überweisungsaufträge so früh wie möglich übergeben.

Die Kreditinstitute müssen vor Ausführung der Aufträge ihrer Kunden prüfen, ob

- der Kontostand des Auftraggebers die Ausführung der Aufträge zuläßt,

2. die Unterschriften auf den Überweisungsaufträgen oder den Sammelaufträgen in Ordnung sind,
3. Gutschriftsträger und Auftrag übereinstimmen,
4. die Nummern der Einzelüberweisungen mit den Nummern auf dem dazugehörigen Sammelauftrag übereinstimmen,
5. die Überweisungsaufträge, insbesondere die Gutschriftsträger, einwandfrei ausgefüllt sind, d. h.,
 - a) ob sie deutlich lesbar und nicht mit Bleistift oder Pasten-Kugelschreiber ausgefertigt sind,
 - b) ob Betrag und Name des Zahlungsempfängers nicht geändert sind oder Rasuren aufweisen,
 - c) ob Absender und Empfänger hinreichend gekennzeichnet sind.

Jeder Kollege in den Überweisungsabteilungen der Kreditinstitute weiß, wieviel Rückfragen, Verzögerungen und Unzuträglichkeiten dadurch entstehen, daß Kunden für die ordnungsmäßige Erledigung von Überweisungsaufträgen unerläßliche Voraussetzungen (vergl. 1 bis 5 c) außer acht lassen. Das muß künftig vermieden werden. Daher sind die Kreditinstitute angewiesen, Aufträge, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, dem Auftraggeber am Eingangstage als nicht ausführbar zurückzugeben. Das ist notwendig, weil die reibungslose und schnelle Ausführung von Überweisungen wesentlich von der Ordnungsmäßigkeit und der sorgfältigen Ausfertigung der Aufträge abhängt.

Die Kreditinstitute sind verpflichtet, alle Überweisungen ausnahmslos dem vom Auftraggeber vorgeschriebenen Empfängerkonto zuzuführen. Das gilt auch, wenn als Konto des Empfängers ein Postscheckkonto angegeben ist. Überweisungen zugunsten von Postscheckkonten waren bei den Kreditinstituten nicht beliebt, weil sie infolge der Vordruckstrenge der Postscheckkämter auf Postscheckvordrucke umzuschreiben waren. Das wird künftig nicht mehr notwendig sein, denn auch die Postscheckkämter nehmen von den Kreditinstituten die für den einheitlichen Überweisungsverkehr vorgeschriebenen Vordrucke entgegen¹⁾. Insoweit ist also das Postschecknetz künftig mit dem einheitlichen Überweisungsverkehr der Kreditinstitute verbunden.

Überweisungsaufträge sollen entweder die Kontoverbindung des Zahlungsempfängers oder — falls der Empfänger kein Konto unterhält — den Zahlungsweg (z. B. „Durch Postbarscheck“ u. ä.) enthalten. Überweisungen ohne diese Angaben sind unerwünscht, weil keine Gewähr besteht, daß sie in jedem Falle auf dem kürzesten Wege zum Begünstigten gelangen. In bestimmten Fällen muß der Auftraggeber sogar mit der Rücküberweisung solcher Zahlungen rechnen. Die Auftraggeber und die Kreditinstitute müssen deshalb dafür sorgen, daß Aufträge, auf denen die Kontoverbindung oder der Zahlungsweg fehlen, nicht mehr vorkommen.

Die Überweisungswege

Es gibt folgende Überweisungswege:

1. den Einfachverkehr,
2. den Direktverkehr,
3. den Platzverkehr,
4. den Drahtverkehr.

Der Einfachverkehr

Er ist nur möglich zwischen Kreditinstituten, die in unmittelbarer Kontoverbindung stehen. Im Einfachver-

kehr auszuführende Überweisungen können daher immer nur an ein Kreditinstitut weitergeleitet werden, das mit dem absendenden Kreditinstitut in Kontoverbindung steht. Es ist also oft notwendig, eine oder mehrere Zwischenstellen (Durchlaufstellen) einzuschalten, die den Überweisungsweg und damit die Überweisungsdauer verlängern. (S. Beispiele S. ...)

Der Einfachverkehr ist nur anzuwenden, wenn

- a) der Zahlungsempfänger Konto bei einem Kreditinstitut unterhält, mit dem das beauftragte Kreditinstitut in unmittelbarer Kontoverbindung steht,
- b) nicht die Anwendung des Direktverkehrs oder Ausführung über Postscheckkonto vorgeschrieben ist.

Mit der Bestimmung zu b) — vergl. hierzu die folgenden Ausführungen zum Direktverkehr — ist sichergestellt, daß künftig nur noch betragsmäßig kleine Überweisungen im Einfachverkehr ausgeführt werden, deren unmittelbarer Versand unrationell wäre.

Der Direktverkehr

Die Anwendung des Direktverkehrs ist für die Kreditinstitute aller Überweisungsnetze verbindlich. Ausgenommen sind lediglich die bäuerlichen Handelsgenossenschaften, die dem Direktverkehr über die Kreisstellen der Deutschen Bauernbank angeschlossen sind und bestimmte nichtselbständige Zweigstellen von Kreditinstituten. Es gibt Direktverkehr A und Direktverkehr B.

Grundsatz des Direktverkehrs A ist: Die Kreditinstitute sind berechtigt und verpflichtet, bestimmte Gutschriftsträger unter Ausschaltung von Zwischenstellen unmittelbar an das kontoführende Kreditinstitut des Zahlungsempfängers oder an ein anderes Kreditinstitut am Platz der Kontoverbindung des Empfängers zu versenden.

Im Direktverkehr A müssen ausgeführt werden:

- a) Gutschriftsträger ab DM 300,—,
- b) Gutschriftsträger unter DM 300,—, wenn die Zahlung vom Auftraggeber als eilig bezeichnet wird,
- c) zwei oder mehr für ein Kreditinstitut bestimmte Gutschriftsträger im Gesamtbetrage ab DM 300,—,
- d) zwei oder mehr für Kreditinstitute eines Platzes bestimmte Gutschriftsträger im Gesamtbetrage ab DM 300,—.

Damit wird der überwiegende Teil aller Überweisungen im Direktverkehr A erfaßt. Diese Bestimmungen und weitere Maßnahmen bewirken, daß sich die Überweisungsdauer im Direktverkehr A auf den Postlauf zwischen absendendem und empfangendem Kreditinstitut beschränkt. Hierdurch wird die entscheidende Beschleunigung des Überweisungsverkehrs erreicht.

Der Direktverkehr B ist anzuwenden, wenn die Voraussetzungen für die Anwendung des Direktverkehrs A nicht gegeben sind, aber zwei oder mehr für verschiedene Kreditinstitute eines Landes bestimmte Gutschriftsträger im Gesamtbetrage ab DM 300,— vorliegen. Solche Gutschriftsträger muß das Kreditinstitut des Auftraggebers unmittelbar an die Landeszentrale der Deutschen Notenbank des Landes versenden, das für den Zahlungsempfänger zuständig ist. Die Landeszentrale hat die Gutschriftsträger auf dem üblichen Wege weiterzuleiten. Durch diese Bestimmung wird erreicht, daß jede vertretbare Möglichkeit zur Ausschaltung von Zwischenstellen und damit zur Verkürzung der Überweisungswege ausgenutzt wird. (Siehe Beispiele S. 280/81.)

Der Platzverkehr

Platzverkehr ist der Überweisungsverkehr zwischen Kreditinstituten eines Ortes. Grundsatz ist: Die

¹⁾ Vergl. hierzu den Artikel von Balzer und Puttrich „Deutsche Notenbank und Deutsche Post beschließen die Überleitung von Bankgutschriftsträgern in das Postschecknetz“ (DFW 1951, I. Halbb., Heft 11, S. 524).

Überweisungen werden unter den örtlichen Kreditinstituten bis zum Buchungsschnitt laufend und unmittelbar durch Boten ausgetauscht. Die ausgetauschten Überweisungen müssen noch am Eingangstage bearbeitet (gutgeschrieben) werden. Diese für alle Kreditinstitute verbindliche Bestimmung wird ebenfalls zur Beschleunigung des Überweisungsverkehrs beitragen.

Der Drahtverkehr

Jedes Kreditinstitut ist verpflichtet, Überweisungen auf Wunsch der Auftraggeber fernmündlich, fernschriftlich oder telegrafisch an ein beliebiges anderes Kreditinstitut auszuführen. Voraussetzung ist lediglich, daß die beteiligten Kreditinstitute — gleichgültig welchem Überweisungsnetz sie angehören — zum Direkt-Überweisungsverkehr zugelassen sind.

Das empfangende Kreditinstitut hat

- a) den Zahlungsempfänger vom Eingang der Zahlung sofort, möglichst telefonisch, zu unterrichten,
- b) den Betrag möglichst am Eingangstage unter Aufgabe gutzuschreiben. Er muß am Eingangstage unter Aufgabe gutgeschrieben werden, wenn der Drahtauftrag bis zum Schalterschuß eingegangen ist.

Für Drahtaufträge werden dem Auftraggeber die Auslagen des Kreditinstitutes und eine Gebühr berechnet.

Der einheitliche Überweisungsverkehr der Kreditinstitute der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Durchbruch zu neuen Methoden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die ihn wesentlich beschleunigen und verbilligen. Damit ist er ein Beitrag der Kreditinstitute zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Der einheitliche Überweisungsverkehr kann und darf nichts Endgültiges sein, sondern muß laufend verfeinert und verbessert werden. Das bedarf auch künftig der Initiative und der Mitarbeit aller Kollegen.

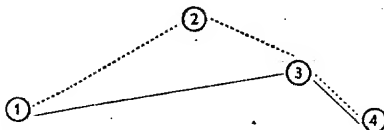
Einige Beispiele, die die unterschiedlichen Überweisungswege im Einfach- und Direktverkehr erläutern:

Beispiel 1:

Direktverkehr A

zwischen zwei Kreisstellen der Deutschen Bauernbank des gleichen Landes.

(Kontoverbindung des Zahlungsempfängers ist eine Bäuerliche Handelsgenossenschaft, die nicht am Direktverkehr beteiligt ist)



Einfachverkehr

Direktverkehr ———

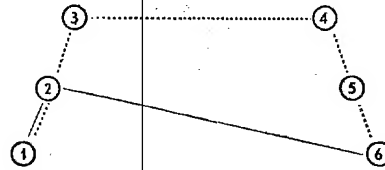
1. Kreisstelle der Deutschen Bauernbank (Kreditinstitut des Auftraggebers)
2. Landesstelle der Deutschen Bauernbank (Zwischenstelle im Einfachverkehr)
3. Kreisstelle der Deutschen Bauernbank (Zwischenstelle im Einfachverkehr bzw. Endstelle im Direktverkehr)
4. Bäuerliche Handelsgenossenschaft (Kontoverbindung des Zahlungsempfängers)

Beispiel 2:

Direktverkehr A

zwischen einer Kreisstelle der Deutschen Bauernbank und einer Sparkassen-Hauptzweigstelle des gleichen Kreises oder des gleichen Landes.

(Kreditinstitut des Auftraggebers ist eine Bäuerliche Handelsgenossenschaft, die nicht am Direktverkehr beteiligt ist)



Einfachverkehr

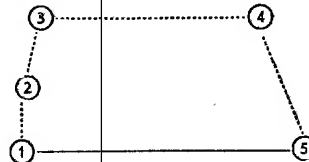
Direktverkehr ———

1. Bäuerliche Handelsgenossenschaft (Kreditinstitut des Auftraggebers)
2. Kreisstelle der Deutschen Bauernbank (Zwischenstelle für Einfachverkehr und Ausgangsstelle für Direktverkehr)
3. Landesstelle der Deutschen Bauernbank (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
4. Landeszentrale der Deutschen Notenbank (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
5. Sparkassen-Hauptstelle (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
6. Sparkassen-Hauptzweigstelle (Kontoverbindung des Zahlungsempfängers oder Kreditinstitut am Wohnort des Zahlungsempfängers)

Beispiel 3:

Direktverkehr A

zwischen einer Sparkassen-Hauptzweigstelle und einer Filiale der Deutschen Notenbank in verschiedenen Ländern.



Einfachverkehr

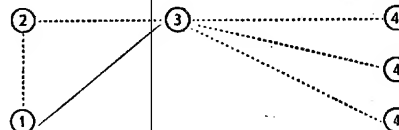
Direktverkehr ———

1. Sparkassen-Hauptzweigstelle (Kreditinstitut des Auftraggebers)
2. Sparkassen-Hauptstelle (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
3. Landeszentrale der Deutschen Notenbank (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
4. Landeszentrale der Deutschen Notenbank des Empfängerlandes (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
5. Filiale der Deutschen Notenbank (Kontoverbindung des Zahlungsempfängers oder Kreditinstitut am Wohnort des Zahlungsempfängers)

Beispiel 4:

Direktverkehr B

zwischen einer Sparkassen-Hauptzweigstelle und der Landeszentrale der Deutschen Notenbank des gleichen Landes.



Einfachverkehr

Direktverkehr ———

1. Sparkassen-Hauptzweigstelle (Kreditinstitut des Auftraggebers)
2. Sparkassen-Hauptstelle (Zwischenstelle für Einfachverkehr)
3. Landeszentrale der Deutschen Notenbank (Zwischenstelle für Einfachverkehr bzw. Endstelle für Direktverkehr B)
4. Kreditinstitute, für die die Gutschriftträger bestimmt sind

1. Bank für Handwerk und Gewerbe
(Kreditinstitut des Auftraggebers)
2. Kreisstelle der Deutschen Bauernbank
(Zwischenstelle für Einfachverkehr)
3. Landesstelle der Deutschen Bauernbank
(Zwischenstelle für Einfachverkehr)
4. Landeszentrale der Deutschen Notenbank des eigenen Landes
(Zwischenstelle für Einfachverkehr)
5. Landeszentrale der Deutschen Notenbank des Empfängerlandes
(Zwischenstelle für Einfachverkehr bzw. Endstelle für Direktverkehr B)
6. Kreditinstitute, für die die Gutschriftträger bestimmt sind

²⁾ GBl. 1950, S. 1059.

bezeichneten Personen, Organisationen und Unternehmen. Es handelt sich hierbei insbesondere um aktive Faschisten, Kriegsverbrecher, NS-Organisationen und Rüstungsbetriebe. Des weiteren werden keine Umwertungen der Uraltguthaben von unter die Bodenreform-Gesetzgebung fallenden Großgrundbesitzern und von Altkonteninhabern, die auf Grund gerichtlicher Urteile mit Vermögensentzug bestraft wurden, vorgenommen. Die vorstehend aufgeführten Uraltguthaben erlöschen, auch soweit sie von dritter Seite auf Grund einer nach dem 8. Mai 1945 erfolgten Übertragung der Rechte an den Uraltguthaben angemeldet wurden.

Den Kriegsgewinnlern und Spekulanten, die an dem blutigen Hitlerkrieg verdienten, werden keine Umwertungsansprüche zuerkannt. Ihre Uraltguthaben erlöschen ebenfalls. Die Feststellung dieser Guthaben obliegt den bei den Finanzämtern gebildeten Prüfungskommissionen. Zur Nachprüfung des rechtmäßigen Erwerbs werden den Finanzämtern die Gesamtguthaben eines Kontoinhabers, soweit sie

bei einem oder mehreren Sparkonten den Gesamtbetrag von RM 15 000,— und
bei Giro- oder Spar- und Girokonten den Gesamtbetrag von RM 10 000,— übersteigen,

durch die Sparkassen mitgeteilt, es sei denn, es sind Umstände bekannt, die eine Überprüfung der Guthaben auch unter diesen Grenzen erforderlich machen. Den Nachweis des rechtmäßigen Erwerbs haben die hierfür in Frage kommenden Uraltkonteninhaber durch Abgabe einer von den Sparkassen zugesandten Erklärung dem Finanzamt gegenüber zu führen. Bei Gemeinschaftsguthaben bestimmt sich die Grenze der allgemeinen Überprüfungspflicht nach der Höhe der gemeinsamen Guthaben, unbeschadet der im Innenverhältnis bestehenden Anteilsberechtigungen, da angenommen werden muß, daß in der Regel die Guthaben aus einer Erwerbsquelle stammen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß allen mit dem Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik direkt oder indirekt verbundenen Organen, wie die Volkseigene Wirtschaft, Haushaltsorganisationen usw., keine Umwertungsansprüche, auch soweit die Umwertung beantragt wurde, zuerkannt werden. Ausgenommen hiervon sind Fremdeinlagen, wie Hinterlegungen, Mündelgelder usw. Diese Regelung erklärt sich aus der jetzt bestehenden Struktur des Staatshaushaltes der Deutschen Demokratischen Republik. Eine Zuerkennung von Umwertungsansprüchen würde lediglich eine Erhöhung der Forderungen und Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes bedeuten.

In Höhe der nach der Umwertung und gegebenenfalls nach der Überprüfung festgestellten DM-Beträge wird eine Altguthaben - Ablösungs - Anleihe der Deutschen Demokratischen Republik ausgegeben. Die Bedingungen hierfür sind in der Anordnung über die Altguthaben-Ablösungs-Anleihe der damaligen DWK vom 23. September 1948³⁾ festgelegt. Danach wird die Anleihe rückwirkend ab 1. Januar 1949 mit jährlich 3% verzinst. Die erste Zinszahlung für die zurückliegenden drei Jahre erfolgt am 2. Januar 1952, die weiteren Zinszahlungen am 2. Januar 1955 und 2. Januar 1958 jeweils für die abgelaufenen drei Jahre und ab 2. Januar 1959 jährlich. Die Altguthaben-Ablösungs-Anleihe wird in 25 gleichen Jahresbeträgen getilgt. Die erste Tilgungszahlung erfolgt am 2. Januar 1959. Die weiteren jeweils am 2. Januar der folgenden Jahre.

Von dem Tempo der weiteren Aufwärtsentwicklung unserer Friedenswirtschaft wird es abhängen, ob die Tilgung der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe bereits vor den gesetzlich festgelegten Terminen erfolgen kann. Voraussetzung hierzu ist die Erhaltung des Friedens, d. h. der Einsatz aller Kräfte im Kampf um den Frieden!

³⁾ DFW 1948, Heft 7, S. 43. ZVOBl Nr. 46 vom 21. Oktober 1948.

Dank der Leistungen unserer Aktivisten und Jungarbeiter war es daher schon im Jahre 1950 möglich, zunächst den alten Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik vorfristig über die bestehende gesetzliche Regelung hinaus aus den umgewerteten Uraltguthaben bis zu DM 100,— auszuzahlen. Durch die Werbung und Aufklärung, die durch die Kreditinstitute betrieben wurde, wurde ein Teil der Barauszahlungen auf neue Sparkonten wieder eingezahlt und bildete somit die Grundlage zum Weitersparen.

Bei der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe handelt es sich äußerlich um Schuldverpflichtungen, die in das Schuldbuch der Deutschen Demokratischen Republik eingetragen werden. Im Gegensatz zu den nach 1945 aufgelegten Anleihen der Länder werden Schuldverschreibungen nicht ausgegeben. Diese Regelung war aus arbeitstechnischen Gründen erforderlich, da die Altguthaben-Ablösungs-Anleihe infolge der unterschiedlichen Höhe der vielen umgewerteten Uraltguthaben nicht in einheitlicher Stückelung ausgegeben werden kann. Gegenüber den nach 1945 aufgelegten Aufbau-Anleihen in Form von Schuldverschreibungen besteht dem Anleihezweck nach noch ein wesentlicher Unterschied. Wurden mit den Mitteln der Aufbau-Anleihen Investitionen im Rahmen unserer Volkswirtschaftspläne mit dem Ziel der weiteren Hebung des Lebensstandards aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt, so werden durch die Altguthaben-Ablösungs-Anleihe die alten Ansprüche vieler Millionen Altsparer und Bankgläubiger an den bankrotten faschistischen Staat durch die Deutsche Demokratische Republik nach den Anleihebedingungen abgelöst.

Der Erwerb der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe als Schuldbuchforderung durch die Uraltkonteninhaber vollzieht sich in Höhe der jeweils umgewerteten Guthaben, über die für den Wohnsitz des Uraltkonteninhabers zuständige Sparkasse, und zwar als Anteilrecht am Sammelanteil dieser Sparkasse, auf die mit Wirkung vom 1. Juli 1951 auch die Weiterbearbeitung der bei anderen Kreditinstituten angemeldeten Uraltguthaben übergegangen ist. In Höhe des Gesamtbetrages der bei einer Sparkasse bestehenden Anteilrechte erhält diese einen Sammelanteil in dem Teilschuldbuch der zuständigen Schuldbuchstelle eingetragen.

Das Schuldbuch der Deutschen Demokratischen Republik umfaßt das Hauptschuldbuch, das bei dem Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik geführt wird und die Teilschuldbücher, die bei den Landeszentralen der Deutschen Notenbank geführt werden. Das Hauptschuldbuch und die Teilschuldbücher gliedern sich in Einzel- und in Sammelerschuldbücher. Die Eintragung der Ansprüche an der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe erfolgt nur in die Sammelerschuldbücher, da im Hinblick auf den zahlenmäßig großen Kreis der Anspruchsberechtigten eine dezentralisierte Verwaltung bei den Kreissparkassen der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich wurde.

Im Gegensatz zu den bis zum Jahre 1945 geltenden Bestimmungen der Schuldbuchordnung des Jahres 1939 und den Bestimmungen der Verordnung über die Verwaltung und Anschaffung von Reichsschuldbuchforderungen aus dem Jahre 1940, die dem Geschäftsgebot der kapitalistischen Banken Rechnung trugen, hat auch der Anteilberechtigte am Sammelanteil eines volkseigenen Kreditinstitutes einen unmittelbaren Anspruch gegenüber der Schuldnerin der eingetragenen Altguthaben-Ablösungs-Anleihe, nämlich der Deutschen Demokratischen Republik. Diese Bestimmung kommt im § 3 der Schuldbuchordnung vom 2. August 1951⁴⁾ zum Ausdruck, in dem die sammelanteilberechtigten volkseigenen Kreditinstitute als treuhänderische Schuldbuchstellen der für den Sitz der Kreditinstitute zuständigen Schuldbuchstellen bestellt wurden. Hieraus folgt, daß auch für die späteren Rechtshandlungen über die Anteilrechte die Formvorschriften der Schuld-

⁴⁾ GBl. 1951, S. 723.

buchordnung der Deutschen Demokratischen Republik und der Durchführungsbestimmungen gelten. Die Trennung des Schuldbuches in Einzel- und Sammel-schuldbücher hat somit nur eine rein verwaltungsmäßige Bedeutung.

Im Hinblick auf die am 2. Januar 1952 fälligen Zinsen aus der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe haben die Sparkassen der Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin nunmehr mit den sehr umfangreichen Arbeiten der Begründung der Anteilrechte für die umgewerteten Uraltguthaben begonnen. Die fälligen Zinsen in Höhe von 9% des Umwertungsbeitrages (jeweils 3% pro Jahr für die zurückliegenden 3 Jahre) werden wie alle später anfallenden Zahlungen aus der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe in Sondersparkassenbücher (Sparkassenbücher für Zinszahlungen und Tilgungen aus der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe), die von den Sparkassen auf den Namen der Uraltkonteninhaber neu ausgestellt werden, gutgeschrieben und noch bis Ende des Jahres 1951 durch öffentliche Bekanntmachungen an die Altkonteninhaber bzw. an die jetzt Verfügungsberechtigten ausgegeben. Über die in diesen Sondersparkassenbüchern eingetragenen Guthaben kann ab 2. Januar 1952 frei verfügt werden. Soweit die Sondersparkguthaben nicht sofort erhoben werden, werden diese mit 3% jährlich verzinst und der Zinsbetrag jeweils am Jahresende dem Guthaben zugeschrieben. Diese Regelung ist im Interesse der vielen Millionen Uraltkonteninhaber erfolgt, um ihnen unnötige Wege und langes Anstehen zu ersparen. Sie können somit nach ihren Bedürfnissen zu einem beliebigen Zeitpunkt nach dem 2. Januar 1952 gegen Vorlage des Sondersparkassenbuches bei der ausgebenden Sparkasse über die Anleihezinsen verfügen.

Um das Schuldbuch von den vielen Hunderttausend Klein- und Kleinstbeträgen zu entlasten, die zum großen Teil als Spitzen bei der Auszahlung der Kleinsparunterstützung und der Barauszahlungsaktion im Jahre 1950 verblieben und um nicht vertretbare Verwaltungsarbeit bei den anteilkontoführenden Sparkassen einzusparen, hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in seiner Sitzung vom 26. Juli 1951 beschlossen, daß alle Kleinbeträge der für einen oder bei Gemeinschaftskonten für mehrere Konteninhaber insgesamt umgewerteten Uraltguthaben bis zu DM 20,— nicht in das Schuldbuch einzutragen, sondern den Berechtigten gemeinsam mit den am 2. Januar 1952 fälligen Zinsen als Gutschrift in den Sondersparkassenbüchern zur Verfügung zu stellen sind.

Über die Höhe der erfolgten Eintragung des Anteilrechtes erteilt die Sparkasse dem Uraltkonteninhaber eine Benachrichtigung, die auf der 4. Seite des Sondersparkassenbuches eingedruckt ist. Diese Bescheinigung ist im Gegensatz zu dem Sondersparkassenbuch nicht Träger des in ihr nachgewiesenen Rechtes; sie hat lediglich die Bedeutung einer banküblichen Mitteilung. Hieraus folgt, daß zur Geltendmachung der Rechte aus dem Anteilrecht nicht der Besitz der Bescheinigung erforderlich ist.

Da die Schuldbuchanteilkonten und die Sondersparkassenbücher grundsätzlich auf die Namen der Uraltkonteninhaber ausgestellt werden, diese Eintragungen zum Teil in der Zwischenzeit unrichtig wurden, ist der Überprüfung der Verfügungsberechtigung bei Ausgabe der Sparkassenbücher besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Aushändigung wird gegen Rückgabe des Quittungsabschnittes der Umwertungserklärung nur gegen Vorlage des Deutschen Personalausweises erfolgen. Soweit die Umwertungserklärungen durch die Anmeldenden noch nicht unterschrieben wurden, ist es erforderlich, dies umgehend bei der zuständigen Sparkasse nachzuholen.

Da erfahrungsgemäß in einer erheblichen Anzahl von Fällen die Uraltkonteninhaber verstorben sind und die Beibringung von Erbscheinen und sonstigen Urkunden, die die Erbberechtigung ausweisen, mit großem Zeitaufwand und zum Teil nicht unerheb-

lichen Kosten verbunden ist, darüber hinaus besonders von ehemaligen Umsiedlern infolge des Verlustes aller Unterlagen die Beibringung von Erbscheinen besonders schwierig sein wird, hat der Gesetzgeber diesem Umstand Rechnung getragen und die Erblegitimation in einfacher Form durch Abgabe von eidesstattlichen Versicherungen zugestanden. Um einer leichtfertigen Abgabe von eidesstattlichen Versicherungen vorzubeugen, sind die Sparkassen gehalten, die Erklärenden über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Abgabe besonders zu belehren. Da nicht in allen Fällen erwartet werden kann, daß die Erklärenden über die zum Teil recht komplizierten Erbrechtsverhältnisse im Bilde sind, wird es zweckmäßig sein, daß von diesen vor Abgabe der eidesstattlichen Versicherung Auskünfte bei einem Amtsgericht oder einem Notar eingeholt werden.

Die erleichterte Form des Berechtigungsnachweises kann keine Anwendung finden auf angeblich vermiste Uraltkonteninhaber sowie auf Schenkungen, Abtretungen, Verpfändungen usw., soweit das Verfügungsrecht aus den alten Kontounterlagen nicht einwandfrei ersichtlich ist. Im Interesse der ordentlichen Abwicklung des Rechtsverkehrs kann nunmehr, sechs Jahre nach Kriegsschluß, erwartet werden, daß bei der Notwendigkeit der Vornahme von Rechtshandlungen die angeblich vermißten Personen für tot erklärt werden, zumal alle Kriegsgefangenen, soweit sie keine strafbaren Handlungen begangen haben, aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden.

Die Berechtigung zur Entgegennahme des Sondersparkassenbuches, über deren Guthaben wie bei den sonstigen Sparkassenbüchern in der Regel jeder Inhaber ohne Nachweis des rechtmäßigen Besitzes verfügen kann, kann bei Verhinderung des Uraltkonteninhabers oder eines oder mehrerer Teilhaber bei Gemeinschaftskonten auch durch Vollmachten und sonstige Zustimmungserklärungen nachgewiesen werden. Bei Abtretungen wird die Empfangsberechtigung durch Vorlage der Abtretungserklärung, bei Verpfändungen der Pfandbestellungsurkunde und bei Schenkungen der gerichtlichen oder notariellen Schenkungsurkunde nachzuweisen sein.

Nach der Anordnung über die Altguthaben-Ablösungs-Anleihe vom 23. September 1948 besteht für die Schuldbuchforderungen (Anteilrechte am Sammelanteil einer Sparkasse) eine Verfügungssperre bis zum 31. Dezember 1954. Diese Sperre bezieht sich auch auf die Übertragung der Anteilrechte von einer Sparkasse zu einer anderen im gleichen Land oder in der Deutschen Demokratischen Republik. Verfügungen außerhalb des Schuldbuches haben während dieser Zeit keine Wirkung gegenüber den Schuldbuchstellen.

Dagegen besteht die Möglichkeit der Einziehung und Übertragung der Guthaben in den Sondersparkassenbüchern durch alle Kreditinstitute.

Im Hinblick auf die bestehende Sperrfrist wird bis zum 31. Dezember 1954 eine Umschreibung des Anteilrechtes bei verstorbenen Uraltkonteninhabern auf den Namen des sich aus der Legitimationsprüfung bei der Ausgabe der Sparkassenbücher ergebenden neuen Gläubigers nur in besonderen Ausnahmefällen auf Antrag durchgeführt.

Damit auch unsere alten Bürger noch in den Genuß der Tilgungen aus der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe gelangen, ist beabsichtigt, vor Ablauf der Sperrfrist einen Rückkauf von Anteilrechten in Teilbeträgen vorzunehmen. Der Rückkauf wird sich nach besonderen, noch zu erlassenden Richtlinien durch die Sozialversicherungsanstalten vollziehen, die im Rahmen dieser Richtlinien auch in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit des Gläubigers des Anteilrechtes einen Rückkauf vornehmen wird.

Auch hier ist jedoch immer zu bedenken, daß diese Gelder aus der friedlichen Arbeit unserer Werktätigen stammen und daß die weitere Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung nur im Frieden möglich ist.

So werden sich im ureigensten Interesse und somit auch im Interesse des gesamten Volkes besonders die Uraltkonteninhaber und neuen Sparer im Kampf um

den Frieden dafür einsetzen, daß sich kein 8. Mai 1945 wiederholt, sondern daß in unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in der es keine Krisen und Währungerschütterungen gibt, der Wert der Arbeit erhalten bleibt und somit das Sparen zum eigenen und zum weiteren Wohstand des ganzen Volkes entscheidend beiträgt.

Die Sparkassen der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin werden es sich zur Aufgabe machen, den Uraltkonteninhabern mit allen Auskünften beratend zur Seite zu stehen, um sie somit wieder als neue beständige Sparer in unserer friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik zu gewinnen.

Wie soll der neue INV-Bogen aussehen?

Von Karl Lauterjung, Deutsche Investitionsbank — Zentrale —, Berlin

Nachstehend soll ein Vorschlag zur Neugestaltung des INV-Bogens zur Diskussion gestellt werden, der allen bisher aufgetretenen Schwierigkeiten und Erfordernissen Rechnung trägt. Zu Beginn seien diese zusammengefaßt dargestellt:

1. Die strukturweise Aufteilung der Zahlungen aus dem Sonderkonto ist nicht ohne weiteres dem Rechnungswesen zu entnehmen.

2. Die strukturweise Aufteilung der unbezahlten Rechnungen ist eine zeitraubende Mehrarbeit, zu der die Buchhaltung ebenfalls keine Verkehrrzahlen liefern kann.

3. Die strukturweise Aufteilung der Vorschüsse lt. Konto 18 720 kann überhaupt nicht nachgewiesen werden, da zum Zeitpunkt der Meldung entweder die Abrechnungen noch nicht vorliegen oder die Vorschüsse u. U. noch gar nicht in Anspruch genommen sein können.

4. Die Eigenfinanzierung bei wasserwirtschaftlichen Vorhaben (Meliorationen) wurde bisher nicht gesondert ausgewiesen, was unbedingt erforderlich ist.

5. Die Einordnung der ausgeführten aber noch nicht berechneten Lieferungen und Leistungen in den finanziellen Stand führt zu falschen Erkenntnissen. Die Finanzierung erfolgt in diesem Stadium noch durch die Lieferanten. Hier muß also ein Unterschied gemacht werden zwischen finanzieller und materieller Erfüllung.

6. Ein besonderer Mangel besteht darin, daß keine organische Verbindung zwischen den geforderten Zahlenwerten und dem Rechnungswesen besteht. Die einzige Angabe, die nicht aus dem Rechnungswesen hervorgehen kann, ist die Ziffer der ausgeführten aber noch nicht berechneten Lieferungen und Leistungen. Diese müssen nach wie vor geschätzt werden. Alle übrigen Zahlen können in der Meldung so erfragt werden, daß sie an Hand der Finanzbuchhaltung in Verbindung mit der Obligo-Kartei feststellbar sind. Diejenigen Betriebe, die sich einer Investitionskartei im Durchschreibeverfahren (EDB)¹⁾ bedienen, werden die Angaben noch einfacher machen können.

Demzufolge ist der neue INV-Bogen (s. Muster) im Abschnitt B und C umgestellt worden. Die Umordnung der bisherigen Spalten in Zeilen und umgekehrt ist nur eine äußerliche Veränderung, die einer besseren Raumverteilung dient. Der organische Aufbau der nunmehrigen Zeilen ist in den Abschnitten B und C des Entwurfes so vorgenommen, daß damit den o. a. Problemen Rechnung getragen wird.

Zu 1.

Auf die strukturweise Aufteilung der Zahlungen aus dem Sonderkonto kann verzichtet werden, wenn der Aufwand insgesamt — ob bezahlt oder unbezahlt — angegeben wird. Die Dispositionen vom Sonderkonto sind in der Gesamtheit aus Abschnitt C ersichtlich, so daß die

¹⁾ Vgl. Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 15, „Die EDB-Investitionsbuchhaltung“.

Höhe der noch nicht bezahlten Rechnungen errechenbar ist.

Zu 2.

Hier gilt das zu 1. Gesagte sinngemäß. Demnach sind die neuen Faktoren des finanziellen Standes:

- a) Aufwand lt. Buchhaltung (Zeile 2),
- b) noch nicht auf die Konten 03 gebuchte Rechnungen (Zeile 3).

Der unbezahlte Teil des Aufwandes geht aus der Rechnung B 4 abzüglich C 6 hervor. Da dieser planmäßig nur aus Investmitteln bezahlt werden darf, ergibt sich dessen strukturelle Aufteilung im Augenblick der Bezahlung ganz von selbst.

Zu 3.

Die Vorschüsse verschiedenster Art werden vom Betrieb solange als eine Verbindlichkeit gegenüber der Investbank ausgewiesen, bis sie realisiert und abgerechnet sind und dann gleichzeitig als Aufwand in der Gruppe 03 erscheinen. Die zum Zeitpunkt der Meldung bereits durchgeführten Leistungen, die aus den Vorschüssen finanziert wurden, werden geschätzt und unter Abschnitt B Zeile 5a mit aufgeführt. Die Vorschüsse selbst erscheinen in der Höhe, wie sie auf dem Konto 18 720 ausgewiesen sind, in Abschnitt C Zeile 5. Sie haben also mit dem finanziellen Stand in Abschnitt B nichts gemein. Die Höhe der Vorschüsse muß der Betriebsleiter verantworten können. Über die Vorschüsse für Material und Anzahlungen bzw. Vorausrechnungen der Bauindustrie sind unter Abschnitt C Zeile 7 besondere Angaben zu machen, aus denen jeweils die Höhe ersichtlich ist. Für die einzelnen Vorschußarten und deren Kontierung gelten die von der DIB herausgegebenen Bestimmungen.

Zu 4.

Die Finanzierung von Meliorationsvorhaben erfolgt nur zum Teil durch die DIB. Den Rest hat der Durchführende selbst beizusteuern in Form von Hand- und Spanndiensten oder durch direkte Bezahlung von fremden Leistungen, die ebenfalls in einem DM-Betrag ausgedrückt werden. Beide Teile sind in der Höhe der erteilten Auflage enthalten. Sie müssen demnach also insgesamt abgerechnet, aber besonders in der INV-Meldung angegeben werden. Sowohl in der Zeile 1 als auch in Zeile 3 des Abschn. B sind die Eigenmittel enthalten. Der gesonderte Ausweis in Eigen- und Investmitteln erfolgt am Schluß des Abschn. B.

Zu 5.

Die aus erteilten Aufträgen bereits ausgeführten aber noch nicht berechneten Lieferungen und Leistungen erscheinen in der Reihenfolge nach der Zeile „Finanzieller Stand“. Dadurch wird der bisher unrichtige Ausweis vermieden und die Übersicht für den Investträger größer. Die im Entwurf eingerichtete Zeile 5a und b vereinigt die Spalten 5 und 7 des z. Z. gültigen Bogens und enthält zusammen das gesamte Besteller-Obligo. Zeile 5a wird mit geschätzten Zahlen ausgefüllt, und in 5b erscheint der Rest bis zur Höhe des Gesamt-Obligos.

Zu 6.

Die beabsichtigte Vereinfachung geht aus dem Inhalt der Punkte 1 bis 5 hervor, so daß hierzu keine weiteren

B. Entwicklung der Investitionskosten 1951. Alle Angaben in DM 1000,—.

Bezeichnung	Bau- arbeiten	Montage	Ausrüstung, die Montage erfordert	Ausrüstung, die keine Montage erfordert	Sonstige Kosten	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7
1. Plansumme lt. Auflage 51*)						
2. Aufwand lt. Buchhaltung						
a) Kto. 030**)						
b) Kto. 034						
3. Saldo Kto. 196 (Invest) (noch nicht auf 03 gebuchte Rechnungen)						
4. Finanzieller Stand Summe Zeilen 2 und 3						
5. Aus erteilten Aufträgen						
a) ausgeführte noch nicht berechnete						
b) noch nicht ausgeführte Liefe- rungen und Leistungen						
6. Noch nicht erteilte Aufträge zu voraussichtlichen Realisierungs- preisen						
7. Voraussichtlicher Aufwand bei Beendigung des Vorhabens im Planjahr / Zeile 4 + 5 + 6						

Materielle Erfüllung aus Spalte 7 in Preisen des Kostenvoranschlages

Zeile 4 + 5a

Zeile 7

Zeile 1

$$\boxed{} : \boxed{} \times \boxed{} = \boxed{}$$

Nur bei Meliorationsvorhaben auszufüllen:

Plansumme für das Vorhaben DM

davon geplante Eigenleistung DM

durchgeführte Eigenleistung DM

C. Alle Angaben in vollen DM!1. Im Berichtszeitraum von der DIB auf
 das Sonderkonto überwiesen2. Abzüglich Saldo des Sonderkontos
 per3. Abzüglich Saldo
 des Baustofffinanzierungskontos
 per

4. Verbrauch einschließlich Vorschüsse

5. Abzüglich Vorschüsse
 (Haben-Saldo des Kontos 18 720)

6. Finanzielle Erfüllung

7. Konto-Bestände	Soll	Haben
	3 920	18 720/1
		18 720/2
		18 720/3
	1 500	18 720/4

*) Bei Meliorationsvorhaben ist die entsprechende Plansumme einschl. der Eigenleistungsaufgabe einzusetzen.

**) Aufwand einschl. Eigenleistungen (nur bei Meliorationsvorhaben).

Ausführungen notwendig sind. Nur ein Mangel, der in der Praxis oft als störend empfunden wird, konnte nicht behoben werden. Und zwar handelt es sich um die Übereinstimmung des Berichtstichtages mit dem Abschlußtermin der volkseigenen Wirtschaft. Aus organisatorischen Gründen ist es weiterhin notwendig, den 25. jeden Monats als Stichtag beizubehalten. Wenn jedoch die Kontenkarten der Finanzbuchhaltung laufend aufgerechnet werden — und dies scheint für eine kurzfristige Betriebsabrechnung erforderlich —, dürften sich keine Schwierigkeiten ergeben. Die Zahlen für den INV-Bogen werden ohnehin aus der Investitionskartei entnommen. Lediglich die Eintragungen in bezug auf den Aufwand

bedürfen künftig einer Abstimmung mit der Finanzbuchhaltung, und die Höhe des Kontos 196 (Invest) ist aus dieser zu entnehmen.

Die strukturelle Aufteilung des Kontos 196 geht selbstverständlich aus dem Rechnungswesen nicht hervor. Sie muß in jedem Fall geschätzt werden, was gegen Ende des Monats auch nicht mehr allzu schwer sein dürfte. Alle übrigen Zahlen gehen aus Nebenrechnungen hervor, die an keinen Abschlußtermin gebunden sind.

Außerdem kann sich die Arbeitsverteilung für die verschiedenen Abschlüsse nur günstig auswirken, so daß ohne Bedenken der Termin (25. j. M.) beibehalten werden kann.

Abschließend soll noch einmal betont werden, daß sich die geforderten Zahlenwerte gegenüber den bisherigen Formularen nicht geändert haben.

Lediglich der Spalten- und Zeilenaufbau wurde reorganisiert, so daß die Bearbeitung wesentlich einfacher wird.

Es kommt nun darauf an, die Diskussion so zu führen, daß der verbesserte Berichtsbogen im Jahre 1952 zur Anwendung kommen kann. In der gesamten volkseigenen Wirtschaft wird dadurch eine Anzahl von Kräften für andere dringende Arbeiten frei. Auch für die Investträger der Verwaltungsstellen sowie der land- und forstwirtschaftlichen Einrichtungen werden sich bedeutende Erleichterungen ergeben. Selbst wo die Konten-

bezeichnungen für die Verwaltungsbuchführung z. B. nicht zutreffen, geht doch aus den Bezeichnungen der Zeilen hervor, welche Zahlen aus den analogen Konten bzw. aus besonderen Aufzeichnungen entnommen werden sollen. Es wird erwartet, daß alle beteiligten Stellen zu dem vorstehenden Entwurf Stellung nehmen.

Der vorliegende Entwurf bedarf nun der Abstimmung mit allen beteiligten Stellen, trotzdem die einzelnen Belange weitestgehend berücksichtigt sind. Sollte sich in einigen Fragen das Bedürfnis einer Änderung ergeben, so wird gebeten, die Diskussionsbeiträge z. Hd. des Verfassers^{*)} an die Deutsche Investitionsbank — Zentrale — einzureichen.

^{*)} Anschrift: Berlin C 111, Kurstraße.

GESETZE VERORDNUNGEN ANORDNUNGEN

Anordnung Nr. 120

Betr.: Kraftfahrzeugsteuer; Versteuerung von Probefahrtenkennzeichen

Zur Vereinfachung der Besteuerung von Probefahrtenkennzeichen wird auf Grund des § 13 AO das Folgende bestimmt:

1. Wird einem Kraftfahrzeughalter für Probefahrten von der Zulassungsbehörde ein Probefahrtenkennzeichen (rotes Kennzeichen) zugeteilt, so hat er es als Steuerschuldner bei dem für ihn zuständigen Finanzamt zu versteuern.
2. Der Jahressteuersatz für Probefahrtenkennzeichen beträgt für jedes Kennzeichen
 - a) bei Probefahrtenkennzeichen für Krafträder . . . 100 DM
 - b) bei Probefahrtenkennzeichen für alle übrigen Kraftfahrzeuge 500 DM
3. Wird die Erteilung des Probefahrtenkennzeichens für die Dauer eines Kalendervierteljahres beantragt, so ist nur ein Viertel des Jahressteuersatzes zu entrichten.
4. Für Probefahrtenkennzeichen, die für 15 Tage und weniger zugeteilt werden, beträgt die Steuer für jedes Kennzeichen und jeden Tag der Zuteilung
 - a) bei Probefahrtenkennzeichen für Krafträder . . . 1 DM
 - b) bei Probefahrtenkennzeichen für alle übrigen Kraftfahrzeuge 3 DM
 Die Mindeststeuer für jedes Kennzeichen beträgt 10 DM
5. Bei vorzeitiger Rückgabe des Probefahrtenkennzeichens wird für jedes volle Kalendervierteljahr, das nach dem Tag der Rückgabe des Probefahrtenkennzeichens liegt und für das die Steuer entrichtet worden ist ein Betrag in Höhe von einem Viertel der entrichteten Jahressteuer auf Antrag entsprechend den Vorschriften des Artikels 23 der Steuerreformverordnung erstattet. In den Fällen der Ziff. 3 und 4 ist bei vorzeitiger Rückgabe des Probefahrtenkennzeichens eine Erstattung ausgeschlossen.
6. Diese Anordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. § 2 der Siebenten Durchführungbestimmung zur Steuerreformverordnung (Kraftfahrzeugsteuer) vom 29. Juni 1949 ist nicht mehr anzuwenden.

Berlin, den 9. Mai 1951
VIII 2/6010 Kob/OH

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Mönig

Anordnung Nr. 152/51

Betr.: Umsatzsteuerpflicht der Einnahmen bei Amateur-Sportveranstaltungen der Sportgemeinschaften.

Auf Grund des § 12 der AO wird das Folgende bestimmt:

1. Sportgemeinschaften, die nicht auf betrieblicher Grundlage gebildet worden sind, sind mit den aus amateursportlichen Veranstaltungen erzielten Einnahmen nicht zur Umsatzsteuer heranzuziehen, wenn diese Einnahmen den Betrag von DM 20 000.— nicht übersteigen.
2. Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft.

Soweit in der Zeit vor dem 1. Juli 1951 Umsatzsteuer nicht entrichtet worden ist, behält es hierbei sein Bewenden.

Berlin, 27. Juni 1951.
VII — 4/S 4104 Kh/Rch

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 159/51

Betr.: Umsatzsteuer für Schulspeisungen

Nach dem Runderlaß Nr. 351 vom 5. Dezember 1949 — R 3121/4104 — sind die Umsätze aus gemeindlichen Schulspeisungen und aus der Verpflegung von Kindern in gemeindlich geleiteten Kinderhorten nicht zur Umsatzsteuer heranzuziehen. Die Umsatzsteuerbefreiung wird nach der Anordnung Nr. 12 vom 2. Februar 1951 auch dann gewährt, wenn die Schulen oder die Gemeinden nicht über die notwendigen Einrichtungen zur Herrichtung der Verpflegung verfügen und deshalb Küchen der Volkssolidarität in Anspruch nehmen.

Es kommt jedoch vor, daß auch Werksküchen, die Betrieben der volkseigenen oder privaten Wirtschaft angeschlossen sind, die Herrichtung der Schulspeisungen oder der Verpflegung für die gemeindlich geleiteten Kinderhorte vornehmen, wenn die Schule oder die Gemeinde nicht über die notwendigen Kücheneinrichtungen verfügt.

Im Interesse der weiteren Förderung der Jugend durch Bereitstellung billiger Mahlzeiten wird deshalb auf Grund von § 12 AO folgendes bestimmt:

1. Entgelte, die die Werksküchen der volkseigenen oder privaten Betriebe für die Herrichtung der Schulspeisung und Verpflegung für die gemeindlich geleiteten Kinderhorte vornehmen, sind nicht zur Umsatzsteuer heranzuziehen.
2. Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft.

Berlin, den 2. Juli 1951
VII — 4/S 4104 Kh/Rch

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 167

Betr.: Befreiung des Nutzungswertes der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus von der Einkommensteuer

Unter Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung der Besteuerung der Lohnempfänger und der freischaffenden Intelligenz (LStÄVO) vom 24. Mai 1951 bestimmen wir auf Grund des § 12 AO:

1. Der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus ist von der Einkommensteuer befreit, wenn der Eigentümer des Einfamilienhauses nur bezieht:
 - a) Lohnneinkünfte,
 - b) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit im Sinne des § 4 Abs. 1 LStÄVO, bei der im Jahresdurchschnitt nicht mehr als zwei technische Hilfspersonen beschäftigt werden,
 - c) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt oder Tierarzt, die gemäß § 8 der LStÄVO nach der Einkommensteuertabelle 10 (Einkommensteuertarif C) besteuert werden.
2. Die Steuerbefreiung nach Ziffer 1 tritt auch ein, wenn das Einfamilienhaus im vollen Umfange für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen worden ist und der Eigentümer hierfür eine Entschädigung erhält. Schuldzinsen, die mit dem Einfamilienhaus in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen dürfen nicht — auch nicht als Sonderausgaben — abgesetzt werden. Der Steuerpflichtige hat die Wahl, die bei Mietwohngrundstücken anzuwendende Überschußrechnung vorzunehmen. Steuer-

freiheit wird dann nicht gewährt, wenn eine Überschuldungsrechnung erfolgt.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft.

Die Vorschrift in Ziffer 2 ist auch auf alle Fälle anzuwenden, die für zurückliegende Jahre noch nicht rechtskräftig veranlagt worden sind.

Berlin, den 11. Juli 1951

VI — S 2113 Gi/Vo/Wb/Hü

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 168

Betr.: Kinderermäßigung für Lohnempfänger und Angehörige der freischaffenden Intelligenz, die nach der LStÄVO besteuert werden

Wir bestimmen gemäß §§ 12 und 13 AO:

1. Kinderermäßigung nach § 10 Abs. 2 der LStÄVO wird nur dann gewährt, wenn das Kind eine Unterrichtsanstalt in der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin besucht. Für Zwecke der Kinderermäßigung gelten Stipendien, Lehrlingsentgelte oder Einkünfte, von denen keine Einkommensteuer erhoben wird, nicht als eigene Einkünfte des Kindes.
2. Sind die Voraussetzungen für eine Kinderermäßigung nach § 10 LStÄVO nicht gegeben, so kann Steuerermäßigung nach den Vorschriften der §§ 33 und 41 EStG gewährt werden. Dies gilt dann, wenn der Steuerpflichtige das Kind überwiegend unterhält und dadurch seine steuerliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Unterhaltsleistungen sind eigene Einkünfte des Kindes zu berücksichtigen. Die Steuerermäßigung für den Unterhalt des Kindes darf den Umfang einer Steuerklasse (DM 600,— jährlich, DM 50,— monatlich) nicht übersteigen.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft.

Berlin, den 11. Juli 1951

VI — S 2225 Gi/Vo/Wb/Hü

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 171

Betr.: Erhebung von Verzugszuschlägen, Stundungszinsen und Vollstreckungsgebühren bei Abführung der Mehrerlöse.

Auf Grund des § 40 der Preisstrafrechtsverordnung vom 3. Juni 1939 in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 264) in Verbindung mit § 1 Satz 2 und § 4 der Verordnung über die Neuorganisation der Preisbehörden vom 1. Juni 1950 (GBl. 1950 S. 465) wird zur Ergänzung der §§ 34 ff. der Preisstrafrechtsverordnung angeordnet:

1. Soweit Mehrerlöse gemäß § 4 Abs. 1 der Preisstrafrechtsverordnung vom 3. Juni 1939 in der Fassung vom 26. Oktober 1944 (RGBl. I S. 264) abzuführen sind, werden erhoben:
 - a) bei unpunktlicher Zahlung: Verzugszuschläge,
 - b) bei Gewährung von Stundung: in der Regel Stundungszinsen,
 - c) im Mahn- und Zwangsverfahren: Vollstreckungsgebühren.
2. Die Anordnung der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission über Verzugszuschläge für Steuerrückstände, über Stundungszinsen und über die Erhöhung der Vollstreckungsgebühren vom 2. März 1949 (ZVOBl. 1949 S. 142) gilt wegen der Voraussetzungen, unter denen Verzugszuschläge, Stundungszinsen und Vollstreckungsgebühren zu erheben sind, und wegen der Berechnung der Verzugszuschläge, der Stundungszinsen und Vollstreckungsgebühren auch für die Mehrerlöse.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 1951

VIII 1/08 Koh/Sch

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 173

Betr.: Steuerliche Behandlung von Reorganisationsmaßnahmen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens — Runderlaß Nr. 260 vom 31. August 1948 — II 901/616 S. —

Die frühere Deutsche Zentralfinanzverwaltung hat mit Runderlaß Nr. 260 vom 31. August 1948 bestimmte steuerliche Maßnahmen bei der Reorganisation des Genossenschaftswesens für das Kalenderjahr 1949 angeordnet. Die Gültigkeit des vorstehenden Runderlasses wurde mit der Anordnung Nr. 120 vom 18. Dezember 1950 — R 2212/2515 — des Ministeriums der Finanzen — HA 3 — bis zum 30. Juni 1951 verlängert.

Im Zuge der Neugestaltung des Wirtschaftslebens in der Deutschen Demokratischen Republik hat die Reorganisation des Genossenschaftswesens noch nicht ihren Abschluß gefunden. In Anbetracht dessen wird die Gültigkeit des Runderlasses Nr. 260 in Verbindung mit der Anordnung Nr. 120/50 vom 18. Dezember 1950 bis zum 31. Dezember 1951 verlängert.

Berlin, den 13. Juli 1951
V/11 — 104/112 — Stf/Fr

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 174

Betr.: Erbschaftsteuer.

Auf Grund des § 12 AO und des Artikels 24 Absatz 2 StRVO wird bestimmt:

1. Umfang des im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu versteuern den Erwerbs.

Befindet sich der Nachlaß eines Erblassers, der seinen letzten Wohnsitz im Inland, aber außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik gehabt hat, teils in der Deutschen Demokratischen Republik, teils im sonstigen Inland, so werden der Besteuerung nach dem Erbschaftsteuergesetz nur diejenigen Teile des Nachlasses zugrunde gelegt, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik befinden (vgl. § 5 der Sechsten Durchführungsverordnung zur StRVO). Nachlaßverbindlichkeiten sind nur insoweit zu berücksichtigen, als sie im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen sind.

2. Inkrafttreten:

Die Vorschriften dieser Anordnung finden auf alle noch nicht rechtskräftig erledigten Steuerfälle Anwendung.

Berlin, den 18. Juli 1951
VIII/2 — S 3730 Kob/Sch

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anordnung Nr. 175

Betr.: 1. Durchführungsbestimmung zur LStÄVO; Steuerabzug bei Steuerpflichtigen mit niedrigen Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit

Durch die LStÄVO ist der Kreis der steuerabzugspflichtigen Einkünfte auf alle freiberuflichen Einkünfte erweitert worden, für die eine Steuerbegünstigung in Betracht kommen kann. Der Steuerabzug beträgt 14% der Entgelte. Durch ihn wird die Einkommensteuer dann abgegolten, wenn der Angehörige der freischaffenden Intelligenz, der im Jahresdurchschnitt nicht mehr als zwei technische Hilfspersonen beschäftigt, keine Veranlagung beantragt. Um im Falle der Abgeltung ungerechtfertigte Steuerausfälle zu vermeiden, war es notwendig, den Steuersatz für das Abzugsverfahren ausgehend vom Steuerhöchstsatz von 20% unter Berücksichtigung eines Betriebsabgabenpauschalsatzes von 30% festzulegen. Durch die vorgenannte Regelung ist den Forderungen der freischaffenden Intelligenz auf Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens Rechnung getragen worden.

Freiberuflich tätige Steuerpflichtige mit geringem Einkommen, die nach der LStÄVO zu besteuern sind, werden im allgemeinen eine Veranlagung ihrer freiberuflichen Einkünfte deshalb beantragen, weil die Einkommensteuer für diese Einkünfte nach der Einkommensteuertabelle 15 weniger als 20% beträgt. Die in diesen Fällen überzahlten Steuerabzugsbeträge dürfen jedoch nach § 7 Abs. 1 Ziffer 2 der 1. Durchführungsbestimmung zur LStÄVO erst nach Durchführung der Veranlagung erstattet werden. Insoweit können also der Steuerabzug mit 14% der Entgelte und die Erstattung der Überzahlungen nach Jahresablauf für Steuerpflichtige mit geringem Einkommen zu Härten führen. Zur Beseitigung dieser Härten wird gemäß § 13 AO bestimmt:

Für freiberuflich tätige Steuerpflichtige, die im Jahresdurchschnitt nicht mehr als zwei technische Hilfspersonen beschäftigen, wird für das Steuerabzugsverfahren auf Antrag durch das zuständige Finanzamt ein besonderer Steuersatz festgesetzt. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Einkünfte aus der freiberuflichen Tätigkeit der Steuerpflichtigen nach Abzug der Sonderausgaben und der Ermäßigung für außergewöhnliche Belastung im abgelaufenen und voraussichtlich im laufenden Kalenderjahr

in Steuerklasse 1	nicht mehr als DM 6 250,—
" " 2	" " " " 6 850,—
" " 3	" " " " 7 450,—
" " 4	" " " " 8 050,—
" " 5	" " " " 8 650,—
" " 6	" " " " 9 250,—

betragen.

Der besondere Steuersatz für das Abzugsverfahren ist in Höhe des prozentualen Anteils der Einkommensteuer für die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit nach Abzug der Sonderausgaben und der Ermäßigung für außer-

gewöhnliche Belastung) an den Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit festzusetzen. Der Festsetzung sind die Angaben des Steuerpflichtigen in der Einkommensteuererklärung für das abgelaufene Kalenderjahr zugrunde zu legen. Der prozentuale Anteil ist auf den nächsten vollen Hundertsatz aufzurunden (s. Anlage 1).

Über den besonderen Steuersatz für das Abzugsverfahren wird dem Antragsteller durch das zuständige Finanzamt ein Bescheid nach beiliegendem Muster (Anlage 2) erteilt, der bis zum 31. März des folgenden Kalenderjahres gilt. Der Steuersatz wird neu festgesetzt, wenn die Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit des laufenden Jahres die Einnahmen des Vorjahres mindestens um 10 % übersteigen werden. Der Schuldner des Entgelts hat bei Vorlage des Bescheides den Steuerabzug unter Anwendung des besonderen Steuersatzes vorzunehmen.

Der Antrag für die Festsetzung des besonderen Steuersatzes ist mit der Einkommensteuererklärung für das abgelaufene Kalenderjahr einzureichen. Die Abgabe des Antrages und der Steuererklärung hat durch den Steuerpflichtigen so rechtzeitig zu erfolgen, daß der besondere Steuersatz bis zum 31. März des jeweiligen Kalenderjahres festgesetzt und mitgeteilt werden kann.

Der Schuldner des Entgelts ist bei der Anwendung eines besonderen Steuersatzes zu folgenden Aufzeichnungen verpflichtet:

1. Steuernummer und Finanzamt des Empfängers des Entgelts,
2. Höhe des steuerabzugspflichtigen Entgelts,
3. Zeitpunkt der Zahlung, Gutschrift oder Verrechnung des Entgelts,
4. Höhe des besonderen Steuersatzes und des einbehaltenen Steuerabzugsbetrages,
5. Zeitpunkt der Abführung an das Finanzamt.

Außerdem hat er dem Empfänger des Entgelts die Höhe des Entgelts und die Höhe des Steuerabzugs zu bescheinigen.

Die unter Anwendung eines besonderen Steuersatzes einbehaltenen und abgeführten Steuerabzugsbeträge gelten die Einkommensteuer für die freiberuflichen Einkünfte nicht ab. Die endgültige Einkommensteuer wird in diesen Fällen im Wege der Veranlagung festgesetzt und abgerechnet.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1951 in Kraft.

Für das 2. Halbjahr 1951 ist der besondere Steuersatz für das Abzugsverfahren auf Antrag des Steuerpflichtigen nach den Angaben in der Einkommensteuererklärung für 1950 unter Beachtung der Vorschriften der LStÄVO festzusetzen.

Berlin, den 23. Juli 1951
VI/S 2220 gi/Vo/43

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Anlage 1

zur AO Nr. 175 vom 23. Juli 1951

Beispiel

für die Festsetzung des besonderen Steuersatzes für das Abzugsverfahren

Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit	DM 5 200	
Betriebsausgaben 30% (oder tatsächliche Betriebsausgaben)/ DM 1 560	
Sonderausgaben (oder tatsächlich nachgewiesene und abzugsfähige Sonderausgaben)/ DM 200	
Ermäßigung für außergewöhnliche Belastung/ DM 300	DM 2 060
Steuerpflichtige Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit		DM 3 140
Einkommensteuer in Steuerklasse 2 nach Einkommensteuertabelle Nr. 15 (Jahreslohnsteuertarif E)		DM 279
Prozentualer Anteil der Einkommensteuer für die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit in Höhe von DM 279 an den Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit in Höhe von DM 5 200	5,36 %	
Aufgerundet auf den nächsten vollen Hundertsatz = besonderer Steuersatz für das Abzugsverfahren	6 %	

Finanzamt

Herrn/Frau

.....

.....

Anlage 2

zur AO Nr. 175
vom 23. Juli 1951

Bescheid

über die Festsetzung eines besonderen Steuersatzes für den Steuerabzug von Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit

Bezug: Ihr Antrag vom

Der Steuerabzug von Ihren Entgelten aus freiberuflicher Tätigkeit als

..... 195.. bis 31. März 195.. mit

..... %
vorzunehmen. Dieser Bescheid ist dem jeweils zur Vor-
nahme des Steuerabzugs verpflichteten Schuldner des Ent-
gelts vorzulegen.

Soweit Sie im Laufe des Kalenderjahres feststellen, daß Ihre Einnahmen aus freiberuflicher Tätigkeit die Einnahmen des Vorjahres mindestens um 10 % übersteigen werden, haben Sie uns hierüber sofort Mitteilung zu geben.

I. A./I. V.

Dienstsiegel

Anordnung Nr. 177

Betr.: Lohnsteuer bei Reitgeldern und Prämien der Jockeys

Wir bestimmen auf Grund des § 12 AO:

Die Bezüge der Jockeys (Rennreiter) unterliegen dem Steuerabzug vom Arbeitslohn nach Maßgabe der folgenden Vorschriften:

1. Jockeys, die dauernd für einen bestimmten Stall beschäftigt sind, unterliegen mit diesen Entgelten dem Lohnsteuerabzug. Anzuwenden ist die Monatstabelle. Soweit die Werbungskosten und Sonderausgaben bei den festen Bezügen den bereits in die Tabelle eingearbeiteten Betrag von 65,— DM übersteigen, muß der übersteigende Betrag nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

2. Soweit Jockeys in den Fällen, in denen sie Rennen bestreiten vom Rennveranstalter Reitgelder oder Prämien erhalten, und zwar gleichgültig, ob sie in einem festen Arbeitsverhältnis stehen oder nur für ein bestimmtes Rennen für einen Stall beschäftigt sind, wird die Lohnsteuer in folgender Weise erhoben:

Der Rennveranstalter hat von den zur Auszahlung gelangenden Prämien die Lohnsteuer einzubehalten und an das für die Abführung der Lohnsteuer zuständige Finanzamt abzuführen. Die Lohnsteuer ist in der Weise zu berechnen, daß von dem Bruttobetrag der Reitgelder und Prämien zunächst 25%, höchstens jedoch 250,— DM, monatlich zur Abgeltung erhöhter Werbungskosten und Sonderausgaben abzusetzen sind und auf den danach verbleibenden Betrag ein Steuersatz von 20% angewendet wird. Der Rennveranstalter hat dem Jockey eine Bescheinigung über den einbehaltenen Lohnsteuerbetrag zu erteilen. Die Bestimmungen finden auch auf Jockeys Anwendung, die ihren Wohnsitz nicht im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik haben.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1951 in Kraft.

Der Runderlaß R 3/2225 vom 14. Dezember 1948 der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission — HV Finanzen — ist nicht mehr anzuwenden.

Berlin, den 23. Juli 1951

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
Dr. Kaiser

Ergänzung zur Anordnung Nr. 175

Auf Seite 144 des Heftes 15/1951 muß neben der Unterschrift das Datum

Berlin, den 23. Juli 1951
ergänzt werden.

Chefredakteur: i. V. Otto Müller, Berlin. Zuschriften an die Redaktion: Berlin W 8, Französische Str. 54. Telefon: 42 53 76, Apparat 34. Veröffentlicht unter der Lizenz Nr. 110. Verlag: Die Wirtschaft GmbH, Berlin W 8, Französische Straße 54. Telefon: 42 53 76. Postcheckkonto Berlin 1375 25. Bankkonto: Berliner Stadtkontor Berlin C 111, Kurstraße, Nr. 81 185. Anzeigenannahme: Verlag „Die Wirtschaft“ GmbH, Berlin W 8, Französische Str. 53–55 und DEWAG-Werbung, Berlin C 2, Oberwallstr. 20 und deren Bezirks-Filialen. — Bezugsbedingungen: Erscheint monatlich zweimal. Vierteljahresabonnement DM 8.24. Einzelheft DM 1.—. Bestellungen durch den Buchhandel oder Postanstalten und direkt beim Verlag. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. „Nachdrucke ohne schriftliche Genehmigung des Verlages nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.“ — Rotationsdruck: (125) Greif Graphischer Großbetrieb, Werk II, Berlin N 54.

Definitiv

Buchungs-Apparate in jeder Breite

Kostenstellen · Kostenträger · Rechnung im 3- und 4-Blatt-Verfahren

Klassierungs-Kästen

Karteien

Schrägfahnen-Sicht

Register-Sicht

Formulare, Bücher

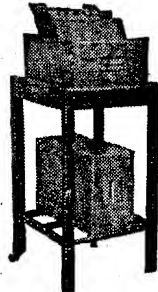
Abschlußmittel

Durchschreibe-Papiere

Ablage-Bücher

für Konten und Journale

Karteiständer



Wir beraten Sie gern auf Grund unserer langjährigen Erfahrungen in der Buchhaltungs-Organisation

„Definitiv“
Kontrollbuchhaltung

Treuhandbetrieb
Berlin-Weißensee, Bizetstraße 46

Fernruf: 56 22 83, 56 23 83

Burroughs-

Maschinen, sämtl. Modelle
PUC-Maschinen
Moon-Hopkins Buchungsmaschinen
Moon-Hopkins-Fakturiermaschinen

laufend zu kaufen gesucht.

Paul Elze, Leipzig C 1, Barfußgasse 11, II, Telefon 3 09 09

Spezialwerkstatt — Kundendienst — Ersatzteile

Kurzfristige Überholungen laut Fabrikvorschrift

Früherer Werkstattleiter der Burroughs-Rechenmaschinen A. G.

Tüchtige

Baukalkulatoren

somit gesucht, die im Baupreisrecht und Kalkulationswesen Erfahrungen besitzen. Einstellungen gegebenenfalls im Einzelvertrag.

Ministerium für Aufbau

— Personalabteilung —

Berlin W 1, Niederkirchnerstraße 3—4

Versierter jüngerer Bankleiter

sucht sich in geeigneten Wirkungskreis im Genossenschaftswesen zu verändern. Gefl. Angebote unter Fi 1183 an den Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin W 8, erbeten.

Zinszahlentabellen

1—15% DM 2,60

Lohnbuchführung (Block)

DM 3,30

liefert Form.-Verlag

KARL P. HOFMANN, (15 a) Zella/Röhn

Kaufm., 50 J., bisher Prok. bedeut. Großhandelsunt., erfahr. in Organisat., Buchh., Steuerbeerb., sucht Betätigt. in Leipzig, auch tageweise. Angeb. u. 2723 an Sachsenland, Leipzig C 1, Schießbach 435

Ruf

**Tagfertig buchen =
kurzfristiger Abschluß!**

Kostenträger-Stück- und Zeitrechnung
(BAB II leicht gemacht, Plankosten
und Ist-Selbstkosten der Erzeugung!)

Lohnerfassung und Abrechnung auf
kürzestem Wege.

Gemeinkostenrechnung je Kostenstelle
ein Kontenblatt.

Weitere Vorschläge, auch für Material-
erfassung, Beratungen

Organisation

Ruf-Buchhaltung KARL FRECH

Dresden A 27, Einsteinstraße 8

Telefon 4 33 37



Die notwendige Beschleunigung der

Betriebs- ergebnisrechnung (BAB II)

erfordert Maßnahmen besonderer Art:

- ① Erleichterung der Materialerfassung
- ② Erleichterung der Lohnerfassung
- ③ Erleichterung der Materialverrechnung
- ④ Erleichterung der Lohnverrechnung
- ⑤ Direkten Übergang von 3 und 4
in den BAB II

Fordern Sie bitte Angebot und Merkblätter-Serie

Vertreter im ganzen Gebiet der DDR



WEIGANG-ORGANISATION

Postanschrift: Dresden A 4, Schießbach 25

Die bewährte Orgfirma für Betriebswirtschaft

Wichtige Mitteilung für alle Leser und Freunde der
„Deutschen Finanzwirtschaft“!

Wie wir den Lesern unserer Zeitschrift bereits in Heft 14 und 16 ankündigten, erscheint ab 1. Oktober 1951 (Heft 19) die Zeitschrift „Deutsche Finanzwirtschaft“ in zwei Ausgaben:

AUSGABE A in bisheriger Form zum Bezugspreis von vierteljährlich DM 6,24 (6 Hefte)

AUSGABE B mit der Beilage

„Das Neue Abgabenrecht“

wovon wir in Heft 15 eine Probebeilage brachten.
Diese Beilage wird vierteljährlich 72 Seiten umfassen. Abonnementspreis für diese Ausgabe vierteljährlich DM 7,50 (6 Hefte).

Durch die Herausgabe der Beilage **„Das Neue Abgabenrecht“** kommt der Verlag vielen Leserwünschen nach. Da die Beilage aus der Zeitschrift heraustrennbar in Form des Loseblattsystems erscheint und nach einer bestimmten Systematik aufgebaut ist, ergibt sich im Laufe der Zeit ein Nachschlagewerk des Abgabenrechts, das ein schnelles Auffinden gesuchter Themen ermöglicht. Es wird gleichzeitig der fachlichen Schulung des Nachwuchses dienen.

Unsere Leser, die ab 1. Oktober die „Deutsche Finanzwirtschaft“ mit Beilage „Das Neue Abgabenrecht“ beziehen wollen und es versäumten, von den unserer Beilage in Heft 15 anhängenden Bestellzetteln Gebrauch zu machen, müssen sofort der Post oder falls die Belieferung durch eine Buchhandlung erfolgt, dieser davon Mitteilung machen, daß sie ab 1. Oktober die Ausgabe B zu beziehen wünschen. Alle anderen bisherigen Bezieher erhalten weiterhin die Ausgabe A ohne Beilage.

Deutsche Finanzwirtschaft

Verlag **Die Wirtschaft** Berlin W 8, Französische Straße 53-55